



Gefördert von der Österreichischen
Hochschüler_innenschaft



universität
wien

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der Climate-Gender-Conflict Nexus: Überlegungen zur Relevanz
der Verbundenheit von Klimakrise, Geschlechterungleichheiten
und (Gewalt-)Konflikten an der Fallregion Mali

verfasst von | submitted by
Paula Kowal B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

In dieser Masterarbeit wird der *Climate-Gender-Conflict Nexus* als Konzept zur Beschreibung der Wechselwirkungen zwischen der Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und Konflikten untersucht. Dieser Nexus setzt einen Fokus auf die Verbindung der Dimensionen *Klimakrise* und *Konflikte* und darauf, wie die Dimension *Gender* eine übergreifende Perspektive bietet, mit welcher Menschen die beiden anderen Dimensionen erfahren. Die bestehende Forschung zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* hebt die Notwendigkeit einer Gender-Perspektive für das Verständnis dieser komplexen Dynamiken hervor. Dieser dreifache Nexus bietet dabei ein analytisches Rahmenwerk, um die sich gegenseitig verstärkenden Effekte von Klimakrise und (Gewalt-)Konflikten sowie ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu erfassen und in Lösungsstrategien, Forschungen und Politiken zu berücksichtigen. Das Zusammenwirken dieser Dimensionen wird an der Fallregion Mali verdeutlicht.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Literaturstand und Autor:innen Verortung	4
1.2 Methodisches Vorgehen und Begriffsoperationalisierungen	8
1.3 Aufbau der Arbeit	11
2. Konzeptionelle Einordnungen	11
2.1 Menschliche Sicherheit und Klimasicherheit	11
2.2 Weltwirtschaftsordnung und Dependenz	13
2.3 Konzept der Neuen Kriege	15
2.4 Einordnung Armut	16
2.5 Intersektionalität	17
3. Der Climate-Gender-Conflict Nexus	20
3.1 Aktuelle Forschung und Framings	20
3.2 Zusammenhang von Klimakrise und (Gewalt-)Konflikten	25
3.2.1 Uneindeutiger Forschungsstand.....	26
3.2.2 Faktoren der Wechselwirkung.....	27
3.2.3 Folgen für die menschliche Sicherheit.....	30
3.2.4 Gewaltkonfliktpotenzial.....	31
3.2.5 Ressourcenkonfliktpotenzial.....	34
3.2.6 Weitere Konfliktpotenziale	37
3.3 Zusammenhang von Gender und der Betroffenheit von Konflikten	38
3.4 Zusammenhang von Gender und der Betroffenheit von Klimaauswirkungen	38
3.4.1 Klimaauswirkungen und strukturelle Ungleichheiten	39
3.4.2 Abhängigkeit von der Umwelt	40
3.4.3 Klimaauswirkungen und Geschlechterrollen.....	41
3.4.4 Einschränkungen in der Teilhabe und Anpassungsfähigkeit.....	42
3.5 Zusammenwirken von Klimakrise, Gender und Konflikten	43
3.6 Geschlechtsspezifische Ansätze für Klimamaßnahmen und Konfliktlösung	48
3.6.1 Frauen* in den Bereichen Klimaschutz und Frieden.....	50
3.6.2 Zusammenhang der gesellschaftlichen Stellung von Frauen* und Klimaresilienz	51
3.6.3 Feministische Lösungsansätze und Inklusion der Gender-Dimension	54
3.6.4 Die WPS-Agenda.....	57

3.6.5 Implikationen des Nexus für (Politik-)Strategien und Maßnahmen	61
3.6.6 Fehlende Schwerpunktsetzungen in Strategien	67
4. Konfliktkontext in Mali	71
4.1 Konfliktentwicklung	73
4.1.1 Unterscheidung des Konflikts im Norden und im Zentrum.....	75
4.1.2 Einfluss der Klimakrise auf die Konfliktentwicklung	83
4.2 Die Rolle demografischer Trends für den Konfliktkontext.....	85
5. Der Climate-Gender–Conflict Nexus in Mali	90
5.1 Zusammenhang von Klimaauswirkungen, Konflikten und Gender in Mali	91
5.1.1 Zusammenhang von Konflikten und der Klimakrise in Mali	95
5.1.1.1 Verschiedene Klimasicherheitspfade in Mali	101
5.1.1.2 Zusammenhang der Landwirtschaft-Viehzucht-Konflikte mit der Klimakrise.....	104
5.1.2 Geschlechterspezifische Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten in Mali.....	110
5.2 Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali.....	113
5.2.1 Aktuelle Konfliktlösungs- und Klimaanpassungssysteme und Strategien in Mali	115
5.2.1.1 Entwicklung der Konfliktlösung und Ressourcenbewirtschaftung in Mali	118
5.2.1.2 Akteur:innen in der Klimaanpassung und Konfliktlösung in Mali	121
5.2.2 Gestaltung von Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali.....	122
5.2.2.1 Geschlechterspezifische Unterschiede in der Klimaanpassung und Konfliktlösung.....	125
5.2.2.2 Chancen und Hindernisse für Frauen* in der Klimaanpassung und Konfliktlösung.....	128
5.2.3 Die WPS-Agenda in Mali: National Action Plan 2019-2023	137
5.2.4 Climate Change and Gender Action Plan für Mali	139
6. Fazit	143
7. Literaturverzeichnis.....	156

1. Einleitung

In dieser Masterarbeit untersuche ich den *Climate-Gender-Conflict Nexus* als Konzept zur Beschreibung der Wechselwirkungen zwischen der Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und Konflikten. Der Nexus von Klima, Geschlecht und Sicherheit setzt einen Fokus auf die Verbindung der Dimensionen *Klimakrise* und *Konflikte* und darauf, wie die Dimension *Gender* eine übergreifende Perspektive bietet, mit welcher Menschen die beiden anderen Dimensionen erfahren. Dieser Nexus zeigt auf, wie die langsam einsetzenden Auswirkungen der Klimakrise, beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels und die Ausbreitung von Wüsten, sowie kurzfristigere Auswirkungen, wie Fluten oder Dürren, geschlechtsspezifische Folgen für lokale Bevölkerungen haben und zu Konflikten führen können, welche bestehende Geschlechterungleichheiten noch verschärfen. (Cicarelli, Fleser 2024: 2) Um zu untersuchen, wie Konflikt-dynamiken und Instabilität durch die Klimakrise verschärft werden und auf welche Weise Konflikte die Betroffenheit von der Klimakrise erhöhen, ist das Verständnis des komplexen Zusammenspiels von *Klima*, *Geschlecht* und *Konflikten* relevant (Smith et al. 2021: 3). Das Zusammendenken der drei Dimensionen ist essenziell, um die Herausforderungen ihres Zusammenwirkens angemessen anzugehen: „Successfully addressing these challenges requires a holistic approach accounting for the complex interactions between each of these dimensions, which centers gender as a fundamental and cross-cutting consideration” (Smith et al. 2021: 3).

Ziel der Arbeit ist es daher, die Relevanz der wechselseitigen Verstärkungseffekte zwischen Klima- und Konflikt-dynamiken aufzuzeigen, Synergien zwischen Friedensförderung und Klimaanpassung zu identifizieren und das Potenzial einer geschlechtergerechten Ausgestaltung für die Effektivität entsprechender Strategien zu analysieren. Untersucht wird erstens, wie Geschlechternormen und damit verbundene Regelungen – insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und zu Landrechten – die Vulnerabilität gegenüber Klima- auswirkungen prägen und, inwiefern klimabedingte Veränderungen auf Geschlechterrollen wirken. Zweitens wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Klimakrise konfliktverschärfend wirkt, insbesondere indem sie Ursachen von (Gewalt-)Konflikten verstärkt und Risiken für Frieden, *menschliche Sicherheit* und ökologische Sicherheit erhöht (Benner et al. 2020: 39). Drittens wird betrachtet, welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen aus Konflikten resultieren. Den Zusammenhang dieser drei Dimensionen *Climate*, *Gender* und *Conflict*

verdeutliche ich an der Fallregion Mali. Dabei geht es zunächst darum, ob Auswirkungen der Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheit in Mali zusammenkommen und dort zusammenwirken. In einem zweiten Schritt wird thematisiert, welche Forschungen und Lösungsansätze zu Klimaauswirkungen und Konflikten es für die Region gibt, inwiefern das Zusammenwirken der Dimensionen berücksichtigt wird und, wie gendergerechte und konflikt sensible Klimaanpassungsstrategien in Mali aussehen sollten.

Somit ergibt sich die Forschungsfrage: Welchen Einfluss haben die Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und (Gewalt-)Konflikte in der Fallregion Mali aufeinander und inwiefern wird der *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien beachtet?

Das Thema der Arbeit ist im Bereich *Internationale Entwicklung* forschungsrelevant, da die zunehmend gravierenden Bedrohungen durch Klimakrise und Konflikte sowie die damit verbundenen geschlechtsspezifischen Auswirkungen weltweite Herausforderungen darstellen. Außerdem treffen die Auswirkungen der Klimakrise überproportional die Länder des globalen Südens, welche die wenigsten Treibhausgasemissionen verursachen. Somit geht es in der Arbeit auch um globale Ungleichheitsverhältnisse. Dabei verstärkt das Zusammenspiel von Fragilität und Klimabedrohungen in Ländern des globalen Südens oft bestehende und potenzielle Risiken. Fragile und von Konflikten betroffene Gebiete können weiter destabilisiert werden, wenn die Auswirkungen der Klimakrise nicht angemessen verhindert oder gemildert werden. (Smith et al. 2021: 1f) Dem Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance zufolge ist die Klimakrise heute für viele Menschen bereits Realität, dabei fehlen häufig die Mittel zur Prävention sowie geeignete Maßnahmen, um sich an sie anzupassen (Greene 2020: 29). Die Klimakrise kann ein Hindernis für eine nachhaltige Friedenssicherung darstellen und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen in vielen Regionen auf der Welt sowie ein erhöhtes Konfliktrisiko bedeuten (Benner et al. 2020: 27). Die Klimakrise hat sich aufgrund ihrer weitreichenden Auswirkungen auf die Nahrungsmittelverfügbarkeit und Konflikteskalation, angetrieben durch die Belastung der natürlichen Ressourcen, zu einem dringenden globalen Problem entwickelt. Demnach durchdringt die Klimakrise die gesamte sozioökonomische und politische Landschaft eines Landes, wenn sie multidimensional betrachtet wird. (Mohammed/Laki 2025: 491)

Umweltrisiken sind immer mehr mit Konflikten und Fragilität verbunden, dadurch gibt es global zunehmend neue Bedrohungen. Auswirkungen der Klimakrise, des Biodiversitätsverlusts, von Umweltverschmutzung und durch Ressourcenknappheit existieren bereits weltweit, während gleichzeitig Unsicherheit ansteigt und konfliktbezogene Tode zunehmen sowie Kriege verheerende Auswirkungen auf die geopolitische, *menschliche* und Nahrungssicherheit haben. (Ortiz/Ensor 2023: 2) Dem Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance zufolge, üben diese Klimakatastrophen zusammen mit gewalttätigen Konflikten großen Druck auf bereits fragile Staaten aus (Greene 2020: 29). Frauen* und Mädchen* sind häufig am stärksten von klima- und konfliktbedingten Notlagen, sexueller Gewalt inkludiert, betroffen. Weiterhin machen sie den Großteil internationaler Geflüchteter und Vertriebener aus. Beispielsweise werden viele Frauen* und Kinder durch Dürren und Aufstände vertrieben, wodurch sie unter anderem leichter von Menschenhandel betroffen sind. (Mohammed/Laki 2025: 493) Heutzutage muss ein gendergerechter Frieden den Kontext der Klimakrise beachten und miteinbeziehen (Cohn/Duncanson 2020: 749). Es wird immer offensichtlicher, dass der *Gender-Climate-Security Nexus* sowohl für Anstrengungen der Friedensförderung als auch für die Stärkung der Resilienz von Gemeinschaften gegenüber Klimaauswirkungen wesentlich ist (Ortiz/Ensor 2023: 4). Das Forschungsteam um Duncanson (2022) fasst das Zusammenwirken der Klimakrise, von Konflikten und von Geschlechterungleichheiten präzise zusammen: „Climate change, conflict and gender are mutually reinforcing dynamics that interact to destroy lives and livelihoods, especially for the most disadvantaged“ (Duncanson et al. 2022: 9).

Um dieses Zusammenwirken von Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und Konflikten an der Fallregion Mali verdeutlichen zu können, beziehe ich mich auf vorhandene Forschungen und Lösungsansätze zu Klimaauswirkungen und (bewaffneten) Konflikten, unter anderem auf die Women, Peace, and Security (WPS)-Agenda und den entsprechenden Nationalen Aktionsplan. Mali ist als afrikanisches Land als Fallregion ausgewählt, da es in Afrika sowohl eine große Anzahl an bewaffneten Konflikten als auch eine hohe Vulnerabilität und Betroffenheit durch die Klimakrise gibt (Scheffran 2015: 112). Da dies auch auf Mali zutrifft, eignet es sich zur Analyse mit dem Konzept des *Climate-Gender-Conflict Nexus*. In Mali herrscht aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit, der Vulnerabilität gegenüber Klimaschocks, Korruption, instabiler Regierungsführung und der Abhängigkeit von wenigen wirtschaftlichen Sektoren hohe Fragilität, welche Konflikte antreibt (Akinyetun et al. 2024: 16). Daher ist es besonders wichtig, dort die Ursachen, Pfade und Auswirkungen klimabedingter Konflikte und das Zusammen-

wirken von der Klimakrise und Konflikten zu untersuchen. Einzelne Aspekte des Nexus zwischen *Klimakrise*, *Gender* und *Konflikten* lassen sich im Fall Mali bereits in bestehenden Forschungen wiederfinden, werden jedoch bislang meist getrennt voneinander analysiert, weshalb eine zusammenführende Analyse der Dimensionen im Sinne des *Climate-Gender-Conflict Nexus* von besonders hoher Relevanz ist.

In den folgenden Unterkapiteln wird kurz auf den Literaturstand zum *Climate-Gender-Conflict Nexus*, das methodische Vorgehen und einige zentrale Begriffe sowie auf den Aufbau der Arbeit eingegangen.

1.1 Literaturstand und Autor:innen Verortung

Es wird zunehmend über den Zusammenhang zwischen Klima und Konflikten diskutiert und ob das Klima ein Bedrohungsmultiplikator ist. Dabei stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Klimakrise für Konfliktgeschehen und -aufkommen hat und über welche Pfade diese Verbindung besteht. (Kangogo et al. 2021: 3) In der Literatur wird dabei häufig davon ausgegangen, dass die Klimakrise als Bedrohungsmultiplikator und Verstärker von Konflikten wirkt, während eine direkte kausale Verbindung zwischen Klimakrise und Konflikten nicht eindeutig bewiesen ist. Dieses Verhältnis wird in den Kapiteln 3.2 und 5.1.1 jeweils mit Unterkapiteln beleuchtet. Obwohl die Klimakrise zunehmend an globaler Priorität gewonnen hat, berücksichtigen die verfügbaren Daten selten die ungleichen Folgen der Klimakrise für Frauen*, Männer, jugendliche Bevölkerungsgruppen sowie für Zugehörige ethnischer und anderer marginalisierter Minderheiten und die Auswirkungen auf verschiedene geographische Regionen. Weiterhin vernachlässigen konventionelle *Klimasicherheitsframings* demnach häufig die vielen Wirkungspfade, über welche Konflikte und Gewalt die Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise beeinflussen und übersehen dabei die Gender-Dimension und Implikationen, welche in Klima- und Sicherheitsangelegenheiten eingebettet sind. Außerdem tendieren sie dazu, die bedeutsame Rolle von Frauen* im Umgang der Klimakrise auszulassen. (Ortiz/Ensor 2023: 3)

Die bestehende Forschung über den Nexus von Klimakrise, Gender und Konflikten hebt die Notwendigkeit einer Gender-Perspektive für das Verständnis dieser komplexen Dynamiken hervor. Demnach sind die Anpassungs- und Präventionsbemühungen bezüglich der Klimakrise und Konflikten ohne geschlechtsspezifische Maßnahmen ineffektiv. Konflikte haben

geschlechtsspezifische Auswirkungen, wobei Frauen* häufiger von Folter, Zwangsheirat und sexueller Ausbeutung betroffen sind. Gleichermaßen ist auch die Klimakrise mit einem erhöhten Risiko für geschlechtsbasierte Gewalt verbunden. Frauen* erfahren strukturelle Ungleichheiten und Barrieren, welche ihre Rechte unterdrücken und zu ihrem geringeren sozioökonomischen Status beitragen, was ihre Sensibilität gegenüber den Effekten der Klimakrise erhöht. Demnach wirkt die Klimakrise mit Geschlechter- und sozialen Normen, Beziehungen und Ungleichheiten zusammen, wobei marginalisierte Gemeinschaften überproportional stark betroffen sind und ihr Konfliktrisiko erhöht ist. (Mohammed/Laki 2025: 492)

Dieser dreifache Nexus bietet ein analytisches Rahmenwerk, um kritisch und geschlechtersensibel die Antreiber der Klimakrise und von Konflikten sowie Risiken für die *menschliche Sicherheit* durch die Klimakrise und Konflikte zu untersuchen, damit gendergerechte Forschungen, Politiken und Programme ermöglicht werden. Dafür relevante Aspekte (in Bezug auf Mali) werden in den Kapiteln 3.6 sowie 5.2 jeweils mit Unterpunkten untersucht. Diese Analyseansätze können interdisziplinäre Beurteilungen der Bedingungen von Vulnerabilität und Resilienz fundieren und anleiten. Umfassende Ansätze sind essenziell für ein verbessertes Verständnis von geschlechtsspezifischen, umweltbezogenen, sozialen und ökonomischen Folgen von *Klimaunsicherheit* über Demographien und Geographien hinweg. Weiterhin wird eine fundierte Beweisbasis zunehmend unentbehrlich für die Identifizierung und Umsetzung effektiver und inklusiver Klimaschutzmaßnahmen im Kontext des United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und in nationalen und lokalen Anpassungspolitiken und -programmen sein. (Ortiz/Ensor 2023: 4) Während die Verbindungen zwischen *Gender*, *Climate* und *Security* immer mehr Anerkennung finden, ist die Beweisgrundlage bezüglich der spezifischen Mechanismen, welche diese Interaktionen steuern, weiterhin begrenzt und die Daten sind häufig nicht unter der Gender-Perspektive aufgeschlüsselt (Ortiz/Ensor 2023: 8).

Bezüglich des aktuellen Forschungsstandes gibt es sowohl einige Literatur zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* als auch Untersuchungen relevanter Aspekte des Nexus in der Fallregion Mali. Dabei ist die Literatur zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* noch sehr aktuell, vorwiegend aus dem letzten Jahrzehnt. Zu der wichtigsten Grundlagenliteratur meiner Arbeit gehört unter anderem der Bericht „The Climate-Gender-Conflict Nexus. Amplifying women's contributions at the grassroots“ (2021) von Jessica M. Smith, Lauren Olosky und Jennifer Grosman Fernández. Smith ist die Leiterin für Forschung und Politik am Georgetown Institute for Women, Peace and Security (GIWPS). Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf den

Erfahrungen von Frauen* in konfliktbetroffenen Kontexten, insbesondere auf der Frage, wie die Grundsätze der Women, Peace and Security Agenda für lokale Akteur:innen bedeutungsvoll umgesetzt werden können. (<https://giwps.georgetown.edu/jessica-smith/>) Lauren Olosky studiert an der School of Foreign Service der Georgetown University im Hauptfach Internationale Politik und beschäftigt sich vor allem mit Außenpolitik, internationaler Entwicklung, Flüchtlings- und Migrationsfragen sowie mit dem Empowerment von Frauen*. Sie ist studentische Mitarbeiterin am Georgetown Institute for Women, Peace and Security (GIWPS) und Forschungsstipendiatin am Institute for the Study of International Migration (ISIM). (<https://berkeleycenter.georgetown.edu/people/lauren-olosky>) Jennifer Grosman Fernández ist eine Forschungspraktikantin am Georgetown Institute for Women, Peace and Security (GIWPS) (Smith et al. 2021).

Der Bericht „Defending the Future. Gender, Conflict and Environmental Peace“ (2021) von Keina Yoshida ist ebenfalls als zentrale Grundlage meiner Arbeit zu nennen. Keina Yoshida von der London School of Economics hat den Bericht zusammen mit Hannah Bond (GAPS) und Helen Kezie-Nwoha (WIPC) verfasst, und wurde von Aiko Holvikivi (London School of Economics), Suzan Nkinzi (WIPC), Amal Sabrie (GAPS) und Eva Tabbasam (GAPS) unterstützt. Der Bericht ist das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen dem LSE Centre for Women, Peace and Security, einem akademischen Raum für Forschung, dem Gender Action for Peace and Security (GAPS), einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk von internationalen NGOs aus den Bereichen Entwicklung, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Friedensförderung und dem Women's International Peace Centre (WIPC), einer feministischen Organisation für die Förderung der Rechte von Frauen* in (Post-)Konfliktsituationen. Yoshida ist eine internationale Menschenrechtsanwältin, die als Rechtsberaterin tätig ist, und zuvor als Wissenschaftlerin und Anwältin gearbeitet hat (<https://www.lse.ac.uk/women-peace-security/people/keina-yoshida>). Hannah Bond ist Direktorin des GAPS in Großbritannien (<https://wipc.org/focus-on-the-gendered-impact-of-climate-change-and-women-and-girls-right-to-peace/>). Helen Kezie-Nwoha ist eine feministische Friedensaktivistin und Frauen*-Menschenrechtsverteidigerin aus Nigeria. Sie ist derzeit Geschäftsführerin des WIPC. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die Friedensbemühungen von Frauen* und deren Beteiligung an Friedensförderung und am Wiederaufbau nach Konflikten, auf die Dokumentation der Erfahrungen von Frauen* und Mädchen* auf der Flucht sowie auf Gender und humanitäre Maßnahmen.

(<https://www.lse.ac.uk/women-peace-security/people/visiting-fellows/Helen-Kezie-Nwoha>)

Aiko Holvikivi ist Assistenzprofessorin für Gender, Frieden und Sicherheit an der Abteilung

für Gender Studies und assoziierte Wissenschaftlerin am Centre for Women, Peace and Security der London School of Economics (<https://www.lse.ac.uk/gender/people-profiles/faculty/aiko-holvikivi/Aiko-Holvikivi>). Suzan Nkinzi ist Referentin für Forschung, Beobachtung und Evaluierung am WIPC (<https://wipc.org/tag/health/>). Eva Tabbasam ist die Direktorin von GAPS in Großbritannien. Sie ist Gender-Expertin mit Erfahrung in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe, Flüchtlings- und Asylfragen sowie Frauen*, Frieden und Sicherheit (Women, Peace, and Security). (<https://gaps-uk.org/staff-member/eva-tabbasam/>) Amal Sabrie ist ebenfalls Mitglied bei GAPS in Großbritannien (Shotton 2020: 2).

Auf die Entwicklung der Forschung und Framings zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* wird in Kapitel 3.1 weiter eingegangen. Mit Bezug auf Mali gehört unter anderem der Forschungsbericht „Winning the Peace: Peacebuilding and Climate Change in Mali and Somalia“ (2020), welcher von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance in Auftrag gegeben und von Hannah Grene verfasst wurde, zu den relevanten Quellen. Hannah Grene hat Barncat Consulting 2007 gegründet, welches unabhängige Beratung, Bewertung und Forschung für den gemeinnützigen und kommunalen Sektor anbietet, und ist dessen Direktorin. Sie kommt aus dem Bereich der internationalen Menschenrechte und arbeitet mit Partner:innen im Bereich internationaler Entwicklung zusammen. (<https://www.barncat.ie/hannah-grene>) (<https://www.barncat.ie/about>) Die lokalen Recherchen in Mali wurden von Yoli Consulting unter der Leitung des Direktors Sidi Guindo, Datenanalyst Amadou Guindo und Abdourahamane Kamagnagou durchgeführt. Von DanChurch Aid verfasste Alma Mølsted Andersen die Literature Review für den Bericht. (Grene 2020)

Weiterhin ist der Bericht “Gender and Climate Change Action Plan for Mali” (2024) von Philomena Chioma Ogwuike und Elliott Ronald Dossou-Yovo von zentraler Bedeutung für meine Arbeit. Es handelt sich um einen jährlichen Bericht für das „Accelerating Impacts of CGIAR Climate Research for Africa“ (AICCRA)-Projekt, welches Innovationen in der Landwirtschaft für eine klimafreundliche Zukunft des afrikanischen Kontinents anstrebt. Philomena Chioma Ogwuike ist Agrarökonomin, Gender-Analystin und Beraterin für den Bericht im Rahmen des Sustainable Productivity Enhancement Program von AfricaRice. Elliott Ronald Dossou-Yovo arbeitet für AfricaRice als Klimawissenschaftler und ist Leiter des AICCRA-Projekts in Mali. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024) Schließlich ist exemplarisch auch die Forschung „Heated Environment, Armed People: Between “Climate Change Conflict” and “Fragility Conflict” in the Sahel“ (2024) von Tope Shola Akinyetun, Abiodun Fatai-Abatan

und Nife Ogunbodede eine wichtige Quelle für diese Arbeit. Tope Shola Akinyetun lehrt Politikwissenschaft an der Lagos State University of Education im Bundesstaat Lagos, Nigeria. Seine Forschungsinteressen sind unter anderem Identitätspolitik, Terrorismus, Kriminalität, Entwicklungsstudien und Technologie.

(<https://www.ascleiden.nl/content/ASC-community/members/tope-shola-akinyetun>)

Abiodun Fatai-Abatan ist Dozent im Bereich Politikwissenschaft an der Lagos State University of Education. Seine Forschungsinteressen sind Vergleichende Politikwissenschaft, Demokratisierung sowie Entwicklungs- und Konfliktforschung.

(https://lasu.edu.ng/home/academic-staff/profile/?name=FATAI_ABATAN-ABIODUN)

Nife Ogunbodede ist Doktorandin im Fachbereich Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Delaware in Newark im Bundesstaat Delaware, USA. Ihre Forschungsinteressen sind Frauen* und Politik, öffentliche Politik und Regierungsführung.

(<https://orcid.org/0009-0003-3128-0615>)

(<https://administrativescience.com/index.php/instadm/article/view/159>)

1.2 Methodisches Vorgehen und Begriffsoperationalisierungen

Bei dieser Masterarbeit handelt es sich um eine Literaturarbeit, welche auf vorhandener Fachliteratur zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* als theoretische Grundlage und Perspektive basiert. Zu der Fallregion Mali werden bestehende Berichte, Studien, Analysen und Forschungen analysiert, welche für die Forschungsfrage und das Forschungsthema relevant sind. Dies gilt dem Ziel, herauszufinden, inwieweit die Dimensionen *Klima*, *Konflikte* und *Gender* sowie ihr Zusammenwirken bereits in diesen Forschungen, Lösungsansätzen und Strategien verbunden werden, welche somit den Untersuchungsgegenstand der Arbeit darstellen. Weiterhin wird eine intersektionale Perspektive verwendet, um die überlappenden Dimensionen und Betroffenheiten zu erfassen, auf welche in Kapitel 2.5 weiter eingegangen wird. Die Analyse fokussiert sich darauf, den Forschungsstand zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* dahingehend zu bereichern, dass bereits existierende Forschung zur Fallregion zusammenschauend auf die Frage hin untersucht wird, welche Dimensionen des Nexus bereits beachtet werden, welche fehlen und, wie die Dimensionen verbunden werden können.

Das Literatursample ist danach ausgewählt, inwieweit die Literatur Aspekte des *Climate-Gender-Conflict Nexus* (in der Fallregion Mali) abdeckt. Nach diesem Prinzip wird Literatur zum Themenfeld des Nexus sowie zur Fallregion Mali gezielt ausgewählt. Unter anderem

werden der National Action Plan Malis von 2019 bis 2023 für die Umsetzung der WPS-Agenda und der Bericht „Gender and Climate Change Action Plan for Mali“ (Ogwuiké/Dossou-Yovo 2024) untersucht. Aufgrund des großen Umfangs kann nur eine Auswahl der bisherigen Forschungen eingeschlossen werden, die eine besondere Relevanz für das Forschungsthema aufweisen. Dabei setze ich einen Fokus darauf, die besondere Betroffenheit von Frauen* und Mädchen* von der Klimakrise und Konflikten deutlich zu machen sowie die Dringlichkeit und Aktualität dieses Forschungsbereichs aufzuzeigen. Weiterhin beleuchte ich den Zwiespalt in der Literatur (und der Realität), dass Frauen* einerseits als zentrale Akteurinnen der Klimaanpassung und Konfliktlösung betrachtet werden, andererseits jedoch gleichzeitig überproportional betroffen und belastet sind. Auf diese Schlussfolgerung aus der Literatur gehe ich im Fazit weiter ein. Aus der umfangreichen vorhandenen Literatur zeige ich die wichtigsten Zusammenhänge und einen Forschungsstand zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* auf und fokussiere mich dabei auf Literatur, die zentrale Elemente für wirksame geschlechtergerechte Klimaanpassung und Konfliktlösung vorstellt und aufzeigt, welche Aspekte für die erfolgreiche Integration der Gender-Dimension in Strategien zu berücksichtigen sind. Letztlich liegt der Fokus auch auf den Chancen und Hindernissen für Frauen* in der Klimaanpassung und Konfliktlösung und darauf, welche Schwerpunkte in der Entwicklung von Lösungsstrategien gesetzt werden sollten.

Im Hinblick auf die zeitliche Einordnung untersuche ich aktuelle Ansätze und Strategien in Mali. Bei der Einordnung der Konflikte in Mali beziehe ich mich hauptsächlich auf den Zeitraum der Aufstände von 2012 sowie auf deren Nachwirkungen und die folgende jüngere Gewaltzunahme. Da vor allem die Regionen im Norden und im Zentrum Malis von (unterschiedlichen) Konflikten betroffen sind, konzentriere ich mich der Literatur und Forschung folgend hauptsächlich auf diese geografischen Bereiche.

Disziplinär verorte ich mich in den Sozialwissenschaften, insbesondere der Teildisziplin *Internationale Entwicklung*, mit einem inhaltlichen Fokus auf „Flucht und Migration“, Ungleichheiten und Globalisierung. Persönlich und wissenschaftlich besteht mein Interesse an feministischen Themen, Nachhaltigkeit sowie der Bekämpfung der Klimakrise, welche ich als eine der größten Bedrohungen der Zukunft ansehe. Bezüglich meines persönlichen Hintergrundes, ist zu erwähnen, dass ich mein Forschungsthema aus einer privilegierten weißen Perspektive betrachte, wodurch ich überwiegend eine Outsider-Perspektive einnehme. In

welchem Aspekt ich zu einem gewissen Maße aus einer Insider-Perspektive das Thema betrachten kann, ist, dass ich mich als Frau identifiziere.

Nun folgen einige Begriffsoperationalisierungen und die Zitierweise. Weitere Konzepte und Einordnungen von Begriffen, die grundlegend für diese Arbeit sind, folgen in Kapitel 2. Ich verwende überwiegend den Begriff Klimakrise synonym für den Klimawandel, um auf die Dringlichkeit und den aktuellen Stand des Klimawandels hinzuweisen. In der Literatur ist oft noch vom Klimawandel die Rede. Im globalen Norden wird häufig von der „Bedrohung des Klimawandels“ gesprochen, als ob die Krise die Zukunft betreffe, aber Länder wie beispielsweise Mali sind bereits jetzt betroffen (Greene 2020: 8). Der Begriff *Klimasicherheit* wird in Kapitel 2 kurz vorgestellt. Hinsichtlich der verschiedenen Konzepte, welche dem *Climate-Gender-Conflict Nexus* ähneln, verwende ich diese in der Arbeit überwiegend synonym und richte mich dabei nach der Literatur. Daher kommen verschiedene Nexus-Bezeichnungen (durch Kursiv-Schreibung erkennbar) vor. Diese Konzepte werden teilweise in ihrer Originalschreibweise in Englisch beibehalten. Folgende Konzepte kommen in der Arbeit synonym bzw. um den Zusammenhang von Klimaauswirkungen, Konfliktauswirkungen (Conflict), Frieden (Peace), Sicherheit (Security) und/oder Gender zu beschreiben vor: *Gender-Conflict-Environment Nexus* (O’Rourke/Martin 2023), *Gender-Climate-Security Nexus* (Ortiz/ENSOR 2023), *Gender, Climate und Conflict Nexus* (Lenhardt 2021), *Gender-Resilienz Nexus* (Aggestam/Holmgren 2022) und *Climate/Conflict/Gender Nexus* (Duncanson et al. 2022).

Um eine gendergerechte Sprachversion in meiner Arbeit umzusetzen, verwende ich den Doppelpunkt (:) und möchte damit möglichst inkludierend formulieren und auf die Diversität von Geschlechtern hinweisen. In der Arbeit wird dabei häufig der Begriff Frauen* verwendet, da im Kontext des *Climate-Gender-Conflict Nexus* insbesondere der Einfluss der Klimakrise auf die Lebensbedingungen von Frauen* und Mädchen* untersucht und die Betroffenheit von Frauen* und Männern unterschieden wird. Diese Schreibweise mit Sternchen verwende ich, um auf die Konstruktion von Geschlechtern hinzuweisen und alle Personen anzusprechen, die sich als Frauen* und Mädchen* identifizieren. Die soziale Kategorie von *Gender* ist relevant, da Geschlechterungleichheiten weltweit weiterhin bestehen und durch diese Kategorie hervorgehoben und adressiert werden können. Weiterhin verwende ich in dieser Arbeit die Zitierweise Harvard, da häufig viele Informationen aus einer Quelle stammen und es daher für den Lesefluss förderlich ist, die Quelle erst am Ende eines Abschnittes zu nennen, wenn alle Informationen seit der letzten Quellenangabe aus dieser Quelle stammen. Wurde nur ein

einzelner Satz aus einer Quelle verwendet, ist dies dadurch gekennzeichnet, dass die Quellenangabe im Satz steht. Sobald sie aber außerhalb des Satzes steht, beziehen sich alle vorherigen Sätze auf diese Quelle.

1.3 Aufbau der Arbeit

Diese Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. Neben dem Einleitungskapitel und abschließend dem Literaturverzeichnis sind es fünf inhaltliche Hauptkapitel, wobei zwei Kapitel der Einordnung und dem Kontext dienen, zwei Kapitel den hauptsächlichen Inhalt der Arbeit darstellen und ein Kapitel das Fazit bildet. Zunächst werden einige Konzepte und Begriffe in Kapitel 2 eingeordnet. Daraufhin wird in Kapitel 3 der *Climate-Gender-Conflict Nexus* als theoretische Grundlage und Perspektive der Arbeit vorgestellt, wobei in der ersten Hälfte auf die drei verschiedenen Dimensionen Klimakrise, Gender und Konflikte und auf ihre Verknüpfungen und ihr Zusammenwirken eingegangen wird und in der zweiten Hälfte ab Kapitel 3.6 auf die Relevanz des *Climate-Gender-Conflict Nexus* für Klimamaßnahmen und Konfliktlösung. In Kapitel 4 wird der Konfliktkontext in Mali kurz erläutert und in Kapitel 5 dann der *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Mali betrachtet. Dabei wird in der ersten Kapitelhälfte darauf eingegangen, wie die Dimensionen des Nexus in Mali zusammenwirken und welche Aspekte des Nexus in Mali zutreffen. In der zweiten Hälfte ab Kapitel 5.2 geht es um Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali und darum, wie und warum der *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Strategien berücksichtigt werden sollte und, inwiefern er bereits berücksichtigt wird. Schließlich werden in Kapitel 6 im Fazit die wichtigsten Punkte zusammengefasst und Hauptschlussfolgerungen aus der Literatur gezogen.

2. Konzeptionelle Einordnungen

In den folgende Unterkapiteln werden einige für die Arbeit relevante Begriffe und Konzepte eingeordnet.

2.1 Menschliche Sicherheit und Klimasicherheit

Menschliche Sicherheit ist von der UN als nicht nur „Freiheit von Angst“, sondern auch als „Freiheit von Not“ umfassend konzeptualisiert. Demnach soll Sicherheit nicht nur die

Abwesenheit von Bedrohungen physischer Gewalt bedeuten, sondern auch die Abwesenheit der Bedrohung von Hunger, Obdachlosigkeit und Mangel an Zugang zum Gesundheitswesen. Es ist daher eine weitere, positivere und mit Menschenrechten verbundene Konzeptualisierung von Sicherheit. Die Herausforderungen durch die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheiten können unabhängig voneinander als Gefährdung *menschlicher Sicherheit* betrachtet werden. Zusammen wirken sie sich gegenseitig verstärkend und verschlimmern die Bedrohungen für die *menschliche Sicherheit*, besonders für die am meisten Benachteiligten. Obwohl dieses Verständnis der Verbundenheit der Folgen von der Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheiten starke Herausforderungen und Bedrohungen bedeutet, gibt es auch Politiken und Programme, welche das Potenzial haben, Klimagerechtigkeit, Frieden und Sicherheit sowie Geschlechtergleichheit gleichzeitig zu verfolgen. (Duncanson et al. 2022: 11) Auf dieses Potenzial wird in Kapitel 3.6 und seinen Unterpunkten sowie in Kapitel 5.2 mit seinen Unterpunkten eingegangen. In dem Bericht des Forschungsteams um Duncanson (2022: 7) wird beispielsweise die Förderung von Klimagerechtigkeit in Situationen von bewaffneten Konflikten und, wie Klimagerechtigkeit allgemein zu Frieden und Sicherheit beitragen kann, untersucht. Daher wird darin anstatt „Konflikt“ der Begriff „Unsicherheit“ für das Problem und „Sicherheit“ als das Ziel verwendet und mit Sicherheit wird *menschliche Sicherheit* gemeint. Dieser Arbeit liegt diese weitgefaste Konzeptionalisierung von *menschlicher Sicherheit* sowie dieses Verständnis der Verbundenheit und des Zusammenwirkens der Folgen der Klimakrise, von Konflikten und von Geschlechterungleichheiten zugrunde. Auf die Folgen von Konflikten und der Klimakrise für die *menschliche Sicherheit* wird in Kapitel 3.2.3 weiter eingegangen.

Klimasicherheit bezieht sich auf die direkten und indirekten Auswirkungen der Klimakrise auf Frieden und Sicherheit, vor allem in fragilen und von Konflikten betroffenen Situationen, und beinhaltet die zusammengesetzten Risiken der direkten und indirekten Auswirkungen der Klimakrise auf die *menschliche Sicherheit* (u.a. die Freiheit von Furcht und Not, die Sicherheit des Staates sowie die Wahrung von internationalem Frieden und Sicherheit gemäß der Charta der Vereinten Nationen). Dabei wirkt die Klimakrise als „Bedrohungsmultiplikator“, welcher die zugrundeliegenden Vulnerabilitäten und bestehende Missstände verstärkt. Klimaschwankungen und extreme Wetterereignisse können demnach mehrere Dimensionen von *menschlicher Sicherheit* untergraben, beispielsweise durch das Versagen von Ernährungs-, Land- und Wassersystemen. Wenn Klimaauswirkungen Faktoren von Unsicherheit auf indirekte Weise verstärken, können klimabezogenen Sicherheitsrisiken entstehen und grundlegende Ursachen von Konflikten, wie Armut, Ernährungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit,

Ungleichheiten und Marginalisierung, verschärft werden. Die Folgen der Klimakrise können dabei alle Dimensionen *menschlicher Sicherheit* betreffen, einschließlich der ökonomischen, ernährungsbezogenen, gesundheitlichen, umweltbezogenen, persönlichen, gemeinschaftlichen und politischen, wobei vulnerable Gemeinschaften, wie Migrant:innen, Frauen* und Mädchen*, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen sowie Menschen mit Einschränkungen und indigene Völker, überproportional betroffen sind und in der Konfliktprävention, der Aufrechterhaltung von Frieden sowie in nachhaltigen Entwicklungsbemühungen behindert werden. (Sarzana et al. 2024: 12, IOM 2024: 2)

2.2 Weltwirtschaftsordnung und Dependenz

Die liberal-wirtschaftliche Globalisierung von den 1970er Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 war von einer neoliberalen Ideologie des Handels geprägt, welche sogenannte „Entwicklungsländer“ gegenüber „fortgeschritteneren“ Volkswirtschaften benachteiligte (Sangaré/McSparren 2018: 20). Nach dem Dependenzansatz hat strukturelle Abhängigkeit historisch die Polarisierung zwischen weltwirtschaftlichen „Zentren“ und „Peripherien“, bei Frank (1966) „Metropolen“ und „Satelliten“, begleitet und dabei strukturelle Heterogenität und die Marginalisierung von großen Bevölkerungsteilen verursacht (Hein 2013: 350, 1966: 177). Im Dependenzansatz werden historische, ökonomische, soziale und politische Faktoren zur Erklärung von Armut und „Unterentwicklung“ verwendet und besondere Aufmerksamkeit auf die außenwirtschaftliche Abhängigkeit gerichtet (Wiemeyer 1987: 254). Nach der Theorie des peripheren Kapitalismus ist „Massenarmut“ in den „Peripherien“ das Resultat ihrer abhängigen Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung durch Kolonialismus und Imperialismus. Demnach sind die sogenannten „Entwicklungsländer“ mit manchmal mehr oder weniger offensichtlicher Gewalt dazu gebracht worden, die Rolle einseitig spezialisierter Produzent:innen von unverarbeiteten Rohstoffen und Agrarprodukten für die „Zentren“ der Kapitalakkumulation in Westeuropa einzunehmen. Weiterhin hat sich demnach die dadurch bedingte strukturelle Abhängigkeit von den „Zentren“ in einer bleibenden Deformation der internen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen reproduziert, obwohl sich die Formen der Abhängigkeit immer wieder wandelten. (Hurtienne 1981: 108) In den 1970er Jahren gab es, aus unterschiedlichen Gründen, Diskussionen über eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die alten Abhängigkeiten überwinden und die Kontrolle über und „gerechte“ Nutzung von Ressourcen bringen sollte. Das Ziel der Befreiung aus neokolonialer Abhängigkeit kam dabei auch aus den Befreiungsbewegungen des globalen Südens. (Brand/Wissen 2017: 96) Davor

waren Länder im globalen Norden in mehreren Punkten von funktionierenden imperialen Beziehungen abhängig. Zunächst brauchten sie das neokoloniale Nord-Süd-Verhältnis, um Ressourcen für die Herstellung und den Gebrauch von reproduktionsnotwendigen Gütern, wie Minerale, Erdöl und agrarische Rohstoffe, größtenteils von billigen Arbeitskräften im globalen Süden extrahieren oder anbauen zu lassen und später in arbeitsintensiven Branchen, wie der Textilindustrie, die Produktion selbst in Länder des globalen Südens auszulagern. Weiterhin wurden die Abhängigkeiten im gesellschaftlichen Naturverhältnis deutlich, da der Bergbau, die Ölförderung und die industrielle Produktion und Landwirtschaft ökologisch oft zerstörerisch waren und alternativen Formen des Wirtschaftens im globalen Süden die Existenzgrundlage entzogen. Außerdem wurden auch Geschlechterverhältnisse, welche Frauen* mit unbezahlter Sorgearbeit benachteiligen, verfestigt. Struktureller Rassismus und Neokolonialismus haben sich in der Abwertung der Arbeitskraft im globalen Süden manifestiert, rechtfertigten Ausbeutung und Unterdrückung und führten zu einem Überlegenheitsgefühl in den Gesellschaften des globalen Nordens. Insgesamt wurden materielle, soziale und ökologische Kosten externalisiert und die Verantwortung für Schädigungen an die Geschädigten abgeschoben. (Brand/Wissen 2017: 53f)

Die Antwort auf die Krisen der 1970er Jahre war am Ende aber keine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und Ressourcennutzung, sondern die neoliberale Globalisierung mit einer extremen kapitalistischen Expansion und globalen Landnahme (Brand/Wissen 2017: 98). Die Folgen zerstörerischer Naturverhältnisse werden dabei externalisiert, was eine Voraussetzung für die Lebensweise im globalen Norden ist. Demnach wird der Bedarf nach einem „Außen“, von dem die Ressourcen kommen und auf das die sozial-ökologischen Kosten verlagert werden können, immer mehr, je stärker sich ressourcen- und emissionsintensive Praxen im globalen Norden gesellschaftlich etablieren. Da die Haltung sehr verbreitet war, diese Folgen nicht „bei sich“ spüren zu wollen, nahm seit den 1960er Jahren die Verlagerung vieler schädlicher und besonders arbeitsintensiver Industrien in Länder des globalen Südens zu. (Brand/Wissen 2017: 91) Demnach entsteht der Wohlstand, unter anderem innerhalb der EU, auf Kosten anderer, wobei keine Teilhabeansprüche gestattet werden. Die Lebensweise im globalen Norden beruht damit auf globaler Ausnutzung von Natur und Arbeitskraft und der Externalisierung der anfallenden sozialen und ökologischen Kosten. Diese umfassen unter anderem das CO₂, welches bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen im globalen Süden absorbiert bzw. in der Atmosphäre konzentriert wird. Außerdem werden metallische Rohstoffe aus dem globalen Süden extrahiert, die für die

Digitalisierung und Industrie im globalen Norden gebraucht werden. Dabei riskieren Arbeitskräfte im globalen Süden, bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung des Elektroschrotts aus dem globalen Norden oder beim Arbeiten auf pestizidverseuchten Plantagen für exotische Nahrungsmittel im globalen Norden, ihre Gesundheit und ihr Leben. (Brand/Wissen 2017: 12)

Es sind daher gerade die Länder, die erst spät oder insgesamt kaum materiellen Reichtum erlebt haben, die besonders stark von den Folgen der ökologischen Krise betroffen sind. Auch Faktoren wie fehlende Finanzmittel für die Anpassung an die globale Erwärmung tragen zu diesem ungleichen Verhältnis bei. Von den schädlichen Implikationen der Ressourcenextraktion und der monokulturellen Landwirtschaft in Ländern des globalen Südens sind die Arbeiter:innen und Bauern/Bäuerinnen am meisten betroffen. (Brand/Wissen 2017: 110) Es wird deutlich, dass die Länder, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, unter anderem durch die Folgenauslagerung des globalen Nordens und die Externalisierung klimaschädlicher Praktiken am meisten von ihr betroffen sind. Diese negativen Effekte durch Ausbeutung von Menschen und Natur durch den globalen Norden sind mitzudenken, wenn es in der Arbeit um die starke Betroffenheit von der Klimakrise und Konflikten im globalen Süden geht.

2.3 Konzept der Neuen Kriege

„Neue Kriege“ können als Merkmal der Zeit der Globalisierung gesehen werden, da sie häufig dort stattfinden, wo autoritäre Staaten durch die Öffnung gegenüber dem Rest der Welt sehr geschwächt wurden, und die Unterscheidung zwischen staatlich und nichtstaatlich, öffentlich und privat, extern und intern, wirtschaftlich und politisch und auch zwischen Krieg und Frieden schnell verschwommen ist. Nach der Theorie der „Neuen Kriege“ unterscheiden sich moderne Konflikte also von Kriegen vor der Zeit der Globalisierung. Kennzeichen von modernen Konflikten und Kriegen können demnach intra- statt interstaatliche Gegner sowie Staatsversagen und sozialer Wandel sein, welche durch die Globalisierung und liberale Wirtschaftskräfte vorangetrieben werden und zu Wettbewerb um natürliche Ressourcen und illegale kommerzielle Tätigkeiten, zu privaten Armeen und zu kriminellen Kriegsherren, die oft nach einer bestimmten Form von Identität organisiert sind, führen können. Weitere Kennzeichen können demnach ethnisch und religiös geprägte Konflikte (im Gegensatz zu Konflikten aufgrund politischer Ideologien), gezielte Angriffe auf Zivilisten, was zu einer erhöhten Zahl

von Opfern und Zwangsumsiedlungen führt, sowie Verwirrung aufgrund des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung, wodurch die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Kämpfer:innen und zwischen Kämpfer:innen und Zivilist:innen verwischt wird, sein. Solche neuen Konflikte können sich demnach insgesamt also beispielsweise um die Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen, um die Führung von Gemeinschaften, um Beziehungen zwischen (alten) Regierenden/Machthabern und Regierten, um Land und Neuregelungen aufgrund von Dezentralisierung sowie um Religion drehen. (Sangaré/McSparren 2018: 20f) Mali weist Merkmale dieser „Neuen Kriege“ auf. Dies wird im Kapitel 4.1.1 aufgezeigt.

2.4 Einordnung Armut

Armut ist ein komplexes Phänomen und ein dynamischer Prozess ohne allgemeingültige Definition und als Begriff kontrovers diskutiert sowie in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen verschieden verstanden. In den Sozialwissenschaften ist Armut oft breiter definiert und umfasst Aspekte wie mangelnde Bildung, unzureichende Gesundheitsversorgung, soziale Ausgrenzung und mangelnden Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Es ist ein multi-dimensionaler Begriff, welcher das wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche und psychologische Wohlbefinden betrifft. Weiterhin ist Armut ein soziales Phänomen, welches das Resultat sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Prozesse ist. Außerdem beinhalten Armut nicht nur einen Mangel an materiellen Ressourcen, sondern ist auch ein Mangel an existenziellen Möglichkeiten, wie der Selbstbestimmung, sozialer Teilhabe oder politischen Engagements. Insgesamt kann Armut als Mangel an etwas Fundamentalem werden, wobei es Betroffenen an etwas Wichtigem fehlt, das vorhanden sein sollte und als Menschenrecht zusteht. Die Definition nach dem Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sieht Armut als die Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen, wie beispielsweise der Konsum und die Sicherheit von Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausübung von Rechten, Mitsprache, Sicherheit und Würde und menschenwürdige Arbeit. Des Weiteren ist Armut keine Eigenschaft sowie nicht nur ein ökonomischer Zustand, sondern auch ein sozialer, politischer und psychologischer. Heutzutage wird Armut oft auf einen materiellen Mangelzustand reduziert, aber sie umfasst eigentlich auch eine soziale Isolation und existenzielle Gefahr. Zudem werden Armut spezifische soziale Merkmale zugeschrieben, die schlecht konnotiert sind, wodurch Armut auch ein moralisches Problem ist, und Ungerechtigkeit bedeutet. Die Kategorisierung von Armut sind daher auch normative Überlegungen und moralische Wertungen. Außerdem sind Armuts-

konzepte immer relativ. Auch die absolute Armut ist relativ, da auch der Mangel an überlebensnotwendigen Grundgütern relativ ist. Demnach ist es je nach Kontext und Bedingungen unterschiedlich, welche Grundgüter als lebenswichtig angesehen werden. Was für verschiedene Menschen zum „Überleben“ gebraucht wird, ist komplex und interdisziplinär und kann nicht nur als biologisch oder medizinisch betrachtet werden. Daher reicht eine reine wissenschaftliche Beschreibung nicht aus, um die Bewertung und die Hierarchie von Grundbedürfnissen zu bestimmen, welche mit gesellschaftlichen Werten und subjektiven Perspektiven verbunden sind. Armut ist in politischen Kontexten an Macht- und Gewaltverhältnisse gebunden. Zusammenfassend ist Armut ein Mangel an lebensnotwendigen Ressourcen wie Nahrung, sauberem Wasser, Unterkunft und Gesundheitsversorgung genauso wie ein Mangel an Chancen und Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Einflussnahme und oft mit einem restriktiven Zugang zu Bildung, Arbeit, sozialer Teilhabe, gesellschaftlicher Anerkennung oder politischer Macht verbunden. Insgesamt ist Armut kein natürlich auftretendes Phänomen, sondern menschengemacht und veränderbar und stellt ein Verteilungsproblem und Problem der Fremdbestimmung dar. Da Armut in allen Formen unnötig und veränderbar ist, zeigt es die Ungerechtigkeit und, dass der Zugang zu Ressourcen und Chancen gebraucht ist, um die strukturellen Ursachen von Armut und Benachteiligungen abzubauen. Dies trifft auch auf globale Armut zu. (Niebler 2023)

2.5 Intersektionalität

Intersektionalität ist ein interpretatives Framework und kann verwendet werden, um soziale Phänomene zu erklären (Hills Collins 2002: 252). Die komplexen Beziehungen zwischen Intersektionalität und multiplen Ungleichheiten können kulturell und strukturell erlebt, manifestiert und transformiert werden und dynamische Auswirkungen auf das Leben von Frauen* und Männern, soziale Institutionen und Gemeinschaften auf lokaler, transnationaler und globaler Ebene haben (Segal/Ngan-Ling Chow 2011: 2). Intersektionalität kann Geschlecht, Klasse, Ethnizität, Nationalität und andere Dimensionen erfassen und die daraus resultierenden vielfältigen Ungleichheiten untersuchen. Es gibt viele Ungleichheitsregime, die auf Systemen sozialer Beziehungen, einschließlich des Geschlechts, basieren. (Segal/Ngan-Ling Chow 2011: 5) Daher bringen komplexe intersektionale Beziehungen Ungleichheitsregime hervor (Segal/Ngan-Ling Chow 2011: 13). Die Entwicklung der Theorie von Intersektionalität hat die Forschung zu Women of Color sowie zu allen, die mehrere Formen von Unterdrückung in der Gesellschaft erfahren, vorangebracht. Dabei sind die Konzepte von

Intersektionalität nicht gleichgeblieben. Die Ansätze wurden auf verschiedene Dimensionen angewendet, welche über die eigentlichen Schwerpunkte von Race, Ethnizität, Gender und Klasse hinausgehen, und haben Dimensionen wie Staatsbürgerschaft, Sexualität, Religion, Alter und andere Dimensionen der Subordination unter verschiedenen sozialen Rahmenbedingungen hinzugefügt. (Bose 2012: 67)

Intersektionalität kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Individuen nehmen in sozialen Strukturen sich überschneidende Positionen ein, welche die sozial konstruierten vielfältigen Ungleichheiten des Alltagslebens abbilden. Es ist ein Ungleichheitsregime, in welchem verschiedene Frauen* und Männer unterschiedlich privilegiert oder unterdrückt sein können, manchmal sogar gleichzeitig. Ihre Positionen verschaffen ihnen dabei Handlungsmöglichkeiten und Optionen, setzen ihnen aber auch Grenzen. Patriarchale Traditionen gehören zu den Prozessen, die das Leben von Frauen* und Männern in vielen spezifischen Kontexten prägen und unterscheiden. Weiterhin sind soziale Strukturen selbst geschlechtsspezifisch geprägt, was an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erkennbar ist. Arbeitsmärkte sind in andere Systeme eingebettet, welche Erwartungen an Wirtschaftswachstum, familiäre Pflichten, Geschlechterrollenideologie, Macht- und Ressourcenverteilung sowie Gesetze, die nicht verabschiedet oder nicht durchgesetzt werden, enthalten. (Segal/Ngan-Ling Chow 2011: 3)

Intersektionalität kann unter anderem so verwendet werden, dass ein intersektionaler Ansatz zum Verständnis, wie verschiedene Strukturen auf Makroebene, wie der wirtschaftliche Neoliberalismus, Politik und das Patriarchat, auf regionaler und nationaler Ebene wirken und mit lokalen wirtschaftlichen, sozialen, sexuellen oder kulturellen Formen der Gewalt gegen Frauen* auf der Mikroebene zusammenhängen, beitragen kann (Bose 2012: 70).

Intersektionalität ist sowohl ein Konzept als auch ein Forschungsansatz. Hier wird es als Konzept verwendet. Dabei gibt es keinen Konsens darüber, wie eine intersektionale Analyse genau aussieht. Ein Verständnis von Intersektionalität, um Ungleichheiten zu analysieren, welches auch am meisten verbreitet ist, ist die Perspektiven von mehrfach Marginalisierten zu inkludieren und diese in den Fokus der Analyse zu setzen. Es geht dabei darum, denen, die bisher ausgeschlossen wurden, eine Stimme zu geben. Allerdings kann es sein, dass der inhaltliche Fokus dadurch bei der benachteiligten Gruppe bleibt und die Gruppe in der Macht ignoriert wird. Solche Projekte, welche nach diesem Verständnis von Intersektionalität die intersektionale Diskriminierung bestimmter Gruppen untersuchen, gibt es viele. (Bose 2012: 68f) In der Arbeit wird dieses Verständnis von Intersektionalität verwendet, um mehrfach

marginalisierte Gruppen in den Fokus zu setzen. Aber es muss der Aspekt beachtet werden, diejenigen in Machtpositionen und ihre Verantwortung nicht komplett zu ignorieren.

So wie es Unterschiede zwischen einzelnen Frauen* gibt, die auf sich überschneidenden Achsen wie Alter, Race, ethnischer Zugehörigkeit, Klasse, Familienstand, sexueller Orientierung, Religion oder anderen Merkmalen beruhen, gibt es auch Unterschiede zwischen Ländern hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Globale Dynamiken, wie neoliberale Wirtschaft, Migration oder Gewalt, überschneiden sich dabei mit regionalen Dynamiken, wie der Geschichte einer Nation oder geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Bildung und Eigentumsverhältnissen, und bilden so zwei miteinander verbundene Grundlagen, auf denen weitreichende geschlechtsspezifische Ungleichheiten aufbauen. (Bose 2012: 70)

Diskussionen über die Globalisierung haben sich vor allem auf die kapitalistische Expansion konzentriert, die durch neoliberale Politik und Praktiken vorangetrieben wird, sowie auf die Verbesserung oder Beeinträchtigung der sozialen Beziehungen zwischen Menschen, Kulturen und Gesellschaften. Obwohl es viele Arbeiten über die Globalisierung gibt, sind die meisten Mainstream-Theorien der Globalisierung und des Transnationalismus bisher geschlechtsneutral gestaltet, als ob das Geschlecht irrelevant wäre. Debatten über Neoliberalismus und globale Auswirkungen haben Gender erst wenig berücksichtigt und repräsentieren die Erfahrungen verschiedener Frauen* und Männer in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten, vor allem im globalen Süden, nur unzureichend. (Segal/Ngan-Ling Chow 2011: 4)

Das Konzept der Intersektionalität hat sich weltweit in Recht und Politik, Theorie und Methodik sowie in Forschungsstudien zu spezifischen Ungleichheiten als sinnvoll erwiesen. Innerhalb der EU wird Gender Mainstreaming bereits üblich und es werden länderübergreifende Gleichstellungspolitiken entwickelt sowie Intersektionalität als nützlich für solche Politiken betrachtet. (Bose 2012: 68) Die geschlechtsspezifische Dimension der Klimakrise wird auch bereits im fünften und siebten Bewertungsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) anerkannt. Es wird betont, dass die am meisten Marginalisierten in der Gesellschaft besonders vulnerabel gegenüber der Klimakrise sind, da sich verschiedene soziale Prozesse überschneiden, welche zu Ungleichheiten führen. Dies kann zum Beispiel durch die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Klasse, Race, Ethnizität, Alter und/oder Einschränkungen sein. An dieser Stelle wird deutlich, wie Intersektionalität sich als Konzept anbietet, diese Ungleichheiten zu untersuchen. Frauen* sind oft doppelt belastet, da sie häufig

aufgrund extremer Wetterereignisse und der Klimakrise zusätzliche Pflichten als Arbeiterinnen und Betreuerinnen übernehmen. (Djoudi/Brockhaus 2016: 150) Darauf wird in Kapitel 3 und Kapitel 5 weiter eingegangen. Das Konzept der Intersektionalität ist also insgesamt wichtig für diese Arbeit, da es um die Untersuchung von mehrfachen Belastungen und Betroffenheiten geht. Bereits marginalisierte und ausgeschlossene Gruppen sind aufgrund verschiedener intersektionaler Faktoren am meisten von der Klimakrise und Konflikten betroffen.

3. Der Climate-Gender-Conflict Nexus

In diesem Kapitel wird der *Climate-Gender-Conflict Nexus* als Grundlage und Analyserahmen der Arbeit erörtert. Dabei wird sowohl auf die Entwicklung der Forschung zu diesem Nexus und dessen Framings in den letzten Jahren als auch auf relevante Teilaspekte eingegangen. Nach einer kurzen Vorstellung der aktuellen Forschung und der Potenziale sowie Risiken gängiger Framings, wird der Zusammenhang zwischen der Klimakrise und (Gewalt-)Konflikten dargestellt, worauf der Zusammenhang zwischen Gender und der Betroffenheit von Konflikten und dann der Zusammenhang zwischen Gender und der Betroffenheit von Klimaauswirkungen folgen. Schließlich wird auf das Zusammenwirken aller drei Dimensionen sowie auf geschlechtsspezifische Ansätze für Klimaanpassung und Konfliktlösung eingegangen.

3.1 Aktuelle Forschung und Framings

Der Grundgedanke in der Forschung über den *Climate-Gender-Conflict Nexus* ist, dass die Klimakrise und (Gewalt-)Konflikte geschlechtsspezifische Auswirkungen haben, die bei dem Versuch, Politiken, Programme und Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwickeln, beachtet werden müssen. Weiterhin geht diese Forschung davon aus, dass Frauen* aktive und wirksame Akteurinnen sind und, genau wie andere marginalisierte Gruppen, als am meisten Betroffene im Fokus von Ansätzen stehen sollten. In neuerer Forschung und politischen Debatten wird bereits damit begonnen, die bereichsübergreifenden Auswirkungen der Klimakrise auf Konflikte und Geschlechterbeziehungen anzuerkennen (Lenhardt 2021: 9). Die Klimakrise wird zunehmend als Bedrohungsmultiplikator angesehen, welche in einer komplexen Weise das Leben von Menschen in Konflikt und Post-Konflikt Kontexten beeinflusst und inhärent geschlechtsspezifisch ist (Yoshida et al. 2021: 7). Vorhandene Studien haben dazu beigetragen, diese drei unterschiedlichen Faktoren (Klima, Konflikte und Gender)

zu erklären, wobei Kontextbezüge die bisherigen Arbeiten einschränken. Geschlechtsspezifische Faktoren gehen über die Charakterisierung von Frauen* als Opfer von Aggression hinaus, staatliche Fragilität geht über gewaltsame Konflikte hinaus, und das Klimarisiko geht über physische klimatische Veränderungen hinaus. (Mohammed/Laki 2025: 492) Die meisten Studien fokussieren sich demnach auf den Nexus zwischen der Klimakrise und Konflikten oder zwischen Geschlechternormen und Konflikten. Es ist entscheidend, das Zusammenspiel von Klimakrise, Gender und Konflikten zu untersuchen, um die Politik zu beraten. Die Studie von Mohammed und Laki (2025) versucht unter anderem diese Lücke zu füllen, indem sie die Wechselwirkung im Kontext des Südsudan untersucht. (Mohammed/Laki 2025: 493) O'Rourke und Martin (2023: 1600, 1622) folgend, ist auch in der rechtlichen Regelung bewaffneter Konflikte ein Verständnis von der Überschneidung zwischen Gender und Umwelt bis heute unterentwickelt und es gibt eine Datenlücke hinsichtlich des vollständigen Verständnisses des *Gender-Conflict-Environment Nexus*. Forschende, Politiker:innen und Praktizierende werden in letzter Zeit aber immer interessierter an dieser Verbindung zwischen Klimakrise, Konflikten und Gender und es gibt dementsprechend einige Publikationen, Initiativen und spezifische Forschungen (Duncanson et al. 2022: 9). In den letzten Jahren sind aus rechtlichen, politischen und akademischen Bereichen eine Reihe wichtiger Studien zum *Gender-Conflict-Environment Nexus* entstanden (O'Rourke/Martin 2023: 1618f).

Trotz der immer noch überwiegend getrennten Behandlung der Dimensionen gab es im letzten Jahrzehnt Fortschritte darin, eine Gender-Perspektive in *Klimasicherheit* zu integrieren. Zukunftsweisend hinsichtlich des *Gender-Climate-Security Nexus* war dabei das United Nations Joint Programme on Women, Natural Resources and Peace. Der Vorzeigericht von 2013 „Women and Natural Resources: Unlocking the Peacebuilding Potential“ kam zu dem Schluss, dass die geschlechtsdifferenzierte Beziehung von Frauen* zu natürlichen Ressourcen, zusammen mit dem Umschwung von Geschlechterdynamiken in konfliktbetroffenen Situationen, Möglichkeiten für die Verbesserung der politischen Teilhabe von Frauen* bietet und ermöglicht, dass sie sich produktiver in der wirtschaftlichen Erholung als auch in der Friedensschaffung engagieren können. (Ortiz/Ensor 2023: 3f) Die UN-Framework Convention on Climate Change hat im Jahr 2014 mit einem Arbeitsprogramm zu Gender begonnen. Im Jahr 2015 gab es die ersten akademischen Artikel mit spezifischem Fokus auf den dreifachen Nexus von Klima, Konflikt und Gender und diese akademischen Arbeiten dazu haben sich seitdem sehr vermehrt. Das UN Joint Programme on Women, Natural Resources and Peace hat im Jahr 2020 einen weiteren Vorzeigericht über Klimawandel, Konflikt und Gender veröffentlicht,

dessen Beispiel verschiedene internationale NGOs entsprechend gefolgt sind. (Duncanson et al. 2022: 9) Der Bericht „Gender, Climate, and Security: Sustaining Inclusive Peace on the Frontlines of Climate Change“ bezog sich auf einige Fallstudien und schlug konkrete Empfehlungen dafür vor, wie politische Entscheidungsträger:innen, Entwicklungspraktiker:innen und Geber:innen die drei verbundenen Ziele, Frieden und Sicherheit, Klimaschutzmaßnahmen und Geschlechtergleichheit, voranbringen können. Dieser Bericht stellt die umfassendste Zusammenfassung von Feldforschungsstudien zu diesem Themenbereich bis zu dem Zeitpunkt dar. Der Bericht „The Climate-Gender-Conflict Nexus: Amplifying Women’s Contributions at the Grassroots“ aus dem Jahr 2021 vom Georgetown Institute for Women, Peace and Security stärkte ebenfalls die Prämisse, dass die Faktoren Frieden und Sicherheit, Klimaschutz und Geschlechtergleichheit am besten zusammen verstanden und angegangen werden sollten. (Ortiz/Ensor 2023: 4)

Die bisherigen Studien haben sich vor allem darauf fokussiert, wie die Klimakrise selbst ein katalysierender und verstärkender Faktor in Konflikten ist. Dabei geht es zum Beispiel darum, wie Wasserknappheit zu bewaffneten Konflikten über die Kontrolle von oder den Zugang zu großen Wasserquellen führen kann oder wie solche Konflikte dann überproportionale geschlechtsspezifische Auswirkungen haben. Diese Studien haben sich nicht mit anderen Konfliktaspekten beschäftigt, wie beispielsweise militärische Mittel und Methoden, welche die Klimakrise verstärken, geschlechtsspezifische Auswirkungen haben. Die bisherigen Studien sind trotzdem sehr wichtig für das weitere Verständnis des vollen Ausmaßes und der Kosten der Klimakrise und haben eine verbesserte Beweisgrundlage für den *Gender-Conflict-Environment Nexus* geliefert, welche wertvoll und hilfreich ist. (O’Rourke/Martin 2023: 1619) In der Forschung, Interessenvertretung, Politik und Programmen bezüglich des Nexus von Klimakrise, Konflikten und Gender wurden über die letzten Jahre mehrere konzeptionelle Framings bekannt. Obwohl diese alle einen Wert haben, bergen sie, wie schon angedeutet, auch Risiken und Limitationen. Deshalb sollten diese Framings in der Politik oder bei der Definition von Programmzielen nicht unkritisch verwendet werden. (Duncanson et al. 2022: 11f) Im Folgenden wird kurz auf einige dieser Framings und ihre Begrenzungen eingegangen.

Dem Forschungsteam um Duncanson (2022) zufolge, sollte die Klimakrise zum Beispiel nicht als vorwiegende Bedrohung für Staatssicherheit konzeptualisiert werden. Demnach betrachten manche Staaten, Politikinstitute und Forschende die Klimakrise als eine Bedrohung der nationalen oder staatlichen Sicherheit im traditionellen Sinne. Bei dieser Positionierung liegt

der Schwerpunkt auf dem Potenzial für bewaffnete Konfrontationen und Konflikte, wenn Ressourcen knapp werden (oder im Fall der Arktis sogar leichter zugänglich) und wenn Menschen gezwungen sind, aus ihrer Heimat zu fliehen. Als Framing kann es nützlich sein, weil es die Dringlichkeit der Klimakrise angemessen hervorhebt, und die oft verwendete Sprache des „Bedrohungsmultiplikators“ kann die Verflechtung der Probleme hervorheben. Allerdings ist diese Positionierung mit einigen Einschränkungen und Risiken verbunden. Die erste Limitation ist dabei, dass das Framing komplexe Situationen simplifiziert. Viele Studien zweifeln beispielsweise auch die Behauptung an, dass Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa Dürren oder Ernährungsunsicherheit, die Hauptursachen für Konflikte sind. Im nächsten Unterkapitel wird näher auf diesen Zusammenhang zwischen der Klimakrise und Konflikten eingegangen. Die Auswirkungen der Klimakrise können nicht als losgelöst von ökonomischen, politischen und sozialen Systemen gesehen werden, welche Ungleichheiten und Ausschlüsse vorantreiben, die zu Krieg beitragen. Wenn die Klimakrise als die Ursache von Konflikten positioniert wird, entlastet dies mächtige Akteur:innen und nimmt die Aufmerksamkeit von diesen ökonomischen und politischen Systemen weg. Darauf wird am Ende dieses Kapitels noch genauer eingegangen. Genauso wird auch die komplexe Realität von ökonomischen und politischen Push- und Pull-Faktoren übersimplifiziert, wenn die Klimakrise isoliert als Grund für Migration positioniert wird. Das zweite Risiko beim Framing der Klimakrise als Bedrohung nationaler oder der Staatssicherheit ist, dass es die Bedrohung als aus dem globalen Süden ausgehend positionieren kann. Dies kann eine Vorstellung vermitteln, in welcher gewalttätige Konflikte und Klimamigrant:innen Grenzen überschreiten und den globalen Norden bedrohen. Dies ist ein zutiefst ungerechtes Framing, welches die Sicherheit der Staaten und Menschen, die am meisten dazu beigetragen haben, die Klimakrise anzutreiben, über die Sicherheit der Menschen im globalen Süden privilegiert. Das dritte Risiko ist, dass die Konzeptualisierung der Klimakrise als Bedrohung der Staatssicherheit dazu führen könnte, dass Staaten auf traditionelle Sicherheitsantworten zurückgreifen, welche defensiv und isolationistisch statt kollaborativ und solidarisch sind. Staaten könnten sich für eine Politik der geschlossenen Grenzen entscheiden, welche gegen Menschenrechte verstößt. Sie könnten außerdem damit fortfahren, Militärausgaben zu überschreiten, wobei das Militär abhängig von fossilen Brennstoffen ist, die Umwelt stark verschmutzt und von den Verpflichtungen der Staaten zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen ausgenommen ist. In Anbetracht dieser Risiken sollte die Klimakrise nicht als Bedrohung der staatlichen oder globalen Sicherheit verstanden werden, sondern als Bedrohung der *menschlichen Sicherheit*, als eine „Form der langsamen Gewalt“, welche Leben und Lebensweisen auf der ganzen Welt zerstört, insbesondere für die

am meisten Benachteiligten. (Duncanson et al. 2022: 12f) Daher ist es wichtig, Verbindungen zwischen der Klimakrise und Konflikten zu ziehen, die Betrachtung der Klimakrise als Bedrohung der nationalen oder Staatssicherheit zu vermeiden und sie stattdessen als Untergrabung *menschlicher Sicherheit* und von Menschenrechten zu framen (Duncanson et al. 2022: 1).

Außerdem sollten, dem Forschungsteam um Duncanson (2022) folgend, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten nicht überpriorisiert und die Hauptursachen für beides nicht vernachlässigt werden. Viele Staaten, Politikinstitute und Forschende, die sich mit dem Nexus zwischen Klimakrise, Konflikten und Gender befassen, konzentrieren sich demnach darauf, wie sowohl die Klimakrise als auch bewaffnete Konflikte, besonders in Kontexten, in denen die Auswirkungen von beiden akut sind, überproportional starke Auswirkungen auf Frauen* haben. Es ist zwar wichtig, diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen hervorzuheben, und in den Unterkapiteln 3.3 bis 3.5 wird auch weiter darauf eingegangen, aber bei der Betrachtung des Nexus von Klimakrise, Konflikten und Gender sollte darauf geachtet werden, dass der Fokus nicht nur allein auf den Auswirkungen liegt. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Konzentration auf die Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen* die Gefahr birgt zu implizieren, dass Frauen* und Mädchen* grundsätzlich vulnerabel sind, was sowohl die betroffenen Frauen* als auch, aufgrund der Verstärkung von Geschlechterstereotypen, Frauen* im Allgemeinen herabsetzen kann. Der Punkt hier ist vielmehr, dass die Auswirkungen der Klimakrise nicht der gesamte Umfang des Fokus sein sollten. Wenn sich nur auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen konzentriert wird, wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen der Klimakrise und von Konflikten abgelenkt. Auf dieses Problem wird im Unterkapitel 3.6 weiter eingegangen. (Duncanson et al. 2022: 13)

Neben der Tatsache, dass es wichtig ist, nicht nur Auswirkungen, sondern auch Ursachen im Zusammenhang mit der Konzeption des Nexus zu adressieren, hebt das Forschungsteam um Duncanson (2022) zuletzt auch hervor, dass nicht davon ausgegangen werden sollte, dass die Inklusion von Frauen*, ihr Empowerment und ihre Führung allein genug sein werden. In den letzten Jahren hat sich in einer Vielzahl von Politikbereichen, darunter der Klimawandel sowie Frieden und Sicherheit, eine Verlagerung von der Betonung der besonderen Verletzlichkeit von Frauen* hin zur Betonung ihrer Handlungsmacht, ihrer Fähigkeiten und ihrer Stärken vollzogen. In geschlechtsspezifischer Klimapolitik werden Frauen* zunehmend als wirksame Verantwortliche für die Umwelt und Bewahrerinnen von Ressourcen beworben, und im Bereich

Frieden und Sicherheit werden sie als wirksame Friedensstifterinnen beworben. Berichte, die sich mit dem Nexus von Klima, Konflikt und Gender befassen, tendieren dazu, diesem Trend zu folgen und heben die Förderung des Empowerments von Frauen*, ihre Inklusion und ihre Führungsrolle als Schlüssel zur Bewältigung der miteinander verknüpften Krisen von Klimazusammenbruch, Konflikten und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten erheblich hervor. Der Fokus auf das Empowerment von Frauen*, ihre Partizipation und ihre Führung reflektiert, dass Frauen* im Hinblick auf Lösungen viel zu bieten haben und es ist ein wichtiger Teil von Geschlechtergerechtigkeit, und daher auch von Klimagerechtigkeit, aber sich ausschließlich auf das Empowerment und die Partizipation von Frauen* zu fokussieren birgt auch Risiken. Das erste Risiko ist, dass ein Fokus auf die Beteiligung von Frauen* auch Geschlechterungleichheiten verstärken kann. Jahrzehntelange Arbeit zu Gender, Entwicklung und Umwelt warnt davor, dass Projekte, die von einem „Empowerment der Frauen*“-Ansatz ausgehen, um die Arbeitskraft, die Fähigkeiten und das Wissen von Frauen* zu mobilisieren, oft die unbezahlten Betreuungsaufgaben von Frauen* verstärken und nicht berücksichtigen, ob Frauen* überhaupt die Rechte, die Stimmen und die Macht haben, die Vorteile von Projekten in Anspruch zu nehmen und zu kontrollieren. Zu der Rolle der gesellschaftlichen Stellung von Frauen* im Zusammenhang mit Klimaanpassungsstrategien und Klimaresilienz wird im Unterkapitel 3.6 weiter eingegangen. Selbst wenn Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass Frauen* unterstützt, mit Ressourcen ausgestattet und gestärkt werden, birgt ein Ansatz, der sich ausschließlich auf die Beteiligung von Frauen* konzentriert, Risiken. Das zweite Risiko besteht demnach darin, dass die Konzentration auf die Partizipation, wie auch zuvor beschrieben der Fokus auf die Auswirkungen, die Notwendigkeit, Ursachen zu beleuchten und zu bekämpfen, verdrängen kann. Die Beteiligung von Frauen* an klimapolitischen Entscheidungen ist daher nicht unbedingt der einzige oder beste Weg, um die systemischen Ursachen der Klimakrise, von bewaffneten Konflikten und von Geschlechterungleichheit zu angehen. (Duncanson et al. 2022: 14f) Im Unterkapitel 3.6 wird die Problematik der Schwerpunktsetzung in Strategien und Ansätzen und Vernachlässigung der Ursachenbekämpfung und erforderlichen strukturellen Veränderungen wiederaufgenommen.

3.2 Zusammenhang von Klimakrise und (Gewalt-)Konflikten

In der Forschung wird oft ein grundlegendes Risiko- und Bedrohungspotential der Klimakrise angenommen (Scheffran 2015: 108). Fragile und konfliktbetroffene Staaten sind dabei am vulnerabelsten gegenüber der Klimakrise, da sie über limitierte Fähigkeiten verfügen, sich

anzupassen und mit Herausforderungen durch die Klimakrise umzugehen (Duncanson et al. 2022: 10). Im Folgenden wird sich näher mit der Beziehung zwischen der Klimakrise und Konflikten sowie mit den entstehenden Risiken und möglichen Bedrohungen für Sicherheit und Frieden auseinandergesetzt, wobei der Fokus darauf liegt, von welchen Faktoren das Konfliktpotenzial der Klimakrise abhängig ist und welche verschiedenen Konfliktpotenziale entstehen können (Umweltkonflikte, Gewaltkonflikte, Ressourcenkonflikte, etc.).

3.2.1 Uneindeutiger Forschungsstand

Die Beziehung zwischen Klimakrise und Konflikten ist komplex und intensiv debattiert. Manche Forschung widerspricht der Existenz einer kausalen Beziehung, während andere Studien dafür argumentieren, dass die Klimakrise und Konflikte sich gegenseitig verstärken und einen Teufelskreis der Zerstörung schaffen. (Mohammed/Laki 2025: 491, Scheffran 2015: 113) Es gibt daher in der Forschung einen uneindeutigen Stand zum Sicherheitsrisiko der Klimakrise, da Untersuchungen, wie etwa zum Zusammenhang von Umweltveränderungen als Indikatoren für die Klimakrise mit Daten zu Bürgerkriegen, unterschiedliche Ergebnisse hervorgebracht haben. Dies liegt zum einen an einem Datenmangel, wobei die Konfliktforschung auch insgesamt relativ wenige und wenig verlässliche Daten zur Verfügung hat. Neben wenigen exakten Konfliktdaten gibt es auch klimarelevante Daten für viele Regionen in Afrika nur für kurze Zeiträume verlässlich. Zum anderen ist die Interpretation der vorhandenen Informationen oft problematisch, da Forscher:innen oft ihre Theorien bestätigen, mit denen sie sich mit Problemen beschäftigen. (Brzoska 2013: 39) Da die Klimakrise als ein Konfliktfaktor mit großer Unsicherheit angesehen werden kann, sind Voraussagen über die zukünftige Relevanz der Klimakrise für Konflikte schwierig, wobei dies gleichzeitig auch das Potenzial für Risiken deutlich macht. Demnach kann die Klimakrise schon als ein Risikomultiplikator und ein Stressfaktor in bestehenden konfliktträchtigen Situationen eingeordnet werden. (Benner et al. 2020: 31) Die Klimakrise ist zunehmend als Bedrohungsmultiplikator anerkannt, welche zu einer erhöhten Fragilität beitragen wird, wobei sie gleichzeitig nicht zwangsläufig oder direkt zu Konflikten führen muss. Demnach verschärft die Klimakrise eher bestehende politische und wirtschaftliche Bedingungen und kann Spannungen so verstärken, dass diese zu Gewalt oder zum Rückfall in Konfliktzyklen führen. (Smith et al. 2021: 3, Mohammed/Laki 2025: 491f) Daher kann festgehalten werden, dass die Klimakrise eine risiko- und konfliktverstärkende Wirkung auf Konflikte hat, auch wenn die Kausalität des Zusammenhangs noch

offen und der Gesamteffekt der Klimakrise auf Konflikte nicht eindeutig ist (Scheffran 2015: 113).

3.2.2 Faktoren der Wechselwirkung

Dass die Klimakrise Konflikte verstärkt, ist besonders wahrscheinlich in bereits instabilen Kontexten, in denen die Auswirkungen der Klimakrise, wie zum Beispiel der Anstieg des Meeresspiegels, Überschwemmungen, Dürren und/oder verstärkte Naturkatastrophen, den Frieden gefährden und Unsicherheit in den betroffenen Gemeinschaften verstärken können. Wenn Konflikte die Anpassungsfähigkeit oder die Fähigkeit von Staaten und Gemeinschaften, Klimaauswirkungen und -schocks zu bewältigen, einschränken, sind die Konsequenzen besonders schwerwiegend. Dies gilt insbesondere für schwache Staaten, in welchen die Bewältigung von Klimaschocks die begrenzten Ressourcen überfordern und den sozialen Zusammenhalt zerstören kann. Die Klimakrise kann Konflikte verstärken, indem sie bereits bestehende Spannungen, wie zum Beispiel schwache und instabile Regierungen oder einen schon geringen sozialen Zusammenhalt, verschärft und gleichzeitig den Druck auf natürliche Ressourcen und die Nahrungsmittel- und Lebensunterhaltsunsicherheit erhöht. Andersherum können verschärfte Konflikte im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, Instabilität, Zwangsvertreibung und Ausbeutung durch bewaffnete Gruppen Umweltzerstörung intensivieren und die Anfälligkeit von Gemeinschaften für Klimaschocks erhöhen. (Smith et al. 2021: 3f) Zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit verbunden mit dem Schwinden von Lebensgrundlagen und Einkommensmöglichkeiten können die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich an kriminellen Aktivitäten, wie Banditentum, Raub, illegaler Holzfällung, illegalem Anbau von Pflanzen und Teilnahme an nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen, beteiligt wird, wodurch Unsicherheit zunimmt. Die Rolle der Klimakrise nicht als „Bedrohungs-multiplikator“ anzuerkennen, untergräbt damit die Effektivität von nationalen Bemühungen, die Resilienzfähigkeiten von Gemeinschaften zu verbessern, da solche Strategien bestehende Missstände verstärken können, wobei auch umgekehrt existierende Konflikte effektive Anpassung beträchtlich erschweren können. (Sarzana et al. 2024: 12)

Weiterhin erhöhen Katastrophen Konfliktrisiken besonders in bevölkerungsreichen Ländern mit ethnischer Ausgrenzung, wo das Zusammenspiel von sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren am komplexesten ist. Konflikte führen wiederum zu Umweltzerstörung, zerstören Lebensgrundlagen und untergraben wirtschaftliche Gewinne. Sie

beeinträchtigen die Fähigkeit von Staaten, öffentliche Güter bereitzustellen und zerstören lebenswichtige Infrastrukturen, was die Anfälligkeit für Schocks durch die Klimakrise erhöht. (Mohammed/Laki 2025: 492) Außerdem können länger andauernde Konflikte, beispielsweise durch Viehdiebstähle und dem Streben nach Macht und Dominanz, die Fähigkeit von Gemeinschaften, sich effektiv an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen, beeinträchtigen. Dies kann einen Teufelskreislauf verursachen, in welchem sich Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten gegenseitig verstärken. (Mohammed/Laki 2025: 505) Bereits existierende Konflikte und der regionale politische Kontext gestalten somit stark die Beziehung zwischen der Klimakrise und Konflikten (Mohammed/Laki 2025: 493). Die Klimakrise erhöht also das Risiko für Konflikte und die Härte ihrer Auswirkungen. Umgedreht verringern Konflikte eben die Anpassungskapazitäten an Klimaschocks und Stressfaktoren. Dieses Kreislaufrisiko betrifft sowohl die globale als auch die Haushaltsebene. Diejenigen, die anderen Vulnerabilitäten, wie schwachen Regierungen, unzuverlässigen Einkommensquellen und sich überschneidende Formen der Marginalisierung, ausgesetzt sind, erfahren die schlimmsten Auswirkungen von Konflikten und von der Klimakrise. (Ortiz/Ensor 2023: 8) Auf dieses Zusammenwirken wird im Unterkapitel 3.5 weiter eingegangen.

Die Umwelt ist dabei oft nicht die primäre Ursache für Konflikte, sondern, wie zuvor erläutert, ein Katalysator oder Verstärker bestehender Konflikte (Scheffran 2015: 117). Dabei können sowohl Klimafaktoren wie Dürren oder Fluten als auch menschliche Faktoren wie veränderte Landbesitzverhältnisse und gewalttätige Konflikte etwa die Landwirtschaft und Viehzucht destabilisieren und damit lokalen Frieden und Sicherheit beeinflussen (Sarzana et al. 2024: 13). Weiterhin könnten Verstärkereffekte und Kippunkte im Klimasystem eintreten, welche das Erdsystem destabilisieren, wenn kritische Temperaturschwellen überschritten werden (Benner et al. 2020: 29). Die Folgen der Klimakrise könnten damit für Sicherheit und Frieden extrem sein, da die erhöhte Konzentration von klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre schon jetzt negative Folgen für Lebensräume und Existenzbedingungen der Menschen, Tieren und Pflanzen hat und die Gefahren wahrscheinlich zunehmen werden, ob die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt wird oder nicht. Dabei können Sicherheitsgefährdungen wie Kriege oder Terrorismus nicht automatisch mit Veränderungen in der Umwelt verknüpft werden können, da Umweltkonflikte meistens noch regional eingegrenzt sind und bisher noch nicht eindeutig nachweisbar eine Bedrohung für die internationale Sicherheit darstellen. (Benner et al. 2020: 41, Scheffran 2015: 111) Ob Umweltprobleme, wie die Klimakrise, wirklich zu Konflikten führen, ist abhängig von Ressourcenausstattung, dem Verhalten der Akteur:innen

und von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wobei Organisationen, Ausrüstung, Handlungsoptionen, Interessen, Finanzmittel und Gewaltinstrumente der Konfliktparteien sowie Positionsdifferenzen, Machtstrukturen, Konfliktgeschichte und Gruppenidentitäten beeinflussende Faktoren darstellen. Die Reaktion von Menschen und Gesellschaften auf die Klimakrise, die Stabilität oder Fragilität von Gesellschaften sowie Anpassungskapazitäten und institutionelle Strukturen zur Unterstützung von Problemlösungen bestimmen dabei die Frage von Krieg und Frieden. Klimatische Veränderungen verursachen nicht notwendigerweise Konflikte zwischen Akteur:innen, sondern ein Konfliktgegenstand muss die Akteur:innen verbinden und ein plausibler Zusammenhang muss zwischen eingesetzten Konfliktmitteln und erwartbaren Ergebnissen bestehen. Dabei ist zum Beispiel relevant, ob andere Konfliktparteien für Ressourcen- und Umweltprobleme verantwortlich gemacht werden. Dies ist bei langen Wirkungsketten und erheblichen Unsicherheiten eher schwierig zu belegen. Wahrnehmungen und Interpretationen über das Verhalten anderer Akteur:innen sind auch relevant, da Missverständnisse konfliktverschärfend sein können. (Scheffran 2015: 117f) Außerdem lässt sich noch festhalten, dass die Komplexität der Zusammenhänge beim Auftreten von Konflikten mit vielfältigeren gesellschaftlichen Strukturen ansteigt, zum Beispiel, wenn neben lokalen Akteur:innen auch nationale und internationale Akteur:innen beteiligt sind (Brzoska 2013: 40).

Bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Klimakrise und Konflikten können verschiedene Pfade und Mechanismen betrachtet werden, welche die beiden Phänomene verknüpfen. Diese Pfade können beispielsweise die Variabilität von Niederschlägen, die Knappheit von Trinkwasserressourcen, die Landnutzung und Ernährungssicherheit, Wetterextreme oder umweltbedingte Migration sein. Die Klimakrise ist zum Beispiel einer mehrerer Konfliktfaktoren im Zuge steigender Lebensmittelpreise. Klimabedingte Konfliktkonstellationen, welche diese Pfade begleiten, können die Degradierung von Trinkwasserressourcen, die Bedrohung der Ernährungssicherheit, Stürme oder Überschwemmungen sein. Weitere Pfade, auf denen Auswirkungen der Klimakrise zu Konflikten beitragen können, sind zum Beispiel die Destabilisierung von Ökosystemen und der Verlust von Biodiversität aufgrund der Verschiebung von Klimazonen, wobei direkte oder indirekte Auswirkungen auf Menschen möglich sind. In diesen Konfliktkonstellationen durch die Folgen der Klimakrise sind die Vulnerabilität einer Gesellschaft für Gewaltkonflikte und die Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise ausschlaggebend. (Scheffran 2015: 114f) Außerdem kann ein direkter Pfad des Zusammenhangs von Klimakrise und Konflikten durch physiologische und psychologische Faktoren und Ressourcenknappheit sowie ein indirekter Pfad des Zusammenhangs durch die

Verringerung der Wirtschaftsleistung und Migrationsströme unterschieden werden (Mohammed/Laki 2025: 491).

Auch dem Forschungsteam um Kangogo (2021: 6) zufolge, gibt es Korrelationen zwischen Ernährungsunsicherheit, also dem Auslassen von Mahlzeiten und der Reduzierung der Mengen, und Konflikten, wie Gewalt und Diebstahl. Die Food and Agriculture Organization der UN definiert Ernährungssicherheit als vier Säulen bestehend aus der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, dem Zugang zu Nahrungsmitteln, der Nutzung von Nahrungsmitteln und der Stabilität der Ernährung (Wood et al. 2021: 3). Das Forschungsteam um Kangogo (2021) nimmt an, dass zunehmende Ernährungsunsicherheit mit einem höheren Auftreten von Konflikten korreliert und die Wahrscheinlichkeit gewalttätiger Ereignisse erhöht. Es lässt sich weiterhin festhalten, dass es Anzeichen dafür gibt, dass Klimaveränderungen, zum Beispiel Temperaturabweichungen, generell die Ernährungsunsicherheit erhöhen, was wiederum das Auftreten von Konflikten begünstigt. (Kangogo et al. 2021: 6, 8) Dies stärkt das Argument, dass das Klima keinen direkten Einfluss auf Konflikte hat, sondern eher als ein Unsicherheitsmultiplikator gesehen werden kann. Insgesamt zeigen die Wechselwirkungen zwischen Temperaturabweichungen und Ernährungsunsicherheit durch die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von (gewaltvollen) Konflikten, dass die Beziehung zwischen Klima und Konflikten indirekt und komplex sein kann und von kontextuellen Faktoren abhängt. (Kangogo et al. 2021: 8f)

Auf die verschiedenen Pfade des Zusammengangs von der Klimakrise und Konflikten wird auch in Kapitel 5 mit Bezug auf Mali weiter eingegangen.

3.2.3 Folgen für die menschliche Sicherheit

Da die Klimakrise Umweltprobleme, wie die Degradation von Wasser, Wäldern und Ackerland, die Gefährdung der Artenvielfalt oder die Überfischung der Meere, verstärken kann, ist eine Provokation von Ressourcenkonflikten aufgrund der zusätzlichen Gefährdung vieler natürlicher Ressourcen und aufgrund neuer Risiken durch Wetterextreme möglich, wobei diese Risiken die *menschliche Sicherheit* betreffen können (Scheffran 2015: 108). Effekte der Klimakrise auf Ernährungssicherheit können beispielsweise eine verringerte Nahrungsvorfügbarkeit aufgrund von Hitzewellen, Dürren, Monsunen oder Hurrikanen einschließen, welche klimabedingte Katastrophen sind, die der landwirtschaftlichen Produktivität schaden

sowie Nahrungsmittelpreise und Einkommensverluste erhöhen, was den Zugang zu Nahrung zusätzlich zur geringeren landwirtschaftlichen Produktivität reduziert. Vertreibung aufgrund der Klimakrise ist ein weiteres Beispiel für die Bedrohung der *menschlichen Sicherheit*. Menschen sind weltweit bereits dazu gezwungen, ihre Heimat, ihre Lebensunterhalte und ihre Gemeinschaften aufgrund klimabedingter Faktoren, wie Dürren oder das Steigen des Meeresspiegels, zu verlassen. Die Effekte der Klimakrise auf die Gesundheit bilden ein drittes Beispiel für die Bedrohung der *menschlichen Sicherheit*, da die Entwicklung infektiöser Krankheiten verändert wird. (Cohn/Duncanson 2020: 750f) Die Klimakrise kann dadurch, wie zuvor erwähnt, als ein Bedrohungsmultiplikator geframt werden, welche andere Antreiber von Instabilität verstärken und Sicherheitsrisiken in allen Konfliktstufen verschlimmern kann. Extremwetter, schwankende Temperaturen, steigende Meeresspiegel und damit verbundene Katastrophen durch die Klimakrise können Ökonomien beschädigen, Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen intensivieren und ressourcenbasierte Lebensgrundlagen wie Fischerei, Landwirtschaft und Viehzucht beeinträchtigen. Erhöhte Konkurrenz um Ressourcen, wie fruchtbares Land und frisches Wasser, versetzt jetzt schon Gesellschaften und ganze Gemeinschaften in Unruhe, wobei aktuelle Konflikte verschlimmert und neue entfacht werden. (Ortiz/Ensor 2023: 2) Menschen, besonders im afrikanischen Kontext, hängen oft für ihren Lebensunterhalt von der Umwelt ab. Darum bedeutet die Destabilisierung der Umwelt auch die Destabilisierung des Lebenszyklus und des Lebensunterhalts von Gemeinschaften. Die Umwelt, Lebensunterhalte und daher das Überleben sind im afrikanischen Kontext miteinander verknüpft. Wenn die Umwelt also bedroht ist, ist auch das Überleben der Menschen und der Frieden bedroht. (Yoshida et al. 2021: 18) Demnach sind massive Klimaveränderungen eine globale Bedrohung für die *menschliche* und ökologische *Sicherheit*, welche lokal auch Frieden gefährden kann (Benner et al. 2020: 42).

3.2.4 Gewaltkonfliktpotenzial

Bezüglich Gewaltkonflikten ist festzuhalten, dass ein gefährliches Ausmaß der Klimakrise immer wahrscheinlicher wird und mit Wetterextremen, Wasser- und Nahrungsmittelp Problemen sowie auch mit potenziellen Gewaltkonflikten und Vertreibungen einhergehen kann (Benner et al. 2020: 29). Gewaltkonflikte treten dabei eher dort auf, wo Armut herrscht und es autoritäre Strukturen gibt, da diese Regionen schutzloser gegenüber Umweltproblemen und der Klimakrise sind, wobei zum Beispiel das nördliche Afrika und südliche Asien sehr betroffen

sind (Scheffran 2015: 112). Demnach ist das Risiko für bewaffnete Konflikte durch Klimafolgen besonders dort erhöht, wo aufgrund anderer Faktoren, wie zum Beispiel ein geringes Pro-Kopf-Einkommen, starke Ungleichheit, ethnische Polarisierung, politische Exklusion, staatliche Fragilität, frühere bewaffnete Konflikte oder mangelnde Institutionen der Konfliktlösung, schon eine hohe Konfliktwahrscheinlichkeit existiert (Benner et al. 2020: 31f). Dem Forschungsteam um Benner (2020: 32) zufolge gilt dies am meisten bei einer gravierenden Beeinträchtigung menschlicher Lebensbedingungen, zum Beispiel in Regionen mit einer hohen Abhängigkeit von landwirtschaftlicher Produktion, in fragilen und fragmentierten Staaten oder für kommunale Gewaltkonflikte, weshalb die Verteilung von Friedensgefährdungen durch die Klimakrise regional sehr ungleich ist. Weiterhin kommen Gewaltkonflikte vor allem in Regionen mit einer großen Bevölkerungszunahme, geringem „Entwicklungsstand“, niedrigem Wirtschaftswachstum, politischer Instabilität in kürzerer Vergangenheit, Gewalt und Kriegen in angrenzender Nachbarschaft und mit mittlerem Niveau an Demokratie vor, sowie dort, wo Gesellschaften agrarisch geprägt und bereits von Gewaltkonflikten betroffen und daher am meisten verwundbar sind (Scheffran 2015: 115, 118). Demnach kann die Klimakrise in mit solchen Merkmalen gekennzeichneten Gesellschaften und Regionen Bedrohungen verstärken und Gewaltspiralen unterstützen (Scheffran 2015: 118), wobei hier der Dependenzansatz, wie in Kapitel 2 erläutert, mitgedacht werden muss, nach welchem einige dieser Merkmale der betroffenen Länder auf erzwungene globale Abhängigkeitsverhältnisse zurückzuführen sind.

Die Bestimmung der Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise hängt von der Art und Stärke der klimatischen Veränderungen in einer betroffenen Region, der Sensitivität gegenüber diesen klimatischen Veränderungen und der Fähigkeit, sich daran anzupassen, ab. Die gebrauchten Schutz- und Anpassungsmaßnahmen sind in ärmeren Ländern und Gemeinschaften oft eher weniger leistbar und sind durch den Zugang zu Ressourcen, Informationen, Technologien sowie Stabilität und Effektivität von Institutionen beeinflusst. (Scheffran 2015: 115f) Daher kommen umweltbeeinflusste Gewaltkonflikte in ärmeren Ländern im globalen Süden mit schwachen Regierungen und einer hohen Anfälligkeit für Umweltprobleme am ehesten vor: „Am stärksten betroffen sind Menschen die durch Armut, Krieg und andere Risikofaktoren bereits so geschwächt sind, dass sie den Folgen des Klimawandels nur wenig entgegensetzen können. Umgekehrt kann Klimawandel die Verwundbarkeit gegen Gewalt erhöhen, was zu einer gekoppelten doppelten Verwundbarkeit führt“ (Scheffran 2015: 116). Scheffran (2015: 116) zufolge kann beobachtet werden, dass es in vielen armen Ländern mit einem niedrigen Human Development Index eine hohe Sterblichkeit durch Naturkatastrophen und bewaffnete Konflikte

gibt, weshalb davon ausgegangen werden könne, dass die Klimakrise in diesen sehr vulnerablen und fragilen Regionen zur Erosion der sozialen und politischen Ordnung beisteuert.

Auch bezüglich des Zusammenhangs der Klimakrise mit Gewaltkonflikten gibt es empirische Studien, welche diesen statistisch signifikant feststellen und solche, die keinen nachweisbaren oder einen ambivalenten Zusammenhang feststellen (Scheffran 2015: 112f). Daher gibt es bei der Untersuchung der Relevanz der Klimakrise für Gewalt und Frieden verschiedene Ergebnisse: „Besonders prägnant ist dies für interne bewaffnete Konflikte, an denen staatliche und nichtstaatliche bewaffnete Einheiten beteiligt sind. Studien, die einen starken Zusammenhang zwischen Indikatoren des Klimawandels wie Temperaturanstieg und Niederschlagsvariabilität konstatieren, stehen solchen gegenüber, die keinen Einfluss auf das Gewaltgeschehen feststellen können“ (Benner et al. 2020: 30). Dies gilt für sowohl für quantitative als auch für qualitative Untersuchungen: „[...] beide finden Belege für oder gegen signifikante kausale Zusammenhänge zwischen Klimawandel und bewaffneten Konflikten“ (Benner et al. 2020: 30). Auch Brzoska (2013: 39f) betont, dass Uneinigkeit bei Forscher:innen herrscht, da Dürren und Wassermangel beispielsweise zum Teil sowohl als Auslöser wie auch als irrelevant für dieselben Gewaltkonflikte gegolten haben und politische Faktoren, wie Abkommen, Interessenberücksichtigung und das Verhalten von Regierungen, als relevanter dargestellt wurden. Auch größere Meta-Analysen über historische Zeiträume, geographische Regionen, Gewaltformen und kausale Mechanismen hinweg sind umstritten, da die Universalität der Aussagen und des signifikanten statistischen Zusammenhangs bezweifelt werden kann, wenn die Ergebnisse auf spezifischen Annahmen basieren. Außerdem nutzen viele Studien über bewaffnete Konflikte Daten, welche Konflikte mit geringer Intensität und nichtstaatliche Konflikte ausschließen, wobei diese möglicherweise von klimatischen Auswirkungen noch am ehesten beeinflusst werden. (Scheffran 2015: 113) Neben noch unausgereiften neueren Studien und Datenerhebungsmethoden, besteht auch grundsätzlich das Problem, dass versucht wird, mit Daten aus der Vergangenheit zukünftige Szenarien vorauszusagen, wobei zum Beispiel unklar ist, um wie viel Grad die globale Temperaturänderung ausfallen wird (Scheffran 2015: 114). Außerdem wird von dem Forschungsteam um Benner (2020: 28) die Annahme, dass die Klimakrise notwendig zu mehr Gewalt und Krieg führt, als vereinfachend, einseitig und somit nicht haltbar eingestuft, wobei auch die Gefahr einer Versicherheitlichung und Militarisierung der Klimapolitik und angrenzender Politikfelder verstärkt würde. Brzoska (2013: 40) zieht die Schlussfolgerung, dass die Klimakrise nicht geeignet ist, um zu erklären, warum Gewaltkonflikte oder Kriege nicht schon bei früheren

Dürren (oder anderen Umweltänderungen) ausgebrochen sind, aber es auch offen ist, ob die Konflikte so intensiv wären, wenn zum Beispiel die Dürren vorher nicht auch eingetreten wären und die Wirtschafts- und Lebensweisen der Menschen verändert hätten, was insgesamt die Komplexität der Zusammenhänge zeigt und, dass es keine einfachen Erklärungen geben kann. Scheffran (2015: 114) hält zum Zusammenhang von Umwelt, Ressourcen und Gewalt fest: „Aufgrund komplexer Wirkungsketten sind kausale Zusammenhänge zwischen Umweltveränderungen, Ressourcenmangel und Gewaltkonflikten nur schwer nachweisbar“.

Die Klimakrise ist, wie zuvor erwähnt, selten ein direkter Konfliktgegenstand und auch selten primärer Auslöser größerer Gewaltkonflikte. Umweltzerstörungen führen demnach selten direkt zu Gewalt, da es sich eben um komplexe Wechselwirkungen und lange Zeiträume handelt. (Scheffran 2015: 117f) Daher kann festgehalten werden, dass Gewalt häufig nicht unbedingt eine direkte Folge der Klimakrise ist, aber diese ein fördernder Faktor für Gewalt sein kann (Benner et al. 2020: 27). Die Klimakrise kann Gesellschaften anfälliger für Gewalt machen, wobei diese dann wieder anfälliger für Klimafolgen werden können, wodurch sich Klimafolgen und Gewaltkonflikte gegenseitig verstärken: „Es wird zunehmend schwieriger, einem solchen negativen Nexus und den damit verbundenen Abwärtsspiralen und Kaskaden zu entkommen, in dem wirtschaftlicher Niedergang, soziale Erosion, Gewalt und politisches Versagen sich aufschaukeln“ (Benner et al. 2020: 34).

3.2.5 Ressourcenkonfliktpotenzial

Bezüglich Ressourcen als Konfliktursachen gibt es in der Forschung die verbreitete Ansicht, dass die Klimakrise die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen einschränkt und dadurch Ressourcenkonflikte auslöst oder verstärkt (Scheffran 2015: 111). Wie zuvor erwähnt, kann die Konkurrenz um Ressourcen bereits Unruhe stiften und die *menschliche Sicherheit* bedrohen. Demnach sind für Fragen von Frieden, Krieg und Sicherheit Veränderungen in der Verfügung über natürliche Ressourcen sehr bedeutsam, was auf „[...] die absolute Verfügbarkeit etwa von Energie, Wasser oder Land zur Nahrungsmittelproduktion ebenso wie deren Verteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen“ zutrifft (Benner et al. 2020: 29). Natürliche Ressourcen befinden sich demnach oft „[...] im Fokus militärischen Denkens und sind Gegenstand bewaffneter Auseinandersetzungen, für die wiederum große Ressourcenmengen benötigt werden“ (Scheffran 2015: 111). Der Export von Ressourcen kann

beispielweise für die Aufrüstung des Militärs und von Sicherheitsapparaten genutzt werden, woraus eine Gewaltspirale entstehen kann. Der Erfolg von Kriegsführung hängt dann gegebenenfalls von der Verfügung über Ressourcen ab, also können Ressourcen auch zum Motiv der Gewaltausübung werden, obwohl es vorher vielleicht andere Kriegsursachen gab. (Jakobeit/Meißner 2019: 618) Bezüglich der Auswirkungen von militärischen Aktivitäten in Konflikten auf die Umwelt, kann Umweltzerstörung zum Beispiel umweltschädliche Folgen von bestimmten Waffen (wie Verschmutzung), die Verschmutzung durch Angriffe auf chemische, pharmazeutische oder Öl-Einrichtungen, die Zerstörung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie militärische Aktionen, die das Einsetzen oder die Auswirkungen der Klimakrise verschärfen, einschließen (O'Rourke/Martin 2023: 1614).

Forschung über das Ausmaß der Auswirkungen von Umweltveränderungen und Ressourcenmangel auf Gewaltkonflikte, speziell darüber, inwiefern und in welchem Ausmaß erstere letztere auslösen können, gibt es seit Beginn der 1990er Jahre: „Neben Klimaänderungen werden die Entwaldung, die Degradation von Ackerland und Wasservorräten, Bergbau- und Staudammprojekte, und die Erschöpfung von Fischbeständen in zahlreichen regionalen Fallstudien als Konfliktursache untersucht“ (Scheffran 2015: 111). Die Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen sind demnach zentral in der Verursachung, Erhaltung und Verstärkung von Konflikten. Jüngere Forschung zeigt, dass mindestens 40% aller innerstaatlichen Konflikte in den letzten 60 Jahren eine Verbindung zu natürlichen Ressourcen hatten und andersherum zeigen diese Konflikte, wie bewaffnete Konflikte an der Beschädigung, Degradierung und Zerstörung von natürlichen Ressourcen beteiligt sind, welche Lebensunterhalte und Gemeinschaften erhalten. (O'Rourke/Martin 2023: 1617) In Afrika geht es bei vielen Konflikten zum Beispiel um Wasser und Landnutzung und in Latein- und Zentralamerika oft um Land und Biodiversität. Dabei ist das Konfliktpotenzial vom Ressourcentyp abhängig, zum Beispiel, ob die Ressource erneuerbar ist oder nicht, oder die Entfernung der Ressource, wobei oft Streitigkeiten über die Ausbeutung und Verteilung wertvoller nicht-erneuerbarer Ressourcen entstehen, welche zur Beschaffung von Waffen, Soldatinnen und Soldaten und Ausrüstung durch Regierungseinheiten, Rebellengruppen oder private Sicherheitsdienste verwendet werden. (Scheffran 2015: 111) Auch Brzoska (2013: 31) zufolge hängt die Bedeutung eines Mangels oder Überflusses an Ressourcen für Gewaltkonflikte von der Art der Ressource und den Eigenschaften des Konflikts ab. Die Art der Ressource kann unter anderem die Wahrscheinlichkeit und die Form von Konflikten und Kriegen bestimmen. Das Vorhandensein von Ressourcen kann demnach die Intensität von Konflikthandlungen

verschärfen oder sie zeitlich oder räumlich erweitern und somit Mittel und Gelegenheit zur Gewaltausübung darstellen. (Jakobeit/Meißner 2019: 613, 618). Weiterhin sind die Wirkungsmechanismen von Klimaänderungen auf natürliche Ressourcen häufig indirekt und komplex sowie mit politischen, ökonomischen und sozialen Konfliktfaktoren verbunden und können deren Wirkung verstärken oder abschwächen. Auch die ungleiche Ressourcenverteilung und die Risiken der Ressourcennutzung selbst können die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen beschränken. Wenn durch verringerte Ressourcenverfügbarkeit die menschlichen Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können, kann das die betroffenen Menschen sowie das Konfliktpotenzial zwischen sozialen Gruppen über die Ressourcenverteilung unter Druck setzen, aber Ressourcenknappheit kann ebenso herbeiführen, dass Menschen ihre Lebensumstände ändern und sich anpassen, indem sie auf innovative, nachhaltige und kooperative Lösungen der Ressourcennutzung zurückgreifen. Demnach können die Reaktionen auf nichtnachhaltig genutzte Ressourcen und dadurch unter Druck geratene soziale Systeme Flucht und der Einsatz von Gewalt, aber auch effizientere Ressourcennutzung und verstärkte Zusammenarbeit bei der Problembewältigung einschließen. (Scheffran 2015: 111f)

In vielen Konfliktgebieten sind die Auswirkungen der Klimakrise und Ressourcenknappheit deutlich verstärkt. Traditionelle oder offizielle Systeme für die Erhaltung von natürlichen Ressourcen können dadurch versagen und es kann zur Übernutzung der Ressourcen durch opportunistische oder verzweifelte Akteur:innen kommen. (Greene 2020: 12) Zusammenfassend wird der Zusammenhang zwischen Ressourcen und Konflikten viel untersucht und ist zum Teil auch feststellbar, wobei die Frage, ob Ressourcen zur Konfliktursache werden auch von globalen Regierungsanstrengungen und Friedensförderung abhängt (Jakobeit/Meißner 2019: 618f, Brzoska 2013: 31). Außerdem führen Brzoska (2013: 31) zufolge weder Knappheit noch Überfluss an Ressourcenverfügbarkeit notwendigerweise zu Gewaltkonflikten und es komme eher auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen an, unter welchen sie auftreten. Ressourcen sind demnach daher eher problem- und konfliktverschärfend und Armut sowie ungleiche Einkommensverteilung die vorrangigen Probleme (Brzoska 2013: 38), und es besteht eher die Gefahr, dass Ressourcen als Ziel und Waffe politischer Akteur:innen verwendet werden (Benner et al. 2020: 33).

3.2.6 Weitere Konfliktpotenziale

Die Klimakrise kann verschiedene Krisen, zum Beispiel mit Blick auf Ernährungssicherheit, soziale Probleme, Vertreibung und Gewaltkonflikte, verbinden und komplexe Krisenkonstellationen schaffen (Benner et al. 2020: 34). Nun wird kurz darauf eingegangen, welche Konfliktpotenziale durch die Klimakrise außerhalb von bewaffneten Gewaltkonflikten noch entstehen können. Der Fokus auf bewaffnete Konflikte kann das Bild von den Folgen der Klimakrise beschränken, da die Auswirkungen auch andere Dimensionen von „Unfriedlichkeit“ betreffen können, zum Beispiel Gewaltkriminalität oder staatliche Repressionen, wobei die Wirkungen, wie auch bei bewaffneten Konflikten, komplex sind (Benner et al. 2020: 34). Sozio-ökologische Zerfallserscheinungen und Krisen-Symptome als Begleitung der zusätzlichen Beeinträchtigung der Verfügbarkeit und Nutzung natürlicher Ressourcen könnten zum Beispiel durch klimabedingte Konflikte auftreten und eine Bedrohung für Frieden und die Bedingungen für nachhaltigen Frieden sein (Scheffran 2015: 118). Als Beispiel kann die Entwicklung des Global Peace Index nach wetterbedingten Katastrophen genannt werden, da die Daten für Afrika eine schwache negative Korrelation zwischen dem Ausmaß von Katastrophen und der Friedfertigkeit betroffener Staaten aufzeigen, wobei diese in beide Richtungen gehen kann: „Klimawandel kann Friedfertigkeit untergraben und geringe Friedfertigkeit die Schadenswirkung von Klimawandel erhöhen“ (Benner et al. 2020: 34f). Für andere Regionen lässt sich aber kein statistischer Zusammenhang feststellen. Weiterhin haben die geopolitischen und gesellschaftlichen Konfliktpotenziale durch energie- und klimapolitische Transformationsprozesse, wie zum Beispiel Widerstände gegen erneuerbare Energieprojekte oder Anpassungsmaßnahmen, wie Bioenergie, Staudämme, Windkraftanlagen, Aufforstung oder Deiche, und damit verknüpfte Ressourcen- und Landnutzungskonflikte, bisher noch wenig Beachtung in der Debatte gefunden. (Benner et al. 2020: 35) Durch die Zunahme der Offensichtlichkeit der Folgen der Klimakrise nimmt aber auch die Relevanz dieser Konflikte um Schadenbegrenzung, Katastrophenmanagement, Gegenmaßnahmen und Anpassung zu. Dabei stellen sich Fragen der Finanzierung und der Zielgruppen der Maßnahmen sowie der Verteilung der Kosten und Risiken der Klimakrise oder des Klimaschutzes allgemein und die Frage danach, wie mit damit verbundenen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen umgegangen wird. Diese Streitthemen sind außerdem ausschlaggebend für die internationalen Klimaverhandlungen und aufgrund dieser Konfliktfelder sollte Klimapolitik konfliktsensitiv ausgelegt und Konfliktlösungskonzepte in Klimaverhandlungen eingebunden werden. (Scheffran 2015: 111)

3.3 Zusammenhang von Gender und der Betroffenheit von Konflikten

Es ist bereits etabliert, dass bewaffnete Konflikte geschlechtsspezifische Auswirkungen haben. Während Männer häufiger während Konflikten sterben, sterben Frauen* häufiger durch indirekte Gründe, nachdem Konflikte vorbei sind. Viele der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Kriegen stammen beispielsweise von den Verantwortlichkeiten der Frauen* für die Versorgung und von bereits existierenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, welche Frauen* und Mädchen* zum Beispiel anfälliger machen für sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt oder wodurch sie weniger wahrscheinlich in der Lage sind, bewaffneter Gewalt zu entfliehen. (Duncanson et al. 2022: 9) Konflikte können also die Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* verstärken, wie zum Beispiel Folter, Zwangsheirat außerhalb von Gemeinschaften (sozial-kultureller Faktor, der abhängig von lokalen Traditionen ist) oder sexuelle Gewalt, sowie den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie dem Justizsystem, Bildung und Gesundheitsversorgung unterbrechen, was besonders vertriebene Frauen* betrifft. Konflikte und instabile Situationen verschärfen daher bereits existierende Vulnerabilitäten und Diskriminierungsformen gegen Frauen* und Mädchen*, wobei sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt durch Konflikte, wenn auch weniger häufig, auch gegen Männer und Jungs gerichtet sein kann. (Smith et al. 2021: 4)

3.4 Zusammenhang von Gender und der Betroffenheit von Klimaauswirkungen

Die Folgen der Klimakrise, sowohl plötzlich einsetzende wie Fluten oder Hurrikane als auch langsam einsetzende wie Dürren oder steigender Meeresspiegel, haben geschlechtsspezifische Auswirkungen, vor allem für indigene, rurale und andere marginalisierte Frauen* (Duncanson et al. 2022: 9). Gender hat mehrere Verbindungen zu Vulnerabilität sowie zu Handlungsmacht im Zusammenhang mit der Klimakrise. Dabei kann das Geschlecht Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise verstärken, da geschlechtsbezogene soziale Normen, Strukturen, Prozesse und Machtbeziehungen einen Einfluss auf die Verteilung von Klimaauswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten haben. Ungleichheiten bezüglich des Geschlechts schließen demnach den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen, Landrechte und finanzielle Dienstleistungen ein, sowie die Verteilung von Arbeitskräften in verschiedenen Sektoren und die Teilhabe an Entscheidungen, welches alles Unterschiede sind, die beeinflussen, wie Frauen* und Männer die Klimakrise erfahren. Durch die Überschneidung anderer sozialer Faktoren, welche die Vulnerabilität eines Individuums gegenüber Klimaauswirkungen und dessen Erfahrung dieser

Auswirkungen beeinflussen, wie etwa der Wohnort (ländlich oder städtisch), das Einkommen, Bildung, die Ethnizität oder eine Beeinträchtigung, mit dem Geschlecht und der sexuellen Identität, entstehen multidimensionale Vulnerabilitäten. (United Nations 2023: 4f) Die Klimakrise hat daher ungleich verteilte Auswirkungen auf verschiedene Gruppen, wobei Frauen*, Jugendliche, ältere Menschen, indigene Völker, Gemeinschaften von People of Color (POCs), ärmere Menschen in Städten und sozial ausgegrenzte Gruppen überproportional betroffen sind, was durch die ungleiche Verteilung von und den ungleichen Zugang zu Ressourcen noch verstärkt wird (Birkmann et al. 2022: 1191). Die Klimakrise hat nicht nur unterschiedliche Klimaauswirkungen auf Frauen* und Männer, sondern auch geschlechts- und sexuelle Minderheiten sind überproportional stark betroffen, wenn diese Diskriminierung ausgesetzt sind (United Nations 2023: 7). Weiterhin spielen Werte und gelebte Erfahrungen von Klimagefahren eine Rolle. Daher sind intersektionale Ansätze notwendig, um unterschiedliche Vulnerabilitäten für vergangene sowie aktuelle Auswirkungen der Klimakrise auf Lebensgrundlagen zu begreifen. Bei der Beobachtung und Bewertung lokaler Bedingungen der Auswirkungen und Veränderungen der Lebensgrundlagen müssen deshalb diese verstärkenden sozialen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Klasse oder Ethnie berücksichtigt werden, welche soziale Ungleichheiten prägen und sich eben auch mit Klimagefahren und Vulnerabilität überschneiden. (Birkmann et al. 2022: 1204)

3.4.1 Klimaauswirkungen und strukturelle Ungleichheiten

Insgesamt sind strukturell benachteiligte Personen, welche unter sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten leiden, die historisch aus Entrechtung, Diskriminierung oder Marginalisierung aufgrund von Gender, Alter, Ethnizität, Klasse, Sprache, Fähigkeiten und/oder sexueller Orientierung stammen, überproportional vulnerabel gegenüber den negativen Auswirkungen von Klimagefahren (Birkmann et al. 2022: 1191). Damit ist Ungleichheit aufgrund des Geschlechts einer von mehreren Faktoren, welche bestimmen, wer am meisten durch die Klimakrise gefährdet ist. Eine intersektionale Perspektive auf die Überschneidung der Dimension von Gender mit anderen Achsen sozialer Unterschiede zeigt außerdem, dass Frauen* aus marginalisierten kulturellen, politischen, ethnischen oder wirtschaftlichen Gruppen in der Regel mit den größten Herausforderungen konfrontiert und indigene Frauen* daher doppelt unterdrückt und von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Trotz der Tatsache, dass diese am wenigsten zur Klimakrise beitragen, sind ihre Leben und (traditionellen) Lebensgrundlagen, welche untrennbar mit der Natur verbunden sind,

nachteilig betroffen. (Smith et al. 2021: 7) Klimaauswirkungen und strukturelle Ungleichheiten verstärken sich dabei gegenseitig und es gibt Nachweise, dass negative Auswirkungen und Schaden durch die Klimakrise auch ein Ergebnis sozialer und politischer Prozesse und existierender struktureller Ungleichheiten sind (Birkmann et al. 2022: 1191). Es gibt fundierte Belege dafür, dass ökonomische Entwicklung, welche auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basiert, die Vulnerabilität von Gemeinschaften auf der lokalen Ebene bedeutsam erhöhen kann. Klimaauswirkungen können Existenzherausforderungen, Ungleichheit und Armut weiter erhöhen, welche soziale, institutionelle oder auch politische Ursachen haben. (Birkmann et al. 2022: 1204) Regionale Gemeinschaften mit hoher Vulnerabilität sind außerdem oft durch historische Prozesse, wie Kolonialismus und Machtbeziehungen, beeinflusst, die Menschen und Länder vulnerabel machen: „Thus, vulnerability to climate change is not primarily linked to the degree of exposure to climate change impacts, but determined by societal structures and development processes that shape context and individual vulnerability [...]“ (Birkmann et al. 2022: 1204). Ein hohes Maß an Vulnerabilität auf nationaler Ebene ist außerdem oft mit einer komplexen Geschichte verbunden, zu der auch langfristige wirtschaftliche Abhängigkeiten gehören, welche im Zusammenhang mit Kolonialisierung entstanden sind und verstärkt wurden (Birkmann et al. 2022: 1192).

3.4.2 Abhängigkeit von der Umwelt

Neben den direkten unterschiedlichen Auswirkungen der Klimakrise auf verschiedene soziale Gruppen, können die Auswirkungen der Klimakrise auch Ungleichheit aufgrund des geringeren Zugangs zu den von Ökosystemen erbrachten Leistungen sowie der eingeschränkten Fähigkeit, diese Leistungen zu nutzen, verstärken. Marginalisierte ärmere Menschen hängen häufig für ihre Lebensgrundlagen, Freizeit, oder kulturellen Praktiken sehr von dem Zugang zu den umliegenden Umwelten, natürlichen Ressourcen und Ökosystemleistungen ab. (Birkmann et al. 2022: 1192) Frauen* werden bezüglich des Besitzes von und des Zugangs zu Land sowie der Kontrolle über die von ihnen produzierten Ressourcen oft benachteiligt, obwohl sie für ihr Einkommen, ihre Ernährung und ihre Gesundheit von natürlichen Ressourcen abhängig sind (Smith et al. 2021: 7), worauf noch näher eingegangen wird. Durch diese Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen sind sie schneller von Veränderungen in der Verfügbarkeit und Qualität der Ressourcen betroffen, zum Beispiel wenn Umweltzerstörung und die Klimakrise zu einer Zerstörung und Verknappung natürlicher Ressourcen, wie Wasser und Land, führen (Rodenberg 2009: 12, Smith et al. 2021: 7). Daher bedeuten Veränderungen in Ressourcen, zum

Beispiel durch das Ausbleichen von Korallenriffen oder Veränderungen im Fischbestand, große Herausforderungen und Risiken für betroffene Gemeinschaften (Birkmann et al. 2022: 1192).

3.4.3 Klimaauswirkungen und Geschlechterrollen

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise sind, wie zuvor beschrieben, mit bereits existierenden Geschlechterrollen und Ungleichheiten verbunden. Die nachteilige Position von Frauen* in vielen Gesellschaften kann zum Beispiel dazu beitragen, dass sie am meisten gefährdet sind, im Falle von Extremwittersituationen, wie Fluten, Tsunamis und Hurrikanen, welche häufiger und intensiver werden. Es ist unwahrscheinlicher, dass Frauen* schwimmen gelernt haben, im Gegensatz zu Männern, aber wahrscheinlicher, dass sie restriktive Kleidung tragen müssen und für diejenigen verantwortlich sind, die Hilfe brauchen, wenn sie vor Katastrophen fliehen, wie etwa die sehr jungen und älteren Menschen sowie denjenigen, die Einschränkungen haben. (Duncanson et al. 2022: 9f) Frauen* und Mädchen* erleiden daher oft mehr Vulnerabilität und Not während Naturkatastrophen und Extremwittersituationen. Mädchen* werden unter anderem in Notsituationen auch im Austausch für Viehbestand oder für Essen weggegeben. Geschlechternormen und soziale Rollen und Erwartungen an Frauen* und Mädchen* spielen dabei eine grundlegende Rolle. (Yoshida et al. 2021: 18) Die Klimakrise verschärft weiterhin die ohnehin ungleiche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, welche die ungleichen Geschlechterverhältnisse produziert, indem sie diese verschiedenen Geschlechterrollen zuschreibt (Smith et al. 2021: 6, Rodenberg 2009: 12). Frauen* verbringen zum Beispiel deutlich mehr Zeit mit unbezahlter Pflegearbeit als Männer, einschließlich der Pflege von Personen, deren Gesundheit durch Klimagefahren beeinträchtigt wird (Smith et al. 2021: 6). Frauen*, besonders Bäuerinnen, stoßen außerdem auch aufgrund von eingeschränktem Zugang zu landwirtschaftlichen Werkzeugen und Maschinen auf zusätzliche Herausforderungen (Sarzana et al. 2024: 13).

Frauen* tragen außerdem in vielen Gesellschaften im Alltag die Verantwortung dafür, Nahrung anzubauen und zu sammeln, zu kochen und die Familie zu versorgen (Duncanson et al. 2022: 10). Mit Blick auf Afrika kann festgehalten werden, dass es unterschiedliche Erwartungen an die Geschlechter im Haushalt und in Gemeinden in ländlichen Kontexten gibt, beispielsweise die Erwartung an Frauen* und Mädchen*, Wasser, Feuerholz zum Heizen und Kochen sowie Lebensmittel zu beschaffen und Nahrungsmittel zu erzeugen. Durch diese Zuständigkeiten sind Frauen* mit niedrigem Einkommen und in ländlichen Gebieten häufig für die Überlebens-

sicherung ihrer Familien und Haushalte verantwortlich. (Yoshida et al. 2021: 18, Rodenberg 2009: 12, O'Rourke/Martin 2023: 1618) Durch diese Geschlechterrollen in vielen sogenannten „Entwicklungsländern“, welche Frauen* für die Substitutionslandwirtschaft verantwortlich machen, sind Frauen* diejenigen, die überdurchschnittlich belastet sind, wenn die Klimakrise zum Beispiel die Verfügbarkeit von Wasser und landwirtschaftlichen Erträgen beeinflusst (United Nations 2023: 5), beispielsweise indem Klimaveränderungen im Kontext langsam einsetzender Auswirkungen der Klimakrise, wie beispielsweise Dürren oder Entwaldung, den Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung oder Land für Landwirtschaft reduzieren (Duncanson et al. 2022: 10). Sie sind dann oft zusätzlicher Arbeit ausgesetzt, wenn sie mit den entstehenden Problemen umgehen müssen, wie weitere Strecken zurückzulegen und alternative Nahrungs-, Wasser und Einkommensquellen zu finden sowie Kranke zu versorgen (Cohn/Duncanson 2020: 751, O'Rourke/Martin 2023: 1618). Daher kann festgehalten werden, dass Frauen* am meisten unter klimabedingten Schocks (Cohn/Duncanson 2020: 751) und schlechten Ernten leiden (United Nations 2023: 5) und auch in einem instabilen Umfeld durch die Klimakrise von ihnen erwartet wird, ihre Familien zu ernähren und zu versorgen (Yoshida et al. 2021: 18).

Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass Frauen* aufgrund kultureller Normen innerhalb von Haushalten eher Unterernährung erleiden im Falle von Nahrungsknappheit und Engpässen, da sie kleinere Portionen als Männer erhalten oder ihre Portionen selbst reduzieren könnten, um ihre Kinder und/oder Männer zu ernähren (United Nations 2023: 5). Außerdem betrifft die Klimakrise auch den Zugang von Mädchen* zu Bildung, zum Beispiel wenn ihre Familien sich die Schulgebühren nicht leisten können, da ihr Lebensunterhalt durch Umweltzerstörung vernichtet wurde, und Jungen gegenüber Mädchen* bevorzugt wenden, um zur Schule zu gehen. Neben dem Schulabbruch von Mädchen*, werden diese auch manchmal jung verheiratet, wenn ihre Familien Schwierigkeiten haben zu überleben. Deshalb ist die Klimakrise ein Risikoverstärker mit Blick auf Geschlechterungleichheiten, welcher Auswirkungen auf Menschenrechte hat, inklusive des Rechts auf Bildung und reproduktive Rechte. (Yoshida et al. 2021: 18f)

3.4.4 Einschränkungen in der Teilhabe und Anpassungsfähigkeit

Neben dem ungleichen Zugang zu natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, sind Frauen* auch bei der Teilhabe an sozialen und politischen Entscheidungsprozessen von struktureller Ungleichheit betroffen. Diese gesellschaftlich ungleiche Verteilung von Teilhabe und Zugang

ist ausschlaggebend für geschlechtliche Ungleichheit. Die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Frauen* sind in verschiedenen regionalen oder kulturellen Kontexten oft begrenzt. Dadurch können Frauen*, je nach Grad der strukturellen Benachteiligung, stärker den Klimaschocks und -katastrophen ausgesetzt sowie lebensbedrohlich in ihren Anpassungsfähigkeiten bedroht sein. (Rodenberg 2009: 11f) Auf diesen Zusammenhang wird im Unterkapitel 3.6 weiter eingegangen. Die vielen Wege, in denen Geschlechterungleichheit die Erfahrungen von Frauen* beeinflussen, hemmen auch ihre Resilienz und Anpassungsfähigkeit. Diese zusammengesetzten Herausforderungen beeinflussen die Familien und Gemeinschaften von Frauen* nachteilig. (Ortiz/Ensor 2023: 3) Das Ausmaß der Betroffenheit von der Klimakrise ist nicht nur von Klimagefahren selbst abhängig, sondern auch von der Anpassungsfähigkeit der jeweiligen Personen und Gemeinschaften. Eine geringere Anpassungsfähigkeit von Frauen* bedeutet dabei, dass Frauen* weniger materielle und soziale Ressourcen haben, um Klimaschocks zu bewältigen. Diese geringere Anpassungsfähigkeit wird durch eine Konstellation bereits bestehender geschlechtsspezifischer Ungleichheiten geprägt, zum Beispiel hinsichtlich des Einkommens, Vermögens und Humankapitals sowie bei Machtstrukturen, gesetzlichen und Gewohnheitsrechten, Geschlechterrollen und sozio-kulturellen Normen. Zusammenfassend machen verfestigte strukturelle geschlechtsspezifische Ungleichheiten Frauen* anfälliger für die Auswirkungen der Klimakrise und schließen sie überdurchschnittlich von einer Beteiligung an Lösungen aus. (Smith et al. 2021: 5f)

3.5 Zusammenwirken von Klimakrise, Gender und Konflikten

Klima-Konflikt-Risiken haben unterschiedliche geschlechtsspezifische Auswirkungen, wobei die Dynamik von Konflikten und der Klimakrise sich nach verschiedenen Faktoren unterscheiden kann, wie etwa nach ökonomischer Klasse, ethnischer Zugehörigkeit oder nach Geschlecht: “Gender intersects with climate change impacts and security, positioning gender as a critical bridge between both conditions” (Smith et al. 2021: 4). Konflikte und die Klimakrise sind daher in einer Rückkopplungsschleife miteinander verknüpft, welche außerdem durch Geschlechterdynamiken beeinflusst wird, da Konflikte und die Klimakrise nicht alle Menschen gleichermaßen betreffen (Smith et al. 2021: 3f). Es gibt immer mehr Nachweise darüber, wie die Klimakrise und Fragilität überdurchschnittlich Frauen* betreffen, was besonders in Konflikt- oder Krisensituationen zutrifft. Die Auswirkungen der Klimakrise auf fragile Kontexte kann bestehende strukturelle Geschlechterungleichheiten vertiefen, die Vulnerabilität von Frauen* und Mädchen* erhöhen und indirekt die Risiken von sexueller und geschlechts-

basierter Gewalt verstärken und verbreiten. Frauen*, welche dabei noch anderen Formen von Marginalisierung aufgrund ihrer Ethnizität, ihrem sozio-ökonomischen Status oder Identitäten erfahren, sind häufig noch größeren Risiken ausgesetzt. (Ortiz/Ensor 2023: 2) In Konflikt- und Vertreibungssituationen sind alle Risiken, welche die Klimakrise für Frauen* und Mädchen* darstellt, nochmal erhöht (Duncanson et al. 2022: 10).

Bezüglich Folgen militärischer Aktionen, welche das Einsetzen oder die Auswirkungen der Klimakrise verstärken, können Entwaldung und das Ausstoßen von Treibhausgasen als zwei Beispiele genannt werden. Militärische Operationen können demnach direkt in großflächiger Entwaldung enden und damit zivile Lebensgrundlagen sowie Umwelt- und Klima-Resilienz beeinflussen. Eine Art, in welcher Konflikte Umweltschädigung verstärken, ist außerdem durch anhaltende Vertreibung, was bereits fragile Ökosysteme grundlegend beeinflusst und zerstörerisch für Biodiversität ist. Die dadurch entstehenden Folgen von reduziertem Zugang zu Feuerholz und Wasser durch die Verstärkung der Klimakrise haben direkte Auswirkungen auf Frauen*. (O'Rourke/Martin 2023: 1618) Durch Wassermangel, die Abholzung von Wäldern und nach klimabedingten Katastrophen oder nach Situationen bewaffneter Konflikte allgemein kann es zum Beispiel sein, dass Frauen* und Mädchen* weitere Wege zurücklegen müssen, um Wasser oder Heizmaterial zu beschaffen und alternative Nahrungsquellen zu finden, wodurch sie mehr Zeit aufwenden müssen. Damit betreffen die Klimakrise, Umweltzerstörung und (Post-)Konfliktsituationen die Sicherheit und Gesundheit von Frauen* und Mädchen*, da diese längeren Wege, um natürliche Ressourcen zu erreichen, unter anderem durch Ermüdung, Angriffe, Überfälle und Diebstahl, sexuelle Gewalt und verstärkte geschlechtsspezifische Gewalt gefährlich sein können. Somit sind besonders Frauen* in armen, abgelegenen und ländlichen Regionen gefährdet und erhöht verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. (Smith et al. 2021: 7, Yoshida et al. 2021: 18, Ortiz/Ensor 2023: 2)

Außerdem ist der Zugang zu qualitativ und quantitativ adäquatem Wasser zum Kochen, Trinken und Waschen eine Notwendigkeit, um die Gesundheit einer Gemeinschaft zu erhalten. In ländlichen Gegenden ist Wasser außerdem notwendig für Bewässerungsprozesse. Im Fall von Mali und auch im Jemen sind Frauen* aufgrund ihrer Verantwortung für die Haushaltsaufgaben, die in Verbindung mit Wasser stehen, und für die Befriedigung der Haushaltsbedürfnisse allgemein oft am härtesten und am frühesten von Umweltschädigung und Wasserknappheit durch bewaffnete Konflikte oder Kriege betroffen. (O'Rourke/Martin 2023: 1618) Wenn die landwirtschaftlichen Erträge nicht gut ausfallen aufgrund von Klimabedingungen, ist

es außerdem wahrscheinlicher, dass Frauen* dafür beschuldigt werden, was zu häuslichen Konflikten führen kann. Dementsprechend kann höhere Ernährungsunsicherheit durch Wasserknappheit zu mehr geschlechtsbezogener Gewalt in Haushalten führen. Es kann zum Beispiel zur Misshandlung von Frauen* und Mädchen* durch ihre Ehemänner oder ihre Eltern kommen, wenn sie etwa dafür bestraft werden, zu wenig Wasserressourcen zu beschaffen, selbst wenn es beispielweise aufgrund der Trockenzeit zu wenig Wasser gibt. Wasserunsicherheit beeinflusst sowohl individuelle Frauen* und Mädchen*, welche geschlechtsbezogene Gewalt erleben, als auch ganze Gemeinschaften, in denen sie leben, zum Beispiel, wenn Wasserknappheit zu Konflikten, Migration oder Vertreibung führt, um zu überleben. (Yoshida et al. 2021: 18f)

Weiterhin zeigen Beweise aus Madagaskar und Sierra Leone, dass Frauen* für die Erlangung des Zugangs zu landwirtschaftlichem Land und Landtiteln sexueller Erpressung unterworfen sein können. Weibliche Umweltschützerinnen sind außerdem oft der Gefahr sexueller Gewalt ausgesetzt, besonders in Kontexten, in welchen sie sich gegen extraktive Industrien auf indigenem Land auflehnen. Geschlechtsspezifische Gewalt ist somit nicht nur eine Folge der Klimakrise, sondern wird auch als Mittel gegen Frauen* im Zusammenhang mit der Kontrolle über natürliche Ressourcen genutzt: „While climate change can increase gender-based violence, gender-based violence is also used as a means to limit and control women’s ownership of, access to, use of and benefits from natural resources“. (Duncanson et al. 2022: 10)

Auswirkungen von Geschlechterungleichheiten und Konflikten hängen auch von Lokalitäten ab. Umweltveränderungen haben, zum Beispiel, bestimmte Auswirkungen auf pastorale Gemeinschaften, Frauen* und Mädchen* aus Städten sowie geflüchtete Frauen*. (Yoshida et al. 2021: 19) In konfliktbetroffenen und katastrophengefährdeten Regionen, wie zum Beispiel dem Süd-Sudan, verheirateten Familien, dessen Ressourcen eingeschränkt sind, ihre Töchter immer jünger. Wenn es keine anderen tragfähigen Existenzgrundlagen gibt, kann Kindesheirat in pastoralen Gruppen eine Überlebensstrategie werden, um Vieh, Geld und anderes Vermögen über die traditionelle Praktik der Mitgiftzahlungen zu erhalten. (Ortiz/Ensor 2023: 2) Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratungen können demnach in Zusammenhang mit wirtschaftlichem Stress aufgrund von langsam einsetzenden negativen Auswirkungen der Klimakrise sowie von Katastrophen als schädliche Bewältigungsstrategie auftreten (Duncanson et al. 2022: 10). In Post-Konflikt Regionen, wie beispielsweise in Ost-Tschad, müssen rurale Gemeinschaften mit chronischer Ernährungsunsicherheit, ökonomischer Fragilität und immer häufigeren Dürren leben. Diskriminierende und strenge Geschlechternormen in dieser Region schließen Frauen*

davon aus, Unternehmen zu führen, ein Einkommen zu haben, Land zu besitzen und unabhängige Lebensunterhaltsentscheidungen in der Abwesenheit ihrer Ehemänner zu treffen, was sie vulnerabel macht. (Ortiz/Ensor 2023: 2f) Auch wenn Männer aufgrund von Konflikten ihre Familien verlassen müssen, um woanders Arbeit zu suchen oder (verpflichtend) zu kämpfen, können Frauen* mit ihren Familien vulnerabel zurückbleiben. Die Beispiele machen deutlich, dass Geschlechterdynamiken, welche diskriminieren und marginalisieren, zu verstehen entscheidend ist, um die Verbindung zwischen Klimakrise und Konflikten zu begreifen. (Mohammed/Laki 2025: 493)

Die Studie von Mohammed und Laki (2025: 491) zeigt, dass die geschlechtsspezifische Wahrnehmung von Klimakrise und Konflikten auch unterschiedliche Sorgen bei Frauen* und Männern offenbart, wobei Frauen* mehr auf die Auswirkungen auf Ressourcen achten, während Männer der unmittelbaren Sicherheit den Vorrang geben. Da der soziale Status von Männern häufig mit ihrer Fähigkeit, Vieh zu züchten, verbunden ist und die Klimakrise dies immer komplexer macht, steigen für Männer und Jugendliche auch die Anreize, sich an Viehdiebstählen oder anderen Formen von organisierter Gewalt zu beteiligen (Mohammed/Laki 2025: 505). Außerdem können Normen der Männlichkeit und der Weiblichkeit direkt zu klimabezogener Gewalt und Konflikten beitragen. Beispielweise kommen in Nord-Nigeria Männlichkeitsvorstellungen durch den Wunsch von Männern, das Familienvermögen durch Vieh zu beschützen, zum Ausdruck, und der intensive Stress, den diese jungen Männer im Zusammenhang mit Klimaauswirkungen erleben, intensiviert die Konfliktdynamiken. Krisenpunkte schließen Konflikte zwischen jungen männlichen Viehzüchtern und Frauen* in landwirtschaftlichen Gemeinschaften ein. Angriffe gegen Frauen*, inklusive sexueller Gewalt, erhöhen dann die Konflikte, da Normen beschützender Männlichkeit Männer dazu antreiben, Vergeltung zu üben, wenn „ihre Frauen*“ angegriffen wurden. Es kann daher festgehalten werden, dass Geschlechternormen eine zugrundeliegende Rolle im Antreiben von bewaffneten Konflikten und der Klimakrise spielen, in dem Sinne, dass Ideen über angemessenes maskulines Verhalten als hart, rücksichtslos und über andere und die Natur dominierend, gleichzeitig auch eine Außen- und Wirtschaftspolitik, welche Kriege und die Klimakrise antreibt, legitimiert und naturalisiert. (Duncanson et al. 2022: 10f)

Aktuelle empirische Literatur hat außerdem damit begonnen, die Kosten für Ökonomien und Gemeinschaften durch gewalttätige Konflikte zu messen, einschließlich der Auswirkungen für ganze Ökonomien und für Haushalten durch die Zerstörung natürlicher Ressourcen. Diese

Kosten umfassen die direkten und offensichtlichsten Folgen von Krieg, wie der Schaden für die nationale Produktionsstruktur und die Neuausrichtung der Verwendung von Ressourcen hinsichtlich militärischen Nutzens, und die indirekten Auswirkungen auf Haushaltsvermögen und -einkommen und das wirtschaftliche Wohlergehen. Dabei sind Geschlechterrollen und -ungleichheit entscheidend dafür, wie Individuen und Haushalte den Verlust von Vermögen und Einkommen durch Konflikte erleben und, wie sie mit diesen Verlusten umgehen können. So können die Beziehung zwischen gewaltvollen Konflikten und Armut und, wie gewaltvolle Konflikte Haushaltsarmut verstärken und zu sogenannten „Auswirkungen zweiten Grades“ führen können erklärt werden. Durch die Zerstörung von Eigentum und natürlichen Ressourcen sowie der Einschränkung von Institutionen des Staats und des Markts durch Konflikte sind Haushalte gezwungen mit plötzlichen und starken Rückgängen im Haushaltseinkommen umzugehen. Haushalte ordnen dabei die Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie die Ressourcen, welche beispielsweise dem Wohlergehen von Kindern zugeordnet waren, neu, um mit den Nachwirkungen von Konflikten umzugehen. Es gibt Nachweise dafür, dass Kindeswohlgefährdung die anhaltendste negative ökonomische Auswirkung von gewalttätigen Konflikten sein kann. Durch den plötzlichen Einkommens- und Vermögensverlust kann es sein, dass ärmere Haushalte ihre Söhne wählen, wenn es darum geht, ihre Kinder zu schützen. Demnach nimmt Kindersterblichkeit mit negativen ökonomischen Schocks zu, wobei das Überleben weiblicher Kleinkinder besonders gefährdet ist. Insgesamt haben bewaffnete Konflikte und die Klimakrise negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern, vor allem auf das Überleben von weiblichen Kindern, da sie die wirtschaftliche Not von Haushalten verstärken, welche auf natürliche Ressourcen angewiesen sind. (O'Rourke/Martin 2023: 1617f)

Bezüglich der Ursachen von bewaffneten Konflikten und der Klimakrise lässt sich festhalten, dass diese in den Jahrhunderten eines kolonialen, extraktivistischen Modells des Wirtschaftswachstums liegen, in welchem das ständige Streben nach Reichtum und Macht die Ausbeutung natürlicher Ressourcen verfestigt, indigene Völker ihres Landes enteignet und Ungleichheiten verschärft hat. Dieses Modell, der extraktivistische Kapitalismus, hat zu bewaffneten Konflikten und Unsicherheit beigetragen, da es Ungleichheiten verschärft, Gewalt durch Unternehmen und Staaten anheizt, um Land zu sichern und Investitionen zu schützen, und Möglichkeiten für Korruption, Plünderung und die Verfestigung von gewalttätiger Kriegswirtschaft bietet. Durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Verschmutzung und Zerstörung von Land, Wasser und Luft hat der extraktivistische Kapitalismus den Planeten an den Rand des ökologischen Zusammenbruchs gebracht. Außerdem ist er die Ursache von

Geschlechterungleichheiten aufgrund der Ausbeutung der unbezahlten Betreuungsarbeit von Frauen*, welche, genau wie natürliche Ressourcen, behandelt wird, als sei sie unendlich und frei verfügbar. In diesem Sinne sind nicht nur die Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten geschlechtsspezifisch, sondern auch ihre Antreiber, welche zusammenwirken, sich gegenseitig verstärken und dabei die *menschliche Sicherheit* untergraben. (Duncanson et al. 2022: 11) Zusammenfassend erhöhen klimabedingte Bedrohungen der *menschlichen Sicherheit* die Belastung von Frauen* und verschlechtern bestehende Geschlechterungleichheiten. In vielen Kulturen und Weltregionen wird zum Beispiel bereits davon ausgegangen, dass Frauen* weniger Essen, Mobilität und Zugang zu Gesundheitseinrichtungen verdienen. Daher kann der Zusammenbruch des Klimas insgesamt als massive, multidimensionale, geschlechtsdifferenzierte Bedrohung der *menschlichen Sicherheit* angesehen werden. (Cohn/Duncanson 2020: 751)

Aufgrund des beschriebenen Zusammenwirkens von Geschlechterungleichheiten, Konflikten und der Klimakrise sind feministische, geschlechtsspezifische Ansätze, welche die Gender-Dimension inkludieren, in Strategien der Klimaanpassung und Konfliktlösung notwendig. Darauf wird im nächsten Unterkapitel näher eingegangen.

3.6 Geschlechtsspezifische Ansätze für Klimamaßnahmen und Konfliktlösung

Das Geschlecht findet häufig keine Berücksichtigung in Programmen und Strategien zur Klimakrise und Frauen* und junge Menschen werden oft bei Entscheidungen ausgeschlossen, obwohl sie diejenigen sind, die am meisten leiden in Zeiten von Konflikten aufgrund der Klimakrise und deren Leben am meisten durch Klima- und Umweltunsicherheit bedroht sind (Yoshida et al. 2021: 19). Ein geschlechtsblinder Ansatz, welcher Diversität und Inklusion ignoriert, schwächt Klimaanpassung und Maßnahmen zur Risikominderung und reduziert die Effektivität von Klimapolitik. Außerdem wird dadurch zur weiteren Marginalisierung von Frauen*, Mädchen* und anderen ausgeschlossenen Gruppen beigetragen und möglicherweise sogar auch zum Wiederaufleben von Konflikten. Frauen* dürfen dabei aber nicht nur als Opfer von Klimakatastrophen gesehen werden, sondern müssen auch als aktive und effektive Akteurinnen von Anpassung und Entschärfung gesehen werden. (Ortiz/Ensor 2023: 3) In Anbetracht der überproportionalen starken Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen*, insbesondere auf indigene, ländliche und andere marginalisierte Frauen*, ist es von entscheidender Bedeutung, die Beteiligung und die Entwicklung von Führungsfähigkeiten

verschiedener Gruppen von Frauen* und Mädchen*, besonders aus den von der Klimakrise akut betroffenen Gemeinschaften, sicherzustellen. Die Women's Environment and Development Organisation (WEDO) berichtet in ihrem Gender and Climate Tracker, dass Frauen* in den Delegationen vieler Länder nach wie vor stark unterrepräsentiert sind, insbesondere in hochrangigen Positionen sowie in den Delegationen der Länder, die am stärksten von den Klimaauswirkungen betroffen sind. (Duncanson et al. 2022: 14f) Frauen*rechtsorganisationen rufen für eine stärkere Anerkennung der geschlechtsspezifischen Dynamiken der Klimakrise und von Konflikten auf, da bewiesen ist, dass Frauen* durch beides größeren Risiken stark ausgesetzt sind. Von der National Association of Professional Environmentalists wird beispielsweise argumentiert, dass afrikanische Frauen* und Mädchen* größtenteils nicht für Probleme durch die Klimakrise verantwortlich sind, aber trotzdem überdurchschnittlich die Belastung durch ihre Auswirkungen erfahren. Daher sei es wichtig darauf zu achten, dass Problemlösungen nicht aus den gleichen Regionen wie die ökonomischen Modelle der Umweltzerstörung kommen, sondern, dass Lösungen um lokale Praktiken zentriert sind und in solchen Plattformen stattfinden, in denen Frauen* und Mädchen*, auch aus ruralen Gegenden, ihre Lösungen bezüglich der Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit vorschlagen und gehört werden können. (Lenhardt 2021: 9)

Im April 2019 war die schottische Regierung die erste weltweit, welche einen Klimanotstand ausgerufen und anerkannt hat, dass diejenigen, die am wenigsten für diese globale Krise verantwortlich sind, als erste und am schwersten betroffen sind sowie, dass der „do no harm“ Ansatz nicht ausreicht. Deshalb liegt in Schottland ein Fokus auf Finanzierungen und anderen Unterstützungen für Länder im globalen Süden und die Regierung verfolgt die Idee in Partnerschaft mit anderen Ländern zu arbeiten, um globale Herausforderungen, wie die Klimakrise, Armut und Unsicherheit, anzugehen. (Duncanson et al. 2022: 7) Die schottische Regierung erkennt nicht nur den globalen Klimanotsand an, sondern sieht auch Gerechtigkeit im Zentrum ihrer ambitionierten Politikagenda und der Aktionsprogramme im Kampf gegen den globalen Klimanotstand und fordert geschlechtsspezifische Ansätze und die Beteiligung von Frauen*, welche sie als Friedensstifterinnen bezeichnet. Die schottische Regierung hat weiterhin Visionen für Klimagerechtigkeit und feministische Ansätze in der Außenpolitik und sieht die Möglichkeit, ein Vorbild für neue feministische Ansätze in internationaler Klimagerechtigkeit zu sein und eine Führungsrolle zu übernehmen. (Duncanson et al. 2022: 1, 7) Im Folgenden wird weiter erläutert, warum feministische geschlechtsspezifische Ansätze und die Beteiligung von Frauen* notwendig sind, welche (politischen) Implikationen sich durch den

Climate-Gender-Conflict Nexus für Maßnahmen und Strategien, wie die der schottischen Regierung, ergeben sowie welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden sollten.

3.6.1 Frauen* in den Bereichen Klimaschutz und Frieden

Die sich rasch beschleunigenden Bedrohungen durch die Klimakrise und Konflikte sowie die damit verbundenen geschlechtsspezifischen Auswirkungen stellen weltweit Herausforderungen dar. Die Förderung der Beiträge und der Kapazitäten von Frauen* in der ökologischen Friedensschaffung und bei Lösungen von Konflikten im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, kann für politische Entscheidungsträger:innen zu einem schnelleren Erfolg in den Bereichen Frieden, Naturschutz und Nachhaltigkeit führen. (Smith et al. 2021: 1) Je nach Kontext können Frauen* über praktische Erfahrungen und Wissen bezüglich des Schutzes und der Wiederherstellung von Ökosystemen und des Managements von natürlichen Ressourcen sowie in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Frischei als auch in anderen Bereichen, wie Wissenschaft, Innovation und Unternehmensführung, verfügen (United Nations 2023: 11). Das geschlechtsspezifische Wissen von Frauen* über das Management von natürlichen Ressourcen kann zum Beispiel effektiv zur Verbesserung lokaler Anpassungsfähigkeiten und zum Erhalt der Existenzgrundlagen von Gemeinschaften beitragen. Frauen*, beispielsweise von kleinen Inseln oder aus Küstenregionen, setzen sich außerdem auch für Klimaschutzmaßnahmen und die Umsetzung von Mechanismen für „loss and damage“ durch die Klimakrise ein und schaffen lokale, gemeinschaftsbasierte Lösungen, um Existenzbedrohungen durch klimabedingte Vertreibungen und den Verlust von Ländern der Vorfahren zu entschärfen: „Examples include women planting mangroves as a measure against sea level rise in Fiji, keeping coastal erosion at bay with wooden structures and coconut tree fronds on the islands along the coast of southern Senegal, and building a system to restore the supply of clean water in the face of salt water intrusion in Micronesia“. (Ortiz/Ensor 2023: 3)

Frauen* machen global fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus, wobei die Proportionen in Asien und Afrika noch größer sind. Die Forschung zeigt, dass Frauen* innovative und präsentative Maßnahmen schneller ergreifen als Männer. Demnach resultiert eine bedeutsame Partizipation von Frauen* in der Erhaltung und dem Management von natürlichen Ressourcen in nachhaltigeren Extraktionsregeln, größerer Konformität, mehr Transparenz und Verantwortlichkeit und besseren Konfliktlösungen. Der Beitrag von Frauen* ist unverzichtbar für nachhaltigen Frieden und inklusive Klimaschutzmaßnahmen, egal, ob es

um Existenzsicherungsstrategien, Ökosystemleistungen und Ernährungs- und Wassersicherheit für die Haushaltsführung, um die Einkommensgenerierung oder um das Engagement in soziokulturellen und politischen Institutionen geht. Demnach übernehmen Frauen* Klimapolitik häufiger und bringen diese mehr voran als Männer. Es wurde beispielsweise ein positiver Zusammenhang zwischen der Beteiligung von Frauen* in nationalen Administrationen und der Wahrscheinlichkeit eines Landes, internationale Umweltabkommen zu ratifizieren, festgestellt. Außerdem sind die CO₂ Emissionen eines Landes niedriger, wenn Frauen* einen höheren sozialen und politischen Status haben. Weiterhin können Frauen* zu friedlicheren Gesellschaften beitragen, da Studien gezeigt haben, dass durch die Beteiligung von Frauen* in Friedensprozessen die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass ein Friedensabkommen 15 Jahre oder mehr anhält. Es wurde auch herausgefunden, dass der Status von Frauen* in der Gesellschaft stark mit Frieden und einem geringeren Risiko für bewaffnete Konflikte korreliert. (Ortiz/Ensor 2023: 3)

Im Folgenden wird näher auf die Relevanz des Status von Frauen* in der Gesellschaft für Konfliktprävention sowie Klimaschutz und -anpassung, spezifisch auf den Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen* und Klimaresilienz, eingegangen.

3.6.2 Zusammenhang der gesellschaftlichen Stellung von Frauen* und Klimaresilienz

Die Auswirkungen von Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit sind zunehmend verflochten. Während Beweise dafür zunehmen, dass Umwelt- und humanitäre Krisen überdurchschnittlich Frauen* betreffen bzw. dass es notwendig ist, die Stimmen von Frauen* bedeutsam in die Vorbeugungs- und Reaktionsbemühungen einzuschließen, besteht ein Mangel an Forschung zu der Beziehung zwischen der Stellung von Frauen* im Allgemeinen und insbesondere der Resilienz von Ländern gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise. Um diese Lücke anzugehen, haben Ortiz und Ensor (2023) die Beziehung zwischen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen* und der Fähigkeit von Ländern, auf Auswirkungen der Klimakrise zu reagieren und diese zu entschärfen, untersucht. (Ortiz/Ensor 2023: 1) Um die Beweisgrundlage zu der Gender-Dimension von *Klimasicherheit* zu vertiefen, untersuchen sie deshalb, wie der Status von Frauen* in der Gesellschaft allgemein, gemessen durch den WPS (Women, Peace, and Security) Index (Messung des Status von Frauen* anhand der Indikatoren ihrer Inklusion, Gerechtigkeit und Sicherheit), mit der Klimaresilienz eines Landes, gemessen mit dem ND-GAIN (Notre Dame Global Adaptation Initiative) Index für Klimaanpassung, dem

SRI (State Resilience Index) und dem EPI (Environmental Performance Index), zusammenhängt. Dafür führen sie eine Korrelationsanalyse durch und vergleichen die Leistung von Ländern bezüglich WPS-Index und der Leistung in den drei Klimaindexen, welche verschiedene Aspekte von Klimaresilienz umfassen. (Ortiz/Ensor 2023: 2,4)

Der Women, Peace, and Security Index bewertet 77 Länder und Ökonomien hinsichtlich des Status von Frauen* anhand von 13 Indikatoren unter den drei Dimensionen ökonomischer, sozialer und politischer Inklusion, formaler und informaler Diskriminierung und Gerechtigkeit und Sicherheit auf der individuellen, der gemeinschafts- und der gesellschaftlichen Ebene. Die Leistung wird über Indikatoren und Dimensionen hinweg kombiniert, um Länder einzuordnen. Der WPS-Index ist der einzige Index, der die Indikatoren von Inklusion, Gerechtigkeit und Sicherheit für Frauen* zusammenbringt und stellt damit eine wertvolle Messung des Status von Frauen* dar, welche genutzt werden kann, um Trends zu erkennen, die Politik zu leiten und Regierungen für ihre Versprechungen, Frauen*rechte zu verbessern, verantwortlich zu machen. (Ortiz/Ensor 2023: 4) Die vierte Edition des WPS-Index von 2023/2024 zeigt extreme Ungleichheiten auf der Welt, wobei alle 20 am schlechtesten platzierte Länder seit 2021 bewaffnete Konflikte erlebt haben (Ortiz/Ensor 2023: 5). Um die Verbindung zwischen dem Status von Frauen* und der Anpassung an die Klimakrise zu untersuchen, haben Ortiz und Ensor (2023) den WPS-Index mit drei bekannten Klimaindexen, dem Notre Dame Global Adaptation Initiative Index, dem State Resilience Index und dem Environmental Performance Index, kombiniert. Der ND-GAIN Index fasst die Vulnerabilität eines Landes gegenüber der Klimakrise und anderen globalen Herausforderungen in Verbindung mit der Anpassung zur Verbesserung von Resilienz zusammen. Der ND-GAIN Index bewertet 182 Länder und beurteilt dabei die aktuellen Vulnerabilitäten eines Landes gegenüber Klimaschwankungen in sechs Bestandteilen: Nahrung, Wasser, Gesundheit, Ökosystemleistungen, menschlicher Lebensraum und Infrastruktur. Weiterhin betrachtet der Index die Bereitschaft dafür, Investments im privaten und im öffentlichen Sektor für Klimaanpassungsmaßnahmen voranzubringen, wobei drei Indikatoren, wirtschaftliche Bereitschaft, Regierungsbereitschaft und soziale Bereitschaft, betrachtet werden. Der SRI wurde dafür geschaffen, die Identifikation strategischer Einstiegspunkte zu unterstützen, welche die Dynamik für mehr Resilienz auf der Welt weiterbringen können. Resilienz bedeutet dabei hier das Ausmaß, in welchem ein Land sich auf eine Krise, in Relation zu der Schwere dieser Krise, vorbereiten, sich verwalten und von dieser Krise erholen kann. Der SRI misst dabei die Kapazitäten und Fähigkeiten in 154 Ländern und verwendet dabei sieben Säulen der Resilienz:

Inklusion, sozialer Zusammenhalt, staatliche Kapazität, individuelle Fähigkeiten, Umwelt/Ökologie, Wirtschaft und bürgerlicher Freiraum. Der EPI ordnet 180 Länder nach ihren nationalen Anstrengungen, die ökologische Gesundheit zu beschützen, die Vitalität von Ökosystemen zu verbessern und die Klimakrise zu entschärfen. Dabei werden 40 Leistungsindikatoren verwendet. Die Indikatoren messen, wie nah die Länder daran sind, international etablierte Nachhaltigkeitsziele für spezifische Umweltangelegenheiten zu erreichen und sind in 11 Kategorien aufgeteilt: Entschärfung der Klimakrise, Luftqualität, Abfallmanagement, Wasser und Abwasserentsorgung, Schwermetalle, Biodiversität und Lebensraum, Ökosystemleistungen, Fischerei, Landwirtschaft, saurer Regen und Wasserressourcen. Diese Kategorien sind in drei politische Zielsetzungen unterteilt: Klima, ökologische Gesundheit und Vitalität der Ökosysteme. (Ortiz/Ensor 2023: 6)

Die Ergebnisse zeigen starke und signifikante Zusammenhänge zwischen dem WPS-Index und allen drei Klimaindexen. Das bedeutet, dass Länder, in denen es Frauen* gut geht, dazu tendieren, besser vorbereitet zu sein, die Auswirkungen der Klimakrise zu absorbieren, sich an plötzliche Krisen anzupassen und die ökologische Gesundheit und Vitalität des Ökosystems zu beschützen. Demnach sind Länder, in welchen Frauen* besser dastehen auch allgemein besser darauf vorbereitet, auf die Klimakrise zu reagieren. (Ortiz/Ensor 2023: 1, 6)

In der Analyse haben die Klimaindexe stärker mit dem Satus von Frauen* als mit nationalem Einkommen korreliert. Die Ergebnisse deuten an, dass der Status von Frauen* mehr Bedeutung für die Ergebnisse von Klimaresilienz hat als Vermögen und Einkommen. Aus den 30 am besten platzierten Ländern auf dem WPS-Index sind 18 auch unter den 30 bestplatzierten Ländern auf allen drei Klimaindexen. Diese Länder sind überwiegend europäisch, außer Australien, Japan und Neuseeland. Am unteren Ende der Platzierungen sind Burundi, Tschad, Haiti, Madagaskar, Nigeria, Sudan und auch Mali unter den 30 schlechtplatziertesten auf allen vier Indexen. Es gibt bestimmte Pfade, welche dazu beitragen können zu erklären, warum Länder, in denen es Frauen* besser geht, zu mehr Klimaresilienz tendieren, auch wenn spezifische Mechanismen sich in verschiedenen Kontexten unterscheiden können. Es ist bekannt, dass sich die Erfahrung von *Klimaunsicherheit* für Frauen* und Männer aufgrund von Strukturen von Geschlechterungleichheit und -normen, welche die Rollen von Frauen* in Gesellschaften formen, unterscheidet. Das geschlechterdifferenzierte Wissen und die geschlechtsspezifische Erfahrung und Expertise von Frauen* bieten kritische Perspektiven auf effektive Klimaanpassung. Wie zuvor erwähnt, kann ein geschlechtsblinder Ansatz für Maßnahmen gegen die Klimakrise zur

weiteren Marginalisierung von ausgeschlossenen Gruppen und zu erhöhtem Instabilitätsrisiko beitragen. Damit die Stimmen von Frauen* bedeutsam in Entscheidungsfindungen über *Klimasicherheit* miteinbezogen werden können, müssen Frauen* allgemein als gleiche und geschätzte Mitglieder der Gesellschaft behandelt werden, weshalb ihre Inklusion, ihre Rechte und ihre Sicherheit wichtig sind. Das heißt, dass die bedeutsame Partizipation von Frauen* in Klimapolitik nicht in einem Vakuum stattfindet, sondern von existierenden Strukturen der Inklusion und Gleichheit abhängt, welche Frauen* den Zugang zu Machtpositionen und Einfluss ermöglichen sollten. Andersherum tragen Barrieren, wie etwa der fehlende Zugang zu Bildung, Armutsspiralen, Diskriminierung durch Gesetze und Gewalttrisiken, systematisch zu der Exklusion von Frauen* von Entscheidungsfindungsrollen bei. (Ortiz/Ensor 2023: 7f) Forschung hat außerdem gezeigt, dass die Beteiligung von Frauen* auf der Führungsebene mit besserem Management von Ressourcen auf der lokalen Ebene korreliert sowie, dass die Repräsentation von Frauen* in der Politik mit sozio-ökonomischem Fortschritt in Bereichen wie Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie mit stärkerem Klimaschutz zusammenhängt. (United Nations 2023: 9) Aus dem beschriebenen Beitrag von Frauen* in der Klimaanpassung und Konfliktbewältigung und der positiven Korrelation des gesellschaftlichen Status von Frauen* mit friedlicheren Gesellschaften und Klimaresilienz kann geschlossen werden, dass die gleichwertige gesellschaftliche Stellung, die Rechte und die Partizipation von Frauen* für eine effektive Bekämpfung der Klimakrise sowie für Konfliktprävention relevant sind.

3.6.3 Feministische Lösungsansätze und Inklusion der Gender-Dimension

Feministische Lösungen drehen sich um die Perspektive und Stimmen von Frauen* und Mädchen* und beziehen sich nicht nur auf Geschlechterungleichheiten, sondern sollten intersektional sein und bestehende ungleiche Systeme anerkennen (Yoshida et al. 2021: 41). Intersektionale geschlechtsspezifische Politiken adressieren demnach soziale, ökonomische und politische Ungerechtigkeiten über das Geschlecht hinaus und sollten allen Menschen nutzen, daher sollte ein umfassender Ansatz untersuchen, wie Geschlechternormen alle Geschlechter betreffen. Solche Bemühungen können soziale Normen herausfordern und Diskriminierung verhindern. (Mohammed/Laki 2025: 506) Geschlechtsspezifische Ansätze untersuchen und adressieren also Geschlechternormen, -rollen und -ungleichheiten, wobei auch aktiv versucht wird, Geschlechtergleichheit zu fördern. Dies bezieht sich häufig auf bestimmte Maßnahmen, um Frauen* in ihren Haushalten und Gemeinschaften zu empowern, aber auch auf breitere Politik- und Planungsprozesse. (United Nations 2023: 8) Sich nur auf die negativen

Auswirkungen auf Frauen* und Mädchen* zu beschränken, würde eine vereinfachte Vorstellung von Frauen* als „Opfer“ bekräftigen (Mohammed/Laki 2025: 505f). Da aber Frauen* und Mädchen*, wie im Unterkapitel 3.5 beschrieben, besonders in fragilen und von Konflikten geprägten Kontexten negativ von der Klimakrise und Umweltkonflikten betroffen sind, muss jeder Ansatz zur ganzheitlichen Analyse des Problems und zur Bereitstellung transformativer Lösungen für Geschlechterungleichheit, *Klimaunsicherheit* und Umweltkonflikten betroffene Frauen* und Mädchen* auf jeden Fall im Zentrum stehen haben (Yoshida et al. 2021: 41). Die Klimakrise und Konflikte müssen daher mit einer Gender-Analyse adressiert werden (Mohammed/Laki 2025: 505).

Es gibt bereits Aufrufe an Regierungen, Gender und Vulnerabilität bei Klimarisiken in Ländern mit verschiedenen agroökologischen Zonen und kulturellen Unterschieden zu beachten sowie eine intersektionale und das Geschlecht berücksichtigende Perspektive in Programmen und Maßnahmen zu inkludieren (Yoshida et al. 2021: 19). Hudson (2021: 142) macht darauf aufmerksam, dass die Gender-Perspektive in der Analyse von Praktiken in der Friedensförderung aber nicht einfach nur zusätzlich hinzugefügt werden sollte, weshalb sie eine intersektionale Analyse von (Un-)Sicherheiten und Friedensförderung vorschlägt, welche sich auf gelebte, geschlechts-spezifische und rassifizierte Erfahrungen von Unsicherheit und Friedensförderung im Alltag fokussiert. Es ist wichtig, das Leben von Frauen* und Mädchen* von einer intersektionalen Perspektive zu betrachten und verschiedene Faktoren miteinzuschließen, welche bestehende Benachteiligungen verknüpfen (Yoshida et al. 2021: 19). Die verstärkten Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen* sowie geschlechtliche und sexuelle Minderheiten können nur dann angegangen werden, wenn sie in Anpassungsplänen und politischen Strategien auch ausdrücklich berücksichtigt werden. Demnach sollten Frauen*, geschlechtliche und sexuelle Minderheiten durch geschlechtsspezifische Ansätze vollständig in Entscheidungsprozesse und Umsetzungen von allen Anpassungsplänen involviert werden. Wie schon erwähnt, hat Forschung gezeigt, dass Anpassungsstrategien Geschlechterungleichheiten auch verstärken können, wenn die Gender-Dimension nicht ausdrücklich berücksichtigt wird. Daher sollten geschlechtsspezifische Ansätze, um effektiv zu sein, in allen Abschnitten des „Anpassungskreises“ beachtet werden (die Einschätzung der Auswirkungen, Vulnerabilität und Risiken, Planung, die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen und das Monitoring und die Evaluation). Um geschlechtsspezifische Ansätze umzusetzen, sind zunächst durch eine kontext-spezifische Beurteilung die bestimmten Vulnerabilitäten von Frauen* und Mädchen* durch die Klimakrise zu identifizieren. Teilhabende und gemeinschaftsbasierte Vulnerabilitäts- und

Fähigkeitsbeurteilungen mit Hilfe von Gemeinschaftswissen und wissenschaftlichen Daten erschaffen ein Verständnis von lokalen Vulnerabilitäten und Risiken. Geschlechtsdifferenzierte Vulnerabilitätsbeurteilungen und Gender-Analysen von relevanten Faktoren können wichtige Informationen für Politiker:innen bieten, um geschlechtsspezifische Anpassungspläne und -maßnahmen zu entwerfen. Eine kontext-spezifische Gender-Analyse während der Phase des Entwurfs des Anpassungsplans kann beispielsweise ein Verständnis für bestimmte Geschlechterrollen und -dynamiken, den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen und geschlechterdifferenzierte Bedürfnisse und Prioritäten schaffen. Wenn diese Art der Analyse nicht vor dem Entwurf von Anpassungsstrategien durchgeführt wird, können kontraproduktive Generalisierungen von spezifischen Vulnerabilitäten von Frauen* oder Männern entstehen oder es kann die Möglichkeit verpasst werden, Frauen* zu empowern und Geschlechtergleichheit zu fördern und Geschlechterungleichheiten können stattdessen verstärkt werden. Diese Faktoren können langfristig negative Auswirkungen auf die Effektivität und Nachhaltigkeit von Anpassungsmaßnahmen haben. (United Nations 2023: 8) Zusammenfassend müssen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen durch die Gender-Analyse in Maßnahmen beachtet werden, um eine Verstärkung von bestehenden Geschlechterungleichheiten zu vermeiden, aber wie bereits erläutert, kann ein zu starker Fokus auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten ohne geschlechtsspezifische Ursachen und die rechtliche und gesellschaftliche Stellung von Frauen* zu beachten, auch bestehende Ungleichheiten und Konflikte verschärfen, weshalb dies auch mitgedacht werden muss.

Was einen geschlechtsspezifischen Ansatz für Anpassungsplanung ausmacht, ist deshalb unter anderem, dass eine ausgeglichene Geschlechterrepräsentation in allen Entscheidungsschritten garantiert ist und, dass Ziele und Maßnahmen, um Geschlechtergleichheit und das Empowerment von Frauen* in Anpassungsplänen auf allen Ebenen zu verstärken, inkludiert werden. Eine partizipative Entscheidungsweise ist wichtig, um Klimaschutzmaßnahmen effektiver zu gestalten, da sie die Erfahrungen und Bedürfnisse aller Geschlechter reflektiert. Demnach ermöglichen inklusive Entscheidungsprozesse und -möglichkeiten Veränderungen in Richtung mehr Geschlechtergleichheit in Gesellschaften. Weiterhin haben Anpassungspläne, wie eben erwähnt, das größte Potenzial zu Geschlechtergleichheit beizutragen, wenn sie die Ursachen für differenzierte Vulnerabilität und Exklusion ansprechen. Spezifische gender-bezogene Ziele und der Bezug zu den SDGs beim Entwurf von Anpassungsstrategien können auch das Potenzial transformativer Maßnahmen erhöhen. (United Nations 2023: 9)

Ein geschlechtsspezifischer Ansatz bei der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen erkennt außerdem an, dass Frauen* zentrale Akteurinnen in der Reaktion auf die Klimakrise sind. Andere wichtige Aspekte für die Umsetzung sind unter anderem verschiedene Stakeholder durch koordinierte Maßnahmen miteinzubeziehen, die technische Fähigkeit von Regierungsstellen, Organisationen und lokalen Gemeinschaften auszubauen, um die Gender-Dimension in ihren Anpassungsprogrammen anzugehen, die Förderung von lokalem ownership von Projekten sowie die Verfügbarkeit von adäquaten Ressourcen. (United Nations 2023: 10) Lokale und gemeinschaftsbasierte Anpassungsmaßnahmen, welche von Frauen*gruppen ausgeführt werden, können beispielsweise die Beteiligung von Frauen* bei der Umsetzung erhöhen. Dabei scheinen ökosystembasierte Anpassungsstrategien den stärksten positiven Zusammenhang mit den Zielen des SDG5 zu Geschlechtergleichheit und dem Empowerment von Frauen* zu haben. (United Nations 2023: 11) Um zu bestimmen, ob Anpassungsstrategien ihre Geschlechtergleichheits- und Frauen*-Empowerment Ziele erreichen und, ob sie nicht-beabsichtigte Folgen in Zusammenhang mit Gender verursachen sowie, um nötige Anpassungen für die Zukunft zu machen, sind geschlechtsspezifisches Monitoring, Evaluieren und Lernen entscheidend. Diese geschlechtsspezifischen Monitorings und Evaluationen sollten einen inklusiven und partizipativen Prozess anwenden, welcher die Stimmen aller Stakeholder, darunter die von betroffenen Frauen*, einschließt. Weiterhin ist die Bereitstellung adäquater Mittel und Unterstützung entscheidend, um geschlechtsspezifische Anpassungsplanung und Umsetzung zu fördern. Demnach ist der Kapazitätenaufbau, wie gezieltes Training oder Klimafinanzierung mit geschlechtsspezifischer Budgetierung, sehr relevant für Regierungen und andere umsetzende Organisationen, um ihre Ziele in Zusammenhang mit Gender zur Klimaanpassung zu erreichen. Dies kann zum Beispiel durch die Priorisierung der Verteilung von Fonds für Projekte, welche Geschlechtergleichheit und Frauen*-Empowerment fördern, die Investition in Fähigkeiten von Frauen* und die direkte Bereitstellung von Finanzierung für Frauen* geführte Anpassungsprojekte erreicht werden. (United Nations 2023: 12)

3.6.4 Die WPS-Agenda

Die internationale Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS: Women, Peace, and Security), welche auf der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, soll die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen fördern und setzt einen Fokus auf geschlechtsspezifischen Auswirkungen von konfliktbezogener Gewalt (George/Shepherd 2016: 297). Dem Forschungsteam um Yoshida (2021) zufolge wurde die WPS-Agenda von

Staaten und multilateralen Organisationen in den letzten Jahren sehr eng interpretiert und überwiegend auf sexuelle Gewalt bezogen sowie eine Sicherheitsperspektive eingenommen und die Agenda auf militarisierte Konflikte beschränkt. Organisationen für Frauen*rechte, Friedensstifter:innen, Akademiker:innen und Aktivist:innen haben sich dafür ausgesprochen, dass die WPS-Agenda breiter interpretiert und vor allem Umweltschutz mehr berücksichtigt wird, da das Leben von Frauen* und Mädchen* überproportional von Umweltzerstörung und damit zusammenhängenden Konflikten betroffen sind und dies im Fokus stehen sollte. Die WPS-Agenda bietet dabei die Möglichkeit für Staaten, einen gendergerechten Frieden, inklusive Umweltschutz, umzusetzen, Gewalt und Konflikte um Ressourcenknappheit sowie die Zerstörung von Ökosystemen, von denen Menschen abhängig sind, zu verhindern, und feministische Lösungen für einen ökologischen und nachhaltigen Frieden in den Fokus zu setzen. Da die Resolution 1325 im Jahr 2020 20 Jahre alt geworden ist, wurde dieser Jahrestag als Möglichkeit genutzt, um hervorzuheben, wie die WPS-Agenda solch eine progressivere Ausrichtung annehmen könnte. (Yoshida et al. 2021: 13) Dass die WPS-Agenda im Jahr 2000 verabschiedet wurde, bedeutet auch, dass der Kontext ihrer Umsetzung sich seitdem sehr verändert hat, besonders mit Blick auf die dringenderen und intensivierten Auswirkungen der Klimakrise. Daher ist es notwendig, die Herausforderungen und Möglichkeiten für die WPS-Agenda aufgrund der Klimakrise zu betrachten. Soziale, politische und ökonomische Strukturen müssen sowohl für eine bessere Umsetzung der WPS-Agenda transformiert werden als auch um größere Auswirkungen der Klimakrise abzuwenden. (Cohn/Duncanson 2020: 742)

Ein Problem dabei ist, dass die WPS-Agenda und die Praktik von ökologischer Friedensförderung sich separat entwickelt haben. Die WPS-Agenda hat die Effekte von Umweltzerstörung, Klimakrise und Energieressourcen auf das Leben von Frauen* und Mädchen* in Konflikt und Post-Konflikt Situationen und, wie die Umwelt in Friedensprozesse und Lösungsfindungen für Konflikte eingeschlossen werden kann, mehr oder weniger ausgelassen. Die WPS-Agenda hat sich größtenteils nicht auf die Umwelt, das Klima und natürliche Ressourcen fokussiert, aber sollte diesen Fokus setzen in Anbetracht der Rolle von Frauen* im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen und der Umwelt. Der Fokus wurde dagegen eher auf die Nationalen Aktionspläne und die schnelle Geschlechtersensibilisierung gesetzt, wobei Interventionen immer auf einen einzelnen Bereich konzentriert waren, aber nicht als einzelne Angelegenheiten betrachtet werden sollten, sondern als Intersektionen, da die Klimakrise, die WPS-Agenda und Konflikte verbunden sind. (Yoshida et al. 2021: 22) Lenhardt (2021) zufolge, ist der *Gender, Climate und Conflict Nexus* noch kein Mainstream in Klima- und WPS-

Agenden. Sie bezieht sich auf das Forschungsteam um Smith (2021) um darauf aufmerksam zu machen, dass eine größere Zusammenarbeit mit Grassroot-Initiativen dazu beitragen kann, die Lücke in internationalem Wissen und in den Maßnahmen zu der vielseitigen und kontextspezifischen Problemlage anzugehen. Dabei brauche es eine Verbindung von lokalen und globalen Anstrengungen und eine Umwandlung politischer Zusagen in konkrete Maßnahmen, um die Rolle von Frauen* im Angehen der Herausforderungen des *Climate Gender Conflict Nexus* erfolgreich zu fördern. Politische Entscheidungsträger:innen, Wissenschaftler:innen und Praktizierende sollten daher die Stärken und Expertise von aktuellen globalen politischen Rahmenwerken, wie etwa auch der WPS-Agenda, welche darauf zielen, Geschlechtergleichheit voranzubringen, unterstützen. (Lenhardt 2021: 10)

Die Klimakrise ist in jedem Fall ein fundamentales Hindernis in der Umsetzung der WPS-Agenda, da sie eine enorme direkte Bedrohung der *menschlichen Sicherheit* darstellt und daher auch für die Sicherheit von Frauen*. Wie zuvor im Unterkapitel 3.2 beschrieben, bedroht die Klimakrise Grundrechte wie Ernährung, Lebensunterhalt, Obdach und Schutz vor Krankheiten und von Gesundheit, welche im UN-Konzept der *menschlichen Sicherheit* eingeschlossen sind. Mit Blick auf die Sicherheit von Frauen* muss die Klimakrise daher beachtet werden, weil diese Bedrohungen der *menschlichen Sicherheit* geschlechtsspezifische Dimensionen beinhalten, welche die Ziele für die Sicherheit von Frauen* in der WPS-Agenda weiter untergraben. (Cohn/Duncanson 2020: 750f) Selbst, wenn die WPS-Agenda nur auf Krieg bezogen wäre, müsste die Klimakrise darin auftauchen, da sie Antreiber von bewaffneten Konflikten, wie Armut, Ungleichheiten oder ökonomische Schocks, verstärkt. Obwohl die Klimakrise eher keine direkte Ursache von Gewaltkonflikten ist, wie im Unterkapitel 3.2 erörtert wurde, kann sie diese intensivieren, wenn ihre Auswirkungen mit anderen sozio-ökonomischen und politischen Faktoren kombiniert sind. Das heißt nicht, dass eine militärische Antwort gebraucht wird, als ob es sich um eine konventionelle nationale Sicherheitsangelegenheit handele, sondern nur, dass intensivierte Gewaltkonflikte aufgrund der Klimakrise in der WPS-Agenda beachtet werden müssen. Sicher wird das Ausbauen von nachhaltigem Frieden in den Zeiten von Krieg von der Klimakrise herausgefordert werden und sie wird den Kontext bestimmen, unabhängig davon, in welchem Ausmaß sie Kriege nun intensiviert. Darum sollte sie einen Platz in der WPS-Agenda haben. Die Klimakrise bedroht außerdem Faktoren, welche relevant sind, um Frieden zu schaffen, wie die Bereitstellung von Arbeit und Lebensunterhalten. Außerdem reduziert die Klimakrise die Qualität und Quantität von verfügbarem Land, um Lebensgrundlagen zu erhalten und verdrängt Menschen, während

das Schaffen von Frieden oft mit Landreformen und -rückgaben zusammenhängt. Weiterhin setzt die Klimakrise zusätzlich Gesundheitsleistungen unter Druck, da infektiöse Krankheiten zunehmen, während das Schaffen von Frieden gerade auf Gesundheitsbedürfnisse nach Kriegen und bewaffneten Konflikten eingeht. Und während die Klimakrise einen Anstieg an Extremwetterereignissen verursacht, welche Infrastrukturen zerstören, schließt das Schaffen von Frieden den Wiederaufbau von physischer Infrastruktur mit ein. (Cohn/Duncanson 2020: 751f) Hier wird deutlich, wie die Klimakrise der Friedensförderung und der Sicherheit von Frauen* im Weg steht und warum sie deshalb in der WPS-Agenda berücksichtigt werden sollte.

Alles in allem beachtet die WPS-Agenda nicht adäquat, wie Mädchen* und Frauen* überdurchschnittlich von Umweltkonflikten betroffen sind. Die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheiten sind geschichtet und verknüpft. Aufgrund der Verbindungen zwischen *Klimaunsicherheit* und Auswirkungen auf Frauen* und Mädchen* und da die Umwelt ein zentraler Aspekt von Friedensförderung ist, sollte der Fokus mehr darauf liegen, dass Frauen* in Konflikt und Post-Konflikt Situationen mit ihren Lebensunterhalten geholfen wird sowie auf der Garantie ihrer Teilhabe an der Entwicklung von Lösungen und der Sicherung von nachhaltigem Frieden. Dennoch ist reale materielle Veränderung in den alltäglichen Leben von Frauen* schwer zu erreichen, da das System und die Regeln weiterhin spezifische Vorstellungen von Regierung und Sicherheit sowie maskuline Konzeptionen von Klimaschutz priorisieren. Es gibt nur wenig Berücksichtigung der Gender-Dimension in *Klimasicherheitsstrategien*, weshalb eine integrative Analyse gebraucht wird, welche Klima, Gender, soziale Inklusion und Konfliktdynamiken umfasst. (Yoshida et al. 2021: 22f) Dass die Klima- und ökologische Krise heutzutage akuter und sichtbarer ist, verändert den Kontext, in welchem ein gendergerechter und nachhaltiger Frieden entwickelt werden kann. Den Kontext der Klimakrise in die Umsetzung der WPS-Agenda aufzunehmen, ist extrem relevant, da jeder Versuch, einen gendergerechten nachhaltigen Frieden zu gestalten, letztlich ernststen klimabedingten Herausforderungen gegenüberstehen wird. (Cohn/Duncanson 2020: 742) Der Aufruf, die Auswirkungen der Klimakrise in die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNSCR) über Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) aufzunehmen, um eine sinnvolle Umsetzung der Resolution zu gewährleisten, zeigt die Dringlichkeit und Relevanz des *Gender-Climate-Conflict Nexus*.

3.6.5 Implikationen des Nexus für (Politik-)Strategien und Maßnahmen

Im Folgenden wird darauf eingegangen, welche Implikationen sich aus dem *Gender-Climate-Conflict Nexus* für (Politik-)Strategien ergeben, damit effektive Maßnahmen für einen gendergerechten, ökologisch-nachhaltigen Frieden und geschlechtsspezifische Klimaanpassung umgesetzt werden können. Mohammed und Laki (2025) ziehen aus ihrer Studie (im Kontext des Südsudan) einige Empfehlungen zur Verbesserung der Klimaresilienz von Gemeinschaften. Demnach sind zum Beispiel Interessenvertretung und Resilienzmaßnahmen auf der Gemeinschaftsebene, einschließlich klimagerechter Landwirtschaft und der Unterstützung der Bewässerung, entscheidend für die Verbesserung lokaler Resilienz. Die Bereitstellung saisonaler Daten zu Temperatur, Niederschlag und potenziellen Katastrophen helfe dabei Anpflanzungsentscheidungen und bei der Viehhaltung. Regierungen und Hilfsorganisationen sollten daher adäquate Ressourcen für Frauen*gruppen zur Verfügung stellen, um Bildung und Datenerhebungen für Gemeinschaftsresilienz zu stärken. Außerdem helfe Einkommensdiversifikation, um Einkommensverlusten durch die Klimakrise vorzubeugen. Da Frauen* bei der Sicherung eines angemessenen Lebensunterhalts im Fall von Vertreibung vor größeren Herausforderungen als Männer stehen, sollten der Staat und Hilfsorganisationen vorrangig Frauen* durch Kleinunternehmen in die Lage versetzen, ihren Lebensunterhalt mit Hilfe alternativer Programme zu bestreiten und beispielsweise ihre Fischereiaktivitäten unterstützen. Außerdem sind internationale Finanzmittel zur Bekämpfung der Armut wichtig, welche einer der Hauptursachen für Konflikte und die schweren Auswirkungen der Klimakrise ist. (Mohammed/Laki 2025: 505f)

Auch Ortiz und Ensor (2023) ziehen politische Implikationen aus den Ergebnissen ihrer Analyse. Wie zuvor schon deutlich wurde, ist es wahrscheinlicher, dass sich Kreisläufe von Geschlechterungleichheit und *Klimaunsicherheit* reproduzieren, wenn Frauen* nicht bedeutsam in Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Systeme der Gleichheit und des Zugangs für Frauen* über alle Institutionen und Bereiche hinweg ist der Ausgangspunkt für die Integration ihrer Perspektiven in Entscheidungsfindungen und daher auch für die Stärkung der Effektivität von *Klimasicherheitspolitik*. Während internationale Organisationen und Regierungen danach streben, *Klimasicherheitspolitik* umzusetzen, ist dabei dringend eine stärkere Informationsgrundlage gebraucht, welche die wesentliche Rolle von Frauen* hervorhebt und anerkennt, dass *Gender, Climate* und *Security* als zusammenhängende Faktoren betrachtet werden müssen. Diese Dynamiken anzuerkennen, ist unerlässlich für das Verständnis

und die Förderung von Resilienz gegenüber Konflikten und der Klimakrise. Die zuvor schon beschriebenen starken und signifikanten Beziehungen zwischen dem Status von Frauen* und den multiplen Metriken der Klimaresilienz von Ländern bringt wesentliche Implikationen für Politiker:innen, welche sich mit diesen Aspekten von Klima und Sicherheit befassen. Diese müssen die Unterstützung von Frauen* als Stärkung der Vorbeugung vor der und Reaktion auf die Klimakrise sehen. Im Detail sollten Politiker:innen, welche sich mit Klima und/oder Sicherheit beschäftigen, demnach systematische Informationen und Metriken (wie WPS-Index, andere Indexe für Geschlechtergleichheit, ND-GAIN Index für Klimaanpassung, SRI oder EPI) für die Förderung datenbasierter Arbeit über den *Gender-Climate-Security Nexus* voranbringen. Dabei sollten die Stimmen von Frauen* in Klimaanpassungsanstrengungen und politischen Entscheidungen verstärkt werden, was lokale Frauen* in Führungspositionen und Frauen* von diversen ethnischen und sozio-ökonomischen Gruppen einschließen sollte, um sicherzustellen, dass Interventionen mit lokalen Prioritäten und Erfahrungen übereinstimmen. Außerdem sollten die Anstrengungen vergrößert werden, Daten darüber zu sammeln, wie die Klimakrise geschlechtsspezifische Risiken aufwirft und für die Identifikation von „best practices“ für geschlechtsspezifische Maßnahmen zur *Klimasicherheit*. Weiterhin sollten sie anerkennen, dass *Gender*, *Climate* und *Security* miteinander verbundene Aspekte sind und, dass Fortschritt in einem Bereich zu Verbesserungen in den anderen beiden führt. Schließlich sollten sie sicherstellen, dass Gender-Dimensionen von Sicherheits- und Klimaaspekten priorisiert und in Sicherheits- und Klimapolitiken sowie in ökologischer Friedensförderung integriert werden und die Politik und Programme zu WPS und Klimaschutz in evidenzbasierter Forschung durch das IPCC und andere wichtige Organisationen fundiert sind. (Ortiz/Ensor 2023: 8)

Die Rahmenuntersuchung des Forschungsteams um Duncanson (2022) zielt auch darauf ab, die Politik, in ihrem Fall der schottischen Regierung, zu informieren, wie sie dazu beitragen kann, in einer gezielten Weise die intersektionalen Auswirkungen der Klimakrise, von Konflikten und Gender anzugehen und daher einen feministischen Ansatz für internationale Klimagerechtigkeit zu fördern. Weiterhin werden auch potenzielle Fallen für Politiker:innen aufgedeckt, zum Beispiel gängige Framings, welche vermieden werden sollten, da sie Limitationen und Risiken beinhalten, wie im Unterkapitel 3.1 bereits beschrieben wurde, und es wird ein neues analytisches Rahmenwerk vorgeschlagen, um Politik und Programme (der schottischen Regierung und anderer Staaten) bezüglich des *Climate-Gender-Conflict Nexus* zu untersuchen. (Duncanson et al. 2022: 7) Die Studie dient dazu, Ansatzpunkte und Prioritäten zu identifizieren, um sicherzustellen, dass die Entwicklungsstrategie der schottischen Regierung

systematischer und bedeutsamer auf die Beziehung zwischen der Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit eingeht (Duncanson et al. 2022: 2), was die schottische Regierung, wie zu Beginn des Unterkapitels erwähnt, auch anstrebt. Sie identifizieren einige Implikationen für die Politik und Programme durch die Analyse der Verbindungen, die anzuerkennen sind, und der Fallen, die es zu vermeiden gilt, wenn die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheit adressiert werden. Wie im Unterkapitel 3.1 beschrieben, umfassen diese, dass es wichtig ist, zu vermeiden, über die Klimakrise als Bedrohung nationaler oder der Staatssicherheit zu denken, sondern sie als Untergrabung von *menschlicher Sicherheit* und von Menschenrechten zu framen, wenn die Verbindungen zwischen der Klimakrise und Konflikten gezogen werden sowie, dass Politik und Programme nicht nur die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten ansprechen und die Beteiligung und Führungsrolle von Frauen* erhöhen, sondern, dass auch wichtig ist, dass zu der Transformation des ökonomischen Systems beigetragen wird, welches die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheit vorantreibt. (Duncanson et al. 2022: 15)

Das heißt, dass eine wirksame Politik sich nicht nur mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten befassen sollte, sondern auch mit ihren gemeinsamen Wurzeln und Antreibern, die in dem derzeitigen Wirtschaftsmodell zu finden sind, das auf der übermäßigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der Verschmutzung der Atmosphäre, des Bodens und der Ozeane sowie auf der Aneignung der unbezahlten Arbeit von Frauen* beruht. In einem Kontext, in dem die (extraktivistische) Rohstoffindustrien für die Hälfte der weltweiten Kohlenstoffemissionen und für mehr als 80 % des Biodiversitätsverlustes verantwortlich sind, sowie für eine Reihe von sozialen und ökologischen Schäden, die übermäßig stark Frauen* betreffen, von Umweltverschmutzung, Landenteignung, sexueller Gewalt bis zur Zerstörung lokaler Lebensgrundlagen, muss jeder feministische Ansatz für internationale Klimagerechtigkeit bei diesen Ursachen ansetzen und darf sich nicht auf die Auswirkungen beschränken. Das Problem liegt dabei tiefer als die (extraktivistischen) Rohstoffindustrien selbst, da das gesamte Wirtschaftssystem auf der Überzeugung basiert, dass großen Unternehmen freie Hand gelassen werden muss, um Gewinne anzuhäufen und so Wirtschaftswachstum zu erzeugen. In diesem System ist die Macht der Unternehmen auf Kosten von Staaten, der Bürger:innen und der restlichen Welt gewachsen. Obwohl 100 riesige globale Unternehmen für 71% aller Kohlenstoffemissionen verantwortlich sind, fördern nationale und internationale Finanz- und Handelsrahmen die Mobilität von Kapital, während sie gleichzeitig eine lokale Wirtschafts- und Umweltkontrolle unmöglich machen. Konzerne

haben die Möglichkeit, Staaten zu verklagen, wenn diese beispielsweise Umwelt- oder Menschenrechtsschutzmaßnahmen einführen. Oft führen schlecht konzipierte Handelspolitiken und ein Regelwerk, das die Interessen reicher Länder und Konzerne gegenüber den Rechten von Frauen*, Menschenrechten und der Umwelt bevorzugt, zu großem Schaden für Frauen*, besonders für die aus den ärmsten und am meisten marginalisierten Gemeinschaften. Für Länder, die einen Konflikt erleben oder gerade überwunden haben, ist es oft besonders schwierig, faire Handels- und Investitionsbedingungen mit ausländischen Unternehmen und Investoren auszuhandeln. Dies untergräbt ihre Fähigkeit zum Wiederaufbau, zur Versorgung ihrer Bürger:innen und zur Förderung der *menschlichen Sicherheit*. Viele zahlen mehr für die Schuldentilgung als für grundlegende Dienstleistungen. Aufgrund ihrer Verschuldung sind sie wiederum gezwungen, an dem extraktivistischen Modell festzuhalten, das die Klimakrise, Unsicherheit und Ungleichheiten vorantreibt. Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen daher die Ursprünge des Problems in der Logik des extraktivistischen Kapitalismus erkannt und die Macht der Unternehmen und die Handelsregeln bekämpft werden, welche es dem extraktivistischen Kapitalismus ermöglichen, weiterhin die Klimakrise, Konflikte und Unsicherheit sowie geschlechtsspezifische und andere Ungleichheiten anzutreiben. (Duncanson et al. 2022: 13f)

Um die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheiten an ihrer Wurzel anzugehen muss also das ökonomische System von einer extraktivistischen Logik zu einer regenerativen transformiert werden. Dies braucht eine strukturelle Transformation in der internationalen Finanz- und Handelsarchitektur, welche momentan die Macht von Unternehmen erhält, und es bedarf einer Förderung von gerechteren, nachhaltigeren und inklusiveren ökonomischen Modellen, wie beispielsweise Wohlstandsökonomien (Duncanson et al. 2022: 15f), welche im Folgenden kurz vorgestellt werden. Gerechte, inklusive und nachhaltige Ökonomien, wie die Wohlstandsökonomien, platzieren das menschliche und planetare Wohlergehen über Messungen wie Profit oder das Wachstum des BIP. Dafür braucht es einen Ausstieg aus schädlichen Sektoren wie der Förderung fossiler Brennstoffe oder dem Militär und dafür Investitionen in die Pflege und Regeneration der Natur. Solche alternativen ökonomischen Modelle können alle drei sich überschneidenden Dynamiken von Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit gleichzeitig adressieren. Es gibt starke Synergieeffekte zwischen Zielen des Umweltschutzes, des Friedens und der Sicherheit und Geschlechtergleichheit dadurch, dass diese Wirtschaftskonzepte die Schaffung hochwertiger grüner Arbeitsplätze priorisieren. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Sektoren, die im weitesten Sinne

sowohl die Pflege als auch erneuerbare Energien und den Naturschutz umfassen, würde demnach nicht nur der Umwelt zugute kommen, sondern auch zu Frieden und Sicherheit beitragen, indem junge Männer beschäftigt werden können, die sonst möglicherweise versucht wären, sich an Kämpfen zu beteiligen, sowie zu Geschlechtergleichheit beitragen, da Frauen* und andere marginalisierte Gruppen beschäftigt werden können, deren Bedürfnisse für Lebensunterhalte in extraktivistischen Ökonomien oft vernachlässigt werden. (Duncanson et al. 2022: 16) Solche alternativen ökonomischen Modelle sind daher relevant, um mit der Klimakrise, Konflikten und Ungleichheiten umzugehen.

Es werden drei Handlungsebenen von dem Forschungsteam um Duncanson (2022) vorgeschlagen, welche nötig seien, um einen feministischen Ansatz internationaler Klimagerechtigkeit am dreifachen Nexus von Klimakrise, Konflikten und Geschlechtergleichheit zu erreichen: Politiken und Programme müssen geschlechtsspezifische Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten erkennen und verringern; sie müssen die Beteiligung, das Empowerment und die Führungsrolle von Frauen* erhöhen; und sie müssen Schritte Richtung einer Transformation des ökonomischen Systems, welches die Klimakrise, Unsicherheit und geschlechtsspezifische Ungleichheiten vorantreibt, einleiten. Diese Ebenen bilden ein Framework, um Bemühungen der Reaktionen auf die sich überschneidenden Herausforderungen von Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit zu bewerten, wobei die ersten beiden Handlungsebenen zwar wichtig sind, aber allein nicht ausreichend. Weiterhin wird beschrieben, was diese drei Handlungsebenen als analytischer Rahmen für alle Akteur:innen, die sich mit der Klimakrise, Konflikten und Geschlechterungleichheit befassen, unter anderem umfassen. Die erste Ebene des Handelns besteht dabei unter anderem in der Datenerhebung und Durchführung von Analysen, um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten zu beurteilen und der Durchführung, Überwachung und Auswertung von Politiken und Programmen zur Verringerung von diesen geschlechtsspezifischen Schädigungen sowie in der Verwendung eines intersektionalen Ansatzes zur Anerkennung, dass Frauen* keine homogene Gruppe sind und von der Klimakrise und Konflikten in unterschiedlicher Weise betroffen sind sowie, dass Männer und Jungs auch durch die Klimakrise und Konflikte in geschlechtsspezifischen Wegen leiden. Schließlich umfasst diese Ebene noch die Sicherstellung, dass alle Klimagerechtigkeits- und Friedens- und Sicherheitspolitiken und -programme sowohl gender-mainstreamed als auch konfliktsensibel sind. Also, dass geschlechtsspezifische Auswirkungen so verstanden und Maßnahmen so angepasst werden, dass sie Geschlechtergleichheit fördern und, dass die Interaktionen zwischen Interventionen

und dem Konfliktkontext analysiert werden, um sicherzustellen, dass das Projekt Friedensförderung und Konfliktprävention fördert. Die zweite Handlungsebene umfasst unter anderem das Empowerment von Frauen* zur Partizipation sowie zur Führung in Klimapolitik und -entscheidungen und im Management natürlicher Ressourcen, die Ergreifung von Maßnahmen zur Verlagerung von Macht und Ressourcen auf Frauen*, um ihnen eine gleichberechtigte Führung zu ermöglichen, und die Verwendung eines intersektionalen Ansatzes für Partizipation und Führung, um sicherzustellen, dass die am stärksten marginalisierten und schwer von Konflikten und der Klimakrise betroffenen Menschen einbezogen und gestärkt werden. Die dritte Handlungsebene umfasst schließlich unter anderem die Neuausrichtung der inländischen Wirtschaft auf gerechtere, inklusivere und nachhaltigere Modelle und die Minimierung ihres Beitrags zur Klimakrise sowie das Vertreten und Anbieten von technischer Unterstützung für einen globalen Übergang weg von extraktivistischen hin zu gerechteren, inklusiveren und nachhaltigeren ökonomischen Modellen und zur Unterstützung der vielen Akteur:innen (Zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und andere) im globalen Süden, die dafür arbeiten. Weiterhin besteht diese Ebene aus Interessenvertretung in multilateralen Foren für ökonomische Gerechtigkeit über eine strukturelle Transformation in der internationalen Finanz- und Handelsarchitektur, Schuldenerlass und eine gerechtere Klimafinanzierung und darin, Unternehmen verantwortlich zu halten für ihre Auswirkungen auf das Klima, Unsicherheit und Geschlechterungleichheiten. (Duncanson et al. 2022: 16-18)

Diese Handlungsebenen fassen die Schlüsse und Implikationen aus der Forschung über den *Climate-Gender-Conflict Nexus* für (politische) Akteur:innen nochmal zusammen und stimmen auch mit den zuvor beschriebenen feministischen Lösungsansätzen und der Inklusion der Gender-Dimension in Strategien (3.6.3) überein. Das gesamte Kapitel macht bisher deutlich, dass die Klimakrise das Leben von Frauen* und Mädchen* überdurchschnittlich beeinträchtigt und, dass dies Implikationen für Klimaanpassungsstrategien haben sollte, aber es fehlen Daten, um diese Realität noch besser abzubilden, weshalb es relevant ist, eine Geschlechterperspektive in Umweltdatenerhebungen zu integrieren (Yoshida et al. 2021: 19). Das UN-System und andere multilaterale Foren müssen sich systematischer mit Forschung aus Gemeinschaften im globalen Norden, im globalen Süden und Regionen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind, beschäftigen. Forschung, die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gesammelt und beurteilt wird, bietet beispielsweise relevante Nachweise, welche helfen können, Politik und Praxis zu informieren. Trotzdem besteht weiterhin eine Notwendigkeit für systematische Informationen in der Form leicht zugänglicher Metriken (Messgrößen wie der

WPS-Index, der ND-GAIN Index, der SRI und der EPI), um datengestützte Arbeit über den *Gender-Climate-Security Nexus* zu fördern. Dadurch kann sichergestellt werden, dass Politik und Praxis evidenzbasiert sind und auch die gelebten Realitäten in Bezug auf Klima, Frieden und Sicherheit von Frauen* und Mädchen* festgehalten werden. Fortschritt bezüglich der WPS- und Klimaagenden kann mit Werkzeugen, welche Fortschritt verfolgen, Lücken identifizieren und Maßstäbe vorgeben, um Entscheidungsträger:innen verantwortlich zu halten, beschleunigt werden. (Ortiz/Ensor 2023: 8) Geschlechtsdifferenzierte Daten über die Ergebnisse von Anpassungsmaßnahmen und geschlechtsspezifische Indikatoren sind daher gebraucht, um angemessene Beurteilungen darüber zu erzielen, inwieweit Anpassungsmaßnahmen wirklich Geschlechtergleichheit fördern (United Nations 2023: 12). Es wird deutlich, dass noch mehr Forschung gebraucht und gefordert wird sowie, dass datenbasierte und kontextspezifische Arbeit eine Voraussetzung ist, um die Implikationen des *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Strategien und Maßnahmen einzubauen.

3.6.6 Fehlende Schwerpunktsetzungen in Strategien

Im Folgenden wird abschließend der Blick darauf gerichtet, was sich bereits getan hat hinsichtlich der Anerkennung der Gender-Dimension in Strategien und wo noch Lücken bezüglich der Schwerpunktsetzung und Umsetzungen sind. Dabei werden die Narrative und Schwerpunkte aus Strategien, Debatten und aktueller Forschung einem noch fehlenden Fokus auf Lebensrealitäten, strukturelle Barrieren und Ursachen gegenübergestellt. Ortiz und Ensor (2023) zufolge, gehen einige globale und lokale Akteur:innen über die oberflächliche Ankerkennung der überdurchschnittlichen Auswirkungen von Umwelt- und humanitären Krisen auf Frauen* und Mädchen* hinaus und beginnen demnach sich auf das Erfordernis eines bedeutsamen Einschlusses von Frauen*stimmen und einer aktiven Teilhabe an Maßnahmen zum Klimaschutz und Friedensverhandlungen zu konzentrieren. Gender wird demnach auch zunehmend als integrale Dimension von Sicherheitsimplikationen der Klimakrise anerkannt. Diese Ziele stimmen sehr mit der WPS-Agenda überein. (Ortiz/Ensor 2023: 2) Lenhardt (2021) zufolge ist der *Gender, Climate und Conflict Nexus* bereits ein wichtiger Bestandteil der WPS-Agenda im Pazifikraum geworden. Die Region ist den unmittelbaren Folgen der Klimakrise stark ausgesetzt. Regionale Frauen*gruppen setzen sich aktiv für eine größere Anerkennung der gemeinsamen Risiken von Klimakrise und Konflikten für Frauen* ein und treiben Veränderungen in nationalen sowie internationalen Abkommen über Klima- und Konfliktpräventionsagenden voran. (Lenhardt 2021: 10) Trotz dieser Fortschritte ist zwischen der

zunehmenden theoretischen Anerkennung der Relevanz des *Climate-Gender-Conflict Nexus* in der Forschung und in politischen Debatten und Strategien und der tatsächlichen Praxis und Umsetzung bzw. konkreten Plänen zu unterscheiden sowie darauf zu achten, welche Schwerpunkte in Strategien gesetzt werden.

Im Bereich der Friedensforschung haben Aggestam und Eitrem Holmgren (2022) hinsichtlich dieser Diskrepanz zwischen theoretischem Trend und Praxis Handbücher zur Friedensförderung untersucht, da Resilienz und Gender als Perspektiven und Schlagwörter in der Friedensförderung sehr zugenommen haben. Sie beschreiben den *Gender-Resilienz Nexus* als einen globalen Trend mit Variationen in der Friedensförderungspolitik und -praxis. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung zeigen, dass die Integration des *Gender-Resilienz Nexus* ein neues Verständnis von Konfliktdynamiken und Friedensförderung andeutet. Trotzdem sei die Expertise um Gender und Frieden noch unausgereift im Hinblick auf Politiken und Praktiken bezüglich resilienter Konflikttransformation. (Aggestam/Eitrem Holmgren 2022: 880) Durch die Analyse wurde klar, dass die Integration des Nexus einen neuen Weg des Denkens über Konfliktanalyse in einer nichtlinearen und umfassenden Weise signalisiert. Auf der Grundlage von Pragmatismus, Erfahrungen aus der Vergangenheit und durch bisherige gescheiterte Friedensbemühungen betonen die Handbücher nun die Bedeutung von der Integration von Gender, Resilienz und lokal verankerten Prozessen und Praktiken bei dem Versuch, einen nachhaltigen Frieden zu erreichen. Weiterhin wird die normative Wirkung der WPS-Agenda deutlich, da sich durchgehend in allen Handbüchern auf sie bezogen wird. Außerdem wird das Framing von Frauen* als Friedenstifterinnen mit noch „ungenutzten“ Resilienzfähigkeiten und Ressourcen, welche in Zeiten von Konflikten und Gewalt eine Vielzahl von Führungsstilen hervorbringen, stark betont. Zusätzlich haben die meisten der Handbücher mit der Zeit begonnen, explizitere Strategien hinsichtlich der Förderung einer „bedeutsamen“ Beteiligung von Frauen* zu formulieren und damit von einer rein deskriptiven zu einer substanziellen Repräsentation überzugehen. Mehrere Handbücher haben auch intersektionale Ansätze als Teil von geschlechtsspezifischen Maßnahmen angenommen. Doch obwohl die Gender-Analyse häufig erwähnt wird, bleiben die meisten Handbücher vage, was die praktische Integration in Friedensprozesse angeht, und vermeiden es daher zu spezifizieren, wie geschlechtsspezifische Barrieren und Machtstrukturen verändert werden können. Stattdessen tendiert die Expertise um Gender und Frieden dazu, strategischen Essentialismus (die „Friedensfähigkeit“ von Frauen*) und Resilienz (die Fähigkeit, mit Gewalt und Konflikten umzugehen und sie zu bewältigen) zu betonen und zu kombinieren, um Akteur:innen der Friedensförderung auf lokaler Ebene zu

stärken. Dies entspricht dem übergreifenden Trend zur Professionalisierung des Bereichs der Friedensförderung. Es gibt heutzutage ein wachsendes Interesse an der Ausbildung und Förderung von Frauen* als resiliente Führungspersönlichkeiten in Friedensprozessen, Verhandlungen und Mediationen, während den gelebten Erfahrungen und strukturellen Bedingungen von Frauen* viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt werden. Problematisch wird dies im Zusammenhang mit friedensfördernden Interventionen mächtiger Akteur:innen aus dem globalen Norden in Konflikten, die zumeist im globalen Süden und in Ländern mit den schwächsten institutionellen Kapazitäten und Regierungsführungen ausgetragen werden. Insgesamt tendiert die Expertise zu Frieden und Gender in den Handbüchern Aggestams und Eitrem Holmgrens (2022) Untersuchung folgend dazu, eher vage hinsichtlich spezifischer transformativer Geschlechteranalysen zu sein. Wenn Gender in der Friedensförderung in entpolitisierten technokratischen Begriffen konzeptualisiert wird, besteht demnach die Gefahr, dass die Widerstandsfähigkeit konservativer Geschlechterbeziehungen und die Verankerung und Anpassung des Patriarchats unterschätzt werden. Weiterhin liegt der Fokus zu wenig darauf, konkrete Strategien zu entwickeln, welche sich auf die Beseitigung der Hauptursachen von Gewalt und auf das Bilden von transformativen friedlichen Ergebnissen zentrieren. Daher riskieren Friedensbemühungen kontraproduktive Ergebnisse zu produzieren und einen destruktiven Status Quo zu erhalten. Um den *Gender-Resilienz Nexus* weiterzuentwickeln, muss demnach die Positionalität der Friedensförderung und der lokalen Kontexte weiter problematisiert werden. Die gängige Verwendung von Resilienz in der Friedensförderung scheint dazu zu neigen, sich von der Alltagsrealität lokaler Gemeinschaften zu entfernen. Aus diesem Grund kann argumentiert werden, dass Resilienz in der Friedensförderung sowohl als Empowerment auf der Mikroebene als auch als systemischer Wandel auf der Makroebene verstanden werden muss und die Machtungleichheiten in der Politik der Friedensförderung anerkannt werden müssen. (Aggestam/Eitrem Holmgren 2022: 896f)

Weiterhin birgt die Verankerung von Narrativen, nach denen Frauen* als „Retterinnen der Nachhaltigkeit“ oder als „natürliche Friedensstifterinnen“ in Politiken und Programmen dargestellt werden, ohne eine damit verbundene Übertragung von Entscheidungsbefugnissen und Ressourcen auf Frauen*, die Gefahr, Frauen* eine ungerechte und unrealistische Belastung zuzumuten. Wenn die Strukturen, an denen sich beteiligt werden soll, nicht selbst auf die für Klimagerechtigkeit erforderliche strukturelle Veränderung der Macht von Unternehmen ausgerichtet sind, dann macht eine Teilhabe innerhalb dieser Strukturen keinen Sinn. Demnach ist Beteiligung von Frauen* notwendig, aber nicht ausreichend. Wie im Unterkapitel 3.1 schon

angerissen wurde, kann demnach eine Partizipation von Frauen* an Projekten ohne sonstige gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung zu einer Mehrbelastung von Frauen* führen, zum Beispiel aufgrund unbezahlter Betreuungsaufgaben. (Duncanson et al. 2022: 15) Der Bericht von Ortiz und Ensor (2023: 4) hebt ebenfalls hervor, dass Frauen* für eine bedeutsame Beteiligung strukturellen Barrieren gegenüberstehen, aber wenn diese überwunden werden könnten, seien sie gut positioniert, um das Management von natürlichen Ressourcen und Klimasicherheit anzuleiten. Insgesamt kann also sowohl für Friedensförderung als auch für Klimaanpassung und -resilienz festgehalten werden, dass die strukturellen Bedingungen von Frauen* in Gesellschaften ein Hindernis darstellen und der Fokus daher noch mehr auf den strukturellen Ursachen der Problematiken und den verantwortlichen Akteur:innen und weniger auf der Essentialisierung und Professionalisierung der Fähigkeiten und Beteiligung von Frauen*, welchen somit die Verantwortung für Lösungen zugeschrieben wird, liegen sollte.

Zusammenfassend hat das Vorherrschen von patriarchalen Werten und das bereichsübergreifende Festhalten an Geschlechternormen, in der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft eingeschlossen, in der Begrenzung von Frauen* und Mädchen* auf häusliche Verantwortlichkeiten resultiert, wodurch ihre Möglichkeiten für die Teilhabe am öffentlichen Leben und in Entscheidungsräumen oft eingeschränkt sind (Mohammed/Laki 2025: 505). Diese Geschlechternormen und die benachteiligte Stellung von Frauen* und Mädchen* in vielen Gesellschaften können dazu führen, dass sie bei extremen Wetterereignissen, langsam einsetzenden Auswirkungen der Klimakrise sowie bei bewaffneten Konflikten besonders gefährdet und betroffen sind, da sie in ihren Anpassungsmöglichkeiten eingeschränkt werden (Mohammed/Laki 2025: 505, Duncanson et al. 2022: 13). Die Einschränkung der Entscheidungsmacht von Frauen* und des Zugangs zu notwendigen Ressourcen macht sie und ihre Angehörigen vulnerabler gegenüber nachwirkenden klima- und konfliktbezogenen Schocks und Spannungen (Ortiz/Ensor 2023: 2f), weshalb es essenziell ist, die gesellschaftliche Stellung und Gleichberechtigung von Frauen* und marginalisierten Gruppen zu verbessern und Geschlechterungleichheiten anzugehen, damit eine bedeutsame Partizipation überhaupt möglich wird. Dafür ist es wichtig, Politiken und Programme zu entwickeln, welche nicht nur darauf abzielen, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten zu adressieren und die Teilhabe und Führungspositionen von Frauen* zu erhöhen, sondern die auch dazu beitragen, das Wirtschaftssystem zu transformieren, welches die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheit vorantreibt (Duncanson et al. 2022: 1).

Es kann schließlich festgehalten werden, dass zwar die Relevanz der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten zunehmend anerkannt wird, aber konkrete Strategien rund um die Berücksichtigung von Gender in Klima- und Konflikthanpassung noch sehr vage bleiben. Während die Partizipation von Frauen* immer mehr betont wird, liegt noch wenig Fokus darauf, wie die strukturellen Ursachen für Geschlechterungleichheit, die Klimakrise und Konflikte verändert werden können. Der Fokus auf Frauen* und ihr Framing kann dabei von diesen eigentlichen Ursachen und verantwortlichen Akteur:innen in Machtpositionen ablenken. Wirksame Strategien müssen sowohl strukturelle Ursachen als auch geschlechtsspezifische Auswirkungen und die Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen beachten, weshalb sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene angesetzt werden muss. Lokale Praktiken, Kontexte und Erfahrungen müssen mehr berücksichtigt werden und Machtstrukturen und Geschlechterungleichheiten und -normen im Zentrum stehen, welche Frauen* überhaupt erst ausschließen und ihre überproportionale Betroffenheit und Vulnerabilität verursachen. Um (Geschlechter-)Ungleichheiten nicht zu reproduzieren, ist es notwendig, dass Frauen* und marginalisierte Gruppen einen gleichen Zugang in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten sowie mit den gleichen Ressourcen und (Mitsprache-)Rechten ausgestattet werden. Die Partizipation von Frauen* in Klimapolitik, Konfliktbewältigung und Friedenspolitik kann nicht unabhängig von der Veränderung von existierenden Ungleichheitsstrukturen, welche den Zugang zu Machtpositionen und Einfluss versperren, umgesetzt werden. Daher ist ein systemischer Wandel, welcher das kapitalistische Wirtschaftssystem und patriarchale Strukturen einschließt, notwendig, um Barrieren, wie etwa fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie Diskriminierung und Gewaltrisiken, abzubauen.

4. Konfliktkontext in Mali

Mali liegt zentral in Westafrika und verbindet Nordafrika mit Subsahara-Afrika sowie West- mit Zentralafrika und war mit Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad Teil der G-5-Staaten (Sangaré/McSparren 2018: 14). Im Januar 2022 hat Mali seine Mitgliedschaft in der G5-Sahel-Gruppe und der gemeinsamen Truppe beendet (Akinyetun et al. 2024: 19). Der nördliche Teil Malis liegt in der Sahara Wüste, während sich ein Großteil des Landes in der halbtrockenen Sahelregion befindet (Wood et al. 2021: 2). Die Sektoren der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigen fast Dreiviertel der Arbeitskräfte in Mali und machen etwa Dreiviertel der Exporte aus. In Nordmali dominiert Weidewirtschaft. In Zentral- und

Südmali gibt es dagegen eine Mischung aus Ackerbau und Viehzucht, wobei es den Anbau von Subsistenz- und von Exportpflanzen (wie Baumwolle) gibt. (Sarzana et al. 2024: 13) Die Wirtschaft in Mali ist, gerade in ländlichen Gebieten, sehr von informeller Arbeit abhängig. Dagegen ist formale Beschäftigung eher in Industrie und Dienstleistungen, hauptsächlich in Bamako, vorzufinden. (Leuprecht/Roseberry 2018: 8) Bamako ist Malis Hauptstadt und bevölkerungsreichste Provinz (Leuprecht/Roseberry 2018: 10). Die Gesamtbevölkerung Malis beträgt etwa 25,2 Millionen Menschen (Statista 2025), könnte aber bis 2050 44 Millionen Menschen erreichen (Sarzana et al. 2024: 13). Die Bevölkerung ordnet sich mehreren verschiedenen ethnischen Gruppen zu. Die größte ethnische Gruppe sind die Mande (z. B. Bamana, Jula, Malinke), welche die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Die Peuhl, auch als Fulani oder Fulbe bekannt, folgen darauf, dann die Voltaic (z. B. Bobo, Senufo, Minyanka), die Tuareg und die Araber im Maghreb im Norden, die Soninke und schließlich die Dogon. (Sangaré/McSparren 2018: 17f) Die Bevölkerung ist überwiegend muslimisch (Leuprecht/Roseberry 2018: 12).

Mali wurde in den 1990er und 2000er Jahren international als erfolgreiches Beispiel für den Übergang zur Demokratie angesehen. Gegenwärtig fehlen die Fähigkeit und Ressourcen, Sicherheit in allen Teilen des Landes sowie demokratische Prinzipien umzusetzen. Der Staat steht einer vielseitigen Krise gegenüber, welche eine Krise der Legitimität ist, sowie einer sich verschlechternden Sicherheitslage, welche sich vom Norden, wo internationale Kräfte ab 2013 tätig waren, in die zentralen Regionen Malis ausbreitet. (Sangaré/McSparren 2018: 14) Das Zentrum Malis ist ein Gebiet, das sich westlich des Niger-Deltas bis nach Mauretanien und östlich bis nach Niger und Burkina Faso erstreckt (Sangaré/McSparren 2018: 32). Bamako und die südlichen Regionen, in welchen der Großteil der wirtschaftlichen Produktion stattfindet, sind dagegen relativ sicher und entfernt von den Frontlinien. Aber auch diese Regionen sind nicht vollständig vor Terroranschlägen sicher. (Sangaré/McSparren 2018: 19) Weiterhin war der Tourismus neben der Agrar-, Fisch- und Fleischproduktion eine weitere wichtige Einnahmequelle für die nördlichen und zentralen Regionen Malis. Seit den Ereignissen von 2012, auf welche im Unterkapitel 4.1 eingegangen wird, hat dieser aber gestoppt. Die inzwischen nicht mehr existierende Tourismusbranche brachte früher ausländisches Kapital in die lokale Wirtschaft. Nach 2012 verringerte sich die Anzahl der Tourist:innen enorm und es wurde vor der Einreise in fast Dreiviertel des Landes, einschließlich des Zentrums, gewarnt. Unter den west-afrikanischen Staaten hat Mali die meisten Stätten, die von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in die Liste des Weltkulturerbes

aufgenommen wurden. Nun ist die Tourismusbranche in Mali aufgrund der Instabilität in der Sahara-Sahel-Region praktisch nicht existent. (Sangaré/McSparren 2018: 32) Die Sicherheitskrise in Mali bedroht die Institutionen der Regierung und untergräbt verstärkt die Legitimität des Staates in vielen Bereichen. Mali ist ein Fallbeispiel für einen sogenannten „Entwicklungsstaat“ in der „Peripherie“, welcher darum kämpft, Demokratie zu institutionalisieren und die Wirtschaft anzukurbeln und dabei von lokalen, nationalen und globalen Kräften behindert und herausgefordert wird. (Sangaré/McSparren 2018: 19f)

4.1 Konfliktentwicklung

Mali ist seit 2012 im Krieg. Der Konflikt ist ausgebrochen, da bewaffnete Gruppen die Autorität des Staates angegriffen haben. Die Aufständischen waren vor allem Tuareg Rebellengruppen, welche für die Unabhängigkeit des Nordens von Mali gekämpft haben und dschihadistische Gruppen, welche die Einführung der Scharia im Land anstreben. (Calvo et al. 2019: 3) Demnach ist der Staat im Jahr 2012 fast zusammengebrochen, da die separatistische Bewegung der Tuareg, die MNLA (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad), einen freien und unabhängigen Staat Azawad in den nördlichen Regionen Malis (in Timbuktu, Kidal, Gao, Ménaka und Taoudenni) ausrief (Sangaré/McSparren 2018: 15). Die Aufstände der Tuareg gab es schon lange in Mali, aber die dschihadistischen Gruppen haben sich erst in den späten 2000er Jahren entwickelt und wurden durch die zunehmende Unsicherheit im Land und den Rückzug der Zentralregierung aus den Sahel-Regionen angetrieben (Calvo et al. 2019: 3). Solche islamisch-dschihadistischen Gruppen sind seit einigen Jahrzehnten im Norden Malis aktiv, doch erst seit 2014 sind sie auch in der Zentralregion aktiv geworden. Die frühesten Manifestationen kamen von Katiba Macina (dschihadistische bewaffnete Gruppe in Mali) und wurden vom populären Prediger aus Mopti, Amadou Kouffa, angeführt. Kouffa, welcher ein Angehöriger der Ethnie der Peuhl ist, verbündete sich während der Krise 2012 mit MUJAO (Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika) und Ansar Dine. Die MUJAO ist ein Ableger von Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) und Ansar Dine wird von Iyad Ag Ghaly angeführt, der ein prominenter Anführer der Tuareg-Rebellion von 1990 bis 1995 ist und die Scharia in den von seiner bewaffneten Gruppe kontrollierten Gebieten durchsetzt. Die Miliz von Kouffa hat sich aufgrund ihrer Angriffe auf Vertreter des Staates und auf traditionelle Führer in der Subregion allmählich zu einem der wichtigsten Akteur:innen in diesem Konflikt entwickelt. Im Jahr 2017 schloss sich Katiba Macina einer Koalition von Milizen an, der Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimeen (JNIM), welche die Ziele aller ihrer Mitgliedsgruppen neu definiert hat und nun

eine Mission für den globalen Dschihad verfolgt, die über den regionalen Kontext hinausgeht. Es ist festzuhalten, dass sich einzelne Anführer militanter Gruppen regelmäßig auch zusammenschließen und wieder auflösen sowie sich je nach Kontext sogar auch gegenseitig angreifen. Außerdem können auch familiäre Beziehungen durch Heiraten und ethnische Verbindungen, innerkommunale Streitigkeiten, unterschiedliche Machtverhältnisse sowie wirtschaftliche Faktoren Gruppen festigen oder zerbrechen und Loyalitäten verschieben. Dies verkompliziert die Situation teilweise, da die Interessen der kriegführenden Gruppen durch diese Verschiebungen uneindeutig sein können. (Sangaré/McSparren 2018: 22)

Im Januar 2012 griffen die dschihadistischen Gruppen mit den Tuaregs zusammen militärische Positionen im Norden an. Es folgten drei Monate des Kämpfens bis große Städte im Norden (unter anderem Timbuktu, Gao und Kidal) von den Aufständischen eingenommen waren. Die MNLA, die von Ansar Dine und dadurch von Al-Qaida im Islamischen Maghreb und der MUJAO unterstützt wurde, erklärte daraufhin den Norden für unabhängig und führte das islamische Recht ein. (Calvo et al. 2019: 3) In den Kämpfen um den Norden des Landes verloren die malischen Streitkräfte den asymmetrischen Krieg, da sie nicht ausreichend ausgebildet und ausgerüstet waren. Die Untätigkeit in Bamako führte dann schließlich zu einem Staatsstreich unter der Führung junger Offiziere, die den Präsidenten Amadou Toumani Touré zwei Monate vor Ablauf seiner Amtszeit absetzten. (Sangaré/McSparren 2018: 15) Der Präsident wurde für die Krise verantwortlich gemacht und deshalb durch diesen Militärputsch gestürzt (Calvo et al. 2019: 3). Die Militärherrschaft war aber nur von kurzer Dauer und es wurde eine Übergangsregierung gebildet. Die dschihadistischen Gruppen rückten nach Süden in Richtung Bamako vor, woraufhin der Übergangspräsident Frankreich um militärische Unterstützung bat. (Sangaré/McSparren 2018: 15) Frankreich startete die Operation Serval (Calvo et al. 2019: 3). Die Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA 2013) begann Anfang 2013, um die französischen Bemühungen zum Schutz der Souveränität des Staates zu unterstützen (Sangaré/McSparren 2018: 15). Die meisten Städte wurden schnell zurückerobert. Es wurden zwei Friedensabkommen in den Jahren 2014 und 2015 unterzeichnet, aber dschihadistische Gruppen führten weiterhin Angriffe durch. (Calvo et al. 2019: 3)

Die Feindseligkeiten im Norden hielten an und militante Gruppen eskalierten weiter die Gewalt. Die separatistische Bewegung der Tuareg und der Islamische Dschihad haben die Militarisierung des Nordens vorangetrieben, wobei sich mehrere westliche Streitkräfte an dem

Konflikt beteiligt haben. Die Militarisierung des Nordens durch westliche Streitkräfte hat dabei verhindert, dass die Islamisten die Kontrolle über das Gebiet übernahmen, trug aber auch zu Unruhen und Unsicherheit in der Region bei. Seit August 2014 hat sich die französische Mission unter dem Namen „Operation Barkhane“ zu einer regionalen Mission ausgeweitet. Die malischen Streitkräfte unterstützten Barkhane und MINUSMA und auch die Europäische Union beteiligte sich an Operationen in der Sahelzone mit der EU-Ausbildungsmission in Mali. Diese wurde 2013 als Mission zum Kapazitätsaufbau gestartet, um Sicherheitskräfte aus Mali und Niger auszubilden und damit die nationalen Behörden bei der Bekämpfung von Extremismus und organisierter Kriminalität zu unterstützen. Der Großteil dieser internationalen Streitkräfte konzentriert sich auf den Norden, wobei es einige Überschneidungen mit dem Zentrum gibt. (Sangaré/McSparren 2018: 15) Die Operation Barkhane endete im Jahr 2022 (Institut Montaigne 2023) und MINUSMA endete Ende 2023 (United Nations Peacekeeping 2023). Auch nach dem Abzug der MINUSMA und der französischen Militärmission Barkhane auf Ersuchen der Militärregierung Malis blieben die politischen Spannungen bestehen und eskalierten die Feindseligkeiten und territorialen Rivalitäten im Norden Malis erneut, wie an den Staatsstreichen von 2020 und 2021 deutlich wird. Auch die Beziehungen mit regionalen Organisationen wurden erschwert. (Sarzana et al. 2024: 13)

Insgesamt hat die politische Instabilität zur Entstehung neuer Rebellengruppen mit gemeinsamen Forderungen geführt und bis heute hat der Konflikt Tausende Menschenleben gekostet und Hunderttausende Menschen vertrieben. Eigentlich ist der Konflikt größtenteils in nördlichen und zentralen Teilen Malis verwurzelt, aber er hat sich auch auf das ganze Land ausgeweitet. Es kam auch zu Angriffen an der Grenze zur Elfenbeinküste am südlichen Rand des Landes. (Calvo et al. 2019: 3) Die Sicherheitslage im Norden hat sich seit Anfang 2017 verschlechtert und das Niveau der öffentlichen Dienstleistungen ist weiterhin schlecht und schließt etwa geschlossene Schulen sowie unbenutzbare Brücken und Straßen ein (Leuprecht/Roseberry 2018: 19). Im nächsten Unterpunkt wird auf die Unterscheidung des Konflikts im Norden und im Zentrum des Landes eingegangen.

4.1.1 Unterscheidung des Konflikts im Norden und im Zentrum

Die multidimensionale Krise, welche 2012 in Mali ausbrach, beschränkte sich auf die nördlichen Regionen des Landes. Trotzdem hat sich dieser Konflikt mit lokalen Konflikten zwischen verschiedenen Gemeinschaften sowie innerhalb von Gemeinschaften im Zentrum

Malis vermischt. Seit 2014 ist auch das Zentrum mit einer Zunahme der Gewalt konfrontiert, da islamisch-dschihadistische Kräfte malische Sicherheitskräfte, gewählte und traditionelle Amtstragende sowie Schulen und Märkte in der Subregion angreifen. (Sangaré/McSparren 2018: 16) Der Konflikt seit 2014 im Zentrum Malis ist aber nicht einfach eine Ausweitung des Bürgerkrieges in den nördlichen Regionen, sondern hat eine Geschichte, welche bis vor die Krise von 2012 zurückreicht, und wird eher von Faktoren angetrieben, welche spezifisch für das Zentrum Malis und in dessen Geschichte verwurzelt sind (Sangaré/McSparren 2018: 14, 19). Diese Faktoren schließen eine Geschichte des konservativen Islams, Wasser- und Landknappheit durch die Klimakrise und die Liberalisierung von regionalen Märkten ein, welche zusammenwirken und den Konflikt antreiben (Sangaré/McSparren 2018: 14). Zu den auslösenden Faktoren gehört auch der lokale Konflikt zwischen rivalisierenden Indigenen und Ethnien, wobei Bauern/Bäuerinnen (Songhay, Arma und Fulani) und Fischer:innen (Bozo und Sorko) den nomadischen Hirt:innenvölkern (Tuareg, Araber und Fulani) in einem Kampf um knappe Land- und Wasserressourcen sowie lokale politische Macht gegenüberstehen (Sangaré/McSparren 2018: 19). Auch die willkürliche Festlegung der Staatsgrenzen durch die Kolonialmächte auf der Berliner Konferenz beeinflusst lokale Konfliktodynamiken, da bestehende Territorien der indigenen ethnischen Gruppen nicht berücksichtigt wurden. Daher erstrecken sich Familien- und Gruppenbeziehungen über die aktuellen nationalen Grenzen hinaus. Die Probleme, mit denen das Zentrum Malis konfrontiert ist, zeigen sich daher auch in den Grenzregionen zu Burkina Faso und Niger. (Sangaré/McSparren 2018: 16)

Der Konflikt im Zentrum Malis unterscheidet sich also aus mehreren Gründen von dem größeren Konflikt im Norden. Die Probleme im Zentrum haben, wie zuvor geschildert, lokale Ursachen, welche mit regionalen Rivalitäten zusammenhängen. (Sangaré/McSparren 2018: 17) Trotz deutlicher Unterschiede der Konflikte sind die Konfliktursachen im Zentrum des Landes jedoch teilweise auch mit dem Konflikt im Norden Malis verbunden (Sangaré/McSparren 2018: 18, 32). Obwohl der Konflikt im Norden auf anderen Problemen als der im Zentrum basiert, sind einige Faktoren ähnlich, wie zum Beispiel die staatliche Vernachlässigung ländlicher Regionen, Umweltzerstörung durch die Klimakrise und das Eindringen transnationaler islamisch-dschihadistischer Terrororganisationen (Sangaré/McSparren 2018: 19). Mali-Zentrum als Subregion vom Rest Malis zu unterscheiden ist aufgrund der sich überschneidenden soziopolitischen und wirtschaftlichen Faktoren schwierig, wird aber von Sangaré und McSparren (2018: 18) für notwendig gehalten, um die Konfliktodynamiken effektiv analysieren zu können. Durch die subregionale Perspektive können demnach die spezifischen

Faktoren, welche die Konfliktsituation im Zentrum ausgelöst haben, erfasst werden (Sangaré/McSparren 2018: 21). Bei der Definition des Zentrums als eine Subregion innerhalb des Staates Mali ist zu beachten, dass das Zentrum auch transnational ist, da sich ähnliche ethnische, kulturelle und sozio-ökonomische Verbindungen bis nach Niger und Burkina Faso erstrecken (Sangaré/McSparren 2018: 18).

Bezüglich der Sicherheit in verschiedenen Sektoren zeigen sich überschneidende Herausforderungen durch interne Konfliktparteien und externe Kräfte wie Klimakrise, internationale Interessen und wirtschaftliche Marginalisierung infolge des globalisierten Handels (Sangaré/McSparren 2018: 32). Aufgrund der Komplexität der Situation muss sowohl auf das Zentrum als auch gleichzeitig auf den malischen Staat geblickt werden. Die Dynamik des Konflikts im Zentrum ist mit den Herausforderungen des ganzen Landes verbunden und spiegelt innerstaatliche Konflikte in Zeiten der neoliberalen Globalisierung wider. (Sangaré/McSparren 2018: 18) Dynamiken auf nationaler Ebene beeinflussen dabei auch die Situation auf der subregionalen Ebene. Die Regierung Malis ist instabil und sieht sich mit verschiedenen Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, was sich auch auf das Zentrum Malis auswirkt. (Sangaré/McSparren 2018: 21) Die Konfliktdynamik ist sehr komplex und unterscheidet sich je nach den lokalen Gegebenheiten eines Gebiets (Sangaré/McSparren 2018: 23). Die soziopolitische und sozioökonomische Dynamik ist im Zentrum Malis wesentlich komplexer als im Norden. Die Gründe für die interkommunale Gewalt und Rivalität um politische Kontrolle sind von kulturellen und historischen Faktoren der Region beeinflusst. (Sangaré/McSparren 2018: 16) In der Subregion des Zentrums leben mehr als die Hälfte der ethnischen Gruppen und es gibt die verschiedensten Produktionssysteme, wie zum Beispiel sesshafte Landwirtschaft, Agro-Pastoralismus (Verbindung von Landwirtschaft und Viehhaltung), sesshafte Fischerei oder saisonale Fischerei (Sangaré/McSparren 2018: 18).

Die Dynamik der sozialen Konflikte und die Sicherheitssituation in der Subregion des Zentrums Malis weisen mehrere Merkmale des Konzepts der „Neuen Kriege“ auf, welches in Kapitel 2 vorgestellt wurde. Es handelt sich beispielsweise um einen innerstaatlichen und lokal begrenzten sowie asymmetrischen Konflikt. Gemeinschaften organisieren Selbstverteidigungsmilizen und greifen lokale Rivalen an. Die Verbreitung von diesen ethnisch geprägten Selbstverteidigungsgruppen zeigt eine Zersplitterung der Interessengruppen und die Komplikationen, die dies für Frieden bedeutet. (Sangaré/McSparren 2018: 21, 32) Nach der Theorie der „Neuen Kriege“ terrorisieren Konfliktbeteiligte die Zivilbevölkerung, um sie

entweder zu kontrollieren oder zu vertreiben und damit Unruhe zu stiften (Sangaré/McSparren 2018: 23). Im Jahr 2018 wurde die Gewalt im Zentrum Malis noch intensiver und die Verfügbarkeit von modernen Kleinwaffen destabilisiert die Sub-Region (Sangaré/McSparren 2018: 14). Der Zustrom der modernen Waffen in die Region, vor allem aus Libyen, hat die Gewalt so sehr gesteigert, dass sie mit nichts in der Vergangenheit der Subregion zu vergleichen ist. Die Milizen identifizieren sich nicht nur mit bestimmten ethnischen Gruppen, sondern auch mit vielen islamischen Ideologien. Der Konflikt ist asymmetrisch, da die malischen Streitkräfte (FAMA) auch an Anti-Terror-Operationen gegen lokale und transnationale islamistische Bewegungen beteiligt sind. (Sangaré/McSparren 2018: 21)

Weiterhin beeinflusst der Backlash gegen den Staat das Konfliktgeschehen, welcher jahrzehntelang, seit der Unabhängigkeit, die ländlichen Gebiete im ganzen Land vernachlässigt hat. Im Norden und in im Zentrum ist diese Wahrnehmung der Marginalisierung besonders ausgeprägt. (Sangaré/McSparren 2018: 17) Bamako und den lokalen Regierungsbehörden fehlen die Kapazitäten, um Dienstleistungen und Sicherheit wirksam bereitzustellen. Korruption und Straflosigkeit bestehen dadurch fort und aufeinanderfolgende Regierungen haben es nicht geschafft, die staatliche Autorität landesweit durchzusetzen. Dadurch wird die Unsicherheit im Land weiter verschärft. Die Ausdrucksformen zivilgesellschaftlichen Handelns in Form der Verurteilung von Korruption und Straffreiheit durch Medien, lauter Opposition sowie der Mobilisierung von Selbstverteidigungsmilizen sind relativ neue Entwicklungen. Aber der malischen Führung ist es nicht gelungen, den sozialen Zusammenhalt zwischen Staat und Gesellschaft zu festigen. Aufeinanderfolgende Regierungen haben ein System aufrechterhalten, in welchem sich Politik und Wirtschaft nach persönlichen Beziehungen und persönlichem Profit gerichtet haben, um ihre Macht zu sichern. Korruption und der Tausch von Gefälligkeiten für Loyalität auf lokaler Ebene sind dabei im Zentrum besonders ausgeprägt. Die Netzwerke der persönlichen Macht zwischen Bamako und der politischen Elite in ländlichen Gebieten sind ein bleibendes Erbe des Kolonialismus, welches der Beziehung zwischen der ländlichen Elite und der französischen Verwaltung ähnelt. Diese Strukturen der Korruption führen zu einer anhaltenden Marginalisierung der Gemeinden. (Sangaré/McSparren 2018: 23) Islamistische Milizen nutzen diese Situation und preisen die Scharia als Alternative zu einem gescheiterten demokratischen System an. Im Zentrum Malis gibt es große Gebiete, in denen die staatliche Verwaltung entweder schwach und inkonsequent ist oder sogar ganz fehlt. Somit hat die Marginalisierung durch den Staat den Raum für neue Autoritätsquellen geschaffen. Diese neue Autorität findet in einigen Fällen die Zustimmung der lokalen Bevölkerung. Wenn dies nicht

der Fall ist, greift sie, wie zuvor beschrieben, zu Terror-Taktiken. Das soziopolitische Milieu im Zentrum ist somit das Ergebnis eines Konflikts zwischen einem schwachen Staatsapparat und einer erstarkten islamistischen Bewegung, welche sich gegen den säkularen Staat stellt und die konservative, oft radikale Anwendung der islamischen Scharia als Lösung propagiert. (Sangaré/McSparren 2018: 17)

Aufgrund der fehlenden staatlichen Autorität haben sich kriminelle Organisationen in der Sahara-Sahel-Region angehäuft. Der Handel mit Drogen, Waffen und Menschen ist untrennbar mit der Finanzierung terroristischer Organisationen in der Sahara-Sahel-Region verbunden. Politische und gesellschaftliche Sicherheitsbereiche überschneiden sich dort, wo transnationale organisierte Kriminalität und Dschihadismus etablierte soziale Strukturen untergraben. Die Beteiligung an organisierten kriminellen Gruppen bot einigen Angehörigen der unteren sozialen Schichten die Möglichkeit, ihren sozialen und finanziellen Status als „neue Elite“ zu verbessern. Das Zentrum Malis hat eine geschichtete traditionelle Sozialstruktur. In jüngster Zeit haben aber diese neuen Eliten, die mit islamistischen Milizen und/oder illegalen Handelsnetzwerken in Verbindung stehen, begonnen, die fest verankerten traditionellen Führungsstrukturen in Frage zu stellen. Die Beteiligung an bewaffneten Gruppen hat die Entstehung neuer Legitimitätsquellen ermöglicht, da traditionelle Autoritäten und lokale Verwaltungsbeamte zum Ziel von Gewalt geworden sind und durch Milizenführer ersetzt werden. Diese Veränderung der seit Generationen bestehenden soziopolitischen Dynamik untergräbt Friedensprozesse, da traditionelle Konfliktlösungsstrategien im derzeitigen unsicheren Klima nicht wirksam sind. Der inter- und intraethnische Konflikt wird dadurch verschärft, dass traditionelle Autoritäten, welche in der Vergangenheit Gruppen zusammenbringen konnten, nicht mehr über ausreichende Legitimität verfügen, um Frieden zu vermitteln. Die traditionellen Eliten, wie beispielsweise Imame, Dorfvorsteher, Gelehrte, religiöse Führer und Heiler, hatten sowohl im Zentrum als auch im ganzen Land schon immer solche Funktionen übernommen. Die Legitimität dieser alten Eliten wird durch interne und externe Narrative rund um die islamische Autorität und durch opportunistische ehemalige Mitglieder der unteren sozialen Schichten untergraben, indem Terror eingesetzt wird, um politische Macht zu erlangen. (Sangaré/McSparren 2018: 24f) Die neuen Eliten bedrohen somit durch ihre Ideologie eines radikalen Islam und ihren Reichtum durch illegale Geschäfte die bestehende staatliche Autorität (Sangaré/McSparren 2018: 17).

Der Islam ist seit Jahrhunderten für viele Gemeinschaften in der Region zu einer wichtigen ideologischen Kraft geworden. Die Geschichte des Zentrums umfasst Phasen, in denen sich verstärkt an konservative Konzeptionen des Islam gehalten wurde. Das Zentrum hat seine eigene Islam-Erzählung, welche die eines toleranten Islams ist, aber der radikalisierte politische Islam ist schon seit langem ein Merkmal des Zentrums und Gewalt ist seit dem 19. Jahrhundert Teil der Vorgehensweise der Dschihadisten. Diese Geschichte des Zentrums schafft einen Präzedenzfall für eine Gesellschaft, die die islamische Herrschaft als Alternative zu einem unverantwortlichen säkularen demokratischen Staat akzeptiert. Es kann außerdem festgehalten werden, dass einige Mitglieder der ethnischen Gruppen der Peuhl und Dogon selbst Angst vor den bewaffneten islamistischen Gruppen haben, ihnen aber trotzdem zuschreiben, die Banden-kriminalität und die staatliche Korruption in ihren Dörfern verringert zu haben. Religiöse Gemeinschaften konnten auch während der Dürren, auf welche im nächsten Unterkapitel näher eingegangen wird, eine alternative Form der Solidarität bieten. (Sangaré/McSparren 2018: 25f)

Der Konflikt besteht nicht nur zwischen den islamischen Dschihadisten und dem Staat, sondern auch zwischen verschiedenen Ausprägungen des Islam. Malische Akteur:innen organisieren Milizen, welche zum Teil Verbindungen zu Geldgebern aus anderen Ländern haben. Dies führt zu importierten Rivalitäten, da importierte Formen des Islam mit den langen Traditionen des lokalen Islam im Zentrum konkurrieren. (Sangaré/McSparren 2018: 16) Dabei ist die frühe Präsenz des Islam in Westafrika vor allem auf den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen mit Nordafrika zurückzuführen. Obwohl der Handel zwischen Westafrika und dem Mittelmeerraum bereits vor dem Islam bestand, wurde dieser aber durch nordafrikanische Muslim:innen intensiviert. Demnach waren nordafrikanische Händler:innen ausschlaggebend bei der Einführung des Islam in Westafrika. Danach vermischte der Islam sich mit traditionellen und lokalen Praktiken und setzte sich immer mehr durch. (Hill 2009) Im Zentrum Malis gab es in der Vergangenheit und gibt es auch immer noch Bedingungen, welche für eine konservative Form des Islam förderlich sind. Eine wachsende Anzahl von Menschen im Zentrum ist aufgeschlossen für das islamische Recht. Sie gehen von einer Verstrickung lokaler Eliten mit dem korrupten Staat aus und sehen in radikalen islamistischen Kräften die Möglichkeit, die Region mit islamischen Recht von den „Sünden“ zu reinigen, welche angeblich durch die Demokratie entstanden sind. (Sangaré/McSparren 2018: 16) In einigen Gebieten wird die konservative Scharia von der Bevölkerung bereits als Alternative zur demokratischen Regierungsführung betrachtet. Der Islam hat seit dem 7. Jahrhundert Wurzeln in der Subregion und erlebte im 19. Jahrhundert und erneut in der heutigen Zeit eine Wiederbelebung des

politischen Islam. (Sangaré/McSparren 2018: 33) Ein weiterer Faktor, der das wachsende Misstrauen zwischen der lokalen Bevölkerung und dem Staat verstärkt, ist die mangelnde Gerechtigkeit bezüglich der anhaltenden Gewalt und Kriminalität. Das Ausmaß der Gewalt im Zentrum nimmt zu und der Staat verfügt nicht über die Kapazitäten und den Willen, Verbrechen rechtmäßig zu untersuchen und Gerechtigkeit zu implementieren. Das Versagen des Staats bei der Investigation und Rechtschaffung von Gewalttaten führt dazu, dass mehr Menschen den Dschihadisten beitreten. (Sangaré/McSparren 2018: 28) Insgesamt haben die Untätigkeit des Staates und die Korruption das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Institutionen untergraben und stärken damit die Dschihadisten (Sangaré/McSparren 2018: 33).

Weiterhin hat die Dürre im Land dazu geführt, dass einige Viehzüchter:innen zur Sesshaftigkeit gezwungen wurden und ist somit ein weiterer Konfliktfaktor. Im Zentrum Malis hat dies vor allem die ethnische Gruppe der Peuhl betroffen. Die Peuhl waren eigentlich Viehzüchter:innen, welche ihr Vieh zum Weiden und auf Märkte in Mali, Niger und Burkina Faso brachten. Kouffa, der islamistische Anführer der Katiba Macina, ist ebenfalls Peuhl, genauso wie die Terroristengruppe aus Nigeria, Boko Haram, welche Verbindungen bis nach Niger hat. Diese beiden Assoziationen („Außenseiter“ und „Terroristen“) haben die Peuhl zu Ausgestoßenen in ihren Gemeinschaften in Zentralmali gemacht, wobei diese Feindschaften schon lange bestehen. Es ist eine Situation entstanden, in welcher die Hirt:innen gegen die Bauern/Bäuerinnen um konkurrierende Produktionsmittel kämpfen und bewaffnete Gruppen sie erpressen, sowie Banditen und die FAMA sie verfolgen, um sie zu verhaften oder außergerichtlich zu töten. Der malische Staat ist mit Blick auf die Sicherheit im Zentrum zu einem von vielen Akteur:innen geworden und verfügt nicht mehr über das Gewaltmonopol. Der Staat neigt dazu, die Sicherheit in den Städten zu privatisieren und sie in den Regionen an Subunternehmer zu vergeben. Manchmal agieren auch die Selbstverteidigungsgruppen der Dogon und Bozo als Stellvertreter der FAMA gegen Peuhl-Gemeinschaften. Durch diese ethnischen Selbstverteidigungsgruppen mit staatlichem Schutz wird lokale ethnische Konkurrenz unter bewaffneten Gruppen weiter gefördert, welche darauf abzielen, von der Kriegswirtschaft oder staatlicher Förderung zu profitieren. (Sangaré/McSparren 2018: 22f)

Die Militarisierung und Sicherheitsüberwachung der gesamten Region ist ein Faktor auf der Makroebene, welcher sich auch auf die Konflikte auf der Gemeindeebene auswirkt. Die Reaktion Frankreichs, der MINUSMA, der USA und anderer Partner auf die Gewalt konzentrierte sich auf Sicherheitsmaßnahmen bei minimalen Entwicklungsbemühungen. Es

wurden nur minimale diplomatische Anstrengungen vom Staat und Verbündeten unternommen, um die Motive und Interessen der kriegführenden Gruppen zu ergründen. (Sangaré/McSparren 2018: 33) Die staatlich geförderte Militarisierung der Sahara-Sahel-Region hat den Effekt, Reaktionen von gewalttätigen subnationalen Akteur:innen auszulösen, wobei sie eigentlich das Ziel hat, für Sicherheit zu sorgen (Sangaré/McSparren 2018: 26). Die Ursachen der Gewalt im Zentrum sind zwar lokal begrenzt, aber die Präsenz der internationalen Streitkräfte in der Region verschärfte auch die lokalen Spannungen. Die Sicherheitsstrategie der internationalen Streitkräfte konnte die Gewalt im Norden und im Zentrum nicht stoppen. Menschenrechtsorganisationen haben dokumentiert, dass die Taktiken aller Konfliktbeteiligten, also von Selbstverteidigungsgruppen, Islamisten und Sicherheitskräften, in diesem asymmetrischen Krieg zu Massakern und Menschenrechtsverletzungen führten. (Sangaré/McSparren 2018: 27) Der Staat und die internationalen Kräfte konzentrierten sich auf einen sicherheitsorientierten Problemlösungsansatz in der Region, aber dieser Ansatz müsste auch staatliche Dienstleistungen und Unterstützung beinhalten (Sangaré/McSparren 2018: 28).

Zusammenfassend sind das Aufleben des politischen Islam, die wiederkehrenden Dürren, die Grenzziehung aus Kolonialzeit und neue Rivalitäten um politische Macht, sowie der Backlash gegenüber dem Staat, da er die ländlichen Gegenden vernachlässigt, beeinflussende Konfliktfaktoren im Zentrum Malis (Sangaré/McSparren 2018: 18). Der Konflikt im Zentrum wird zwischen Islamisten und der säkularen Demokratie sowie zwischen Bauern/Bäuerinnen und Viehzüchter:innen ausgetragen (Sangaré/McSparren 2018: 28). Insgesamt handelt es sich um einen vielschichtigen gewalttätigen Konflikt, in den lokale, regionale und internationale Kräfte verwickelt sind, und welcher nicht alleinig auf den Konflikt im Norden zurückzuführen ist (Sangaré/McSparren 2018: 33). Die Forschung über den Konflikt und eventuelle Friedensprozesse im Zentrum sollten sich auf die lokale Geschichte und Gegebenheiten sowie sozio-politische und ökonomische Dynamiken konzentrieren. Es ist notwendig, die erwähnten Antreiber des Konflikts zu verstehen, um einen anhaltenden Frieden zu schaffen. (Sangaré/McSparren 2018: 14) Es ist daher wichtig, die beiden Konflikte im Norden und im Zentrum Malis zu unterscheiden. Da die kriegführenden Fraktionen und die Dynamik im Zentrum von denen im Norden abweichen, müssen separate, spezifische Lösungen und Verträge ausgearbeitet werden, um die Gewalt zu unterbinden. (Sangaré/McSparren 2018: 30) Im nächsten Unterkapitel wird speziell auf den Zusammenhang der Konflikte in Mali mit der Klimakrise eingegangen.

4.1.2 Einfluss der Klimakrise auf die Konfliktentwicklung

Wie zuvor beschrieben, ist die Konfliktdynamik in der Subregion Mali-Zentrum unter anderem durch die Reaktion auf die staatliche Vernachlässigung in ländlichen Regionen beeinflusst. Der Kontext dazu ist eine Verknappung von Ressourcen aufgrund von Wüstenbildung, die eine Folge der Klimakrise ist, und durch verstärkten wirtschaftlichen Wettbewerb, welcher auf liberale Marktstrukturen in der gesamten Region zurückzuführen ist. Da um den Zugang zu Ressourcen konkurriert wird, gibt es in den Gemeinschaften eine Rückzugstendenz in ethnisch und religiös geprägte Selbstverteidigungsgruppen, um sich vor der Zunahme der Ressourcenverknappung und des Wettbewerbs um politische Kontrolle zu schützen. (Sangaré/McSparren 2018: 16) Die soziokulturellen Normen der lokalen ethnischen Gruppen in der Region wurden durch die aufeinanderfolgenden Perioden tödlicher Dürren (1968–74, 1984–85, 2005) verändert, da diese durch ihren Beitrag zur Ressourcenknappheit den traditionellen Lebensstil und die Lebensgrundlagen der Menschen dauerhaft beeinflusst haben. Wüstenbildung, das Verenden von Vieh und Vertreibung haben irreversible Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen und das Einkommen der lokalen ethnischen Gemeinschaften. Die Wüstenbildung verschärft außerdem, wie im Unterkapitel zuvor geschildert, den Konflikt und die innerkommunale Gewalt zwischen sesshaften Bauern/Bäuerinnengemeinschaften und halbnomadischen Hirt:innen und Viehzüchter:innen, die um den Zugang zu Ackerland und Wasser kämpfen. (Sangaré/McSparren 2018: 16, 30) An dieser Stelle wird deutlich, dass Umweltzerstörung nicht nur eine Folge von gewalttätigen Konflikten sein kann, sondern auch die Ursache. Die Klimakrise in Form von Wüstenbildung hat im Laufe der Jahre Wasserquellen ausgetrocknet, Acker- und Weideland in Sand verwandelt und ganze Tierherden getötet. Die Verfügbarkeit von Ackerland, grünen Wäldern, Süßwasser, sauberer Luft und von Fischbeständen wurde durch Umweltveränderungen stark reduziert. Insgesamt haben die Dürren viele Menschen vertrieben und, wie schon erwähnt, Viehzüchter:innen zur Sesshaftigkeit gezwungen. Dieser Einfluss hat das einst komplementäre Verhältnis zwischen den Bewohner:innen des Zentrums stark beeinträchtigt. (Sangaré/McSparren 2018: 16) Somit beschleunigen die Auswirkungen der Dürren in den letzten Jahrzehnten einen sozioökonomischen Wandel. Die Klimakrise führt demnach zu sozialen Unruhen im Zentrum Malis. (Sangaré/McSparren 2018: 30f) Hier wird ersichtlich, wie die Klimakrise durch Ressourcenverknappung und die Einschränkung von Lebensgrundlagen lokale Konflikte verstärkt.

Wie zuvor beschrieben, erlebte die Region mehrere Phasen von schwerer Dürre. Auch in den Jahren der Unabhängigkeit (1960) trat in der Region Dürre auf (1968–74), weshalb viele Einwohner:innen die Zeit der Unabhängigkeit sehr eng damit verbinden. In dieser Zeit verloren sie Wohlstand. Das Misstrauen gegenüber der Regierung in den ländlichen Regionen im Zentrum und Norden des Landes verfestigte sich auch deshalb, da Regierungsbeamte angeblich die von der internationalen Gemeinschaft während der Dürreperioden bereitgestellten Hilfsgüter veruntreuten. Weiterhin waren die staatlichen Strategien zum Krisenmanagement ineffektiv. NGOs sowie große multilaterale Organisationen führten Systeme ein, welche nicht den lokalen Gegebenheiten entsprachen und daher wirkungslos blieben. Außerdem führten veränderte Wetterverhältnisse zu einer Verschiebung der Wandermuster der Hirt:innen. Tausende Binnengeflüchtete aus dem Norden kamen ins Zentrum. Diese Vertriebenen ließen sich in Gemeinden nieder, in denen sie als Außenseiter oder sogar als Eindringlinge wahrgenommen wurden. Die Dürreereignisse trugen zu einer Verarmung bei, da Vermögen durch den Verlust von Vieh und Ackerland, welches Wüste wurde, stark reduziert wurde. Weitere Dürren traten zwischen 1984 und 1985 und in 2005 auf und verschärften die schwierige Lage, da weiter Viehbestände vernichtet und Gemeinschaften vertrieben wurden. Die Verringerung des Viehzuchtsektors im Zentrum Malis hatte Auswirkungen auf die regionalen Märkte und die lokale Wirtschaft. Traditionell stammt ein großer Teil des in Mali und den Nachbarländern konsumierten Fleisches aus Zentralmali und Tierhaltung war immer ein Teil der Subregion, aber der Rückgang der Viehbestände in Verbindung mit den liberalen Marktstrukturen verschärft den Wettbewerb. (Sangaré/McSparren 2018: 31) Wirtschaftliche Sicherheit ist im Kontext von Mali eng mit ökologischer Sicherheit verbunden, da die landwirtschaftliche Produktion die Wirtschaft dominiert (Sangaré/McSparren 2018: 30). Der Agrarsektor im Zentrum des Landes steht demnach in einem Spannungsfeld zwischen der ökologischen und der wirtschaftlichen Sicherheit. Malis Agrarexporte, welche seit Generationen grenzüberschreitend waren, sind nun einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Die globalen Märkte bedrohen auch die lokale Reisproduktion, da die Subregion preiswerten Reis aus Asien importiert. Auch Fisch aus dem Nigerdelta steht im Zentrum Malis Wettbewerb mit internationalen Märkten gegenüber. Während die Länder der Sahelzone nur wenig zu den globalen Kohlendioxidemissionen beitragen, gehören sie zu den Ländern, die am stärksten unter den Folgen leiden. (Sangaré/McSparren 2018: 31f) Die Haushalte im Zentrum Malis sind sich außerdem den Auswirkungen Klimakrise auf ihre Lebensgrundlagen durchaus bewusst, stehen aber großen Herausforderungen gegenüber sich diesen Veränderungen anzupassen (Maiga/Fall 2023: 1).

Schließlich ist der Krieg im Norden Malis nicht die Hauptursache für die Konflikte im Zentrum. Vielmehr führen die gesellschaftlichen Veränderungen durch die Folgen der Klimakrise, wie Dürre, Wüstenbildung und somit Ressourcenverknappung, sowie neoliberale Entwicklungen zu Veränderungen des Lebensstils und der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, welche die Gemeinschaften bedrohen und dadurch Gewalt verstärken. Die traditionelle Lebensweise im Zentrum Malis wurde durch den Verlust von Ackerland sehr beeinflusst, wovon die Landwirtschaft und Viehzucht abhängig sind. Gleichzeitig verschärft die wirtschaftliche Liberalisierung den Wettbewerb und trägt somit zur Marginalisierung der Bevölkerung bei. (Sangaré/McSparren 2018: 33)

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Mali stark von natürlichen Ressourcen abhängig und die Bevölkerung sehr anfällig für Wetterkatastrophen ist. Mali ist bereits eines der heißesten Länder der Welt, wobei Temperaturen häufig über 40°C steigen. Diese höheren Temperaturen sowie die unvorhersehbaren Niederschlagsmuster werden die malische Bevölkerung in Zukunft noch anfälliger für Katastrophen und Ernährungsunsicherheit machen. (Grene 2020: 15) Die Dürren beeinträchtigen die Produktionssysteme Malis besonders, da sie Erträge und Weideland verringern, Ernteausfälle verursachen und zur Sterblichkeit von Rindern führen, was sich auf die bereits kritische Ernährungsunsicherheit auswirkt (Sarzana et al. 2024: 13). Zusätzlich wird das starke Bevölkerungswachstum zukünftig eine große Belastung für natürliche Ressourcen und die traditionellen Lebensweisen in Mali bedeuten (Grene 2020: 16f).

4.2 Die Rolle demografischer Trends für den Konfliktkontext

Die demografische Entwicklung Malis stimmt mit den allgemeinen Trends in Subsahara-Afrika überein, einschließlich eines raschen Bevölkerungswachstums, hoher Geburtenraten, unzureichender staatlicher Dienstleistungen und einer stark wachsenden arbeitslosen Jugendbevölkerung in den Städten. In dieser Hinsicht ähnelt die Lage Malis sehr der seiner Nachbarländer wie Niger, Burkina Faso und Guinea. Die unausgewogene Altersstruktur ist typisch für die Region und zeichnet sich durch eine große Jugendbevölkerung aus. (Leuprecht/Roseberry 2018: 7f, 21f) Im Jahr 2016 hatte Mali die höchste Bevölkerungswachstumsrate aller ECOWAS (Economic Community of West African States) Länder, zu welchen Benin, Côte d'Ivoire, Cabo Verde, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Nigeria, Senegal Sierra Leone und Togo gehören (Leuprecht/Roseberry 2018: 8, <https://www.ecowas.int/member-states/>). Malis Human Development Index Wert hat sich in den letzten Jahrzehnten verbessert, liegt aber

immer noch unter dem Durchschnitt in Subsahara-Afrika. Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise 2008/2009 hat Malis Bruttoinlandsprodukt abgenommen und fiel danach noch weiter ab aufgrund der Zunahme an Unsicherheit im Land in den Jahren 2012 und 2013. Mit weniger als 50% bleibt Malis Beschäftigungsquote für Personen über 15 Jahren die niedrigste unter den ECOWAS-Ländern. Mali schneidet dabei bei allen demografischen Hauptindikatoren deutlich schlechter ab als der Durchschnitt in Subsahara-Afrika. Diese Indikatoren schließen zum Beispiel die hohen Geburtenraten, höhere Todes- und Sterblichkeitsraten sowie die zweithöchste Quote in der Altersgruppe der 0- bis 14-Jährigen ein. (Leuprecht/Roseberry 2018: 8f)

Es gibt hinsichtlich der demografischen Indikatoren auch Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie auf regionaler Ebene zwischen dem Norden und dem Süden Malis. Dies schließt eine Kluft zwischen ländlichen und städtischen Geburtenraten und Sterblichkeitsraten sowie ländlicher und städtischer Alphabetisierung und dem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ein. Dabei liegen die Geburtenraten in ländlichen Gebieten über dem nationalen Durchschnitt und in städtischen Gegenden deutlich unter dem nationalen Durchschnitt. Auch zwischen dem Norden und dem Süden lassen sich Unterschiede bei den demografischen Indikatoren feststellen, welche das Ausmaß nach den Aufständen der Tuareg und AQIM von 2012 bis 2013 deutlich machen. Die Lebendgeburtenrate in den drei nördlichen Provinzen Timbuktu, Gao und Kidal ist sehr viel geringer als in den südlichen Provinzen. Demnach sind die hohen Geburten- und auch Sterberaten besonders in den städtischen Gebieten im Süden, Zentrum und Westen und weniger in den nördlichen Provinzen festzustellen. Sowohl regionale als auch städtische und ländliche Werte in wesentlichen demografischen und Entwicklungsindikatoren weisen auf eine tendenziell schlechte sozio-ökonomische Situation in Mali hin. (Leuprecht/Roseberry 2018: 9f, 22) Insgesamt hat sich Malis Sterblichkeitsrate mit der Zeit verringert und ist dann stagniert, während die Geburtenrate immer hoch geblieben ist. Dies schafft die Voraussetzung für eine demografische Krise, welche sich vor allem im Süden ausdrückt. Dagegen ist in den von den Aufständen betroffenen Provinzen im Norden ein Rückgang des demografischen Gewichts zu beobachten. Ethnische Demografie ist ein weiterer grundlegender Aspekt von malischen Bevölkerungsdynamiken. Mali ist ein sehr diverses Land mit mehr als 12 wichtigen sprachlich-definierten ethnisch-nationalen Gruppen. Für die meisten Menschen steht die ethnische Identität in Mali über anderen möglichen Identifikationsgrundlagen, wie Religion oder Beruf. Außerdem werden spezifische Sprachen mit bestimmten Regionen in Mali verbunden. (Leuprecht/Roseberry 2018: 12) Weiterhin ist in Mali die informelle Institution der Vetternschaft besonders, wobei Mitglieder verschiedener ethnischer

Gruppen kooperative und wechselseitige Verpflichtungen eingehen. Vetternschaft wird in vielen Teilen der westlichen Sahelzone praktiziert, aber ist in Mali besonders stark vertreten und von allen Hauptethnien praktiziert (mit der Ausnahme der Tuareg und Araber), was auf die traditionellen Gesellschaftsstrukturen zurückgeführt werden kann. (Leuprecht/Roseberry 2018: 13f)

Mit Blick auf Migration in Mali gilt es zu beachten, dass eine Untersuchung von Migration in Mali auch Langzeittrends aus der Zeit vor und während der konfliktbedingten Migration im Zeitraum von 2012 bis 2013 sowie danach einschließen muss. Migration spielt in Mali eine große Rolle und kann verschiedene Gründe haben. Nomadentum (im Norden) und die saisonale Wanderschaft von Hirt:innen sind traditionelle Anpassungsstrategien, welche sich nur schwer in Zahlen erfassen lassen. Wirtschaftsmigration stellt aber den größten Anteil aller Migration in Mali dar. Die Migrationsrate ist unter Frauen* und Männern relativ gleich verteilt. Wie bei den anderen demografischen Indikatoren, sind regionale Muster auch bei der Migration auffällig. Während Bamako Distrikt den höchsten Anteil an Migrant:innen hat, weist der nördliche Timbuktu Distrikt den niedrigsten Anteil auf. Hinsichtlich der Verteilung der Migrant:innen- und Nicht-Migrant:innenbevölkerung nach Art des Gebiets (städtisch oder ländlich) und Wohnortprovinz lässt sich festhalten, dass Migration ein eher städtisches Phänomen zu sein scheint, da in Bamako die meisten Migrant:innen leben und der Norden dagegen nur einen geringen Anteil an Migrant:innen mit Wohnsitz hat. Bezüglich der Herkunftsregion der Migrant:innen ist im Norden die Tendenz festzuhalten, dass die Mehrheit der Migrant:innen in der Region Timbuktu aus ländlichen Gebieten kommt. Malis Institut für Statistik unterscheidet außerdem zwischen interregionaler, intraregionaler und interkommunaler Migration. Die Migrationsmuster weisen eine deutlich interregionale Ausrichtung auf. Typische interregionale Migration umfasst die Abwanderung oder Verdrängung von Wirtschaftsmigrant:innen aus den städtischen Zentren Zentral- und Westmalis nach Bamako und in die größten Städte des Südens sowie die ländliche Migration aus dem Norden in dieselben Ziele im Süden. Insgesamt verstärken die Migrationsmuster nach Regionen die Nord-Süd-Dichotomie, die bereits in den allgemeinen demografischen Trends deutlich wird. Dabei wird klar, dass der Norden nicht durch einen Zustrom von Wirtschaftsmigrant:innen aus dem Zentrum, Westen und Süden destabilisiert wird, da es gerade in den nördlichen Regionen nur wenige Migrant:innen gibt. (Leuprecht/Roseberry 2018: 15f) Die Migrationsmuster der internen, nicht-konfliktbedingten Migration deuten vielmehr, wie auch die demografischen Trends, auf eine Bevölkerungsrückgang- und Abwanderungstendenz im Norden hin (Leuprecht/Roseberry 2018: 16, 22).

Sowohl im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße als auch in absoluten Zahlen hat Mali einen kleinen Anteil an Geflüchteten in der Bevölkerung, welcher im Laufe der Zeit stabil geblieben ist. Geflüchtete in Mali stammen überwiegend aus Mauretanien. Mauretanien hat nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen selbst einen Anstieg der Gewalt erlebt. Geflüchtete aus der Zentralafrikanischen Republik und der Côte d'Ivoire liegen mit großem Abstand an zweiter und dritter Stelle. Die Herkunftsländer der Geflüchteten in Mali und der Nicht-Geflüchteten unterscheiden sich grundlegend, was auf unterschiedliche individuelle Beweggründe und politische Situationen in den Herkunftsländern zurückgeführt werden kann. Der Norden hat dabei weitgehend wenig von den Auswirkungen des Eintreffens von Geflüchteten erlebt. Die Anzahl an malischen Geflüchteten außerhalb des Landes ist weit größer als die Anzahl der Geflüchteten in Mali. Die Auswanderer Malis sind überwiegend junge Männer, stammen aus ländlichen Gebieten und haben wirtschaftliche Gründe für ihre Auswanderung. Das Auswanderungsmuster von vor den Konflikten stimmen auch mit den demografischen Mustern überein. Die meisten Menschen verlassen die zentralen und südlichen Bezirke Malis. (Leuprecht/Roseberry 2018: 17f) Geflüchtete aus Mali in Burkina Faso kommen beispielsweise überwiegend aus den südlichen Teilen der Provinz Timbuktu, wie Rharous, Gossi und N'Tilit. Tuareg-Geflüchtete haben Ende 2016 einen großen Teil der vom UNHCR registrierten Geflüchteten in Burkina Faso ausgemacht, was besonders hervorsteicht, da sie nur einen sehr geringen Anteil der Gesamtbevölkerung Malis ausmachen. Die zweitgrößten Anteile an Geflüchteten haben Peulhs und Araber. (Leuprecht/Roseberry 2018: 20) Nach einem Hoch im Jahr 2013 stabilisierte sich die Anzahl an malischen Geflüchteten Ende 2016 und Anfang 2017 wieder. Seit Ende 2016 konzentrieren sich malische Geflüchtete auf drei Nachbarländer: Niger, Mauretanien und Burkina Faso. (Leuprecht/Roseberry 2018: 18f)

Alles in allem spiegeln die Muster der malischen Geflüchteten in Bezug auf Anzahl, Veränderungen im Laufe der Zeit, Fluchtorte innerhalb und außerhalb Malis sowie ethnische und regionale Zusammensetzung die Entwicklung der Sicherheitslage in den Regionen Timbuktu und Gao im Norden sowie in der Region Mopti im Zentrum wider. Die Anzahl an Geflüchteten von Norden nach Süden in Richtung Bamako hat demnach zum Zeitpunkt des ersten Vorstoßes der Tuareg und AQIM deutlich zugenommen und ist seitdem leicht gestiegen. Nur wenige Geflüchtete sind nach Mali zurückgekehrt, was auf eine sich verschlechternde Sicherheitslage im Norden und Zentrum hindeutet. Aber es gibt in Mali viel mehr Binnenvertriebene als Geflüchtete. Die Zahl der Binnenvertriebenen erreichte 2012 mit der Rebellion der Tuareg und der AQIM sowie dem Zusammenbruch des Staates in der Hauptstadt einen

Höchststand. Im Jahr 2016 ging die Anzahl der Binnenvertriebenen wieder zurück und steigt seitdem wieder. Allerdings sind Statistiken über Binnenvertriebene sehr unzuverlässig, da diese nicht vom UNHCR erfasst werden, weil keine Staatsgrenzen überschritten werden. In Mali gibt es keine Lager für Binnenvertriebene, weshalb diese die lokalen Gemeinden und die ohnehin schon knappen Verwaltungsressourcen belasten. (Leuprecht/Roseberry 2018: 20f)

Geflüchtete und Binnenvertriebene stehen in engerem Zusammenhang mit der Konflikt-dynamik in Zentral- und Nordmali. Die Zunahme von Geflüchteten folgt weitgehend auf die Gewalttaten von 2012 bis 2013, als Geflüchtete aus den Regionen Gao und Timbuktu flohen und in Geflüchtetenlagern nahe der Grenze ihrer Herkunftsregionen Zuflucht suchten. Die Geflüchteten stammten überwiegend aus kleineren ethnischen Gruppen wie den Tuareg und Peuls. Die Tuareg sind unter den malischen Geflüchteten in Burkina Faso, Niger und Mauretanien überproportional vertreten. Allerdings sind die Geflüchteten eher eine Folge der anfänglichen Gewalt als deren Ursache. Da, wie erwähnt, nur wenige Geflüchtete zurück-gekehrt sind, ist es unwahrscheinlich, dass der Druck der Rückkehrer:innen die Gewalt in Gao, Timbuktu und Mopti weiter anheizt und die Gemeinden im Norden besonders belastet. Die Situation der Binnenvertriebenen ist etwas anders. (Leuprecht/Roseberry 2018: 22) Viele Binnenvertriebene aus dem Norden suchten Zuflucht in ihrer Herkunftsregion, aber ein Großteil floh zunächst in den Süden und Westen und kehrte dann zurück. Diese Bevölkerungsbewegung könnte Druck auf die lokalen Gemeinschaften, Arbeitsmärkte und die überlasteten Verwaltungsressourcen ausgeübt haben. Somit verursachen Binnenvertriebene wahrscheinlich sowohl im Süden eine gewisse Belastung für die Gemeinden als auch in Regionen im Norden und Mopti durch ihre Rückkehr. (Leuprecht/Roseberry 2018: 21f)

Insgesamt können die demografischen Faktoren das Konfliktpotenzial und -risiko eines Landes erhöhen, sind aber keine kausale Erklärung für die Konflikte in Mali. Wenn die Bevölkerungsstruktur Malis nach Regionen betrachtet wird, wäre die Erwartung, dass der konfliktreiche Norden demografisch stark belastet ist, aber dies ist nicht der Fall. Die hohen Geburten- und Sterberaten treten, wie schon erwähnt, nicht am stärksten in den konfliktreichen nördlichen Provinzen (insbesondere in Timbuktu und Gao) auf. (Leuprecht/Roseberry 2018: 7) Die demografischen Trends in Bezug auf Geburten und Sterblichkeit auf regionaler Ebene stützen also nicht die These, dass die demografische Krise junge Männer zu den Aufständen antreiben würde (Leuprecht/Roseberry 2018: 12). Auch die ethnische Demografie scheint nicht den Konflikt von 2012 bis 2013 und die darauffolgenden Aufstände ausgelöst oder beeinflusst zu

haben. Mali ist ethnisch fragmentiert und die ethnisch-linguistische Identifikation spielt zwar eine wichtige Rolle, entspricht aber nicht der politischen Zugehörigkeit. Die Tuareg bilden die einzige Ausnahme, da sie, obwohl sie nur einen kleinen Anteil der Bevölkerung ausmachen, eng mit dem Konflikt von 2012 bis 2013 in Verbindung gebracht werden. (Leuprecht/Roseberry 2018: 7, 22) Leuprecht und Roseberry ziehen folgenden Schluss: „These anthropological insights add to macro-level data suggesting that the salience of ethnicity, ethnic group size, ethnic group differential growth or fractionalization and polarization do not adequately map out levels and directionality of violence in the 2012-2017 period“ (Leuprecht/Roseberry 2018: 14).

Die demografischen und migrationsbezogenen Trends sollten nicht allein, sondern im Zusammenhang mit anderen bedeutenden Entwicklungen betrachtet werden, darunter der Ausschluss der Tuareg aus lokalen und nationalen Bündnissen, Veränderungen im politischen Islam der Sahelzone, ökologische Belastungen und das Versagen des malischen Staates (Leuprecht/Roseberry 2018: 22f), auf welche im Unterkapitel 4.1 eingegangen wird. Es wird deutlich, dass die demografischen, ethnischen, regionalen und Migrationsentwicklungen in Mali im Zusammenhang mit den Aufständen und dem Terrorismus in Zentral- und Nordmali stehen (Leuprecht/Roseberry 2018: 21), aber keine alleinigen Ursachen darstellen, sondern eher als Folgen und Belastungsverstärker betrachtet werden können. Da der Großteil der demografischen Belastungsfaktoren im Süden liegt, scheint die Demografie eher kein Konfliktfaktor im Norden zu sein. Dadurch, dass es kaum interne oder externe Migration in den Norden, sondern sogar einen Bevölkerungsrückgang in Gao, Timbuktu und Kidal gibt, lässt sich schließen, dass Migration und die demografische Entwicklung nicht die Gewalt im Norden und im Zentrum Malis verursachen. (Leuprecht/Roseberry 2018: 7) Insgesamt ist Malis Instabilität durch verschiedene historische, geografische, klimabedingte und mit der Regierung verbundene Faktoren verursacht (Sarzana et al. 2024: 13).

5. Der Climate-Gender–Conflict Nexus in Mali

In Mali stellen die Klimakrise und Konflikte immer größere Herausforderungen dar (Greene 2020: 12). Die Auswirkungen der Klimakrise sind deutlich zu spüren und die Menschen und Gemeinschaften sind seit vielen Jahren mit gewalttätigen Konflikten konfrontiert (Greene 2020: 5). Aufgrund der starken Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten in Mali sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Betroffenheit und in Anpassungsstrategien eignet

Mali sich als Fallregion, um das Zusammenwirken dieser Dimensionen zu untersuchen. Friedensstrategien und Klimaanpassungsmaßnahmen, welche Gender berücksichtigen, sind in Mali besonders relevant, um den schwerwiegenden Folgen der Klimakrise und von Konflikten für die Menschen, und besonders für vulnerable Gruppen, entgegenzuwirken. Im ersten Teil des Kapitels wird auf das Zusammenwirken der Dimensionen der Klimakrise, von Konflikten und Gender in Mali eingegangen, wobei deutlich wird, dass die in Kapitel 3 erläuterten Zusammenhänge stark auf Mali zutreffen. Im zweiten Teil des Kapitels werden vorhandene Lösungsansätze in Mali beleuchtet und aufgezeigt, wie Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali geschlechtersensibel gestaltet sein sollten, um effektiv zu sein, sowie welche Hindernisse und Chancen sich aus diesen Strategien für Frauen* ergeben.

5.1 Zusammenhang von Klimaauswirkungen, Konflikten und Gender in Mali

Die Klimakrise destabilisiert die globale wirtschaftliche, soziale, sicherheitspolitische und demografische Lage und hat in der Sahelregion besonders schwere Auswirkungen (Sarzana et al. 2024: 10). Die Sahelregion ist eine der „ärmsten“ Regionen der Welt (siehe Kapitel 2.4 Einordnung Armut) und eine der am meisten auf natürliche Ressourcen angewiesenen Regionen, wobei sie durch den Rückgang natürlicher Ressourcen, die Zunahme von Dürren, Fluten und Wüstenbildung und durch Umweltrisiken gekennzeichnet ist. Durch diese Gefahren, wie Wirbelstürme, Überschwemmungen, Wasserknappheit oder Dürren, sind die Länder der Sahelregion trotz ihres geringen Beitrags zu den Treibhausgasemissionen besonders von der vom Menschen verursachten Klimakrise bedroht und sind in einem großen Ausmaß mit Folgen wie Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit, menschlichen Opfern, dem Verlust der biologischen Vielfalt sowie schlechtem Wirtschaftswachstum konfrontiert. (Akinyetun et al. 2024: 2) Die Notlage der Bevölkerung aufgrund der Naturkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen oder Landmangel hat in den letzten Jahren sehr zugenommen (Grene 2020: 17). Wie andere Binnenländer der Sahelregion ist auch Mali von immer intensiveren und unbeständigen Dürrezyklen und wachsender Unsicherheit betroffen. Extremtemperaturen und episodische Niederschläge gibt es in Mali zwar schon lange, da die Temperaturen sich seit den 1960er Jahren um 1,2 Grad erhöht und die Niederschlagsmuster immer geschwankt haben, aber es wird erwartet, dass diese Bedingungen noch unbeständiger und intensiver werden, da das Klima sich immer mehr verändert. Der trockene Norden ist von erhöhter Wüstenbildung betroffen. Der Süden hat dagegen mit häufigeren Fluten und starkem Niederschlag zu kämpfen. Demnach wird ein Temperaturanstieg um 3,6 Grad bis 2060 erwartet, welcher Hitzewellen

verlängern und Kälteperioden verkürzen wird. Dies wird besonders Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Wasserressourcen haben. (Sarzana et al. 2024: 12) In Mali herrscht eine Abhängigkeit von den klimasensitiven Sektoren der Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forstwirtschaft, weshalb Klimaveränderungen eine ernsthafte Bedrohung für die Wirtschaft Malis bedeuten (Sarzana et al. 2024: 2, 12). Die halbtrockenen Regionen Westafrikas sind ein „Hotspot“ der Klimakrise, da diese hohe Abhängigkeit von den klimasensitiven Lebensgrundlagen und die begrenzte Anpassungsfähigkeit sehr vulnerabel machen (Segnon et al. 2024: 1). Insgesamt ist Mali also aufgrund der Abhängigkeit der Bevölkerung von Ackerland, Weide und Wasser besonders vulnerabel gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise (Sarzana et al. 2024: 3).

Gleichzeitig mit dem Ressourcenrückgang nimmt die Bevölkerung in der Region zu. Angesichts des raschen Bevölkerungswachstums und der schnellen Urbanisierung wird die Nachfrage nach den begrenzten natürlichen Ressourcen und der Druck auf diese bis 2050 voraussichtlich exponentiell zunehmen. (Akinyetun et al. 2024: 2) Wie in Kapitel 3 beschrieben, erhöhen Naturkatastrophen Konfliktrisiken besonders in bevölkerungsreichen Ländern mit komplexer Zusammensetzung. Das zentrale Nigerdelta zeichnet sich durch die Koexistenz verschiedener Produktionssysteme aus, in welchen sich Wasser und Land geteilt werden. Verschiedene Faktoren führen dabei aber zu Herausforderungen zwischen den Verbraucher:innen der natürlichen Ressourcen, besonders zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen, worauf in Kapitel 5.1.1.2 näher eingegangen wird. (Ba 2023: 2) Die Häufigkeit von Extremwettern, im Zusammenspiel mit Umweltzerstörung und wenig Ressourcenmanagement, verstärkt die Konkurrenz unter verschiedenen Gruppen. Bevölkerungswachstum, Migration und Korruption schränken den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen weiter ein und schaffen Raum für Streitigkeiten. Die Klimakrise verschlimmert also die Situation und fügt Komplexität zu bestehenden langjährigen Konflikten über Landrechte und Ressourcenverteilung hinzu. (Sarzana et al. 2024: 3) „This makes the central delta of the Niger one of the Sahelian regions where conflicts have taken alarming proportions“ (Ba 2023: 2). Die Sahelregion ist ein Brennpunkt für Konflikte, in denen Angriffe auf Zivilist:innen im Laufe der Jahre zugenommen haben. Konflikte in der Region werden durch verschiedene soziale, religiöse, wirtschaftliche, politische und ideologische Faktoren verursacht, wie in Kapitel 4 bereits erläutert, wobei Frieden und Sicherheit mit einer Vielzahl von zunehmend komplexen Krisen konfrontiert sind, welche durch die Überschneidung von verschiedenen politischen, sozialen und ökonomischen Konflikten entstehen. Dies macht die Bewältigung dieser Konflikte

komplex und schwächt die Beziehungen zwischen Gemeinschaften, die sich die gleichen Ressourcen teilen. (Akinyetun et al. 2024: 2, Ba 2023: 19)

In Kapitel 3 wurde festgestellt, dass es von der Ressourcenausstattung, von dem Verhalten der Akteur:innen und von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, ob Umweltprobleme wie die Klimakrise zu Konflikten führen. Außerdem wurde in Kapitel 3 festgehalten, dass die Bestimmung der Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise von der Art und Stärke der klimatischen Veränderungen in einer betroffenen Region, der Sensitivität gegenüber diesen klimatischen Veränderungen und der Fähigkeit, sich daran anzupassen, abhängt. Diesbezüglich ist für Mali festzustellen, dass es wie oben beschrieben drastische klimatische Veränderungen gibt und geringe Reaktionsmöglichkeiten und Anpassungsfähigkeit, was auch die Annahme aus Kapitel 3 bestätigt, dass Menschen die durch Armut, Krieg und andere Risikofaktoren bereits so geschwächt sind, dass sie den Folgen der Klimakrise nur wenig entgegensetzen können, am stärksten betroffen sind. Auch, dass umweltbeeinflusste Gewaltkonflikte am wahrscheinlichsten in ärmeren Ländern im globalen Süden mit „instabilen“ Regierungen und einer hohen Vulnerabilität durch Umweltprobleme auftreten, trifft auf Mali zu. Da die Klimakrise, wie in Kapitel 3 beschrieben, auch die Vulnerabilität gegenüber Gewalt erhöhen kann, können Länder, wie auch Mali, von einer gekoppelten doppelten Vulnerabilität betroffen sein. Außerdem erfüllt Mali die Kriterien, dass es agrarisch geprägt und bereits von langjährigen Gewaltkonflikten betroffen ist. Damit gehört es zu den am meisten vulnerablen Ländern. Weiterhin treffen, wie beschrieben, knappe Ressourcen und ein fragiler Kontext auf Mali zu. Auch nach dem Forschungsteam um Duncanson (2022: 10) sind wie in Kapitel 3 beschrieben, fragile und konfliktbetroffene Staaten am vulnerabelsten gegenüber der Klimakrise, da sie über limitierte Fähigkeiten verfügen, sich anzupassen und mit Herausforderungen umzugehen, was auf Mali passt. Wie in Kapitel 3 erläutert, gestalten Mohammed und Laki (2025: 493) zufolge bereits existierende Konflikte und der regionale politische Kontext die Beziehung zwischen der Klimakrise und Konflikten, wobei in Mali die Faktoren andauernder Konflikte wie Viehdiebstähle und das Streben nach Macht von Akteur:innen (Mohammed/Laki 2025: 505) zutreffen und Gemeinschaften in der Klimaanpassung schwächt. Auch Bedingungen nach Ortiz und Ensor (2023: 8) für die schlimmste Betroffenheit von Konflikten und Klimakrise, wie schwachen Regierungen, unzuverlässigen Einkommensquellen und sich überschneidende Formen der Marginalisierung, treffen auf Mali zu.

Durch die Ressourcenknappheit gibt es in Mali Mohammed und Laki (2025: 491) folgend einen direkten Pfad des Zusammenhangs von Klimakrise und Konflikten. Dem Forschungsteam um Yoshida (2021: 18) nach hängt die Bedrohung der Umwelt gerade häufig in Afrika mit dem Überleben der Menschen und der Wahrung von Frieden zusammen, da die Destabilisierung der Umwelt auch die Destabilisierung des Lebensunterhalts für viele bedeutet. Dies ist auch in Mali der Fall. Nach Ortiz und Ensor (2023: 2) schaffen erhöhte Konkurrenz um Ressourcen, wie fruchtbares Land und frisches Wasser, Unruhe in Gemeinschaften und verschlimmern Konflikte, was ebenfalls auch auf Mali zutrifft. Wie in diesem Kapitel aufgezeigt, kann für Mali insgesamt festgehalten werden, dass die Bedingungen für Konflikte in Verbindung mit der Klimakrise aufgrund der historisch gewaschenen langjährigen Konflikte um Land sowie aufgrund der Untätigkeit des Staates bei der Verwaltung von Land und Ressourcen und bei Konfliktlösung (Verhalten der Akteur:innen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen) in bestehen. Die institutionellen Strukturen zur Unterstützung von Problemlösungen, welche nach Scheffran (2015: 117) unter anderem die Frage von Krieg und Frieden bestimmen, sind demnach in Mali mangelhaft.

Zusammenfassend befinden sich die Länder in der Sahelregion in einem Teufelskreis aus Konflikten, Ressourcenknappheit und Umweltbedrohungen, was die Wahrscheinlichkeit politischer Instabilität und innerer Unruhen sowie die Verstärkung bestehender ethnischer und interkommunaler Konflikte und die Gefährdung des Friedens erhöht (Akinyetun et al. 2024: 1f). Dabei verstärkt die Klimakrise bereits existierende Ernährungsunsicherheit, die Konkurrenz um natürliche Ressourcen sowie politische und wirtschaftliche Unsicherheit, wie in Kapitel 3 bereits erläutert wurde und in diesem Kapitel am Fall von Mali verdeutlicht wird. Nach dem Forschungsteam um Benner (2020: 34) verstärken sich die Klimafolgen und Gewaltkonflikte gegenseitig und es entsteht ein negativer Nexus von wirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion, Gewalt und politischem Versagen, was auf Mali zutrifft. Außerdem lässt sich noch festhalten, dass nach Brzoska (2013: 40) die Komplexität der Zusammenhänge beim Auftreten von Konflikten mit vielfältigeren gesellschaftlichen Strukturen ansteigt, zum Beispiel, wenn nationale und internationale Akteur:innen beteiligt sind, was in Mali der Fall ist. Die Klimakrise hat also vielfältige Sicherheitsimplikationen in Mali, wobei klimabedingte Herausforderungen zunehmen sowie klima- und sicherheitsbezogene Faktoren verwoben sind und sich gegenseitig verstärken. (Sarzana et al. 2024: 3, 10) Die Vulnerabilität von Menschen ist häufig von der Wechselwirkung zwischen der Klimakrise und bestehenden sozialen sowie geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bestimmt und resultiert daher aus dieser. Es gibt

zunehmend Nachweise über die Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischer Ungleichheit und den Auswirkungen der Klimakrise auf die Lebensgrundlagen von verschiedenen sozialen Gruppen. (Segnon et al. 2024: 2) In diesem Kapitel wird auf die sozialen und geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Vulnerabilität gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten in Mali eingegangen und wie diese zusammenwirken.

5.1.1 Zusammenhang von Konflikten und der Klimakrise in Mali

Wie in Kapitel 3 bereits erläutert, gibt es unterschiedliche wissenschaftliche Standpunkte zum Zusammenhang zwischen der Klimakrise und Konflikten (Akinyetun et al. 2024: 1). Der Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance fordert, dass in der Forschung nicht gefragt werden sollte, ob die Klimakrise Konflikte verursacht, sondern unter welchen Bedingungen sie zu gewalttätigen Konflikten beiträgt (Greene 2020: 12f). Demnach sind bewaffnete Konflikte in der Sahelregion nicht ausschließlich auf die Klimakrise zurückzuführen, sondern, wie schon erwähnt, verschärfen andere Faktoren, auf welche noch weiter eingegangen wird, oder Konfliktursachen die Auswirkungen der Klimakrise auf Konfliktprozesse. Diese Faktoren, welche Indikatoren für Fragilität sein können, spielen eine wichtige Rolle bei der Eskalation von Konflikten in der Sahelregion, da es eine komplexe Wechselwirkung zwischen Fragilität und der Ausbreitung von Konflikten gibt. Bedingungen, die symptomatisch für einen fragilen Staat sind, erhöhen demnach die Häufigkeit und Ausbreitung bewaffneter Konflikte in der Region. (Akinyetun et al. 2024: 1, 3) Indikatoren für Fragilität in der Region können ein niedriger Human Development Index, weit verbreitete Armut, eine sich verschlechternde und mit Herausforderungen konfrontierte Regierungsführung, eine unzureichende Gesundheitsversorgung, ein gefährdeter Frieden und verbreitete Jugendarbeitslosigkeit sein (Akinyetun et al. 2024: 19). Armut ist dabei ein Faktor, welcher mit anderen verknüpft und nicht automatisch eine Gewaltursache ist. Ob und in welcher Form sie zu Gewalt führt, hängt von dem konkreten Kontext und Konfliktverlauf, der Geschichte, der Kultur sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eines Landes ab. (Hippler 2007)

Fragilität spielt eine zentrale Rolle in den Sahelstaaten, wo anhaltende Missstände, mangelnde Rechenschaftspflicht, begrenzte Legitimität, Ungleichheit, eingeschränkte wirtschaftliche Möglichkeiten, Marginalisierung und Arbeitslosigkeit eine Grundlage für bewaffnete nicht-staatliche Akteur:innen schaffen und wiederkehrende Konflikte aufrechterhalten (Akinyetun et

al. 2024: 19). Die Klimakrise gibt dabei bewaffneten nichtstaatlichen Akteur:innen indirekt die Möglichkeit, die anhaltenden Krisen bezüglich Regierungsführung und -legitimität auszunutzen und hat somit schwerwiegende Auswirkungen auf die *menschliche Sicherheit*. Sie erhöht die Anfälligkeit für Umweltbedrohungen und ist eine der größten Bedrohungen für die Existenz der Menschheit. (Akinyetun et al. 2024: 2) Hohe Arbeitslosigkeit und Landknappheit in Mali führen beispielweise dazu, dass Jugendlichen nur wenige Optionen zur Verfügung stehen, besonders wenn die Ernten ausfallen. Außerdem werden sie oft bis über ihre Volljährigkeit hinaus nicht wie Erwachsene behandelt. Demnach werden Ältere zuerst in Entscheidungsfindungen einbezogen und Jugendliche erst danach informiert. Diese Faktoren der hohen Arbeitslosigkeit und des Mangels an Handlungsmöglichkeiten machen junge Männer besonders anfällig für die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen. (Grene 2020: 9, 30f) Strukturelle Faktoren, welche Triebkräfte für gewaltsame Konflikte sein können, sind außerdem auch die Ausbreitung der Landwirtschaft, welche zu einer eingeschränkten Mobilität der Hirt:innen führt, die Korruption unter Regierungsbeamt:innen sowie das opportunistische Verhalten ländlicher Akteur:innen in einem zunehmenden politischen Vakuum. Die geschwächte politische Kontrolle im Norden und zunehmend auch in der Region Mopti erleichtert außerdem auch den Zugang zu Waffen, welche wie in Kapitel 4 erwähnt, besonders aus Libyen nach Mali gelangen. Dies trägt dazu bei, dass Konflikte um natürliche Ressourcen zu tödlicher Gewalt eskalieren. (Grene 2020: 17) Es kann auch insgesamt ein Zusammenhang zwischen Ressourcenknappheit und der Zunahme von Konflikten in der Sahelregion, besonders in Zentralmali, festgestellt werden. Dies macht deutlich, wie im Kontext von Ressourcenknappheit jede Gemeinschaft ihre eigenen Strategien entwickelt, um Ressourcen zu kontrollieren und sich möglicherweise anzueignen. Dieses Vorgehen kann Konflikte zwischen den Gemeinschaften verschärfen (Verhalten der Akteur:innen und Konfliktgegenstand), wie es sich zwischen Hirt:innen und Bauern/Bäuerinnen in der Region Mopti zeigt. Die Variabilität der Ressourcenverfügbarkeit führt demnach zu Bevölkerungsbewegungen, Verschiebungen der Anbauflächen und Viehmigrationen. (Ba 2023: 19) Um diese Konfliktfaktoren zwischen Hirt:innen und Bauern/Bäuerinnen geht es in Kapitel 5.1.1.2.

Trotz der Relevanz dieser Faktoren lässt sich festhalten, dass es umstritten ist, ob Konflikt-dynamiken ausschließlich durch etwa Ressourcenknappheit oder institutionelles Versagen strukturell bestimmt sind. Diese beiden Faktoren sind zwar im ländlichen Kontext Westafrikas und besonders in der Sahelregion sehr präsent und beeinflussen auch die Art der Konflikte, aber keiner dieser beiden Faktoren kann allein die Entwicklung von Konflikten erklären. Außerdem

treten Konflikte um Ressourcen über diese beiden Faktoren hinaus auch oft im Zusammenhang mit Landnutzung, zum Beispiel in Bezug auf Eigentum oder Bevölkerungsdichte, auf. (Ba 2023: 19) Auch Konflikte, bei denen es um den Zugang zu Ressourcen in Mali geht, können eher mit wahrgenommenen Ungerechtigkeiten, sozialer Identität oder früheren Problemen zusammenhängen, „rather than struggles for the last available resource“ (Ba 2023: 19). Konflikte um Ressourcen können daher nicht allein als Ergebnis institutioneller Versäumnisse bei der Verwaltung gemeinsam genutzter Ressourcen wie Land, Weideland oder Wasser betrachtet werden. Nicht vorhandene, vage oder sich überschneidende lokale Regeln bezüglich der Nutzung von Ressourcen sollten auch berücksichtigt werden, da sie oft zu Meinungsverschiedenheiten und manchmal auch zu gewalttätigen Konflikten führen, wie in Kapitel 5.1.1.2 weiter erläutert wird. (Ba 2023: 19) Beim Umgang mit natürlichen Ressourcen sind, wie schon angedeutet, auch Korruption und Eigeninteressen von lokalen Beamt:innen wichtige Faktoren, welche zu den Konflikten in Zentralmali beitragen (Greene 2020: 30). Die Klimakrise führt also nicht zwangsläufig zu Konflikten, „[b]ut where there is weak governance, a lack of resources, and lack of legitimate and peaceful decision making mechanisms, climate change can be a significant driver of violence“ (Greene 2020: 12).

Brand und Wissen (2017: 11) heben auch nochmal hervor, dass es nicht die „Knappheit“ an natürlichen Ressourcen oder der Klimawandel selbst sind, welche die Bedrohungen für Menschen darstellen, sondern die ungerechten gesellschaftlichen Verhältnisse, wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln, welche die Ressourcen knapp machen und wodurch der Klimawandel zu einer existenziellen Bedrohung für viele Menschen wird. Weiterhin sind die ökologischen Krisen und gewaltsam ausgetragenen Konflikte in ihrer Komplexität erst zu verstehen, wenn sie global betrachtet werden (Brand/Wissen 2017: 11). Daher muss das globale Wirtschaftssystem mitgedacht werden, in welchem, wie in Kapitel 2.2 erläutert, Ressourcenextraktivismus betrieben und umweltschädliche Produktion von Ländern des globalen Nordens ausgelagert werden, wodurch folglich auch ausländische wirtschaftliche Interessen den Umgang mit Ressourcen und das Konfliktgeschehen beeinflussen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Konflikte um natürliche Ressourcen zwar häufig sind und zunehmen, es aber von externen Faktoren abhängt, ob diese Konflikte zu Gewalt führen oder nicht (Greene 2020: 17). Wie in Kapitel 3 bereits erläutert, zeigt Forschung, dass langwierige und weit verbreitete Konflikte es wahrscheinlicher machen, dass Ressourcenknappheit oder Extremwetter zu Antreibern von Gewalt werden (Greene 2020: 13): „climate- and resource-

related conflict more frequently ends in violence in regions already experiencing armed conflict“ (Greene 2020: 19). In Mali gibt es beispielweise mehr Konflikte über natürliche Ressourcen in friedlicheren Gegenden, wie der Region Ségou, aber es ist dort nur halb so wahrscheinlich, dass es dabei als Folge der Konflikte zu Todesfällen kommt, wie in mehr konfliktbetroffenen Gegenden, wie der Region Mopti. Demnach enden Streitigkeiten um natürliche Ressourcen vor allem durch die Abwesenheit starker Institutionen sowie bei vorhandenen bewaffneten Konflikten und der verbreiteten Verfügbarkeit von Kleinwaffen gewalttätig. Für die meisten Vertriebenen ist interkommunale Gewalt mehr Grund für die Vertreibung oder Flucht als beispielsweise spezifische Wetterereignisse, aber die wiederkehrenden Dürrezyklen und heftiger Regen spielen auch eine Rolle und tragen zu Konflikten bei. Obwohl die direkte Ursache für Vertreibung oft Krieg ist, ist diese häufig auch mit der Klimakrise verknüpft, wenn zum Beispiel unregelmäßiger Regen die Vegetation zerstört und Ackerland dadurch zu Weideland wird, wodurch, wie oben angedeutet, unter anderem die Konflikte zwischen den Bauern/Bäuerinnen und den Hirt:innen entstehen. Meistens ist es nicht ein Faktor allein, welcher zur Gewalt führt, wobei die Klimakrise ein zunehmend wichtiger Antreiber wird. (Greene 2020: 13, 17)

Es kann also zwischen klimatischen und nichtklimatischen Faktoren unterschieden werden, wobei klimatische Faktoren als die Hauptursachen für die Vulnerabilität in den halbtrockenen Gebieten Westafrikas gesehen werden können, aber sie sind, wie zuvor beschrieben, oft mit mehreren nichtklimatischen Faktoren verflochten. Nichtklimatische Einflussfaktoren sind Faktoren, Handlungen oder Prozesse, welche nicht mit dem Klima oder dem Klimasystem verbunden sind und menschliche oder natürliche Systeme beeinflussen. Zu den nichtklimatischen Einflussfaktoren zählen häufig die erwähnten sozioökonomischen, politischen, institutionellen und politischen Faktoren und Prozesse, welche unterschiedliche Vulnerabilitäten prägen oder bedingen. Das Zusammenspiel zwischen klimatischen und nichtklimatischen Stressfaktoren bestimmt dabei die unterschiedlichen Vulnerabilitäten von Haushalten. Landwirtschaftliche Haushalte sind beispielsweise durch Dürren, Klimaschwankungen, die Verfügbarkeit von Arbeit sowie Gefahren für menschliche und tierische Gesundheit vielen klimatischen und nichtklimatischen Risiken ausgesetzt, welche gleichzeitig und zusammenwirken. (Segnon et al. 2024: 2)

Obwohl die Klimakrise also das Auftreten von Konflikten beeinflusst, kann ihr direkter Einfluss verschiedene Ausprägungen haben. Die Verstärkung von Konflikten durch die Klimakrise

findet eher indirekt statt, indem sie Ressourcen- und Konfliktmanagementsysteme beeinflusst. Ein instabiles Umfeld entsteht in der Sahelregion durch die Verbindung von nichtklimatischen Triebkräften für Konflikte und zentralen Konfliktursachen wie sozioökonomische Faktoren, Fragilität, historische Missstände und bestehende Schwächen und Herausforderungen in der Regierungsführung mit klimatischen Stressfaktoren. Zusammenfassend sind vor allem der unregulierte Wettbewerb um Ressourcen, die verfestigten und lang bestehenden Landstreitigkeiten sowie die vernachlässigende Regierungspolitik Faktoren, welche Konflikte in Mali verstärken können. (Akinyetun et al. 2024: 3, 18f) Somit sind Konflikte in der Sahelregion ein Produkt verstärkter bereits bestehender sozioökonomischer Vulnerabilitäten sowie Herausforderungen im Bereich der Regierungsführung (Akinyetun et al. 2024: 1). Es ist also festzuhalten, dass die Klimakrise selten als direkte Ursache zu Konflikten führt, aber sie kann potenziell, wie schon in Kapitel 3 beschrieben, als „Bedrohungsmultiplikator“ Spannungen, Konflikte und Instabilitäten, die bereits in Mali existieren, verstärken (Sarzana et al. 2024: 12). Insgesamt sollte sich die Forschung daher sowohl auf die klimatischen als auch auf die ökologischen, sozioökonomischen und politisch-institutionellen Aspekte fokussieren, um die Antreiber und Auslöser von Konflikten in Mali zu untersuchen (Ba 2023: 2).

Weiterhin ist das Argument der Korrelation zwischen der Klimakrise und bewaffneten Konflikten dem Forschungsteam um Akinyetun (2024: 2f) zufolge zwar bedeutsam, aber auch fehlerhaft und unzureichend für die Erklärung der Häufung von Konflikten in der Sahelregion, da die Verbreitung bewaffneter Konflikte in der Region schon vor der Intensivierung der Klimakrise stattfand und die Länder der Sahelregion schon seit Jahrzehnten mit Konflikten konfrontiert sind. Außerdem sind viele der unterschiedlich bewaffneten nichtstaatlichen Akteur:innen in Afrika von verschiedenen Ideologien geleitet, welche sich vorwiegend nicht um das Narrativ der Klimakrise drehen. (Akinyetun et al. 2024: 2f) Daher kann folgendes festgehalten werden: „while a direct link between climate change and armed non-state conflict may be difficult to establish, the pre-existing socioeconomic challenges in a society, such as bad governance, unemployment, marginalization, deprivation, inequality, and poverty, which are symptomatic of a fragile state, drive the proliferation of armed conflict in the region“ (Akinyetun et al. 2024: 2).

Zusammenfassend herrschen in der Sahelregion eine Wechselwirkung und komplexe Verflechtung zwischen Klimakrise, Fragilität und Konfliktodynamik, wobei es sich um ein Zusammenspiel zwischen Veränderungen der Klimamuster, Fragilität und der Eskalation von

Konflikten handelt (Akinyetun et al. 2024: 3, 18). Es kann daher schwierig sein, Konflikten eindeutige Ursachen zuzuschreiben: „As conflict, particularly intercommunal violence, continues to grip central Mali, it can be difficult to untangle conflict over natural resources with more politically motivated violence“ (Greene 2020: 19). Folglich sind die Verbindungen zwischen Klima und Konflikten in Mali sehr komplex. Die Überschneidung von Klimaauswirkungen, Konflikten und Instabilität in Mali hat, wie zuvor erwähnt, zu weit verbreiteter interner Vertreibung und veränderten Migrationsmustern geführt, wobei über 1,5 Millionen Menschen seit 2008 aufgrund von anhaltender Gewalt sowie durch Extremwetterereignisse vertrieben wurden. Die politische Instabilität seit den Staatsstreichen von 2020 und 2021 hat die Regierungsführung weiter belastet, internationale Partnerschaften geschwächt und die Fähigkeit des Staates eingeschränkt, in einigen Gebieten für wirksame Sicherheit zu sorgen. Dadurch sind bestimmte Regionen sowohl von den staatlichen Behörden als auch bezüglich grundlegender Dienstleistungen oder wirksamen Konfliktmanagements unterversorgt. Dies kompliziert die Bemühungen, *Klimasicherheit* anzugehen. (Sarzana et al. 2024: 14)

In diesem Kapitel wird deutlich, dass die Feststellungen aus Kapitel 3 zum Zusammenhang von Konflikten und der Klimakrise auch in Mali zutreffen, wo die sich gegenseitig verstärkenden Effekte sichtbar werden. Die Faktoren für die gegenseitige Wechselwirkung von Klimakrise und Konflikten aus Kapitel 3.2.2 sind alle in Mali vorzufinden und die dort vorgestellten verschiedenen Pfade und Mechanismen treffen auf Mali zu ebenso wie die Bedingungen aus Kapitel 3.2.4 für das Gewaltkonfliktpotenzial der Klimakrise und für die extreme Betroffenheit von Friedensgefährdungen durch die Klimakrise (nach Benner et al. 2020: 32), wie beispielsweise die hohe Abhängigkeit von landwirtschaftlicher Produktion, der fragile Staat und kommunale Gewaltkonflikte. Insgesamt bestätigt die Literatur zu Mali die Annahmen zum Zusammenhang und der gegenseitigen Verstärkung der Klimakrise und von Konflikten aus Kapitel 3, beispielweise vom Forschungsteam um Smith (2021: 3f), welches aufzeigt, dass sich bestehende Spannungen und Konflikte und der Druck auf natürliche Ressourcen und Lebensgrundlagen durch die Klimakrise gegenseitig verschärfen und jeweils die Vulnerabilität für das andere erhöhen. Im nächsten Unterkapitel wird auf einige konkrete *Klimasicherheitspfade* (die teilweise schon in Kapitel 3.2.2 vorgestellt wurden) in Mali und Faktoren, über welche die Klimakrise Konflikte verstärkt, genauer eingegangen.

5.1.1.1 Verschiedene Klimasicherheitspfade in Mali

Es können verschiedene *Klimasicherheitspfade* in Mali festgestellt werden, die sich oft überschneiden und Vulnerabilitäten verbinden (Sarzana et al. 2024: 3). Es herrscht weitgehend Einstimmigkeit in der Forschung, dass die Klimakrise einen Bedrohungsmultiplikator darstellt, da sie, wie im vorherigen Unterkapitel beschrieben, indirekt zu erhöhtem Konfliktaufkommen führt (Kangogo et al. 2021: 10). Ernährungsunsicherheit ist dabei ein Mechanismus, durch welchen die Klimakrise Konflikte beeinflusst: „climate change indirectly exacerbates conflict by adversely affecting agricultural production and food security“ (Kangogo et al. 2021: 10). Aufgrund der durch Klimarisiken bedingten Rückgänge in der landwirtschaftlichen Produktion greifen Haushalte in Mali häufiger auf schädliche ernährungsbezogene Bewältigungsstrategien zurück, wie die Reduzierung der Menge oder Qualität der Mahlzeiten (Kangogo et al. 2021: 7). Seit 2010 ist der Anteil der unterernährten Menschen in Westafrika stetig gestiegen. In Mali sind fast 30% der Menschen unterernährt, obwohl fast 80% in der Landwirtschaft tätig sind. Konflikte in Mali und Umgebung haben die Nahrungsmittelproduktion in halbtrockenen Regionen zusätzlich belastet. Es ist festzuhalten, dass Nahrungsmittelknappheit in Haushalten nicht nur in den konfliktreichsten Regionen des Landes herrscht, sondern auch in anderen Regionen. Die Ernährungsunsicherheit gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen im ganzen Land. Die Klimakrise ist einer von mehreren Faktoren, welche die Zukunft der Ernährungssicherheit in Mali bedrohen. Außerdem können sich viele Bauern/Bäuerinnen auch kein Vieh mehr leisten. Mit der fortschreitenden Klimakrise erhöht dieser Mangel an Einkommen und Diversifizierung der Lebensgrundlagen die Anfälligkeit für Ernährungsunsicherheit. (Wood et al. 2021: 3) Die Klimakrise beeinflusst Konflikte in Mali also unter anderem durch eine zunehmende Ernährungsunsicherheit (Kangogo et al. 2021: 10). Da auch ein erhöhtes Konfliktgeschehen zu größerer Ernährungsunsicherheit beiträgt, verstärkt sich beides gegenseitig. Weiterhin werden durch die anhaltende Ernährungsunsicherheit viele Menschen intern vertrieben. Die meisten sind Vertriebene in ihren eigenen Regionen oder in Nachbarregionen, wodurch der Druck auf die schon knappen Ressourcen weiter erhöht wird. (Greene 2020: 17) Es wird deutlich, dass die Wechselwirkung zwischen Ernährungsunsicherheit durch Klimaveränderungen und der höheren Wahrscheinlichkeit für Konflikte, wie in Kapitel 3 ausgeführt, in Mali zu beobachten ist und daher ein Beispiel für das Zusammenwirken zwischen der Klimakrise und Konflikten in Mali darstellt.

Ein weiteres Beispiel ist, dass bei Konflikten über Land Grundbesitzrechte ein großer Antreiber von innerkommunalen Konflikten in Mali sind, besonders in ressourcenreichen Regionen. Die Klimakrise trägt zur Verschlimmerung der Landkonflikte bei, da sie den Zugang zu kritischen natürlichen Ressourcen, wie Wasser oder Ackerland, einschränkt. Streitigkeiten über Landbesitz treten sowohl innerhalb als auch zwischen Dörfern, Kommunen und Familien auf. Diese Spannungen werden noch weiter durch den demografischen Druck und unklare Landgrenzen verschlimmert. Weiterhin spielen auch Erbstreitigkeiten eine Rolle, da es einen Wandel von kollektivem zu individuellem Besitz gibt, was Familienbeziehungen belastet. Konkurrierende Ansprüche auf Land von verschiedenen Familien, manchmal über mehrere Generationen, nehmen immer mehr zu. Frauen* sind, trotz ihrer gesetzlichen Landrechte, besonders marginalisiert in diesen Streitigkeiten, da Bräuche und Geschlechternormen sie oft von dem Besitz und von Entscheidungen ausschließen. (Sarzana et al. 2024: 3)

Weiterhin können Migration und Ressourcenkonkurrenz ein *Klimasicherheitspfad* sein, wobei Migration in Mali schon lange eine Resilienzstrategie ist. Zunehmend wandelt sich Migration aber aufgrund von klimabezogenen Vulnerabilitäten, Unsicherheit und sozio-ökonomischem Druck von saisonalen Mustern zu einer dauerhafteren Bewegung Richtung Süden. Die Klimakrise verstärkt die Ressourcenknappheit, wodurch es für Gemeinschaften schwierig wird, ihre Lebensgrundlagen zu erhalten. Dadurch werden, wie zuvor schon erwähnt, viele Bauern/Bäuerinnen, Hirt:innen und Fischer:innen dazu gezwungen, zu migrieren, wodurch in den südlichen Regionen, welche bereits mit Ressourcenkonkurrenz konfrontiert sind, der Druck weiter erhöht wird. Dauerhafte Migrationswellen intensivieren die Landkonflikte, besonders da die Migrant:innen häufig von Landbesitz ausgeschlossen werden und darauf angewiesen sind, vorübergehend unterzukommen. Mit der Abnahme der Verfügbarkeit von Ressourcen nimmt die Konkurrenz zwischen den Migrant:innen und den Gemeinschaften über Land-, Wasser- und Ernährungssysteme zu, womit der soziale Zusammenhalt belastet wird. Es entstehen Spannungen aufgrund von langjährigen Landbesitz-Streitigkeiten, was durch die Klimakrise noch verschlimmert wird. Insgesamt nimmt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten über den Zugang zu Ressourcen aufgrund der Änderung von Migrationsmustern zu. Die Situation wird durch Unsicherheit und Vertreibung in den nördlichen und zentralen Regionen Malis weiter verschlimmert, da Gewalt dort die lokalen Anpassungsanstrengungen untergräbt. Die wachsende Anzahl an intern vertriebenen Personen und Geflüchteten verstärkt den Druck auf Ressourcen und bedroht die langfristige *menschliche Sicherheit* in Mali. Daran anschließend sind die Konflikte zwischen Landwirtschaft und Viehzucht, auf welche im nächsten

Unterkapitel noch weiter eingegangen wird, ein weiterer *Klimasicherheitspfad*. (Sarzana et al. 2024: 4) An dieser Stelle wird deutlich, dass die Annahmen von Ortiz und Ensor (2023: 2) aus Kapitel 3, dass mehr Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen sowie die Beeinträchtigung ressourcenbasierter Lebensgrundlagen und die Konkurrenz um Ressourcen Konflikte verschlimmern, auch in Mali zutreffen.

Konflikte in Verbindung mit Goldminen und Marginalisierung sind ebenfalls ein *Klimasicherheitspfad*. Goldabbau ist ein wichtiger ökonomischer Sektor in Mali, aber es ist größtenteils informell und unreguliert, weshalb soziale Spannungen und Konflikte dadurch angetrieben werden. Die Klimakrise, Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung bringen viele, vor allem aus wirtschaftlich benachteiligten Verhältnissen, in der ländlichen Bevölkerung dazu, sich von der Landwirtschaft zum Goldabbau zuzuwenden. Dieser Übergang verstärkt die Landverödung, Entwaldung und Umweltverschmutzung sowie damit auch die Konkurrenz um Ressourcen wie Land und Wasser. Die Beteiligung von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen im Bergbau verschlimmert die Unsicherheit, da sie Bergarbeiter:innen besteuern und damit ihre Aktivitäten finanzieren. Außerdem entstehen Konflikte durch die Migrant:innen in den Bergbaugebieten und die ungleiche Verteilung der Profite zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Übliche Praktiken bevorzugen oft mächtige ethnische Gruppen beim Zugang zu Ressourcen, was zu dem Gefühl von Ungerechtigkeit und Ausschluss bei marginalisierten Gemeinschaften führt. Die Marginalisierung, zusammen mit den wachsenden Ungleichheiten, der Ausbeutung und den Menschenrechtsverletzungen in Bergbaugebieten, verstärken die Spannungen zwischen ethnischen Gruppen. Die Umweltzerstörung durch Bergbau zerstört außerdem landwirtschaftliche Lebensgrundlagen und hält damit, besonders in Nordmali, einen Kreislauf von Armut, Ressourcenkonkurrenz und Konflikten aufrecht. Die Instabilität bedroht den sozialen Zusammenhalt und treibt bestehende Gewaltspiralen in Mali an. (Sarzana et al. 2024: 4f) Wie Scheffran (2015: 117) anmerkt, verursachen klimatische Veränderungen nicht notwendigerweise Konflikte zwischen Akteur:innen, sondern es muss ein Konfliktgegenstand die Akteur:innen verbinden, was die vorgestellten Pfade verdeutlichen und in Mali besonders auf die Konflikte zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen zutrifft, worauf im nächsten Unterkapitel weiter eingegangen wird. Die Klimakrise wird als Faktor in den zuvor erwähnten konfliktbehafteten Beziehungen zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen näher beleuchtet.

5.1.1.2 Zusammenhang der Landwirtschaft-Viehzucht-Konflikte mit der Klimakrise

Die Fulani (Peulh)-Hirt:innen, die Dogon- und Bambara-Bauern/Bäuerinnen und die Bozo und Somono-Fischer:innen sind die drei Hauptgruppen an Nutzer:innen natürlicher Ressourcen in Mali, wobei es immer eine Koexistenz der Subsistenzsysteme dieser Gruppen gab (Greene 2020: 17). Landwirtschaft und Viehzucht haben lange parallel existiert und sich seit Jahrhunderten gegenseitig ergänzt. Diese Komplementarität war eine der Formen von Resilienz, welche beides erhalten und es ihnen ermöglicht hat, viele Schocks zu bewältigen. (Ba 2023: 35) Die Zerstörung von natürlichen Ressourcen aufgrund der Klimakrise in Verbindung mit dem zunehmenden Bevölkerungsdruck hat diese Komplementarität fragil gemacht und zu einer konfliktreicheren Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen geführt: „Evolving in territories sensitive to changes of various kinds, livestock farming and agriculture seem on the verge of losing the foundation that has linked them for centuries“ (Ba 2023: 35). Es bestehen also Zusammenhänge zwischen der Zunahme von Konflikten zwischen Ackerbauern/Bäuerinnen und Viehzüchter:innen und der Klimakrise, da die Klimakrise durch die Beeinflussung der Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit gemeinsam genutzter Ressourcen den Wettbewerb um den Zugang zu diesen immer knapperen und fragileren Ressourcen verschärft hat. Die Konflikte in der Agrar- und Weidewirtschaft hängen mit den sozialen, ökologischen und klimatischen Herausforderungen zusammen, denen Mali gegenübersteht, insbesondere im inneren Nigerdelta. Die Dürren in Mali haben eine große Rolle in sozialräumlichen Veränderungen in der Region Mopti gehabt, da das Delta durch die Auswirkungen der Dürren ein Brennpunkt mit überlasteter Weidenutzung geworden ist. Die durch Dürrezyklen verursachte Umweltzerstörung, die sich auf die landwirtschaftlichen Praktiken auswirkt, hat zur Ausweitung der Anbauflächen und zum systematischen Rückgang der Weideflächen beigetragen. Die Ressourcen für Landwirtschaft und Weiden in den Gebieten der Sahelregion, wie das Senegal-Flussbecken, alle Becken des Niger-Flusses und das Tschadsee-Becken, sind zunehmend von der Klimakrise betroffen. Die Folgen tragen zur Verschlechterung der schon fragilen Sicherheits- und Wirtschaftslage bei. Diese Entwicklung führt durch die Schaffung neuer Dynamiken bei den Herdenbewegungen zu einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften. (Ba 2023: 16) Weidehirt:innen sind dabei besonders vulnerabel gegenüber den Dürren und Fluten. Sie sind gezwungen, die gewohnten Muster des Weidens der Tiere zu ändern, was sie oft in Gebiete bringt, die verstärkt in Ackerland umgewandelt werden (wie die Region Mopti). Diese Konkurrenz um Land treibt die Konflikte zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen an und wird durch Umweltzerstörung und abnehmende Ressourcen weiter

verstärkt. (Sarzana et al. 2024: 4) In Regionen, die das zentrale Nigerdelta bilden (Mopti, Ségou), sind demnach Flächen, die ursprünglich während der Regenzeit als Weideland genutzt wurden, zunehmend von anhaltenden Dürren betroffen. Konflikte zwischen Hirt:innen um die Kontrolle über Weideland und Wasserstellen sind in allen wichtigen Feuchtgebieten wie dem zentralen Nigerdelta besorgniserregender geworden. (Ba 2023: 16) Die Todesfälle durch diese Konflikte zwischen Landwirtschaft und Viehzucht haben sich im letzten Jahrzehnt sehr erhöht (Sarzana et al. 2024: 14).

Die Auswirkungen auf die Umwelt durch die Klimakrise, wie geringere Niederschläge, sind dabei aber nur einer von mehreren Faktoren in den Landwirtschaft-Viehzucht-Konflikten, darunter beispielsweise auch sozioökonomische und vor allem politische. Ein weiterer Faktor, welcher zur Eskalation der Konflikte zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen beigetragen hat, ist die Mechanisierung der Landwirtschaft durch die Einführung des Pflügens mit Rindern oder Eseln, Fahrrädern und Eselskarren, welche die Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion steigert und es somit Familien ermöglicht, ihre Ernten zu intensivieren und auszuweiten, um auf die Bodenverarmung und Dürre zu reagieren. Vor dieser Mechanisierung konnten Brachflächen einfach mehrere Jahre lang unbewirtschaftet bleiben und irgendwann zu Buschland werden, welches als Weideland genutzt werden konnte. Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Geräte hat demnach dazu geführt, dass diese Flächen weniger häufig brach bleiben, sondern eher kontinuierlich bewirtschaftet werden, was die Weideflächen reduziert. Dies hat den Wettbewerb um Land und damit auch die Konflikte zwischen Landwirt:innen und Hirt:innen verschärft. (Ba 2023: 16) Außerdem werden auch durch Infrastrukturprojekte und die Ausweitung von Reisfeldern Weidegebiete reduziert. Unsicherheit in Nordmali hat vertriebene Weidehirt:innen in die zentralen Regionen gebracht, wodurch die Spannungen steigen. Die Hirt:innen sind oft den Anschuldigungen ausgesetzt, dass sie die Ernten beschädigen, was oft in Gewalt endet, besonders dort, wo bei den Hirt:innen Verbindungen zu bewaffneten Gruppen vermutet werden. Außerdem verstärken die Aushöhlung traditioneller Autorität über Landmanagement und der Aufstieg von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen die Komplexität der Konflikte. Wie in Kapitel 5.1.1 beschrieben, nutzen solche Gruppen die Missstände aus und bieten Schutz und „Konfliktlösung“ an, was Gemeinschaften weiter destabilisiert. (Sarzana et al. 2024: 4)

Obwohl in der Forschung festgestellt wurde, dass die Hauptfaktoren, die Konflikte antreiben, sich um den Zugang zu, die Aufteilung und die Kontrolle von Ressourcen drehen, lässt sich

aber auch ein enger Zusammenhang zwischen diesen Konflikten und der Präsenz bewaffneter Gruppen oder Milizen in Regionen feststellen, in denen diese Konflikte sehr präsent sind. In einigen Fällen zwingt die Präsenz dieser bewaffneten Gruppen die Hirt:innen dazu, sich in Gebiete zurückzuziehen, die als weniger riskant gelten, in denen aber eigentlich Landwirtschaft vorherrscht, was zu weiteren Schäden an den Ernten und einer Verschlechterung der Beziehungen zu den Bauern/Bäuerinnen führen kann. In anderen Fällen nutzen bewaffnete Gruppen und Milizen die Spannungen zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen aus, um bestimmte Mitglieder dieser Gemeinschaften zu rekrutieren (vor allem Jugendliche und anführende Personen) und versprechen ihnen Schutz vor Angriffen der anderen Gruppe. Demnach hat das Aufkommen bewaffneter Gruppen in der Region Mopti die traditionellen Konflikte zwischen Ackerbauern/Bäuerinnen und Hirt:innen durch eine neue Dimension ergänzt. Während diese Konflikte traditionell in Fragen des Zugangs zu und der Aufteilung von Ressourcen begründet waren, ist nun auch eine ethnische oder religiöse Konnotation hinzugefügt. Diese Verschiebung destabilisiert den Frieden und wirkt sich negativ auf die Nahrungsmittelproduktionssysteme aus. (Ba 2023: 20) Frauen* und Mädchen* sind dabei besonders vulnerabel in diesen Konflikten, da sie erhöhte Gewalt und Ausbeutung erfahren (Sarzana et al. 2024: 4). Außerdem führt auch Viehdiebstahl, welcher durch die Nutzung von gestohlenem Vieh als Finanzierungsmittel von bewaffneten Gruppen sowie durch den Umlauf und Handel von Waffen entsteht, dazu, dass Hirt:innen sich bewaffnen, um ihr Vieh zu schützen und schürt damit das Risiko für gewaltvolle Konfrontationen. Weiterhin hat Viehdiebstahl einen schnellen Anstieg in der Anzahl von bewaffneten Gruppen in Gemeinden, welche angeblich dem Schutz vor Viehdiebstahl dienen sollen, zur Folge. (Ba 2023: 9)

Zusätzliche Konflikte, die über die übliche Konfliktdynamik zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen hinausgehen, sind beispielsweise, wie zuvor angedeutet, auch die Nichteinhaltung lokaler Konventionen und Bräuche zur Bewirtschaftung von Wasser- und Futterressourcen in ausgedehnten Weidegebieten während der Trockenzeit durch migrierte Hirt:innen, was die sozialen Beziehungen stört und Konflikte verschärft. Diese erwähnten oft schwer bewaffneten Hirt:innengruppen wenden häufig schnell Gewalt an, um Zugang zu Ressourcen wie Weide und Wasser zu erhalten. Diese zunehmende Unkenntnis der lokalen Regelungen und Gesetze bedeuten für Dorfvorsteher:innen und traditionelle Anführer:innen daher wachsende Schwierigkeiten bei der Regulierung der Beziehungen. In Mali kommt es regelmäßig zu Konflikten dieser Art mit den Torobe-Fulani-Gemeinschaften aus Niger. Aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Bezugspunkte und der Unkenntnis der Zugangs- und Nutzungs-

regeln verstoßen diese Gemeinschaften gegen die lokalen Normen für die Bewirtschaftung von Räumen und Ressourcen. Ein weiterer Aspekt ist die zunehmende Heterogenität der Interessen der verschiedenen Nutzer:innen natürlicher Ressourcen und eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs. Durch den damit verbundenen zunehmenden Druck auf die natürlichen Ressourcen haben diese Veränderungen sehr zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen beigetragen. (Ba 2023: 17) Soziale Ungleichheiten, welche durch den Übergang von Viehbesitzer:innen aus ländlichen Hirt:innengemeinschaften zu wohlhabenden Stadtbewohner:innen sowie durch politischen Einfluss entstehen, haben außerdem die Unterbrechung der traditionellen Systeme von gegenseitiger Abhängigkeit, wie etwa Ernterückstände zu teilen, und die Veränderung von Beziehungen zur Folge. Interessenkonflikte und Misstrauen erschweren Mediationsprozesse und die einvernehmliche und informelle Beilegung von Streitigkeiten. (Ba 2023: 9)

Trotz dieser anderen Faktoren kann die Klimakrise insgesamt als Schlüsselfaktor für die Dynamik von Konflikten zwischen der Landwirtschaft und Viehzucht in Mali, besonders in der Region Mopti, gesehen werden. Die Ereignisse nach den Dürren in den 1970er und 1980er Jahren, als die Nomadenvölker im Norden, welche ihr gesamtes Vieh verloren hatten, gegen die Autorität des Staates rebellierten, zeigen, wie solche Konflikte ihren Ursprung in Klimaveränderungen haben, da die damalige politisch-militärische Krise fast zu einem inter-ethnischen Bürgerkrieg zwischen sesshaften und nomadischen Gruppen eskaliert wäre. (Ba 2023: 17)

Es lässt sich auch eine enge Verbindung zwischen der Rebellion von 2012 und der Verwaltung natürlicher Ressourcen auf lokaler Ebene feststellen. Es gibt lokale Gremien und Mechanismen, die anstelle des Staates die Verwaltungs- und Organisationsformen lokaler Gemeinschaften festlegen. Dazu gehören Vereinbarungen oder Absprachen mit der Regierung, welche als lokale Mechanismen funktionieren, die in Zentralmali durch die Shura (das Entscheidungs- und Leitungsgremium der Katiba Macina, einer dschihadistischen bewaffneten Gruppe in Mali, siehe Kapitel 4) Gestalt angenommen haben. Dieser Prozess kann als Übernahme von Verantwortung für die Selbstverwaltung von Ressourcen und damit die Kompensation für die Abwesenheit des Staates gesehen werden. Dabei können diese Initiativen auch Risiken und Herausforderungen mit sich bringen und beispielsweise negative Auswirkungen auf die Beziehungen von Gemeinschaften haben. Im Fall von Macina haben diese Initiativen zur Entstehung und Fortdauer von Konflikten zwischen Gemeinschaften geführt, eingeschlossen

großer Angriffe und einer Polarisierung zwischen Ethnien und Gemeinschaften. Bei der Betrachtung der Faktoren, die dazu führten, dass Dschihadisten nach der militärisch-politischen Krise von 2012 Zentralmali besetzten, lässt sich schließen, dass die Besetzung dieser Region durch bewaffnete Gruppen aufgrund der Abwesenheit des Staates erleichtert wurde, da die Sicherheitskräfte zu dieser Zeit eher in der Hauptstadt und anderen großen Städten im Süden mobilisiert waren. Es ist daher relevant, die Konflikte zwischen Landwirtschaft und Viehzucht mit dem Versagen des Staates in Verbindung zu bringen, dessen Aufgabe es eigentlich ist, Landstreitigkeiten durch seine dezentralen Dienste und territoriale Verwaltung zu regeln. Demnach liegt die Ursache der meisten Konfliktfälle nicht in religiöser Indoktrination oder der Radikalisierung des Islam, sondern eher in der Verwaltung von Land und Weidewanderwegen. Dadurch wird die bereits im Kapitel 5.1.1 beschriebene Korruption lokaler, regionaler und nationaler Behörden deutlich. Demzufolge verschärfen die repressiven Kräfte des Staates durch korrupte Praktiken und Erpressung die Situation noch weiter, da diese Praktiken, wie zuvor angedeutet, die Weidehirt:innen dazu veranlassen, sich aus den von den Verteidigungs- und Sicherheitskräften kontrollierten Gebieten zurückzuziehen und in die Zonen unter dem Einfluss von Boko Haram (Terroristengruppe aus Nigeria, siehe Kapitel 4) oder Katiba Macina zu ziehen, wo sie *Zakat* zahlen, um ihre Ansiedlung zu erleichtern. Diese Situation macht Hirt:innengemeinschaften, und wie schon erwähnt vor allem Jugendliche, zu leichten Zielen für Rekrutierungsversuche durch Dschihadisten oder andere bewaffnete Gruppen. (Ba 2023: 19f) Das Ausnutzen von *Zakat*, einer der fünf Säulen des Islam, ist dabei eine Taktik der Terrorismusfinanzierung. Eigentlich handelt es sich dabei um eine religiöse Pflichtabgabe, welche alle Muslim:innen dazu verpflichtet, 2,5% ihres Jahreseinkommens für wohltätige Zwecke zu spenden. Die Terrorisierungsgruppen bedienen sich zum Teil krimineller Mittel, um Gelder für ihre Anliegen zu beschaffen, neben Missbrauch von Handel und organisierten kriminellen Aktivitäten, wie Entführungen oder Erpressungen sowie Raubüberfälle und Schmuggel, zählen dazu auch Spenden und Zwangsabgaben. (FATF Report 2013: 32)

Weiterhin haben Landenteignungen, welche durch den Verlust von Landrechten für Hirt:innen, die Bevorzugung von Landwirt:innen und die Marginalisierung von Hirt:innen bei dem Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Holz und Futter, sowie den Ausschluss von Hirt:innen in Entscheidungsprozessen und durch Prozesse, welche die Landnutzung regeln, verursacht werden, ineffektive Gesetze bezüglich Weideressourcen, den Vertrauensverlust der Jugend gegenüber Älteren bezüglich der Garantie ihrer Ressourceninteressen, sowie die Vulnerabilität der Jugend zur Folge (Ba 2023: 9). Es lässt sich insgesamt schlussfolgern, dass die Gefahr

besteht, dass diese traditionellen Konflikte zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen zu interkommunalen Auseinandersetzungen eskalieren und damit zu einer Verschärfung der Lage führen könnten, da seit der politisch-militärischen Krise eine schwache staatliche Präsenz und eine Diskreditierung der Sicherheitskräfte besteht. Ein weiterer entscheidender Aspekt dieser Konflikte ist der erwähnte Zusammenbruch der Komplementarität, die einst die Grundlage für ein (meist) friedliches Miteinander von landwirtschaftlichen und Viehzucht Aktivitäten bildete. Weiterhin kann der Wandel der Landwirtschaft- und Weidepraktiken unter dem Einfluss wirtschaftlicher, ökologischer und politisch-institutioneller Faktoren in Bezug auf die Konflikte zwischen Landwirtschaft und Viehzucht als zentral festgehalten werden. Ein weiterer Schluss betrifft die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Abgrenzung von Weide- und Ackerflächen sowie die Unfähigkeit traditioneller und rechtlicher Autoritäten, Streitigkeiten nachhaltig beizulegen. Diese Probleme scheinen eine entscheidende Rolle bei der Zunahme von Konflikten in der Region Mopti zu spielen. Daher können durch die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unfähigkeit traditioneller und rechtlicher Behörden in der Konfliktlösung sowie durch die zunehmend schwierige Koexistenz zwischen den Gemeinschaften und die wiederkehrenden Landkonflikte die aktuellen Konfliktlösungsmechanismen hinterfragt werden. (Ba 2023: 35)

Insgesamt werden die Konflikte zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen also von verschiedenen Faktoren, wie unter anderem der Klimakrise, aber auch der sich wandelnden und oft versagenden Regierungen und den anhaltenden Transformationen in landwirtschaftlichen Produktionssystemen innerhalb des Deltas, angetrieben. Diese Konflikte destabilisieren soziale Beziehungen zwischen Gemeinschaften und führen zu zunehmend komplexen Dynamiken. Außerdem sind Konflikte zwischen Ackerbau und Viehzucht sehr von dem fragilen politischen und Sicherheitskontext beeinflusst und daher mit der Entstehung von dschihadistischen oder bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen verbunden. (Ba 2023: 2) Zusammenfassend sind Konflikte zwischen Landwirt:innen und Viehzüchter:innen das Ergebnis einer komplexen Kombination von Faktoren: „The logic of hydro-agricultural development with the exclusion of historical complementarity, the partial conversion of farmers into herders without mastery of practices, and the scarcity of resources resulting from climate change are undoubtedly the main elements altering the dynamics“ (Ba 2023: 35). Die Konflikte können insgesamt als eine inhärente Folge von Klimaschwankungen und sozialen und institutionellen Veränderungen gesehen werden (Ba 2023: 16). Es lässt sich also abschließend festhalten, dass Umgangsmechanismen mit Landverteilung und natürlichen Ressourcen auf der lokalen Ebene sowie das

Versagen des Staates in dieser Angelegenheit und das Ausnutzen der Situation durch bewaffnete Gruppen die zusammenwirkenden Gründe für die Konflikte zwischen Landwirt:innen und Viehzüchter:innen sind, wobei die Klimakrise zwar nicht der alleinige Grund für die Konflikte ist, aber trotzdem einen Schlüsselfaktor im Zusammenspiel der unterschiedlichen Faktoren darstellt.

Es ist zu anmerken, dass es viel Literatur zu den Konflikten zwischen Hirt:innen und Bauern/Bäuerinnen in Mali gibt, wobei viele für den Kontext der Sahelregion typische Aspekte betont werden, wie beispielsweise die Konkurrenz um den Zugang und den Gebrauch von Ressourcen, den Einfluss der Klimakrise auf Zugangs- und Verwaltungsmuster der Ressourcen, das Risiko für interethnische Konflikte sowie die Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Gemeinschaften. Was allerdings noch nicht viel erforscht wurde, sind die Aspekte, welche mit dem Geschlecht zusammenhängen. Besonders die Beteiligung von Frauen* und der Jugend in den Konflikten sowie in Lösungen erfährt wenig Aufmerksamkeit. Während überwiegend die erhöhte Vulnerabilität dieser Gruppen durch die Konflikte zwischen Hirt:innen und Bauern/Bäuerinnen in Mali hervorgehoben wird, liegt der Fokus selten auf der Rolle der Jugend und von Frauen* in der Konfliktlösung. (Ba 2023: 9) In Kapitel 5.2 wird auf diese Rolle weiter eingegangen. Im nächsten Unterkapitel geht es zunächst um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten in Mali.

5.1.2 Geschlechterspezifische Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten in Mali

Die Klimakrise schafft, wie zuvor dargestellt, viele Herausforderungen in Mali. Diese wirken sich überproportional stark auf Menschen in marginalisierten Gemeinschaften aus (Wood et al. 2021: 15). Marginalisierte Gruppen sind aufgrund des Mangels an sozialer und politischer Beteiligung an Entscheidungsprozessen und des Mangels an Zugang zu Macht am stärksten von der Klimakrise und Klimaschwankungen betroffen (Djoudi/Brockhaus 2016: 151). Junge Frauen* in den Gemeinschaften in Mali sind dabei aufgrund ihres Ausschlusses von Entscheidungen besonders vulnerabel (Wood et al. 2021: 15). Mit der Betroffenheit von der Klimakrise vergrößern sich auch tendenziell bestehende Ungleichheiten (Djoudi/Brockhaus 2011: 123). Es gibt also in Mali eine geschlechtsspezifische Vulnerabilität von Haushalten gegenüber der Klimakrise. Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand sind dabei vulnerabler als Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand. (Diiro et al. 2016: 1, Segnon et al. 2024: 1, (Magassa et al. 2020: 30) Diese geschlechtsspezifischen Vulnerabilitätsmuster hängen mit

unterschiedlichen sozio-demografischen Faktoren, Existenzstrategien, sozialen Netzwerken, der Wasser- und Nahrungsmittelversorgung sowie landwirtschaftlichen Produktionssystemen zusammen (Segnon et al. 2024: 1). Die Vulnerabilität bezieht sich auf die Anfälligkeit für Leid im Zusammenhang mit ökologischen und sozialen Veränderungen und ist das Ergebnis dieser zuvor beschriebenen starken Wechselwirkung zwischen ökologischen und menschlichen Faktoren. Die Ursachen für Vulnerabilität können also wirtschaftlich, politisch und strukturell sein. (Djoudi/Brockhaus 2016: 151)

Faktoren für geschlechtsspezifische Vulnerabilität in Mali sind die Zuweisung soziokultureller Normen und Rollen an Frauen* und der begrenzte Zugang von Frauen* zu sowie die begrenzte Kontrolle über produktive Ressourcen und Anpassungstechnologien, was Frauen* klimatischen und nichtklimatische Risiken mehr aussetzt (Segnon et al. 2024: 1) und auch mit den Faktoren geschlechtsspezifischer Vulnerabilität aus Kapitel 3 übereinstimmt. Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand wenden demnach weniger Anpassungsstrategien und -technologien an als Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand, vor allem aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln, Arbeitskräftemangel und mangelndem Zugang zu Land. Dies sind die stärksten Hindernisse für die Klimaanpassung in Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand. (Diirro et al. 2016: 1) Weiterhin kümmern sich Frauen* im ländlichen Mali jeden Tag um ihre Haushalte. Tägliche Aufgaben werden, wie in Kapitel 3 beschrieben, auch durch die Klimakrise erschwert, da die klimaabhängigen Ernteerträge zurückgehen. Dabei gehen, wie schon erwähnt, die Wahrnehmungen der Klimabedingungen sowie die Entscheidungskompetenzen zwischen älteren und jüngeren Frauen* auseinander. Es gibt demnach geschlechtsinterne Machtungleichgewichte, welche die Auswirkungen der Klimakrise in landwirtschaftlichen Haushalten verschärfen. Somit erhalten Machtunterschiede in Mali Ernährungsunsicherheit aufrecht. Trotzdem erfahren Frauen* aus allen Altersgruppen Ernährungsunsicherheit, welche Klimabedingungen verschuldet sind. (Wood et al. 2021: 1f)

Der Zusammenhang zwischen der Vulnerabilität von Frauen* und ihrem eingeschränkten Zugang zu Ressourcen ist eine konkrete Perspektive zum Verständnis geschlechtsspezifischer Auswirkungen der Klimakrise. Frauen* sind aufgrund ihrer zugeschriebenen Rollen in der Versorgung der Haushalte und durch den Mangel an Diversifizierungsstrategien auf natürliche Ressourcen angewiesen und daher besonders betroffen, wenn ihre Verfügbarkeit und Erreichbarkeit durch die Klimakrise verändert wird, und sie gleichzeitig beim Zugang zu Ressourcen benachteiligt sind. (Djoudi/Brockhaus 2016: 151f) Somit sind Frauen* im Norden

Malis in einem sich aufgrund der Klimakrise wandelnden Ökosystem besonders vulnerabel. Die Arbeitsbelastung der Frauen* hat sich insgesamt durch Klimaereignisse, wie die Dürren, und durch die Reaktionen auf diese, wie die Abwanderung von Männern, erhöht. Auch wenn einige durch die Klimakrise verursachte Auswirkungen auf Frauen* immer noch nicht erforscht sind, erfahren sie in jedem Fall durch die unsicheren Landbesitzverhältnisse und soziale Beschränkungen Benachteiligungen. (Djoudi/Brockhaus 2016: 163f) Frauen* sind dabei nicht nur von der Klimakrise, sondern auch von gewaltsamen Konflikten in Mali besonders betroffen. Wenn Männer sich beispielsweise bewaffneten Gruppen anschließen oder Opfer von Gewalt werden, müssen Frauen* zunehmend allein für den Unterhalt der Familie sorgen und die alleinige Verantwortung übernehmen, wobei sie gleichzeitig eben oft keinen Zugang zu Land bekommen. Diese Situation für Frauen* wurde in Kapitel 3 ausgeführt und trifft auch in Mali zu. Wie schon erwähnt, verstecken sich auch Regierungsangestellte oft hinter dem Brauch, dass Frauen* kein Recht auf Land hätten, also ihnen Land verweigert oder Landrechte vorenthalten werden. Einige nichtstaatliche bewaffnete Gruppen verhindern auch aktiv die Beteiligung von Frauen* in bestimmten Bereichen. (Grene 2020: 9, 17, 30) Weiterhin sind Frauen* und Mädchen* in Mali besonders vulnerabel gegenüber sexueller und geschlechterbasierter Gewalt von Zivilist:innen oder bewaffneten Männern, wie in Kapitel 3 schon erläutert beispielsweise wegen längerer Wege für Wasser oder Feuerholz aufgrund von Konflikten, Klimaänderungen und dem Druck auf natürliche Ressourcen, sowie Ziele für Übergriffe in überfüllten Camps für intern vertriebene Menschen (Grene 2020: 12, 17). Es ist ein extremer Anstieg in geschlechtsbezogener Gewalt in Mali seit der politischen und Sicherheitskrise von 2012 festzustellen (de Jorio 2019: 33). Die höheren Risiken für Frauen* hängen auch mit ihrer steigenden Arbeitsbelastung ohne Einkommenssteigerung zusammen (Djoudi/Brockhaus 2016: 163f).

Zusammenfassend bedroht das Zusammentreffen von Klimaveränderungen und Konflikten mit seit langem etablierten ungleichen Entscheidungsstrukturen in Mali die Ernährungssicherheit der Haushalte, da, wie beschrieben, viele der täglichen Aufgaben, welche Frauen* ausführen, der Ernährung des Haushalts dienen, aber Frauen* oft von Entscheidungsprozessen über die von der Klimakrise beeinträchtigte Nahrungsmittelproduktion ausgeschlossen werden (Wood et al. 2021: 2). Dies zeigt die Rolle der gesellschaftlichen Stellung und Teilhabe für die Verteilung der Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten, welche schon in Kapitel 3 erläutert wurde, deutlich.

5.2 Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali

Für Millionen von Menschen, welche in vulnerablen Ländern leben, sind die Auswirkungen der globalen Erwärmung eine tägliche Herausforderung. In einigen Ländern werden diese Auswirkungen auch zu Konfliktursachen, welche zu Gewalt und Kriegen eskalieren können. Um Konflikte zu beenden und den Frieden zu sichern, müssen, wie in Kapitel 3 schon dargestellt, die Ursachen und Verstärkerfaktoren dieser Konflikte untersucht werden. (Greene 2020: 5) Das komplexe Zusammenspiel von Klimakrise, Fragilität und Konfliktodynamik in Mali, wie in 5.1.1 erläutert, macht die Notwendigkeit deutlich, umfassende Strategien zur Bewältigung klimabedingter Sicherheitsherausforderungen unter Berücksichtigung bestehender Regierungsprobleme und Schwächen zu entwickeln (Akinyetun et al. 2024: 3). Wie zuvor beschrieben, erfährt Mali als Land in der westlichen Sahelregion bereits verheerende Auswirkungen der Klimakrise (Greene 2020: 13). Dem Forschungsteam um Wood (2021: 3) zufolge, sind malische Landwirt:innen aus allen Altersgruppen und aller Geschlechter sehr besorgt über die immer weniger vorhersehbaren Niederschläge und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit. Demnach erleben Landwirt:innen einen Rückgang der Ökosystemleistungen, welchen sie auf die häufigeren Dürren, höhere Windgeschwindigkeiten und gestiegene Temperaturen zurückführen, und sorgen sich hinsichtlich der Auswirkungen der Klimakrise auf ihre Lebensgrundlagen (Wood et al. 2021: 3).

Konflikte und Klimakatastrophen verschärfen und verstärken sich gegenseitig in Mali. Deshalb sind Friedensschaffung und die Bekämpfung der Klimakrise dort zusammenhängend und besonders wichtig. (Greene 2020: 27) Es gibt zwar verschiedene lokale Anpassungsstrategien in Mali, um auf die aktuellen Klimaschwankungen zu reagieren, doch diese könnten für Klimaveränderungen in der Zukunft nicht ausreichen (Djoudi/Brockhaus 2016: 150). Als Reaktion auf die klimatischen Veränderungen in Mali haben Landwirt:innen demnach zum Beispiel versucht, ihre Praktiken anzupassen, indem sie die Aussaat verzögern oder den Einsatz von synthetischem Dünger erhöhen. Diese Strategien sind jedoch risikoreich und für die Zukunft werden bessere und widerstandsfähigere Anpassungsmaßnahmen benötigt. (Wood et al. 2021: 4) Die malischen Bauern/Bäuerinnen passen sich schon lange an instabile Klimaverhältnisse in Mali an, aber die Menschen werden zukünftig immer vehementer den Auswirkungen der Klimakrise ausgesetzt sein. Obwohl diese Klimasensitivität, besonders im Agrarsektor, bekannt ist, wird mit steigenden Temperaturen beispielweise in der Region Sikasso, die als landwirtschaftliches Zentrum Malis gilt, in den kommenden Jahrzehnten ein

starker Rückgang des Pflanzenanbaus stattfinden. Daher ist es notwendig, jetzt angepasste Praktiken zur Minderung der Ernährungsunsicherheit zu entwickeln und umzusetzen. (Wood et al. 2021: 2f)

Der Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance hat gezeigt, dass es in vielen Gemeinschaften in Mali erst wenige solcher Maßnahmen gibt. Die vorhandenen Maßnahmen fokussieren sich dabei eher auf die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung und weniger auf konkrete Maßnahmen wie Frühwarnsysteme oder Systeme zur Verwaltung von Wasser-, Weide- oder anderen Ressourcenrechten. Und selbst wenn es Systeme zum Schutz der natürlichen Ressourcen gibt, sind diese demnach oft nicht voll funktionsfähig oder verfügen nicht über ausreichende Ressourcen, um wirksam zu sein. Zudem sind sie häufig nicht mit inklusiven Entscheidungsmechanismen verbunden. Insgesamt ist es daher notwendig, Maßnahmen zur Friedensschaffung und Anpassung an die Klimakrise besser aufeinander abzustimmen und zu integrieren. (Greene 2020: 7) Diese gegenseitige Integration der Maßnahmen findet nämlich noch nicht systematisch statt (Greene 2020: 13). „This failure to provide functioning systems for adaption or protection of natural resources, even while conflict resolution systems are present is alarming in that it seems to tackle the problem without addressing the underlying cause“ (Greene 2020: 13). Die Systeme zum Schutz natürlicher Ressourcen und zur Klimaanpassung sind aber sehr relevant, da es ohne solche Systeme noch wahrscheinlicher ist, dass es zu klimabedingter Gewalt kommt (Greene 2020: 19).

Die Durchführung von Klimaanpassungsmaßnahmen in gewalttätigen Kontexten ist insgesamt sehr schwierig und herausfordernd (Greene 2020: 11). Daher muss, wie zuvor erwähnt, überlegt werden, wie Friedensschaffung und Klimamaßnahmen in Mali besser verbunden werden können. Da die Klimakrise und Konflikte zusammenhängen, kann auch untersucht werden, ob Bemühungen zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise gleichzeitig zur Friedensschaffung beitragen können. Nach dem Ansatz des *Climate-Gender-Conflict Nexus*, wie in Kapitel 3 erläutert, sollten Anstrengungen in einem Bereich auch Verbesserungen im anderen Bereich bedeuten. Daher ist es sinnvoll, die Bemühungen für Frieden und für die Bekämpfung der Klimakrise zusammenzudenken. Im nächsten Unterkapitel wird darauf eingegangen, welche Strategien und Initiativen bereits in Mali existieren.

5.2.1 Aktuelle Konfliktlösungs- und Klimaanpassungssysteme und Strategien in Mali

Mali ist an mehreren internationalen, regionalen und nationalen Rahmenwerken beteiligt, welche sich mit *Klimasicherheitsrisiken* befassen. Dazu zählen internationale Verpflichtungen wie die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), das Pariser Abkommen und die Great Green Wall Initiative. Auf nationaler Ebene kann Mali Strategien wie die Nationale Klimaschutzstrategie, die nationale Umweltschutzpolitik (PNPE) und den dazugehörigen Aktionsplan sowie den Mali-Klimafonds vorweisen, mit dem Ziel die Auswirkungen der Klimakrise abzuschwächen. Diese Richtlinien betreffen relevante Sektoren wie Wasser, Landwirtschaft und Umweltschutz. Die Integration dieser Rahmenwerke in die traditionellen Systeme der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, auf welche in Kapitel 5.2.1.1 weiter eingegangen wird, stellt eine Herausforderung dar. (Sarzana et al. 2024: 5) In Mali gibt es lokale Anpassungsausschüsse innerhalb des bestehenden Systems auf Gemeindeebene, welche sich aus Vertreter:innen der lokalen Regierung und aus Vertreter:innen der Gemeinden zusammensetzen, die von den Dörfern im Rahmen eines öffentlichen Überprüfungssystems ausgewählt werden (Greene 2020: 30).

Aus dem Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance geht hervor, dass viele Befragte schon Konflikte über natürliche Ressourcen in ihren Regionen erlebt haben. Besonders häufig zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen, aber auch zwischen verschiedenen Bauern/Bäuerinnengruppen, seltener dagegen mit Fischer:innen. (Greene 2020: 18) Außerdem hat die Forschung gezeigt, dass es in vielen Gemeinschaften in den beiden Regionen Ségou und Mopti eine Art Konfliktlösungssystem gibt und Konflikt-schlichtungssysteme über natürliche Ressourcen existieren (Greene 2020: 13, 18). Es gibt lokale Konfliktverwaltungs Komitees und verschiedene Systeme der Konfliktlösung, wie traditionelle Konfliktlösungsmechanismen, staatliche Systeme, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit und lokaler Gerichte, und alternative Streitlösungsmechanismen, welche vor allem von NGOs eingeführt wurden (Greene 2020: 18). Die Forschung zeigt, dass viele Befragte die Auswirkungen der Klimakrise als immer schlimmer wahrnehmen und die Gewalt in der Mopti Region zunimmt (Greene 2020: 13). Es lässt sich folgender Schluss ziehen: „While it is encouraging that systems are in place to resolve conflicts over natural resources, the absence of systems to protect natural resources, or to adapt to climate change, reveals a gap in addressing the underlying issues, and underscores the need to better integrate climate adaptation, natural resource management and peacebuilding measures“ (Greene 2020: 18). Ein Beispiel für das

Fehlen des Schutzes natürlicher Ressourcen ist die (illegale) Abholzung von Wäldern im Zentrum Malis, da es kaum Maßnahmen zur Wiederaufforstung gibt. Aufgrund fehlender staatlicher Kontrolle, oft durch die Instabilität im Zentrum, können natürliche Ressourcen häufig durch verschiedene Nutzer:innen missbraucht werden. (Greene 2020: 18)

In der Region Mopti kann zwischen zwei bestehenden Hauptansätzen für den Umgang mit Konflikten zwischen Weidewirtschaft und Landwirtschaft unterschieden werden. Der eine Ansatz, welcher sich auf traditionelle Gewohnheitsrechte stützt, wird häufig in Mediationsprozessen angewendet. Der andere Ansatz wird als „modernes Management“ bezeichnet und von ländlichen Gemeinden durch lokale Gremien umgesetzt. Ländliche Gemeinden profitieren von der Unterstützung der territorialen Verwaltung und dezentralisierten Dienststellen des Staates, doch es gibt einen Widerspruch im modernen Konfliktmanagement. Obwohl ihre Einmischung durch die Dezentralisierung legitimiert ist, wird die Beteiligung von Dorfvorsteher:innen an der Konfliktlösung manchmal als Teil des traditionellen Managements gesehen. Diese Art der Konfliktbewältigung wird daher als komplex und manchmal zu Spannungen beitragend betrachtet. (Ba 2023: 23) Das Nebeneinanderbestehen von formeller und traditioneller Autorität führt insgesamt zu Spannungen und schränkt die Legitimität und Wirksamkeit beider Systeme bei der Beilegung von Streitigkeiten ein (Sarzana et al. 2024: 5).

Weiterhin beteiligt sich Mali auch an Kooperationsprojekten zu den Themen Klimaanpassung, Wassermanagement, Weidewirtschaft, Migration und Konfliktlösung. Diese bilden die Grundlage für eine nationale Klimasicherheitsstrategie. Zu den Klimaanpassungsmaßnahmen gehören die „Development of Climate Change Adaptation Solutions“ von der Belgian Agency for International Cooperation (ENABEL) und der “Support to the Great Green Wall (GGW) for Natural Resource Management” mit Förderung durch das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW – deutsche Förderbank) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Wasserbezogene Projekte wie das “Regional Support Project for the Sahel Irrigation Initiative (PARIIS)” und die “Water, Peace & Security (WPS) Partnership” befassen sich mit Bewässerungs- und Sicherheits Herausforderungen. Die Resilienz der Viehzüchter:innen wird durch das “Regional Support Project for Pastoralism in the Sahel (PRAPS-2)” gestärkt. Die Food and Agriculture Organization (FAO) und die International Organization for Migration (IOM) adressieren mit dem Projekt “Conflict Management and Strengthening Agro-Pastoral Resilience on the Mauritanian-Malian Border” die Konflikte

zwischen Bauern/Bäuerinnen und Viehzüchter:innen. Migrationsfragen werden im Rahmen des Projekts „Environment-Migration Nexus in Mali“ behandelt, welches von der IOM geführt und von Belgien finanziell unterstützt wird. Konfliktlösung und Bemühungen um soziale Stabilität, wie etwa „Justice and Stability in the Sahel (JASS)“ und das „National Peace and Reconciliation Agreement“, zielen darauf ab, Spannungen in Mali abzubauen. Diese Partnerschaften können neben weiteren eine entscheidende Grundlage für die Integration von *Klimasicherheit* in die politischen Strategien Malis darstellen. (Sarzana et al. 2024: 5)

Außerdem hat Mali zusammen mit anderen Ländern der Sahelregion auf dem ersten Sahel-Forum für Klima, Frieden und Sicherheit, das Ende 2023 in Bamako stattfand, als Reaktion auf die zuvor beschriebenen *Klimasicherheitsimplikationen* eine Erklärung verabschiedet. Diese „Bamako Declaration“ zeigt den Einsatz der Länder der Sahelregion für die Stärkung der *Klimasicherheit* in der Region und kann Maßnahmen bezüglich Entwicklung und Finanzierung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene fördern. Das Bamako Forum hat die Qualität der bisherigen Maßnahmen in der Sahelregion kritisch bewertet und hat die Entwicklung und Umsetzung innovativer Lösungen gefördert, welche gleichzeitig Konfliktprävention und -management, die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die Anpassung an die Klimakrise sowie Friedensförderung umfassen. Diesen Zielen entsprechend hat Mali seitdem mit der Entwicklung einer nationalen Klimasicherheitsstrategie begonnen, welche die Verwirklichung dieser Erklärung anstrebt. Im Rahmen der „Fragility, Conflict and Migration Initiative“ der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) veranstaltete das Team für Klimasicherheit der Alliance Bioversity International & International Center for Tropical Agriculture (CIAT) in Zusammenarbeit mit dem United Nations Development Programme (UNDP), der Malian Agency for the Environmental and Sustainable Development (AEDD) und der Liptako-Gourma Authority (ALG) im Juni 2024 den ersten nationalen Workshop zum Thema Klima, Frieden und Sicherheit. Dieser Workshop fand im Rahmen der „Bamako Declaration“ statt und befasste sich mit den komplexen Fragen rund um Klima, Frieden und Sicherheit in Mali. Es wurden Erkenntnisse zusammengeführt, um den malischen Fachausschuss bei der Entwicklung der nationalen Klimasicherheitsstrategie zu unterstützen. (Sarzana et al. 2024: 10)

Unter anderem wurde in den Empfehlungen für Strategien festgehalten, dass diese auf mehreren Ebenen und sektorübergreifend stattfinden und sowohl Klimaüberlegungen beinhalten als auch konflikt sensibel sein sollten. Weiterhin wurde auch die Beachtung der Gender-Perspektive in

Strategien empfohlen. Auch bei den Empfehlungen für bestimmte Programme wurden geschlechtssensible Maßnahmen und die Förderung der Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen sowie die Umsetzung von konfliktsensiblen Friedensprogrammen empfohlen. Und bei den Empfehlungen für die Forschung wurden ebenfalls die Förderung kooperativer Forschungsinitiativen vorgeschlagen sowie die Verbesserung der langfristigen Klimasicherheitsforschung und die Etablierung von Klima- und Konfliktforschung allgemein. Außerdem wurde hier die Integration von lokalem Wissen, der Gender-Dimension und sozialer Inklusionsüberlegungen in die Forschung empfohlen. (Sarzana et al 2024: 6) Insgesamt wurden also bei allen Empfehlungen die Dimensionen Klima, Konflikte und Gender berücksichtigt und Klimarisiken direkt mit geschlechtsspezifischen Dynamiken verbunden. Weiterhin wurde festgehalten, dass eine Gender-Perspektive in allen Strategien eingearbeitet werden sollte, um Frauen* und andere vulnerable Gruppen in Politiken und Entscheidungsprozesse einzubinden und damit ihre spezifischen Bedürfnisse Berücksichtigung finden. Die Gender-Perspektive in Klimarisiken-Managementstrategien zu berücksichtigen und für geschlechtsspezifische Gewalt und Hindernisse zu sensibilisieren wurde als zentral dargestellt, um geschlechtsbezogene Vulnerabilitäten bezüglich der Klimakrise und Konfliktdynamiken zu identifizieren. Demnach fehlen in vielen aktuellen Programmen und Strategien lokale und Gender berücksichtigende Klimasicherheitsanalysen. (Sarzana et al 2024: 32f)

5.2.1.1 Entwicklung der Konfliktlösung und Ressourcenbewirtschaftung in Mali

Im frühen 19. Jahrhundert wurde die Dina, eine Art Verfassung, in der gesamten Deltaregion eingeführt und legte die Machtbefugnisse der Dioros fest. Die Dioros sind Verwalter von Land und Ressourcen, welche schon vor der Islamisierung über bestimmte Gebiete geherrscht haben. (Ba 2023: 23) Das komplexe Verwaltungssystem für natürliche Ressourcen ist das Erbe des Macina-Reiches (1820–1864), welches von Sékou Amadou geschaffen wurde. Während seiner Herrschaft entwickelte Amadou demnach ein Ressourcenverwaltungssystem, um die vielen innerethnischen Konflikte zwischen den Fulani-Bevölkerungsgruppen zu beenden und den Zugang und die Nutzung der Ressourcen im Nigerdelta zu regulieren. Dieses Regierungssystem hatte den gleichen Namen wie der Staat: Dina. Es baute auf bereits bestehenden Normen für die Zuteilung und Verwaltung natürlicher Ressourcen auf. Auf der Grundlage islamischer Prinzipien führte die Dina dazu, dass nomadische Bevölkerungsgruppen sesshaft wurden, regulierte die saisonalen Wanderungen der Herden und teilte die Ressourcen zwischen pastoralen (nomadischen) und agrarischen (sesshaften) Gruppen auf. Dabei war die

zentralisierte Verwaltung des Zugangs zu und der Nutzung von Ressourcen, welche eine Machtverschiebung von nomadischen zu sesshaften Gruppen bedeutete, eine der größten Veränderungen durch die Dina. Diese Zentralisierung ersetzte dabei die bisherige relative Autonomie verschiedener Produktionssysteme durch eine Abhängigkeit vom Staat Dina hinsichtlich des Zugangs zu Ressourcen und Konfliktschlichtung. Dabei wurden einige frühere Autoritätspersonen gewaltsam ihrer Rollen enthoben und die neuen Verwalter, die Dioro (Jowro), eingesetzt. Diese erhielten die Befugnis, Entscheidungen über die Verwaltung der Ressourcen von Gemeinschaften zu treffen. Sie wurden als Herrscher über das Land angesehen. Unter der Dina basierte die Zuteilung von Ressourcen auf Verwandtschaft und langjähriger Sesshaftigkeit und der Zugang wurde entsprechend dem sozialen Status nach einer strengen Hierarchie erteilt. Diese Machtdynamik mit Blick auf den Zugang zu natürlichen Ressourcen führte zur Stärkung bestimmter Gruppen und zur politischen Marginalisierung anderer Gruppen. Dies ist ein Phänomen, welches der heutigen Dynamik ähnelt. Zu den Diskriminierten gehörten unter anderem die Fulani-Hirt:innen, welche das neue Verwaltungssystem nicht direkt akzeptierten. (Ursu 2018: 11f) Es gab auch Anfechtungen und eine Destabilisierung des Dina-Systems in den 1860er Jahren, wobei die Versuche der Durchsetzung von Selbstverwaltung durch die französische Kolonialherrschaft mit der Einführung eines zentralen Verwaltungssystems beendet wurden, welches auch nach der Unabhängigkeit bestehen blieb (Benoît 1978: 23, Ali 2018: 116). Wie in Unterkapitel 5.2.4 noch erwähnt wird, hat der französische Kolonialismus dabei die traditionellen Umgangsweisen mit Land und Ressourcen zerstört.

Die Dioros sind immer noch relevant bei der Gewährung des Zugangs zu Weideland im Delta (Ursu 2018: 12). Sie verwalten demnach in der Region Mopti auch heute noch die Nutzung der Weiden und regeln die damit verbundenen Konflikte. Die Dina kann in diesem Zusammenhang als das erste Gesetz gesehen werden, welches die Bewirtschaftung der Weiden in den Delta-gebieten durch die lokale Bevölkerung im Fokus hat. Sie regelt den Zugang zu Waldressourcen, Wildpflanzen und Weiden. Außerdem bestimmt sie den (eingeschränkten) Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und Fischereizonen. (Ba 2023: 23) Das Erbe des Dina-Reiches ist damit in der Region Mopti noch immer präsent. Die Umsetzung der Dina-Normen könnte heutzutage sogar als sehr verbindender Faktor zwischen den Produktionssystemen und ethnischen Gruppen gesehen werden, da die traditionellen Führer bei der Lösung von Streitigkeiten immer noch eine wichtige Rolle spielen und diese auf der Grundlage der Dina-Prinzipien lösen. Ihre Relevanz zeigt sich besonders aufgrund des fast vollständigen Fehlens eines formellen Rechtssystems und des Misstrauens der Bevölkerung gegenüber der Justiz.

Demnach werden traditionelle Führer allgemein eher als Teil der Gesellschaft wahrgenommen und nicht als externe Akteure, die versuchen, der Gemeinschaft und ihren Ressourcen eine andere Ordnung aufzuzwingen. Sie waren in den folgenden Verwaltungssystemen in Mopti nach der Dina konstante Autoritätsfiguren, welche direkt aus der Gemeinschaft stammten. Somit haben sie ihre Legitimität durch ihre räumliche und kulturelle Nähe zu Streitparteien erhalten und wurden als „Säulen der Gesellschaft“ wahrgenommen, welche das soziale Gefüge in Zentralmali aufrechterhalten können. Gleichzeitig beginnt die Legitimität und Fähigkeit zur Schlichtung von Ressourcenkonflikten dieser traditionellen Autoritäten zu schwinden. (Ursu 2018: 16)

Diese Mechanismen der traditionellen Bewirtschaftung von Ressourcen schienen gut an den agropastoralen Kontext des zentralen Niger-Deltas in Mali angepasst zu sein. Demnach war das Konfliktmanagement eine der Herausforderungen, welche Mali dazu gebracht hat, den Dezentralisierungsprozess einzuleiten, um den Gemeinden und lokalen Akteur:innen mehr Autonomie bei der Verwaltung der kommunalen natürlichen Ressourcen zu gewähren. Die Dezentralisierung ist dabei nicht unbedingt die alleinige Lösung, aber für die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen kann sie vorteilhaft sein. In der Forschung wird davon ausgegangen, dass in den meisten Ländern des Permanent Interstate Committee for drought control in the Sahel (CILSS) die Dezentralisierung von Macht und Autorität bei Entscheidungsfindungen und Ressourcenbewirtschaftung eine effizientere und gerechtere Nutzung dieser Ressourcen bedeutet. In den frühen 1990er Jahren wurde die Dezentralisierung als ideal für eine bessere Bewirtschaftung der von Wüstenbildung und Überweidung bedrohten Ressourcen gesehen. Demnach sei niemand besser geeignet, ein Gebiet zu verwalten und die notwendigen Kompromisse zwischen Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft und Raumplanung umzusetzen, als die Bewohner:innen dieses Gebiets, welche für die Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung dort sensibilisiert sind. Die Gesetzgebung im Bereich der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ist in Mali durch eine Vielzahl von Gesetzen und Regeln, wie die Pastoral Charter und die Agricultural Orientation Law, gekennzeichnet. Dies deutet auf einen Rechtspluralismus mit vielen noch nicht vollständig durchgesetzten Gesetzen hin. Außerdem spielt das Gewohnheitsrecht auf lokaler Ebene immer noch eine bedeutende Rolle und es werden lokale Vereinbarungen von Gemeinden getroffen, um das Zusammenleben zu erleichtern. Eine Besonderheit dieser Vereinbarungen, welche sich auf den Zugang zu Ressourcen auswirken kann, besteht darin, dass sich die in den Vereinbarungen festgelegten Regeln von Jahr zu Jahr ändern können. (Ba 2023: 24) Daher lässt sich folgendes zur

Bewirtschaftung von Ressourcen in Mali festhalten: „the management of natural resources is not static and is subject to modifications that often depend on the will of actors with more decision-making power at the local level“ (Ba 2023: 24).

5.2.1.2 Akteur:innen in der Klimaanpassung und Konfliktlösung in Mali

Verschiedene Interessengruppen sind in Entwicklungs-, Migrations-, Umwelt- und Konfliktsektoren an der Bewältigung der *Klimasicherheitsrisiken* in Mali beteiligt. Zu den wichtigsten Akteur:innen zählen malische Ministerien und internationale Organisationen wie etwa die Afrikanische Entwicklungsbank, die FAO, das UNDP und die Economic Community of West African States (ECOWAS)-Klimakommission. Im Bereich Migration sind die IOM, die UN Refugee Agency (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) und der Norwegian Refugee Council (NRC) wichtige Akteur:innen. Zu den Akteur:innen im Umweltbereich zählen das CILSS, das Mali Météo und Forschungsinstitute wie das West African Science Service Center on Climate Change and Adapted Land Use (WASCAL), die Alliance Bioversity International & CIAT und das International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics (ICRISAT). An den Bemühungen zur Konfliktbewältigung sind nationale Stellen wie das Ministerium für Versöhnung, Frieden und nationalen Zusammenhalt und lokale Einrichtungen wie kommunale Versöhnungskomitees und traditionelle Autoritäten beteiligt, welche für die Beilegung von Landstreitigkeiten relevant sind. (Sarzana et al. 2024: 5)

In der Forschung wird viel davon ausgegangen, dass der wirksamste Weg zur Verhinderung von Konflikten zwischen Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen darin besteht, deren Ursachen anzugehen, wie etwa Landausweitung, die Mobilität der Hirt:innen und der Zugang zu Ressourcen, wie in Kapitel 5.1.1.2 bereits beschrieben. In dem Zusammenhang können Multi-Stakeholder-Ansätze mit der Einbeziehung traditioneller Autoritäten, gewählter Amtsträger:innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen relevant sein. Diese Akteur:innen können demnach technische Beratung zur Verfügung stellen und als Vermittler:innen in der Mediation dienen. Solche Initiativen haben im Westen Malis bereits zur Konfliktlösung beigetragen. Die Einbeziehung lokaler gewählter Amtsträger:innen, besonders von Bürgermeister:innen, war dabei für die Lösung von Konflikten entscheidend und ermöglichte die Festschreibung einer Vereinbarung, welche von Bauern/Bäuerinnen und Hirt:innen selbst getroffen wurde. Solch eine Vereinbarung kann sowohl Bestimmungen der Pastoral Charter als

auch traditionelle Vereinbarungen umfassen, durch welche sesshafte Hirt:innen den Durchzug von Vieh erleichtern und im Falle von Ernteschäden eingreifen, bevor Streitigkeiten zu Konflikten eskalieren. Dieser Ansatz kann durch das Engagement von Bürgermeister:innen bei der Entwicklung dieser Initiativen und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen dazu beitragen, Konflikte durch einen Konsens zwischen den beteiligten Parteien zu entschärfen. (Ba 2023: 24) Im nächsten Unterkapitel wird näher betrachtet, wie Konfliktlösungs- und Klimaanpassungsstrategien und -maßnahmen in Mali aussehen sollten, um effektiv Frieden und die Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise zu fördern.

5.2.2 Gestaltung von Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien in Mali

Der *Klima-Sicherheitsnexus* in Mali muss mit ganzheitlichen Ansätzen angegangen und dabei die Ursachen der Konflikte beleuchtet werden. *Klimasicherheit* umfasst auch die Auswirkungen der Klimakrise auf Frieden und Sicherheit, besonders in fragilen und von Konflikten betroffenen Situationen. (Sarzana et al. 2024: 3) In diesem Unterkapitel wird darauf eingegangen, welche Bereiche Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsmaßnahmen umfassen sollten, auf welchen Ebenen die Planung und Umsetzung dieser Maßnahmen stattfinden sollten sowie welche Akteur:innen in der Planung, Umsetzung und Finanzierung beteiligt und verantwortlich sein sollten. Mali steht mehreren Herausforderungen in der Verbindung mit Klima, Frieden und Sicherheit gegenüber. Da Mali, wie schon beschrieben, von wiederkehrenden Dürrezyklen, demografischem Druck und sozio-politischen Krisen betroffen ist, bedarf es Ansätzen, welche diese Problemlagen verbinden, um Resilienz aufzubauen und Konflikte in Zusammenhang mit der Klimakrise zu vermeiden. (Sarzana et al. 2024: 12) Dafür braucht es Strategien, welche sowohl Klimaanpassung und Ressourcenmanagement einschließen als auch umfassende sozio-politische und wirtschaftliche Maßnahmen. Wirksame Regierungsmechanismen, eine gerechte Ressourcenverteilung und Strategien zur Konfliktprävention sind dabei wichtige Bestandteile nachhaltiger Lösungen in Mali. (Akinyetun et al. 2024: 19)

Im Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance ist durch Befragungen auf lokaler Ebene festgehalten worden, dass Klimaanpassungsmaßnahmen unter bestimmten Bedingungen das Potenzial haben, Frieden zu fördern. Dies passt in das Konzept des *Climate-Gender-Conflict Nexus* und zu der erwähnten Annahme, dass Anstrengungen innerhalb eines Bereiches auch die anderen positiv beeinflussen können. Die Bedingungen

dafür, dass Klimaanpassungsmaßnahmen potenziell Konflikte verhindern und Frieden fördern, sind demnach unter anderem ein breites Bewusstsein und Verständnis in der Bevölkerung für alle Maßnahmen, lokale Eigenverantwortung (ownership) für die Anpassungssysteme, die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen und eine gerechte Verteilung der Ressourcen. (Greene 2020: 7) Der Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance empfiehlt daher, dass alle gesellschaftlichen Gruppen und Individuen ihre Rolle in der Maßnahmenentwicklung für den Prozess der Anpassung an die Klimakrise und der Friedensschaffung verstehen sollten, was für Betroffene sehr wichtig sei, wenn es darum geht, wie mit Klimabedrohungen und natürlichen Ressourcen umgegangen wird. Dabei geht es darum, die Rechte von Gruppen und Menschen sowie Verantwortlichkeiten zu verstehen und, wie die Anstrengungen zur lokalen und weiteren Klimakrisenbekämpfung beitragen. (Greene 2020: 9)

Trotzdem muss beachtet werden, dass Klimaanpassungsmaßnahmen auch zu weiteren Konflikten in Gemeinschaften, zum Beispiel bei der Verteilung von Ressourcen oder der Nutzung von Land, führen können. Andere aus Maßnahmen resultierende Streitigkeiten können beispielsweise über Aufforstungsprojekte auf Ackerland sein oder Auseinandersetzungen darüber, wer für die Bewässerung und Pflege der Bäume verantwortlich ist. Daher ist eine gemeinsame Planung essenziell dafür, dass die Maßnahmen Frieden schaffen können. Um die Bedingungen dafür zu erreichen, sind ein inklusiver, transparenter, lokal geführter und friedlicher Entscheidungsprozess sowie die Umsetzung praktischer Maßnahmen mit Blick auf einen leichteren Zugang zu Wasser und klar festgelegten Weiderechten erforderlich. (Greene 2020: 13, 18) Der Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance zeigt eindeutig, dass Klimaanpassung lokal geführt werden und überall, wo möglich, die Entscheidungskompetenz an lokale Komitees übergeben werden sollte. Die Finanzgeber:innen der Maßnahmen können dies unterstützen, indem sie verstärkt Dezentralisierung bei den Finanzierungen für die Klimaanpassungs- und Friedensmaßnahmen und ihrem Zusammenspiel zulassen. Organisationen, welche Maßnahmen umsetzen, wie lokale Autoritäten, sollten die Gemeinschaften miteinbeziehen beziehungsweise Raum für einen inklusiven Dialog schaffen. Übergreifende Anpassungspläne auf nationaler und regionaler Ebene sind demnach zwar notwendig, aber bei der Umsetzung auf lokaler Ebene sollte die Klimaanpassung lokal geplant und verwaltet werden. Die Anpassungsmaßnahmen müssen kontextspezifisch sein, da nicht die gleichen Maßnahmen unbedingt in allen Kontexten und Gebieten funktionieren werden. Daher ist lokale Expertise gebraucht. (Greene 2020: 8) Auf lokaler Ebene kann am besten das Wissen darüber gefunden werden, was gemacht werden

muss, um Resilienz aufzubauen und welche Anpassungsmaßnahmen zwischen verschiedenen Gruppen vermitteln können (Greene 2020: 11). Außerdem können lokale Eigenverantwortung (ownership) und lokales Management von Klimaschutzmaßnahmen dazu beitragen, den Verlust an Handlungsfähigkeit zu mindern, welchen Menschen spüren, die klimabedingte Schocks, wie Dürren und Überschwemmungen, erleben (Greene 2020: 8). Wie in Kapitel 5.1.1 schon angedeutet, kann dieses Gefühl des Kontrollverlusts dazu führen, dass Menschen denken, weniger zu verlieren zu haben, wenn sie sich an Gewalttaten beteiligen oder sich bewaffneten Gruppen anschließen (Greene 2020: 31). Das Gefühl der Kontrolle und Mitbestimmung ist daher wichtig für Menschen, die keine Kontrolle über klimabedingte Ereignisse und den Verlust ihrer Lebensgrundlagen haben. Die Wahrnehmung, dass die eigenen Handlungen eine größere Wirkung haben, können dem entgegensteuern. (Greene 2020: 9) Daher könnten einige Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise, wie beispielsweise Wiederaufforstung, jungen Menschen eine Möglichkeit der Beschäftigung bieten und ausgeschlossenen Gruppen, wie Jugendlichen und Binnenvertriebenen, könnte die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse helfen, die Frustration über ihre Machtlosigkeit zu mildern (Greene 2020: 9, 31).

Weiterhin sind auch Konflikte kontextspezifisch und es bedarf auch hier lokalen Wissens für das Verständnis, wo es voraussichtlich zu Streitigkeiten über die Bewirtschaftung von Ressourcen kommen wird. Die Verantwortung für Maßnahmen sollte dabei, vor allem aufgrund von Korruption, nicht nur bei lokalen Autoritäten liegen, sondern auch Gemeinschaften und Freiwillige spielen in der Leitung von Klimaanpassung und der Auflösung von Streitigkeiten über natürliche Ressourcen eine relevante Rolle. Außerdem ist es wichtig, Frauen*, die Jugend und vulnerable Menschen, welche in Mali besonders von der Klimakrise und gewalttätigen Konflikten betroffen sind und wie in Kapitel 3.6 beschrieben oft ausgeschlossen werden, in Entscheidungen bei der Umsetzung von Maßnahmen miteinzubeziehen. Daher müssen für den lokalen Kontext angemessene Strategien angewendet werden, welche Diskriminierung überwinden. In Konfliktgebieten sind verschiedene Formen von Diskriminierung systemisch und Anpassungsmaßnahmen können Diskriminierung auch verfestigen, was in der Planung von Interventionen mitgedacht werden muss. Deshalb sollten alle Gruppen miteinbezogen und dahingehend gefördert werden, aktive Mitglieder in Entscheidungsprozessen zu sein. (Greene 2020: 8f) Wenn lokale Behörden gemeinsam mit Gemeindefunktionären Entscheidungen treffen, kann dies dazu beitragen, Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein aufzubauen (Greene 2020: 30). Hier wird deutlich, dass intersektionale Ansätze gebraucht werden, um inklusive Entscheidungen zu ermöglichen und diskriminierende Vorgehensweisen zu verhindern. Wie in

Kapitel 3.6.2 und 3.6.3 schon erwähnt, müssen marginalisierte Gruppen in Anpassungsplänen ausdrücklich berücksichtigt und in Entscheidungen miteinbezogen werden, um die ungleichen Auswirkungen der Klimakrise und von Konflikten anzugehen und Marginalisierungen nicht zu verstärken.

Insgesamt erfordern Lösungsansätze aufgrund der komplexen Herausforderungen, mit denen die Sahelregion konfrontiert ist, einschließlich der Klimakrise und Fragilität, die gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen, internationalen Organisationen und lokalen Gemeinschaften. Das Bewusstsein für die komplexen Zusammenhänge zwischen Fragilität und Konflikten kann den Akteur:innen einen Weg bieten, gemeinsam an einer sichereren, stabileren und widerstandsfähigeren Sahelregion zu arbeiten. Solche gemeinsamen Bemühungen können demnach den Frieden und Zusammenhalt in der Region fördern. (Akinyetun et al. 2024: 19) Der Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance fordert gerade Regierungen und Finanzgeber:innen auf, konflikt sensible Klimaanpassungsmaßnahmen für die am meisten vulnerablen Gruppen, besonders in fragilen und von Konflikten betroffenen Kontexten, zu priorisieren. Demnach müssen diejenigen, die am meisten Macht haben, die Klimakrise zu bekämpfen, dies jetzt umsetzen. (Greene 2020: 8) An dieser Stelle wird deutlich, dass es internationaler Zusammenarbeit bedarf sowie der Kooperation auf mehreren Ebenen. Regierungen und Organisationen, welche über die finanziellen Möglichkeiten und Ressourcen verfügen, von der Klimakrise und Konflikten Betroffene zu unterstützen, müssen ihre Mittel einsetzen, aber für effektive Maßnahmen werden lokales Wissen sowie Entscheidungen und Planung auf der lokalen Ebene benötigt.

5.2.2.1 Geschlechterspezifische Unterschiede in der Klimaanpassung und Konfliktlösung

Die Gender-Dimension in der Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise und Konflikten in Mali zu verstehen, ist entscheidend für die Gestaltung wirksamer geschlechtergerechter Konfliktlösungs- und Klimaschutzmaßnahmen (Segnon et al. 2024: 1). Es ist relevant zu betrachten, inwieweit es geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Entscheidung über und Umsetzung von Klima- und Konfliktlösungsstrategien und -maßnahmen in Mali gibt. Geschlechtergerechte Ansätze sind dabei notwendig, um die zuvor beschriebene strukturelle Ungleichheit der Geschlechter und damit die Vulnerabilität von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand zu verringern. „Entwicklungsprojekte“, die sich an Frauen* richten, hatten die Klimakrise und Klimavariabilität in der Vergangenheit oft nicht in der Planung integriert (Djoudi/Brockhaus

2011: 123). Es besteht Bedarf an konfliktsensiblen lokalen Klimaanpassungsmaßnahmen, an welchen Frauen* und Jugendliche sowie lokale Personen in Führungspositionen beteiligt sind (Greene 2020: 5). Wie schon in Kapitel 5.2.2 beschrieben, ist sowohl für Klimaanpassung als auch für Konfliktlösung lokales Wissen relevant.

Dem Forschungsteam um Segnon (2024: 2) zufolge, bestimmen soziokulturelle Kontexte, in welchen Klimaschocks auftreten, zu großem Maße mit, wie Auswirkungen von verschiedenen sozialen Gruppen in Mali erlebt und bewältigt werden. Demnach erleben Landwirt:innen die Klimakrise zum Beispiel aufgrund ihrer Rollen, Rechte und Möglichkeiten unterschiedlich, welche auch wiederum von Faktoren wie Geschlechternormen, soziokulturellen Kontexten, Religion und ethnischer Zugehörigkeit abhängen. Diese Faktoren erklären demnach oft die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Zugang zu und der Kontrolle über wichtige Ressourcen, welche auch die Vulnerabilität und Anpassungsfähigkeit von Frauen* und Männern im Umgang mit Klimarisiken bestimmen. Daher braucht die Stärkung der Anpassungsfähigkeit von Frauen* und anderen sozialen Gruppen das Verständnis und die Beachtung dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede. Dieses Verständnis kann demnach auch die Lebensgrundlagen und Faktoren wie Ernährungsunsicherheit und Ungleichheit verbessern. (Segnon et al. 2024: 2)

Die Studie des Forschungsteams um Segnon (2024: 2) stimmt mit einer wachsenden Anzahl von Veröffentlichungen überein, die für einen geschlechtersensiblen Ansatz bei der Planung, Umsetzung und Überwachung von Klimaschutzmaßnahmen plädieren. Ein geschlechtersensibler Ansatz ist demnach entscheidend, um die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Landwirtschaft und in Ernährungssystemen miteinzuschließen. Ein geschlechtsblinder Ansatz könne dagegen bestehende Ungleichheiten und Machtverhältnisse verschärfen, was die Möglichkeiten und Fähigkeiten von Frauen* beeinträchtigen kann, von den Anpassungsmaßnahmen zu profitieren. (Segnon et al. 2024: 2) Wie in Kapitel 3.6 bereits erläutert, besteht die Gefahr, dass Maßnahmen ineffektiv sind, wenn die Gender-Dimension nicht berücksichtigt wird. Daher ist folgendes festzuhalten: „A gender-sensitive approach helps understand the intricacies of how gender influences vulnerability to climate change and the ability of men and women to cope with and adapt to climate variability and change, thereby facilitating actions that recognize and integrate the different vulnerabilities, knowledge, priorities and roles of men and women“ (Segnon et al. 2024: 2). Die Erfassung von Vulnerabilität und ihrer Ursachen kann demnach Ansatzpunkte für die Identifikation geschlechtersensibler Anpassungsmaßnahmen in

Mali bieten (Segnon et al. 2024: 2). Daher gilt folgendes: „Understanding the linkages between gender and vulnerability is crucial for proposing sustainable gender-responsive climate-smart solutions“ (Magassa et al. 2020: 3). Das Forschungsteam um Segnon (2024: 7f) hat drei Kategorien von Faktoren aufgestellt, welche die geschlechtsspezifische Vulnerabilität in Mali vorantreiben: einmal soziokulturelle Rollen, Regeln und Normen, welche Frauen* auferlegt werden und ihre Lebensgrundlagen einschränken, dann der begrenzte Zugang von Frauen* zu produktiven Ressourcen und die begrenzte Kontrolle über diese und letztlich der beschränkte Zugang zu Anpassungstechnologien. Diese drei Kategorien, welche alle die Vulnerabilität von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand erhöhen und verstärken, stimmen damit überein, was bereits als geschlechtsspezifische Hindernisse in der Klimaanpassung und Konfliktlösung genannt wurde. Um diesen geschlechtsspezifischen Vulnerabilitätsunterschieden entgegenzuwirken, müssen die Grundursachen der Geschlechterungleichheiten angegangen werden (Segnon et al. 2024: 8). Das Forschungsteam um Segnon (2024: 1) schlägt die Förderung geschlechtersensibler Klimaberatungsdienste sowie die gesellschaftliche Stärkung von Frauen* vor, um die Vulnerabilität von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand gegenüber der Klimakrise abzumildern. Auch das Forschungsteam um Magassa (2020: 30) schlussfolgert einige Vorschläge zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeiten von Haushalten mit weiblichen Haushaltsvorstand an die Klimakrise und Klimaschwankungen, unter anderem einen verbesserten Zugang zu finanziellen Ressourcen sowie zu Radios für den Empfang von Wetterinformationen, die Förderung der Teilnahme an Landwirtschaftsgruppen für das gemeinsame Lernen und die Förderung der Entwicklung von Politikinitiativen, welche Gender rundum in Agrarentwicklungsprogramme aufnehmen. Auf einige dieser Anpassungsstrategien wird in Kapitel 5.2.2.2 weiter eingegangen.

In der Forschung des Forschungsteams um Wood (2021: 4) haben die Teilnehmenden die Klimakrise als Hauptursache für die Ernährungsunsicherheit ihrer Haushalte angesehen, wobei die Entscheidungen der Haushaltsmitglieder über die Nahrungsversorgung durch ihr Alter, ihr Geschlecht und ihre subjektive Wahrnehmung der Klimakrise beeinflusst werden. Da das Geschlecht und das Alter die Möglichkeiten von Subsistenzbauern/Bäuerinnen in Mali, sich an die Klimakrise anzupassen, sehr beeinflussen, ist ein Verständnis dieser Dynamiken wichtig, um gerechte und angemessene politische Maßnahmen zu entwickeln. Daher ist der Aspekt der Geschlechtergleichstellung in dem Zusammenhang sehr relevant. (Wood et al. 2021: 4) Wie in Kapitel 3.6.2 schon angemerkt, müssen Frauen* für eine bedeutsame Partizipation in Klimapolitik und Konfliktlösung in der Gesellschaft gleichwertig behandelt werden und es

müssen existierende Strukturen untersucht werden. Bei einer gesellschaftlichen Exklusion von Frauen* können sie auch nicht an Strategien teilhaben oder im Haushalt mitentscheiden. Weiterhin haben Männer und Frauen* auch unterschiedliche Präferenzen im Umgang mit der Klimakrise und Klimavariabilität. Während sich die Präferenzen von Frauen* eher auf eine bessere Bildung für Kinder richten, um ihnen ein sicheres Einkommen aus Tätigkeiten zu ermöglichen, welche weniger direkt vom Ökosystem abhängen, scheinen die Reaktion von Männern auf die Klimakrise sehr von politischen Diskursen auf meso- und nationaler Ebene beeinflusst zu sein. In dem Zusammenhang scheint die Wahrnehmung der Frauen* mit einer realistischeren Einschätzung der Anpassungsmöglichkeiten einherzugehen, was daher kommen könnte, dass Frauen* eher vom politischen Diskurs und politischen Einflüssen isoliert sind und ihre strategischen Entscheidungen somit auf ihren gelebten Realitäten beruhen. (Djouidi/Brockhaus 2016: 159)

5.2.2.2 Chancen und Hindernisse für Frauen* in der Klimaanpassung und Konfliktlösung

Verschiedene mögliche Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien, -maßnahmen und -ansätze können unterschiedliche (langfristige) Chancen sowie (besonders kurzfristige) Hindernisse für Frauen* in Mali bedeuten. Dabei kann es um technologische oder ökobasierte Anpassungsstrategien sowie Migration als Resilienzstrategie oder Kooperationen gehen. Im Folgenden wird auf einige dieser Chancen und Hindernisse für Frauen* eingegangen. Es ist festzuhalten, dass es Wege für mehr Klimaresilienz in Mali gibt, für welche die Arbeit von Frauen* in jedem Alter unabdingbar ist, um die Schäden durch klimabedingte Ernährungsunsicherheit zu mindern. Diese Wege zu Resilienz sind aber in Machtstrukturen eingebettet, welche je nach Geschlecht, Alter und Ort variieren. Junge Frauen* erfahren dabei einen Klimakontext, den es in früheren Generationen nicht gab. (Wood et al. 2021: 15) In den polygamen Haushalten, welche im Süden Malis weit verbreitet sind, werden die Aufgaben, wie in Kapitel 5.1.2 angedeutet, oft nach dem Prinzip der Seniorität verteilt. Von jungen Frauen* wird oft erwartet, dass sie unter Anleitung der älteren Frauen* den Großteil der täglichen Hausarbeit verrichten. Dadurch erfahren ältere und junge Frauen* unterschiedliche klimabedingte Realitäten, obwohl sie denselben Lebensraum teilen. Innerhalb von Haushalten können (junge) Frauen*, wie schon erwähnt, oft nicht mitentscheiden, aber außerhalb des Haushalts gibt es Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung. Diese erweisen sich auch als erfolgreich, wenn Frauen* die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, wie Ressourcen

eingesetzt werden. Um die Ernährungsunsicherheit abzumildern, unterstützen sich die Frauen* oft gegenseitig bei ihren Bemühungen, die Bedürfnisse ihrer Familien und der gesamten Haushalte zu erfüllen. (Wood et al. 2021: 1f, 15)

Wie in Kapitel 3.6.3 erwähnt, können lokale Anpassungsmaßnahmen unter der Führung von Frauen*gruppen die Beteiligung von Frauen* an Maßnahmen erhöhen, wobei ökosystembasierte Anpassungsstrategien, auf welche in diesem Unterkapitel noch eingegangen wird, den stärksten positiven Zusammenhang mit Geschlechtergleichheit und dem Empowerment von Frauen* haben (United Nations 2023: 11). Von Frauen* geleitete Kooperationsbemühungen können tendenziell egalitärere Machtverhältnisse ermöglichen, aber der Zugang ist, wie schon erwähnt, nicht für alle gleich und es variiert innerhalb der Frauen*gruppen, wer befugt ist, Anweisungen zu geben. Dadurch sind die Möglichkeiten zur Anpassung an die Klimakrise für die Frauen* ungleich verteilt und stehen eher ältere Frauen* zur Verfügung. (Wood et al. 2021: 1f, 15) Obwohl die von Frauen* geleiteten Kooperationsbemühungen ein wirksames Instrument zur Abschwächung der Auswirkungen der Klimakrise sein können, basieren diese Bemühungen aber auf diesen ungleichen Entscheidungskompetenzen. Trotz des Potenzials von Frauen*gruppen innerhalb und außerhalb des Haushalts unterliegen solche Gruppen deshalb einer ungleichen Aufgaben- und Machtverteilung, wobei ältere und junge Frauen* in malischen Subsistenzbauern/Bäuerinnenhaushalten die Klimakrise unterschiedlich wahrnehmen und auf diese reagieren können. Daher können von Frauen* geführte Netzwerke als Strategie bisher noch nicht effektiv klimasensitive landwirtschaftliche Herausforderungen entgegenwirken und marginalisieren weiterhin junge Frauen*. (Wood et al. 2021: 1f) Diese Ungleichheiten zu beachten ist relevant für die Entwicklung gerechter und angemessener Strategien zur Minderung klimabedingter Bedrohungen. Es handelt sich um Ungleichheit innerhalb mehrfach marginalisierter Gruppen, dessen Ursachen untersucht werden müssen, da ein Verständnis der Zusammenarbeit und der Machtungleichgewichte innerhalb von Frauen*gruppen wichtig ist, um die Ursachen der Verschärfung von klima- und konfliktbedingter Ernährungsunsicherheit zu verstehen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit zu entwickeln. (Wood et al. 2021: 15f) An dieser Stelle wird deutlich, dass junge Frauen* mehrfach benachteiligt sind, weshalb an diese Ungleichheit intersektional betrachtet werden muss bei dem Versuch, Ernährungsunsicherheit durch die Klimakrise und Konflikte abzumildern.

Für die Klimaanpassung sind außerdem Klimainformationen und -beratung von entscheidender Bedeutung, damit Landwirt:innen in Mali klimabedingte Risiken bewältigen und sich besser auf Klimagefahren einstellen können. Wie schon angedeutet, haben von Frauen* geführte Haushalte in Mali größere Schwierigkeiten als von Männern geführte Haushalte, Zugang zu Klimainformationen zu erhalten und diese zu nutzen. (Segnon et al. 2024: 8) Insgesamt benötigen von Frauen* geführte Haushalte also mehr Unterstützung, um Anpassungsstrategien anwenden zu können (D’Errico et al. 2021: 1). Wenn Frauen* nicht in die Konzeption und Entwicklung landwirtschaftlicher Technologien, vor allem von Klimainformationssystemen, einbezogen werden, kann es sein, dass sie von der Nutzung der Vorteile ausgeschlossen werden (Segnon et al. 2024: 8). Daher kann folgendes festgehalten werden: „Gender-sensitive extension and advisory services need to be designed and implemented to effectively address the specific needs, interests and concerns of women and men“ (Segnon et al. 2024: 8). Demnach können mit geschlechtsspezifischen Beratungsdiensten potenziell die soziokulturellen Gegebenheiten von Gemeinschaften und der sie umsetzenden Beratungsorganisationen berücksichtigt und so eine geschlechtergerechte und empowernde landwirtschaftliche Beratung ermöglicht werden. Auch beim Zugang zu digitalen Tools und Geräten haben Geschlechterunterschiede die Vulnerabilität von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand gegenüber der Klimakrise und Klimaschwankungen erhöht. Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand haben zum Beispiel weniger Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie wie Radios und Telefonen. Ohne diese Geräte besteht für sie ein erhöhtes Risiko, wichtige Informationen, wie beispielweise Klimainformationen und Frühwarnungen, nicht mitzubekommen. Daher sollte Informations- und Kommunikationstechnologie, wie Radio, Fernsehen, Mobiltelefone und soziale Medien, in Mechanismen integriert werden, um den Zugang von Frauen* zu Klimainformationen und -technologien zu verbessern. (Segnon et al. 2024: 8) Dabei muss darauf geachtet werden, dass diese inklusiv gestaltet und in verschiedenen Sprachen angeboten werden.

Obwohl klimafreundliche Landwirtschaft potenziell die geschlechtsspezifische Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise durch verschiedene geschlechtergerechte Technologien und Praktiken verringern kann, stehen Hindernisse bezüglich des Zugangs zu Land und Landbesitz Frauen* dabei im Weg, vollständig von klimafreundlichen Landwirtschaft-Technologien zu profitieren. Ein gerechter Zugang zu Land ist essenziell, um die Geschlechterungleichheit und die Vulnerabilität von Frauen* gegenüber der Klimakrise anzugehen, aber, wie schon erwähnt, haben Frauen* in Mali nur einen begrenzten Zugang zu Land. Daher können Landreformen

eine soziale Landverteilung fördern und Frauen* dabei unterstützen, auch klimafreundliche Landwirtschaft in großem Umfang einzuführen zu können. Landreformen sind außerdem von entscheidender Bedeutung für die Sicherung des Lebensunterhalts von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand. Weiterhin vergrößern auch Ungleichheiten mit Blick auf Einkommen und Zugang zu Finanzmitteln die Vulnerabilitätslücke zwischen Haushalten mit weiblichem und männlichem Haushaltsvorstand. Daher ist die Stärkung der finanziellen Kapazitäten entscheidend für die wirksame Verbesserung der Anpassungsfähigkeit an die Klimakrise und Klimaschwankungen von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand. Um das Einkommen von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand zu erhöhen, sind eine Diversifizierung in der Landwirtschaft und eine Diversifizierung der Strategien zur Sicherung des Lebensunterhalts erforderlich. Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand weisen demnach im Vergleich zu Haushalten mit männlichem Haushaltsvorstand einen niedrigeren Index für landwirtschaftliche Vielfalt und weniger Strategien zur Sicherung des Lebensunterhalts für den Umgang mit der Klimakrise und Klimaschwankungen auf. Mehrere klimafreundliche Landwirtschaftstechnologien, klimaresistente Boden- und Wasserkonservierung, Regenwassernutzung, Diversifizierung der Anbaupflanzen und Klimainformationen bilden potenzielle Anpassungsoptionen, aber die Umsetzung dieser Strategien bräuchte hohe Investitionen in die landwirtschaftlichen Betriebe. Es braucht dabei gezielte Programme zur Unterstützung von Frauen* und von Frauen* geführten Haushalten, welche durch einkommensschaffende Maßnahmen demnach ihr Einkommen steigern und ihre Vulnerabilität verringern können. (Segnon et al. 2024: 8f)

In der Landwirtschaft und Viehzucht in Mali wird weiterhin häufig der Ansatz der Innovation Platforms genutzt, um institutionelle Veränderungen zu erreichen, wobei diese als gerechte und dynamische Räume gedacht sind, um heterogene Akteur:innen für Wissens- und Informationsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Lösungen für Probleme zusammenzubringen. Somit sollen verschiedene Interessengruppen aus unterschiedlichen Sektoren mit verschiedenen beruflichen Hintergründen in diesen Art Foren für gemeinsame Ziele und Lösungssuchen vernetzt werden. Es handelt sich dabei um ganzheitliche Multi-Stakeholder-Ansätze. Bei der Untersuchung der Teilnahme von Frauen* an Innovation Platforms müssen die soziokulturellen geschlechtsspezifischen Hindernisse, welche Frauen* gegebenenfalls an einer Teilnahme, an der Durchsetzung gegenüber Männern oder an ihrer Anerkennung in einem männerdominierten Umfeld hindern, beachtet werden. Wenn Geschlechterverhältnisse in Innovation Platforms untersucht werden, wird deutlich, dass Männer und besser gestellte

wirtschaftliche Gruppen beim Zugang zu ländlichen Beratungsdiensten tendenziell in „Entwicklungsprogrammen“ bevorzugt werden und Frauen* dagegen eher marginalisiert und als reine Subsistenzbäuerinnen dargestellt werden, welche vor allem an der Ernährung ihrer Haushalte interessiert seien. Es müssen daher geschlechtsspezifische Dynamiken auf verschiedenen Ebenen in den Produktionsverhältnissen, einschließlich Haushalten, Dörfern, Gemeinden und Genossenschaften, beachtet werden. (Gning et al. 2024: 1f)

Insgesamt sind Frauen* und Männer in den Innovation Platforms ungleich vertreten und die Empowerment-Möglichkeiten von Frauen* in diesen Kollaborationen sind in Geschlechterverhältnissen verankert, was, wie schon erwähnt, vor allem den Zugang zu innovativen Dienstleistungen betrifft (Gning et al. 2024: 9). Die kollaborativen Räume können Frauen* Empowerment-Möglichkeiten bieten, aber es müssen die verschiedenen individuellen, sozialen, Beziehungs- und institutionellen geschlechtsspezifischen Überlegungen, welche manchmal auch in Konkurrenz oder sogar in Konflikt stehen können, beachtet werden. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass Akteur:innen von normativen Geschlechtervorstellungen beeinflusst sind, welche sie gegebenenfalls reproduzieren, während sie eigentlich eine Veränderung erreichen wollen. Schließlich ist festzuhalten, dass Gender in Ansätzen, wie den Innovation Platforms, über den gesamten Prozess, vom Entwurf bis zur Umsetzung und Evaluierung, mitgedacht werden muss. Daher muss die Beteiligung gendersensibel und gerecht gestaltet sein. Dafür müssen sowohl die Einschränkungen und Chancen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Stellung von Männern und Frauen* als auch die Machtverhältnisse und ihre Auswirkungen auf die Umsetzung der Ansätze, beachtet werden. (Gning et al. 2024: 19f) In Kapitel 3.6.6 wurde bereits festgestellt, dass eine Partizipation von Frauen* an Projekten ohne sonstige gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung zu einer Mehrbelastung von Frauen* führen kann. Dies trifft auch für malische Frauen* zu. Auch in Mali sind Frauen* bei wenig gesellschaftlicher Teilhabe durch Klimakatastrophen und bewaffnete Konflikte mehr in ihrer Anpassungsfähigkeit eingeschränkt.

Auf dem Land könnte außerdem eine ökosystembasierte Anpassung an die Klimakrise mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Ökosysteme, wenn sie in die gemeindebasierte Anpassung integriert wird, eine gut zugängliche Anpassungsstrategie sein, welche die Anliegen der am meisten betroffenen und vulnerabelsten Menschen einschließt. Während Frauen* in Mali dabei, wie schon beschrieben, für tägliche Aufgaben auf Leistungen der lokalen Ökosysteme angewiesen sind, beispielsweise für Ernährung, Gesundheit und Einkommen, haben sie aber,

wie schon beschrieben, kaum Einfluss auf Prozesse oder Entscheidungen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen. Durch die Angewiesenheit von Frauen* auf natürliche Ressourcen kann geschlossen werden, dass sie eine erhöhte Fähigkeit besitzen, Wissen und Informationen über die Ökosysteme sowie nachhaltige Praktiken und Naturschutztechniken zu erwerben und weiterzugeben. (Djoudi/Brockhaus 2016: 152) Wie in Kapitel 3.6.1 schon erläutert, können Frauen* also praktische Erfahrungen und Wissen über den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen und das Management von natürlichen Ressourcen besitzen, welches als geschlechtsspezifisches Wissen in Anpassungsstrategien genutzt werden kann. Djoudi und Brockhaus (2016: 152) zufolge kann, ohne auf romantisierende Diskurse über Frauen* und die Natur einzugehen, davon ausgegangen werden, dass Frauen* ein großes Interesse an der Erhaltung natürlicher Ressourcen haben: „Hence, women could be key actors and agents of change in ecosystem adaptation success“ (Djoudi/Brockhaus 2016: 152).

Da Frauen* tendenziell in der Debatte über die Anpassung an die Klimakrise häufig als Opfer dargestellt werden, ist es demnach wichtig, sie auch als „agents of change“ zu sehen und sich nicht verallgemeinernden Annahmen über Frauen* als homogene Gruppe zu bedienen (Djoudi/Brockhaus 2016: 152). Dieser Punkt zeigt den Zwiespalt, Frauen* auf der einen Seite als wirksame und vor allem wissensreiche Akteurinnen zu sehen, welche über Angelegenheiten und Lebensgrundlagen entscheiden sollten, die sie in erster Linie betreffen, und sie nicht nur als Opfer zu betrachten. Wie in Kapitel 3.6.3 bereits erwähnt, sollte ein geschlechtsspezifischer Ansatz bei der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen anerkennen, dass Frauen* zentrale Akteurinnen in der Reaktion auf die Klimakrise sind und, dass lokale Eigenverantwortung (ownership) wichtig ist (United Nations 2023: 10). Auf der anderen Seite kann die Gefahr der Romantisierung des Bildes von „Frauen* und Natur“ in jedem Fall angemerkt werden und es ist aufzupassen, nicht die Verantwortung für Klimaanpassung und Konfliktlösung völlig an die am meisten Betroffenen abzuschieben, welche aufgrund von struktureller Benachteiligung über die wenigsten Mittel dafür verfügen und keine Verantwortung für die Ursachen tragen. In Kapitel 3.6.6 wurde bereits darauf eingegangen, dass Narrative, in welchen Frauen* als „Retterinnen der Nachhaltigkeit“ oder als „natürliche Friedensstifterinnen“ in Politiken und Programmen dargestellt werden, ohne eine damit verbundene Übertragung von Entscheidungsbefugnissen und Ressourcen auf Frauen*, diesen eine ungerechte und unrealistische Belastung zumuten kann. Diese mögliche Auslagerung von Verantwortung für Klimaschutz und Konfliktlösung auf Frauen* ohne gesellschaftliche Teilhabe ist auch bei Strategien in Mali zu beachten und ist auch bei der nächsten Anpassungsstrategie, Migration, ein relevanter Aspekt.

Saisonale und zirkuläre Migration ist eine bedeutende etablierte Anpassungsstrategie in Mali. In Nordmali wurde Migration von verschiedenen sozialen und ökologischen Veränderungen vorangetrieben, wobei politische Unsicherheit eine „kollektive“ Migration ausgelöst hat und klimabedingte Migration allgemein eher individuell ist. Ausnahmen waren die großen Dürren in Mali. Die Männer migrieren meistens individuell in die städtischen Gebiete von Mali, vor allem Bamako, oder in Nachbarländer in der Suche nach Arbeit. Große Migrationsströme und Mobilitätsänderungen gab es nach der bewaffneten Rebellion und dem Militärputsch von 2012. Migration bewirkt starke Veränderungen in der Geschlechterzusammensetzung von Gemeinschaften, weshalb Migration als Anpassungsstrategie geschlechtsspezifische Rollen und Verantwortlichkeiten beeinflusst. Diese Auswirkungen und besonders ihre Verbindungen zu natürlichen Ressourcen und Wäldern haben aber bisher wenig Beachtung in Strategien gefunden. Migration kann formell, informell, dauerhaft, zirkulär, intern, extern sowie vom Land in die Stadt oder umgekehrt stattfinden, wobei jede Art unterschiedliche Auswirkungen auf Lebensgrundlagen haben kann. Frauen* sind dabei diejenigen, die meistens „zurückgelassen“ werden. (Djoudi/Brockhaus 2016: 153f)

Es zeigen sich auch Unterschiede in den Anpassungsstrategien von Männern und Frauen* darin, dass Migration für Männer eine der wichtigsten Anpassungsstrategien darstellt, während sie für Frauen* eher eine Ursache für Vulnerabilität ist. Traditionell männliche Tätigkeiten werden demnach oft zum Arbeitspensum der Frauen* hinzugefügt, wie beispielsweise die Viehhaltung. Wenn Frauen* ihre eigenen Anpassungsstrategien entwickelt haben, werden sie oft aufgrund des Verlusts von Arbeitskräften im Haushalt, unklarer Zugangsrechte zu natürlichen Ressourcen, mangelndem Wissen und fehlenden finanziellen Mitteln daran gehindert, diese voll auszuschöpfen. Weitere Hindernisse für Frauen* können der mangelnde Einfluss auf Entscheidungen auf Haushalts- und Gemeindeebene sowie begrenzte Marktchancen sein. (Djoudi/Brockhaus 2011: 123) Außerdem kann Migration auch neue wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten verursachen oder bestehende verschärfen. Die Migration von Männern kann weiterhin zu Veränderungen beim Zugang zu Land und bei Landnutzungsmustern führen und den Umgang mit natürlichen Ressourcen und dadurch die Lebens- und Einkommensgrundlagen für Frauen* verändern. Insgesamt kann es durch Migration zu Veränderungen in sozialen und institutionellen Strukturen mit geschlechtsspezifischen Folgen kommen. (Djoudi/Brockhaus 2016: 153)

Obwohl sich die Arbeitsbelastung der Frauen* durch die Migration der Männer und die dadurch veränderten traditionellen Rollen und Tätigkeiten von Männern und Frauen* kurzfristig erhöht, könnte Migration aber langfristig das Potenzial haben, Frauen* den sozialen Raum für die Übernahme von mehr Führung bei Entscheidungen im Haushalt zu schaffen. Außerdem könnten Frauen* so mehr an Aktivitäten teilnehmen, welche zuvor ausschließlich Männern vorbehalten waren. Somit übernehmen Frauen* aber, wie eben beschrieben, zunehmend „männliche“ Tätigkeiten, jedoch ohne automatisch die gleichen Rechte wie Männer zu erwerben. (Djoudi/Brockhaus 2016: 164) Djoudi und Brockhaus (2016) ziehen folgenden Schluss: „Successful adaptation means reconsidering the usual theoretical dichotomies, in classifying “male” and “female” activities“ (Djoudi/Brockhaus 2016: 164). Sie gehen davon aus, dass die neuen gesellschaftlichen Rollen potenziell Frauen* in die Lage versetzen könnten, neue institutionelle Regelungen für den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen auszuhandeln. Migration könnte demnach zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen* an Entscheidungsprozessen und somit zum Empowerment von Frauen* beitragen und durch die Abwesenheit der Männer neue Einflussbereiche für Frauen* schaffen. (Djoudi/Brockhaus 2016: 153f) Insgesamt könnten diese Veränderungen in der Rolle von Frauen* durch Migration Djoudi und Brockhaus (2011: 123) zufolge also langfristig positive Auswirkungen haben, auch wenn die Vulnerabilität von Frauen* zunächst kurzfristig zunimmt, wobei diese Auswirkungen sowohl gesellschaftlicher Natur sein können durch neue Arbeitsteilung und Machtverteilung als auch wirtschaftlicher Natur durch neue Marktzugänge und Viehbestände.

Folglich lässt sich festhalten, dass die Abwanderung von Männern positive und negative Folgen für Frauen* haben kann. Allgemein ist die Frage, ob die Abwanderung die patriarchalischen Muster der Entscheidungsfindung und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Einschränkung von Frauen* in Entscheidungen über Landwirtschaft und Aktivitäten im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, verändert, wobei dies in der Literatur zum Teil eher bezweifelt wird. Außerdem kann die Abwanderung von Männern verschiedene Auswirkungen haben, welche jeweils von der kontextspezifischen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, den Landbesitzverhältnissen, der Entscheidungsgewalt von Frauen* und ihrer Arbeitsbelastung abhängen. Die Abwanderung nimmt auf jeden Fall unter jüngeren Leuten zu, vermehrt auch unter jungen Frauen*. (Djoudi/Brockhaus 2016: 155)

Geschlechterungleichheit und die daraus resultierende geschlechtsspezifische Vulnerabilität im Kontext der Klimaanpassung ist abhängig vom sozialen, wirtschaftlichen und politischen

Kontext (Djoudi und Brockhaus 2016: 151). Djoudi und Brockhaus (2016: 164) schlagen vor, dass es eine geschlechtersensible Analyse von Anpassungsstrategien braucht, um Frauen* dabei zu unterstützen, die kurzfristigen negativen Auswirkungen durch die Abwanderung der Männer in langfristige positive Entwicklungen umzuwandeln. Um dies zu tun, seien aber umfassendere soziale, gesellschaftliche und politische Veränderungen erforderlich, um diese neuen Chancen zu nutzen und langfristig potenzielle Vorteile für Frauen* zu realisieren sowie zu verhindern, dass neue Geschlechterrollen in mehr Vulnerabilität für Frauen* enden. (Djoudi/Brockhaus 2016: 164, Djoudi/Brockhaus 2011: 123) Diese Annahme stimmt auch mit der anderen hier vorgestellten Literatur und Forschung überein. Djoudi und Brockhaus (2016) kommen insgesamt zu folgender Schlussfolgerung: „It is crucial that those local-level dynamics are considered in climate change and development and migration policies. Those policies and plans need to enhance women’s abilities and adaptive capacities. Education seems one component outside the field of natural resource management, which is revealed (again) to be crucial to decrease women’s and households’ vulnerabilities“ (Djoudi/Brockhaus 2016: 164). Dabei sei es für den Umgang von Frauen* mit Umweltveränderungen relevant, Bedingungen zu fördern, welche einen gerechten Zugang zu und gerechte Kontrolle über Land und Wald garantieren. Dies könne nicht ohne eine aktive Teilhabe von Frauen* und anderen marginalisierten Gruppen an lokalen, regionalen und nationalen politischen Prozessen und Entscheidungsfindungen geschehen. (Djoudi/Brockhaus 2016: 164) Wie in Kapitel 3.6.1 schon erwähnt, ist die Relevanz von Frauen* als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in Mali und für eine effektive Maßnahmenentwicklung bewiesen, aber für eine erfolgreiche Beteiligung und das Ausschöpfen positiver Effekte sowohl für Klimaschutz als auch für Konfliktlösung und Friedensschaffung ist die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen* eine Voraussetzung.

Insgesamt ist der Einbezug von Frauen* in Anpassungsstrategien aufgrund von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen und Geschlechterdynamiken sowie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sehr komplex (Djoudi/Brockhaus 2016: 151). Trotz der dynamischen, komplexen und kontextspezifischen Gegebenheit von geschlechtsspezifischer Vulnerabilität bezüglich Lebensgrundlagen, argumentiert das Forschungsteam um Segnon (2024: 2), dass viele der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, welche in lokalen Landwirtschafts- und Ernährungssystemen verankert sind, wahrscheinlich bestehen bleiben, wenn sie nicht systematisch mit geschlechtersensiblen Anpassungsmaßnahmen auf allen Ebenen angegangen werden. Der Erfolg des Einbezugs von Frauen* in Klimaanpassung und Konfliktlösung in Mali ist dabei deshalb nicht (nur) von den Ansätzen oder Plattformen der

Zusammenarbeit bestimmt, sondern es kommt auch auf den sozialen Kontext an, wie in der Forschung des Forschungsteams um Gning (2024) deutlich wird. Demnach hängt das Empowerment von Frauen* eher von den Geschlechterverhältnissen und -dynamiken in den spezifischen sozialen Kontexten ab, in welchen die Ansätze implementiert werden. Die Geschlechtergleichstellung ist heutzutage ein wichtiger Indikator in „Entwicklungsprojekten“ und internationale Akteur:innen aus Regierungen, feministischen Aktivismus und Forschung setzen auf Ansätze zur Geschlechtergleichstellung, um Veränderungen Richtung nachhaltigeren und gerechteren Ernährungssystemen zu erreichen. (Gning et al. 2024: 1) Wenn Geschlechterverhältnisse also aufgrund von Anpassungsweisen wie Migration im Wandel sind, hängt es davon ab, wie lokale und nationale Regierungen Empowerment und politische Veränderungen fördern, ob dieser Wandel zu einer größeren Beteiligung von Frauen* bei Entscheidungsfindungen führen kann (Djoudi/Brockhaus 2016: 164). Wie in Kapitel 3.6.5 beschrieben, muss noch weiter erforscht werden, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen Anpassungsmaßnahmen wirklich Geschlechtergleichheit fördern. In jedem Fall muss der soziale Kontext berücksichtigt und Geschlechterungleichheit systematisch betrachtet und verändert werden, um gendergerechte effektive Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln.

In den folgenden beiden Unterkapiteln werden der National Action Plan 2019-2023 für die Umsetzung der WPS-Agenda in Mali und der Climate Change and Gender Action Plan für Mali kurz vorgestellt und darauf untersucht, inwieweit in diesen Strategien zur Berücksichtigung von Gender in Konfliktlösung sowie in Klimaanpassung in Mali der *Climate-Gender-Conflict Nexus* beachtet wird. Es wird danach geschaut, ob die Verbindung zwischen allen drei Dimensionen in diesen Aktionsplänen hergestellt wird.

5.2.3 Die WPS-Agenda in Mali: National Action Plan 2019-2023

Malis aktuellster National Action Plan (NAP) für die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur WPS-Agenda ist von 2019 für den Zeitraum 2019 bis 2023. Dies ist Malis dritter NAP, davor wurde jeweils einer in 2012 (bis 2014) und in 2015 (bis 2017) verabschiedet. (<https://1325naps.peacewomen.org/index.php/mali/>) Dieser dritte NAP umfasst unter anderem Erfahrungen aus den alten NAPs und bewährte Verfahren aus anderen Ländern. Außerdem wurden der Kontext angepasst und aufkommende Probleme wie die Auswirkungen von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus auf Frauen* und Mädchen*, die Situation von vertriebenen Frauen* und Mädchen*, die Rolle von Männern bei

der Förderung von Geschlechtergleichheit sowie auch die Resilienz von Frauen* gegenüber dem Klimawandel, ihre Rolle als Führungskräfte und ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte aufgenommen. (NAP 2019: 6, 20) Dieser NAP umfasst damit spezifische Prioritäten für Frieden und Sicherheit von Frauen* und Mädchen* in den heutigen Konflikt- und Postkonfliktgebieten (NAP 2019: 20). Weitere Prioritäten im aktuellen NAP sind unter anderem die Vorbeugung von Konflikten und geschlechtsspezifischer Gewalt, der Schutz und die Genesung von Opfern, die Partizipation und Repräsentation von Frauen* in Entscheidungsgremien, auf allen Regierungsebenen und in Konfliktprävention sowie die Beobachtung und Auswertung der Ziele (<https://1325naps.peacewomen.org/index.php/mali/>, NAP 1019: 6). Der NAP ist eine Verpflichtung der Regierung von Mali und wird in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern umgesetzt (NAP 2019: 6). Er wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Untersuchung der Entstehung und Umsetzung der WPS-Agenda von Laura J. Shepherd übersetzt.

Aus dem NAP geht hervor, dass Frauen* in Mali nicht genug gesetzlich geschützt sind vor geschlechtsspezifischer Gewalt allgemein und in Konfliktsituationen. In der politischen und Sicherheitskrise von 2012 waren Frauen* besonders betroffen von vielen Formen der Gewalt während Konflikten, wie Entführungen, Vergewaltigungen, Zwangshochzeiten von Kindern oder sexuelle Versklavung. Insgesamt gibt es viele Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen* und Mädchen*, wie beispielsweise auch sexuelle Übergriffe und gezwungene Prostitution. (NAP 2019: 11) Im NAP erkennt die Regierung also an, dass Frauen* und Kinder am meisten von der sozialen und Sicherheitskrise in Mali, unter welcher die ganze Bevölkerung leidet, sowie von vielen Arten der Gewalt betroffen sind. Die Entwicklung des NAPs zeigt demnach das Engagement der Regierung durch das Ministerium für die Förderung von Frauen, Kindern und Familien die WPS-Agenda umzusetzen, und einen Referenzrahmen für die Berücksichtigung von spezifischen Rechten und Bedürfnissen von Frauen* und Mädchen* in allen Friedens-, Vermittlungs- und nationalen Versöhnungsprozessen zu schaffen. (NAP 2019: 4) Es gibt nämlich nur eine geringe Vertretung von Frauen* bei der Überwachung von Friedens-, Sicherheits- und Versöhnungsprozessen (<https://1325naps.peacewomen.org/index.php/mali/>). Die Regierung zeigt sich im NAP weiterhin engagiert, den NAP umzusetzen und regelmäßig auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene über die Fortschritte der WPS-Agenda zu berichten. Weiterhin wird die Förderung der Geschlechtergleichheit und der Beteiligung von Frauen* an der Friedensschaffung und dem Wiederaufbau nach Konflikten durch die Umsetzung des NAP zur Resolution 1325 als entscheidend für den Aufbau einer friedlichen

Gesellschaft, in der die Rechte von Frauen* und Männern anerkannt und geachtet werden, dargestellt. (NAP 2019: 4)

Die Ziele der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur WPS-Agenda bestätigen sich in der anderen Literatur und Forschung zum Zusammenhang von Konflikten und Gender. Die Bedeutung des Beitrags von Frauen* zur Prävention bewaffneter Konflikte, zu Friedensprozessen und zum Wiederaufbau nach Krisen wird anerkannt und ein umfassender Schutz von Frauen* und Mädchen*, die in Konfliktsituationen besonders von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, wird gefordert. Die Friedenssicherung scheint demnach fairer, inklusiver und dauerhafter zu sein, wenn Frauen* in Friedensprozesse einbezogen werden, wodurch ein höheres Maß an Sicherheit für alle besteht. Außerdem sind Länder stabiler, wenn Frauen* an der Regierungsführung nach Konflikten beteiligt sind. Gesellschaften sind demnach insgesamt friedlicher, wenn Geschlechtergleichheit herrscht. (NAP 2019: 6) Diese Annahmen stimmen mit der Forschung zum Beitrag von Frauen* in der Friedensschaffung überein, auf welche im Kapitel 3.6.1 bereits eingegangen wurde. Weiterhin wird auch der Zusammenhang von Klimaauswirkungen und Konflikten in dem NAP erwähnt, aber kommt nicht bei den Hauptprioritäten vor. Dass Konflikte über natürliche Ressourcen verbreitet sind und durch die Klimakrise weiter verstärkt werden (NAP 2019: 11), wird im NAP anerkannt, aber an dieser Stelle nicht direkt mit geschlechtsspezifischen Auswirkungen in Verbindung gebracht. An anderer Stelle wird der erhebliche Beitrag von Frauen* zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher anerkannt sowie, dass sie die Kapazitäten und Mittel darüber verfügen, diese Ressourcen nachhaltig zu verwalten (NAP 2019: 35).

5.2.4 Climate Change and Gender Action Plan für Mali

Mali bemüht sich Geschlechterunterschiede in der Klimaanpassung zu berücksichtigen. Unter anderem ist Mali, wie schon erwähnt, Mitglied der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Weiterhin hat Mali ein National Adaption Program of Action (NAPA) und eine Intended Nationally Determined Contribution (INDC) entwickelt, welche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Klimaanpassung anerkennen. (Ogwuiké/Dossou-Yovo 2024: 1f) Der jährliche Bericht für das „Accelerating Impacts of CGIAR Climate Research for Africa“ (AICCRA) Projekt, der „Gender and Climate Change Action Plan for Mali“ von Ogwuiké und Dossou-Yovo (2024), fokussiert sich auf die Entwicklung des „Agriculture, climate change and gender action plan“ (ACCGAP), welcher ein umfangreicher

und ambitionierter Plan ist und potenziell positive Veränderungen für Frauen* und Männer* im Agrarsektor in Mali erreichen können soll. Der ACCGAP wurde mit der Unterstützung des AICCRA-Projekts entwickelt, welches von der Weltbank finanziert wird. Indem die Gender-Dimension in der Landwirtschaft aufgenommen wird, versucht der ACCGAP die malische Regierung dabei zu unterstützen, eine resilientere und nachhaltigere Zukunft zu erreichen. Der ACCGAP zielt somit eine Stärkung der Kapazitäten zur Anpassung an die Klimakrise von Landwirt:innen, die Förderung einer gerechten Einführung von klimafreundlichen landwirtschaftlichen Praktiken, die Erhöhung der Resilienz des Agrarsystems gegenüber Klimaschocks und Klimabelastungen und die Verbesserung der Partizipation von Frauen* bei Entscheidungen bezüglich des Agrarsektors sowie die Förderung von Geschlechtergleichheit im Agrarsektor an. Der Climate Change Gender Action Plan (CCGAP-Mali) Prozess in Mali hilft insgesamt dabei, globale Klimaabkommen und Bestrebungen der Geschlechtergleichheit in umsetzungsfähige Pläne umzuwandeln. (Ogwuiké/Dossou-Yovo 2024: 3) Der Action Plan soll dabei von Regierungsbehörden, NGOs und Entwicklungspartner:innen umgesetzt werden (Ogwuiké/Dossou-Yovo 2024: IX). Der ACCGAP wird von dem Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung koordiniert. Die National Gender Policy (NGP) ist ein relevanter Ausgangspunkt für die Entwicklung des Action Plans. Die wichtigsten Klimapolitiken, -pläne und -strategien in Mali bilden die Grundlage für diesen ACCGAP, welcher als Werkzeug, um die Umsetzung von Umwelt- und Klimaplänen zu verbessern, und nicht als alleiniger Plan für Gender und Klima gedacht ist. Im ACCGAP wurden daher der NAPA, die INDC, die NDC (National Determined Contribution), die National Policy on Climate Change (NPCC) und der Gender Action Plan 2019-2023 sowie andere wichtige Klimapläne und -programme analysiert. (Ogwuiké/Dossou-Yovo 2024: 5f)

Der Action Plan adressiert also die Gender-Dimension der Klimakrise im Agrarsektor. Dabei geht es um die Erhöhung des Zugangs von Frauen* und jungen Menschen zu Land, Wasser und finanziellen Mitteln, um die Verbesserung des Wissens und der Fähigkeiten von verschiedenen Gender-Gruppen, wie Frauen*, Männer und Jugendliche, in der Klimaanpassung, wobei bestehende geschlechtsspezifische Unterschiede verringert werden sollen, um die Stärkung der Teilhabe von Frauen* in Entscheidungsfindung und Politikgestaltung bezüglich der Klimakrise und um die Förderung der Verwendung von geschlechtsspezifischen Indikatoren zur Überwachung und Bewertung der Programme im Zusammenhang mit der Klimakrise. Weiterhin soll der Action Plan dazu beitragen, die Ernährungssicherheit für Frauen* und ihre Familien zu erhöhen, die Lebensgrundlagen für Frauen*, Jugendliche und Männer zu

verbessern und die Resilienz gegenüber der Klimakrise zu erhöhen. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 3f) Weiterhin wird auch die Verfassung Malis erwähnt, in welcher die Gleichstellung der Geschlechter in der Präambel der Verfassung der Dritten Republik Malis als eine Priorität anerkannt wird. Dort wird auf die Verteidigung der Rechte von Frauen* und Kindern hingewiesen und in Artikel 25 der Verfassung ausgedrückt, dass der Staat alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und alle Formen der Diskriminierung gegen Frauen* zu beseitigen. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 22)

Frauen* sind in Mali insgesamt in allen Bereichen des Lebens, politisch, gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell, mit großen Herausforderungen konfrontiert. Geschlechterungleichheit bildet dabei auch eine große Herausforderung in Malis Agrarsektor, da Frauen* den Großteil der Arbeitskraft im Agrarbereich ausmachen, aber, wie in diesem Kapitel bereits erläutert, schwerwiegenden Hindernissen beim Zugang zu Produktionsressourcen gegenüberstehen, wodurch sie häufig weniger produktiv sind als Männer. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 6f) Im Action Plan wird anerkannt, dass die Rolle von Frauen* in der Landwirtschaft Malis unverzichtbar ist, da sie diesen überproportionalen Beitrag leisten (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: IX). Der Action Plan räumt weiterhin ein, dass die Klimakrise den Arbeitsaufwand von Frauen* erhöht und die Lebensgrundlagen von Frauen* bedroht, sowie, dass sie trotz dieser größeren Herausforderungen aufgrund ihres Wissens Führungspositionen im Klimaschutz übernehmen können (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 2). Diese Annahmen stimmen mit den anderen in Kapitel 3 und diesem Kapitel vorgestellten Forschungen überein.

Im Action Plan werden mehrere nationale Anpassungsstrategien Malis vorgestellt, in dessen Entwicklungsprozessen Politiken, Programme und strategische Maßnahmen entstanden sind, welche auf Malis Beitrag zur Klimaanpassung abzielen. Unter anderem wird das NAPA für Klimaanpassung erwähnt. Aber auch der National Action Plan (NAP) für Konflikte und Klimawandel, welcher zur Bewältigung von Herausforderungen durch Konflikte und Unsicherheit für Klimaanpassung gedacht ist. Der NAP wurde 2017 entwickelt und 2022 aktualisiert. Weiterhin ist auch der National Action Plan (NAP) für Sicherheit, welcher für die Umsetzung der WPS-Agenda ist, kurz vorgestellt. Sowohl das NAPA als auch beide NAPs enthalten demnach Maßnahmen, welche die Geschlechtergleichstellung und das Empowerment von Frauen* fördern sollen. Diese umfassen die Erhöhung der Partizipation von Frauen* in der Entscheidungsfindung bezüglich Klimaanpassung von der lokalen bis zur nationalen Ebene sowie in Führungspositionen, die Versorgung von Frauen* mit dem Zugang zu Ressourcen und

die Förderung geschlechtssensibler Klimabildung. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 21f) Somit werden in dem Action Plan also die Dimensionen Gender, Climate und Conflict durch die verschiedenen Aktionspläne zusammengebracht, aber Conflict und Security stellen trotzdem keine Schwerpunkte in diesem Action Plan dar und auf den „National Action Plan on Security“ zur Umsetzung der WPS-Agenda wird auch nicht weiter eingegangen. Mali ist aber Mitglied der UN-Sicherheitsrat-Resolution 1325, welche sich auf die Umsetzung der WPS-Agenda konzentriert (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 2). Die UN-Resolution 1325, auf welche bereits in Kapitel 3.6.4 eingegangen wurde, erkennt Frauen* als aktive Akteurinnen in Friedensprozessen und Konfliktlösung an und zielt auf die Stärkung der Teilhabe von Frauen* an diesen ab (<https://unwomen.de/die-resolution-1325-mit-der-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit/>).

Weiterhin werden Konflikte auch im Zusammenhang von langjähriger politischer Instabilität in Mali erwähnt. Es geht um die Staatscoups und anhaltenden Konflikte mit dschihadistischen Gruppen in Nordmali. Außerdem hat der französische Kolonialismus demnach traditionelle Landmanagementpraktiken unterbrochen, was zu Umweltzerstörung geführt hat. Dies hat interne Konflikte und internationale Interventionen, wie die Präsenz des französischen Militärs verstärkt. Des Weiteren werden Konflikte im Zusammenhang mit Nachbarländern erwähnt, wodurch die Sicherheit gefährdet wird. Es wird nicht direkt die überproportionale Betroffenheit von Frauen* von diesen Konflikten hervorgehoben, aber dass diese die Instabilität der Regierung verstärkt und die Umsetzung effektiver Klimapolitik behindert. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 18) Weiterhin wird anerkannt, dass die Klimakrise zu begrenzten Futterressourcen für Vieh, Veränderungen in den traditionellen Wanderweidemustern und zu Konflikten führt. Übereinstimmend mit der bereits vorgestellten Literatur, wird auch hier aufgezeigt, dass die Wanderungen von Hirt:innen Richtung Süden auf der Suche nach Wasser und Vegetation zu gewalttätigen Konflikten mit Morden und Vergewaltigungen von Frauen* und Mädchen* führen können, womit hier der Zusammenhang zwischen Klima, Konflikten und Gender hergestellt wird. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 12) Im Anschluss werden Konflikte auch mit der Klimakrise und Gender zusammengebracht, indem auf die Mehrbelastung für Frauen* durch Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit aufgrund der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen eingegangen wird. Weiterhin wird in dem Action Plan erwähnt, dass Konflikte um Ressourcen geführt werden und, dass, um deren Ursachen zu adressieren sowie für die Umsetzung wirksamer Klimapolitik, eine stabile und inklusive Regierung gebraucht wird. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 18f) Außerdem werden Konflikte im Action Plan auch noch damit in Verbindung gebracht, dass der Großteil der malischen Bevölkerung in ländlichen

Gebieten wohnt und viele in Überschwemmungsgebieten in der Delta Region. Damit unterliegt diese einem hohen Bevölkerungsdruck, was zu Problemen wie Umweltzerstörung und Konflikten führen kann. Es wird auch erwähnt, dass Frauen* dabei am vulnerabelsten sind. (Ogwuike/Dossou-Yovo 2024: 13)

Insgesamt wird also auch in diesem Action Plan die überproportionale Betroffenheit von Frauen* und Mädchen* von der Klimakrise und Konflikten anerkannt und bestätigt. Während die Verbindung zwischen der Klimakrise und Gender deutlich hergestellt wird, kommen der Zusammenhang mit Konflikten und die WPS-Agenda nur an einigen Stellen und die Verbindung zwischen allen drei Dimensionen nur teilweise vor.

6. Fazit

Die vorhergehende Arbeit hat gezeigt, dass die Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und (Gewalt-)Konflikte in Mali nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern in einem engen Wechselverhältnis stehen. Allgemein konnten die Ergebnisse zum Climate-Gender-Conflict Nexus in Mali bestätigt und ein Zusammenhang zwischen der Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und Konflikten in Mali festgestellt werden. Da es, wie in dieser Arbeit deutlich gemacht wurde, keine einfachen Lösungen für die Klimakrise, Konflikte und Geschlechterungleichheiten gibt, und es sich um komplexe Zusammenhänge und Strukturen handelt, ist es wichtig, Gesamtzusammenhänge und das Zusammenwirken der verschiedenen Dimensionen zu betrachten, weshalb der Climate-Gender-Conflict Nexus eine geeignete Analyseperspektive darstellt. Aufgrund der Dringlichkeit des Problems von geschlechtsspezifischen Klima- und Konfliktauswirkungen, muss dieser Nexus rasch in Lösungsstrategien beachtet und weiter erforscht werden. Außerdem wurde in der Arbeit aufgezeigt, wie Anstrengungen für Geschlechtergleichheit, Friedensförderung und Klimaanpassung unter bestimmten Bedingungen gegenseitige positive Effekte haben können, also Synergien zwischen allen drei Dimensionen existieren. Um die Zusammenhänge der Ergebnisse der Arbeit entsprechend darzulegen, folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse zu den Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen *Climate*, *Gender* und *Conflict* und den daraus resultierenden Dynamiken.

Zunächst wird der Forschungsstand zum Zusammenhang von Klimakrise und Konflikten sowie von Klimaanpassung und Friedensförderung nochmals zusammengefasst. Ziel der Arbeit war es, die wechselseitigen Verstärkungseffekte zwischen Klima- und Konfliktdynamiken sowie Synergieeffekte zwischen Klimaanpassung und Friedensförderung aufzuzeigen und zu untersuchen, inwieweit die Klimakrise konfliktverschärfend wirkt. In der Literatur wurde dabei deutlich, dass es in der Forschung nicht um die diskutierte kausale Beziehung zwischen Klima und Konflikten gehen sollte, sondern um diese gegenseitige Verstärkung. Wichtiger als eine Kausalität festzustellen ist demnach, zu verstehen, unter welchen Bedingungen und durch welche Ursachen die Klimakrise und Konflikte sich gegenseitig verstärken und wie die Klimakrise zu gewalttätigen Konflikten beiträgt. Dabei hat sich gezeigt, dass klimatische und nichtklimatische Faktoren, wie wirtschaftliche, politische und soziale, zusammenwirken und die Auswirkungen der Klimakrise auf Konflikte und Vulnerabilität beeinflussen.

Die Literatur deutet also auf Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und Konflikten hin, wobei die verschiedenen Faktoren und Ursachen dafür betrachtet werden müssen. Nur auf Klimaveränderungen und Konflikte zu schauen ist zu kurzgegriffen. Aus der Literatur geht eindeutig hervor, dass verschiedene Konfliktfaktoren beachtet werden müssen, die Klimakrise aber zunehmend ein fördernder Faktor für Gewalt ist. Dabei ist es selten ein einziger Faktor, welcher Gewalt auslöst und es hängt häufig von verschiedenen Faktoren ab, ob Konflikte im Zusammenhang mit der Klimakrise, beispielsweise um natürliche Ressourcen, zu Gewalt führen. In Kapitel 3 wurde gezeigt, dass Wirkungen von Klimaveränderungen auf natürliche Ressourcen häufig indirekt, komplex und mit politischen, ökonomischen und sozialen Konfliktfaktoren verbunden sind. Insgesamt lässt sich festhalten, dass, wie in Kapitel 3 beschrieben, die Klimakrise zukünftig in jedem Fall ein Risiko und eine Bedrohung für die ökologische und *menschliche Sicherheit* sein wird, wobei Ressourcen und der Umgang mit ihnen eine zentrale Rolle einnehmen. Außerdem ist es von der Anpassungsfähigkeit und von den Reaktionen auf die Klimakrise von Gemeinschaften und Personen abhängig, ob Konflikte entstehen. Die Klimakrise ist also selten eine direkte Ursache für Konflikte, aber kann potenziell, wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, als „Bedrohungsmultiplikator“ Spannungen, Konflikte und Instabilitäten, die in Mali existieren, verstärken (Sarzana et al. 2024: 12). Wie in Kapitel 5 erwähnt, sollte sich die Forschung daher nach Ba (2023: 2) sowohl auf die klimatischen als auch auf die ökologischen, sozioökonomischen und politisch-institutionellen Aspekte der Auslöser von Konflikten in Mali konzentrieren. Dabei wird in der Literatur auch stark betont, dass eine Versicherheitlichung und Militarisierung von Klima- und Friedenspolitik

keine Lösungen sind, da die Darstellung der Klimakrise als Auslöser von Gewalt zu vereinfacht ist.

Die konfliktverschärfende Wirkung der Klimakrise wurde in der Arbeit insgesamt ausführlich dargestellt und auf Mali bezogen. In Mali verschärfen sich die Folgen des globalen Temperaturanstiegs zunehmend, zum Beispiel durch verstärkte klimabedingte Vertreibungen. Aufgrund des Zusammenwirkens der Klimakrise und bereits bestehender Konflikte in Mali, werden Anpassungsmaßnahmen an die Klimakrise dringend benötigt, um weitere Folgen abzuwenden. (Grene 2020: 7) Die Begrenzung der globalen Erwärmung ist dabei besonders relevant für die Reduktion der Schäden für die Wirtschaft, Landwirtschaft, menschliche Gesundheit und für Ökosysteme in den halbtrockenen Regionen Westafrikas und in Afrika allgemein (Segnon et al. 2024: 1f). Im Kapitel 5.1.1 wurde auf den Zusammenhang zwischen Konflikten und Klimakrise in Mali eingegangen und Bedingungen für die sich gegenseitig verstärkende Wirkung aufgezeigt. Der erste Teil von Kapitel 5 zeigt dabei, unter welchen Bedingungen die Klimakrise in Mali zu weiterer Gewalt beitragen wird: eine instabile Regierungsführung, ein Mangel an Ressourcen und das Fehlen legitimer und friedlicher Entscheidungsmechanismen (Grene 2020: 7). Das zeigt, wie klimatische und nichtklimatische Faktoren in Mali zusammenwirken. Die Literatur zu Mali verdeutlicht, dass dort vor allem eine instabile Regierung und instabile Institutionen, dadurch unter anderem auch ineffektive Konfliktlösung, Fragilität, bereits existierende langjährige Konflikte, vor allem über Land, und die Verfügbarkeit von Waffen mit knappen Ressourcen und Extremwetter durch die Klimakrise zusammentreffen. Die Konflikte zwischen Hirt:innen und Bauern/Bäuerinnen sind, wie in Kapitel 5.1.1.2 deutlich wurde, vor allem auf eine zunehmende Ressourcenknappheit und die Ausweitung der Landwirtschaft zurückzuführen. Aufgrund der Schwerpunktsetzung dieser Arbeit, die zentralen Zusammenhänge des Climate-Gender-Conflict-Nexus am Beispiel der Fallregion Mali herauszuarbeiten, liegt der Fokus auf ausgewählten konflikt- und klimarelevanten Dynamiken. Eine vertiefte Analyse der Geschichte Malis, insbesondere bezüglich der Rolle des französischen Kolonialismus, sowie des gegenwärtigen Einflusses externer (westlicher) Akteur:innen kann daher nicht im Detail erfolgen. Auf diese Aspekte wird punktuell verwiesen. Zudem werden globale Abhängigkeitsverhältnisse im Weltwirtschaftssystem und ökonomische Interessen, die lokale Dynamiken beeinflussen und zur Verschärfung der Klimakrise beitragen, konzeptionell mitgedacht.

Insgesamt kann zum Zusammenhang von Klimakrise und Konflikten festgehalten werden, dass unter anderem durch Ernteauffälle und Viehsterben aufgrund der Klimakrise, vielen Menschen in Mali und an anderen Orten bereits die Lebensgrundlagen entzogen werden, was wiederum zu Konflikten führt. Daher müssen Friedensförderung und Klimaanpassungsmaßnahmen heutzutage besser verbunden und integriert werden (Greene 2020: 13). Demnach sollten Klimafonds und Friedensförderungsfonds zusammen verwendet werden, um Klimaanpassung in konfliktbetroffenen Kontexten konfliktsensibel, nicht schädigend und mit friedlichen Entscheidungsstrukturen umzusetzen (Greene 2020: 8). Da Klimaveränderungen zu Konflikten beitragen und diese verstärken können, kann Klimaanpassung auch Konfliktpotenzial reduzieren.

Im Folgenden betrachte ich resümierend, welche Akteur:innen und Ebenen in der Klimaanpassung und Konfliktlösung beachtet werden müssen sowie welcher Fokus gesetzt werden sollte. Wie in Kapitel 3 bereits beschrieben wurde, können die Auswirkungen der Klimakrise nicht unabhängig von ökonomischen, politischen und sozialen Systemen betrachtet werden, welche Ungleichheiten und den Ausschluss von bereits marginalisierten Menschen vorantreiben. Wenn die Klimakrise als die Ursache von Konflikten positioniert wird, entlastet dies mächtige Akteur:innen und nimmt die Aufmerksamkeit von diesen ökonomischen und politischen Systemen weg. (Duncanson et al. 2022: 12) Es wird deutlich, dass Lösungsstrategien daher intersektional sein und sowohl Auswirkungen als auch strukturelle Ursachen von Konflikten im Zusammenhang mit der Klimakrise im Fokus haben sollten. Dabei müssen Ressourcenextraktivismus und weltmarktorientierter Neosextraktivismus (Brand/Wissen 2017) und damit die Verantwortung des globalen Nordens mitgedacht werden. Aus dieser Verantwortung kann auch eine Verantwortung für (finanzielle) Unterstützung von betroffenen Gemeinschaften und für Lösungen geschlossen werden. Es muss also in Strategien mitgedacht werden, dass die Probleme in der Logik des extraktivistischen Kapitalismus liegen und ggf. alternative ökonomische Modelle gebraucht werden, um mit der Klimakrise, Konflikten und Ungleichheiten umzugehen (Duncanson et al. 2022: 16). Wie in Kapitel 3.6 aufgezeigt, ist es daher wichtig, dass Problemlösungen nicht aus den gleichen Regionen wie die ökonomischen Modelle der Umweltzerstörung kommen, sondern, dass Lösungen um lokale Praktiken zentriert sind und in solchen Räumen stattfinden, in denen die Stimmen von allen, auch von Frauen* und Mädchen*, gehört werden können (Lenhardt 2021: 9). Es kann auch wieder das Beispiel der schottischen Regierung herangezogen werden, welche einen Fokus auf die Finanzierungen und andere Unterstützungen für Länder im globalen Süden legt und eine Idee der partnerschaftlichen Zusammenarbeit verfolgt (Duncanson et al. 2022: 7).

Insgesamt lässt sich schließen, dass es für die Effektivität von Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien eine Zusammenarbeit von verschiedenen Ebenen braucht. Es muss die lokale Ebene teilhaben bzw. im Fokus stehen, da lokales Wissen und Expertise für effektive Maßnahmen notwendig sind und die betroffenen Menschen die Entscheidungsgewalt über Maßnahmen haben sollten. Trotzdem müssen aber auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Akteur:innen miteinbezogen und vernetzt werden, welche über die (finanziellen) Mittel und Ressourcen verfügen, um die Umsetzung von Maßnahmen voranzubringen und strukturelle Bedingungen sowie globale Zusammenhänge mitgedacht werden, welche Teilhabe ermöglichen oder beschränken und Verantwortungen bestimmen. Das heißt, dass auf lokale Stimmen gehört und die am meisten Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt werden müssen, aber die Verantwortung für die Folgenbekämpfung nicht auf sie abgewälzt werden darf. Wer am meisten für die Klimakrise verantwortlich ist, sollte demnach auch Verantwortung dafür tragen, sie einzudämmen und die am meisten Betroffenen zu unterstützen. Diejenigen „in der Macht“ sind demnach durch ihre CO₂-Emissionen auch hauptsächlich für Naturkatastrophen im globalen Süden und dadurch entstehendes Leid verantwortlich, womit eine Handlungspflicht einhergehen sollte (Greene 2020: 27). Die Finanzierung und Unterstützung von Maßnahmen müssen daher aus dem globalen Norden kommen und Regierungen sollten lokale Partner:innen unterstützen sowie verantwortliche wirtschaftliche Akteur:innen in die Rechenschaft nehmen.

Als nächstes gehe ich auf Forschungslücken sowie darauf ein, wie und warum die Gender-Dimension in Klima- und Konfliktlösungsstrategien inkludiert werden muss. Das Potenzial der geschlechtergerechten Ausgestaltung von Strategien zu untersuchen, war dabei auch eines der Ziele der Arbeit. In Kapitel 3.6.5 wird deutlich, dass noch mehr Forschung gebraucht und gefordert wird sowie, dass datenbasierte und kontextspezifische Arbeit eine Voraussetzung ist, um die Implikationen des *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Strategien und Maßnahmen einzubauen. Im Süden Malis sind Subsistenzbauern/Bäuerinnen beispielsweise historisch marginalisiert, was dazu beiträgt, dass Klimaresilienz behindert wird. Bei der Untersuchung dieser Hindernisse wird die individuelle Ebene oft ausgelassen, was teilweise auf eine mangelnde Repräsentation in der aktuellen Literatur zurückgeführt werden kann. Ernährungsicherheit wurde beispielsweise immer eher auf politischer Ebene untersucht, wodurch die Perspektiven der Landwirt:innen oft vernachlässigt wurden. Obwohl es auch einige neuere Arbeiten gibt, welche die Perspektiven malischer Landwirt:innen inkludieren, lässt sich aus

dieser Lücke in der Literatur schließen, dass weitere Untersuchungen auf Haushalts- und individueller Ebene notwendig sind. (Wood et al. 2021: 4)

Lenhardt (2021: 10) zufolge sollten Politiker:innen und Wissenschaftler:innen auf die Expertise von aktuellen globalen politischen Rahmenwerken, welche auf die Förderung von Geschlechtergleichheit abzielen, wie etwa die Women, Peace, and Security Agenda, zurückgreifen, um gendersensible Maßnahmen umzusetzen. Wie in Kapitel 3.6.3 bereits beschrieben, können geschlechtsdifferenzierte Vulnerabilitätsbeurteilungen und Gender-Analysen wichtige Informationen für Politiker:innen bieten, um geschlechtsspezifische Klimaanpassungspläne und -maßnahmen zu entwerfen (United Nations 2023: 8), was auch in Mali sehr wichtig ist. Demnach sollten zunächst unterschiedliche Vulnerabilitäten und Barrieren untersucht und identifiziert werden, um dann spezifische Maßnahmen entwickeln zu können. Es gibt bisher nur wenig Berücksichtigung der Gender-Dimension in *Klimasicherheitsstrategien*, weshalb eine integrative Analyse gebraucht wird, welche Klima, Gender, soziale Inklusion und Konfliktdynamiken umfasst (Yoshida et al. 2021: 23). Nach Lenhardt (2021: 10) wird eine Verbindung von lokalen und globalen Anstrengungen und eine Umwandlung politischer Zusagen in konkrete Maßnahmen benötigt, um die Rolle von Frauen* im Umgang mit den Herausforderungen des *Climate Gender Conflict Nexus* erfolgreich zu fördern. Demnach muss die Gender-Dimension von Sicherheits- und Klimaaspekten priorisiert und in Sicherheits- und Klimapolitiken sowie in ökologischer Friedensförderung integriert werden. Dabei sollten die Politik und Programme zu WPS und Klimaschutz in evidenzbasierter Forschung, zum Beispiel durch das Intergovernmental Panel on Climate Change und andere wichtige Organisationen, fundiert sein. (Ortiz/Ensor 2023: 8)

Im Kapitel 3.6.6 wird aufgezeigt, dass zwischen dem theoretischen Trend der Inklusion der Gender-Dimension in der Friedensförderung und der Praxis eine Diskrepanz besteht. Demnach bleibt oft sehr vage, wie die praktische Integration von Gender-Analysen in Friedensprozesse aussehen soll und es wird eher vermieden, zu spezifizieren, wie geschlechtsspezifische Barrieren und Machtstrukturen verändert werden können. Wie in Kapitel 3.6.4 erläutert, hätte die WPS-Agenda dabei das Potenzial zu einem gendergerechten Frieden beizutragen und alle drei Dimensionen von Klima, Konflikten und Gender zu verbinden. Allerdings wird in der Agenda noch nicht ausreichend beachtet, wie Mädchen* und Frauen* überdurchschnittlich von Umweltkonflikten und intensiverer Gewalt in Zusammenhang mit der Klimakrise betroffen sind. Die WPS-Agenda fokussiert sich demnach größtenteils nicht auf die Umwelt, das Klima

und natürliche Ressourcen, aber sollte diesen Fokus, in Anbetracht der Rolle von Frauen* im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen und der Umwelt, setzen. Den Kontext der Klimakrise in die WPS-Agenda aufzunehmen, ist sehr relevant, da die Gestaltung eines gendergerechten nachhaltigen Friedens ernststen klimabedingten Herausforderungen gegenübersteht wird. (Cohn/Duncanson 2020: 742)

Wie in Kapitel 3.6.3 gezeigt wurde, kann die Gender-Perspektive in der Analyse von Praktiken in der Friedensförderung dabei aber nicht einfach nur zusätzlich hinzugefügt werden, sondern es bedarf einer intersektionalen Analyse von Unsicherheiten und Friedensförderung, welche sich auf gelebte und geschlechtsspezifische Erfahrungen von Unsicherheit im Alltag fokussiert (Hudson 2021: 142). Demnach ist es wichtig, das Leben von Frauen* und Mädchen* mit einer intersektionalen Perspektive zu betrachten und Faktoren miteinzuschließen, welche bestehende Benachteiligungen verknüpfen (Yoshida et al. 2021: 19). Durch einen intersektionalen Ansatz wird anerkannt, dass Frauen* keine homogene Gruppe sind und Politik und Praxis können evidenzbasiert die gelebten Realitäten von Frauen* und Mädchen* in Bezug auf Klima, Frieden und Sicherheit einschließen. In der Arbeit wurde dieses Verständnis von Intersektionalität verwendet, um mehrfach marginalisierte Gruppen in den Fokus zu setzen. Aber, wie in Kapitel 2 beschrieben, muss auch beachtet werden, dass diejenigen in Machtpositionen nicht komplett aus dem Fokus geraten und entlastet werden. Wie zuvor erwähnt, darf der Blick nicht völlig von ökonomischen, politischen und sozialen Systemen, welche (geschlechtsspezifische) Ungleichheiten, Ausgrenzung und Marginalisierung verursachen, sowie von Akteur:innen mit Macht genommen werden.

Im Folgenden gehe ich darauf ein, weshalb es so wichtig ist, die Erfahrungen von Frauen* und Mädchen* und ihre Stellung in der Gesellschaft zu thematisieren, um effektive Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln. Demnach reichen ein reiner Fokus auf Frauen* und die Inklusion von Gender nicht als „Problemlösungsstrategie“ aus, da, wie in Kapitel 3 sowie im Kapitel 5.1.2 schon erläutert, die Betroffenheit von der Klimakrise und Konflikten stark von bestehenden Entscheidungsstrukturen und Geschlechterverhältnissen in Gemeinschaften und Haushalten abhängt. Geschlechtsspezifische Verantwortlichkeiten und Rollen sowie Ungleichheiten beim Zugang zu und der Kontrolle über produktive Ressourcen, die im lokalen geschlechtsspezifischen Kontext verankert sind, vergrößern die Vulnerabilitätsunterschiede zwischen Haushalten mit weiblichem und männlichem Haushaltsvorstand. (Segnon et al. 2024: 8) Diese Zusammenhänge zwischen dem Zugang zu Ressourcen,

Entscheidungsfindung und -teilhabe sowie Vulnerabilität werden oft in nationalen (Klimaschutz-)Strategien nicht berücksichtigt, worauf im Kapitel 5.2.2 eingegangen wurde. Zum Beispiel werden geschlechtsspezifische Themen in nationalen Klimaanpassungs- und Abmilderungsplänen, wie dem National Adaptation Program of Action (NAPA), nicht groß beachtet. Nur wenige NAPAs stellen demnach einen Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der Klimakrise und der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Stellung von Frauen* her und beziehen Frauen* als wichtige Interessengruppe ein. Die Gleichstellung der Geschlechter wird zwar zunehmend ein Bestandteil von Klimaanpassungsprojekten, aber ist unzureichend, da die umfassenderen geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnisse in Gesellschaften nicht angegangen werden. (Djoudi/Brockhaus 2016: 152) Zu untersuchen, wie Geschlechternormen und damit verbundene Regelungen, vor allem hinsichtlich des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und zu Land, die Vulnerabilität von Frauen* gegenüber Klima- und Konfliktauswirkungen prägen, war dabei auch ein Ziel der Arbeit.

Es wurde aus der Literatur ersichtlich, dass die Benachteiligungen von Frauen* immer auf die Geschlechterverhältnisse in den Gemeinschaften und Haushalten zurückzuführen sind. Dadurch, dass junge Frauen* für den Haushalt verantwortlich gemacht werden, aber den meisten Risiken ausgesetzt sind und am wenigsten an Entscheidungen und Lösungen beteiligt werden, sind Geschlechternormen der Grund ihrer Benachteiligung und überproportionalen Betroffenheit. Beispielsweise geht aus der Literatur hervor, dass Ernährungsunsicherheit, welche eine geschlechtsspezifische Dimension hat, eine der schwerwiegendsten Folgen der Klimakrise und von bewaffneten Konflikten ist und sie daher verbindet. Die Klimakrise, Konflikte und Ernährungsunsicherheit bilden dabei einen Teufelskreislauf, in welchem marginalisierte Gruppen und besonders junge Frauen* aufgrund gesellschaftlicher Geschlechterrollen und (Entscheidungs-)Strukturen am meisten betroffen sind. Damit wird deutlich, dass eine intersektionale Perspektive gebraucht wird, um diese Benachteiligungen zu erfassen. Weiterhin ging aus der Literatur hervor, dass Land aufgrund von Frauen* benachteiligenden Praktiken beim Zugang und bei der Vergabe von Landrechten eine besondere Rolle hinsichtlich des geschlechtsspezifischen Zusammenwirkens der Klimakrise und bewaffneter Konflikte einnimmt. Außerdem konnte aus der Literatur geschlossen werden, dass eine Einkommensdiversifikation sehr relevant ist zur Absicherung gegen Folgen der Klimakrise, wobei Frauen* mehr darauf angewiesen sind und mehr Unterstützung dabei brauchen als Männer. Djoudi und Brockhaus (2016: 152) zufolge sind Frauen* in allen Gesellschaften und Kulturen, trotz kontextueller Unterschiede beim Zugang zu Land und der

Art, wie Landrechte erworben und übertragen werden, in ihrer Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und ihrer Kontrolle über natürliche Ressourcen eingeschränkt. Da diese Begrenzung der Beteiligung von Frauen* an Entscheidungen über die Nutzung und Bewirtschaftung von Ressourcen sie vulnerabler gegenüber der Klimakrise und Konflikten macht, wird hier die allgemeine Dringlichkeit der Implementierung von geschlechtergerechten Anpassungsmaßnahmen deutlich. (Djouidi/Brockhaus 2016: 152)

Folglich konnte ich aus der Literatur schließen, dass es auf die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft, in welcher Maßnahmen implementiert werden sollen, ankommt, ob diese effektiv sein werden und, ob Frauen* an ihnen teilhaben und von ihnen profitieren können. Dem Forschungsbericht von DanChurchAid, Norwegian Church Aid und ACT Alliance zufolge sind aktuelle Maßnahmen häufig nicht mit inklusiven Entscheidungsmechanismen verbunden (Greene 2020: 7). Daher sind Forschungen wie die von Ortiz und Ensor (2023) sehr wichtig. Wie in Kapitel 3 schon erwähnt, machen Ortiz und Ensor (2023: 8) deutlich, dass Geschlechtergleichstellung und der Zugang für Frauen* über alle Institutionen und Bereiche hinweg der Ausgangspunkt für die Integration ihrer Perspektiven in Entscheidungsfindungen und daher auch für die Stärkung der Effektivität von *Klimasicherheitspolitik* sind. Deshalb muss die Politik die Unterstützung von Frauen* als Stärkung der Vorbeugung vor der und Reaktion auf die Klimakrise sehen. Aus Kapitel 3.6.2 kann festgehalten werden, dass die gleichwertige gesellschaftliche Stellung, die Rechte und die Partizipation von Frauen* für eine effektive Bekämpfung der Klimakrise sowie für Konfliktprävention relevant sind. Demnach ist eine partizipative Entscheidungsweise wichtig, um Klimaschutzmaßnahmen effektiver zu gestalten, da sie die Erfahrungen und Bedürfnisse aller Geschlechter reflektieren kann (United Nations 2023: 9). Insgesamt ist die Beteiligung von Frauen* an Strategien und Maßnahmen daher als notwendig, aber nicht ausreichend einzustufen, da die benachteiligende gesellschaftliche Stellung von Frauen* ein grundlegendes Problem darstellt, welches angegangen werden muss.

Weiterhin ist noch zu erwähnen, dass die Auswirkungen von Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien für Frauen* unterschiedlich sein können, worauf im zweiten Teil von Kapitel 5 ausführlich eingegangen wurde. Während aus lokalen Fallstudien in der Literatur zu Naturkatastrophen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise deutlich hervorgehen, wie in dieser Arbeit aufgezeigt wurde, gibt es insgesamt noch weniger Kenntnis über die komplexen und miteinander verflochtenen Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und Anpassungsmaßnahmen, vor allem auf lokaler

Ebene. Zum Beispiel ist noch recht unerforscht, wie sich verschiedene Anpassungsmaßnahmen auf geschlechtsspezifische Beziehungen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowie den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen auswirken werden. Daher sollten geschlechtsspezifische Dynamiken im Zusammenhang mit Anpassungsmaßnahmen weiter untersucht werden. Um das Verständnis für die komplexen geschlechtsspezifischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen im Bereich der Anpassung an die Klimakrise und im Bereich der natürlichen Ressourcen zu verbessern, muss der Schwerpunkt auf lokale Realitäten und Erkenntnisse gelegt werden. (Djoudi/Brockhaus 2016: 151) Auch wenn diese Einschätzung von Djoudi und Brockhaus von 2016 ist, gibt es, wie in Kapitel 5.2.2.2 aufgezeigt, sowohl Chancen als auch Hindernisse für Frauen* sowie teilweise veränderte Geschlechterrollen durch Anpassungsstrategien, welche auch heutzutage noch mehr erforscht werden können. Die Untersuchung der Veränderung von Geschlechterrollen durch Klimaauswirkungen war dabei auch ein Ziel der Arbeit. Dabei muss beleuchtet werden, welche verschiedenen Konsequenzen unterschiedliche Anpassungsstrategien und Reaktionen von Männern für Frauen* bedeuten. Schließlich möchte ich noch auf den Zwiespalt eingehen, dass Frauen* sowohl wirkungsmächtige Akteurinnen und nicht nur Opfer von Klima- und Konfliktfolgen sind, aber auch Verantwortung an sie abgeschoben und ihre „Verbindung zur Natur“ romantisiert wird. Auf diesen Punkt wurde auch bereits zum Ende von Kapitel 3 und in Kapitel 5 eingegangen. In beiden Kapiteln wurde deutlich, dass die geschlechtsdifferenzierte Beziehung von Frauen* zu natürlichen Ressourcen in Verbindung mit der Veränderung von Geschlechterdynamiken in konfliktbetroffenen Situationen Möglichkeiten für die Verbesserung der politischen Teilhabe, wirtschaftlichen Stellung und Beteiligung an Friedensschaffung von Frauen* bieten können. Aber in Kapitel 3 wurde auch gezeigt, dass Projekte mit einem „Frauen*-Empowerment“-Ansatz für die Mobilisierung der Arbeitskraft, Fähigkeiten und des Wissens von Frauen* häufig die unbezahlten Betreuungsaufgaben von Frauen* verstärken und nicht berücksichtigen, ob Frauen* überhaupt die Rechte, die Stimmen und die Macht haben, die Vorteile von Projekten in Anspruch zu nehmen. Demnach ist ein reiner Fokus auf das Empowerment, die Teilhabe und die Führungskraft von Frauen* risikoreich, weil dadurch Geschlechterungleichheiten verstärkt werden können. (Duncanson et al. 2022: 15) Wie in Kapitel 3.6.6 verdeutlicht wurde, tendiert auch die Expertise um Gender und Frieden zur Darstellung von Frauen* als „natürliche Friedensstifterinnen“ und zur Essentialisierung der „Friedensfähigkeit“ und der Resilienz von Frauen*, während den gelebten Erfahrungen und strukturellen Bedingungen weniger Aufmerksamkeit zukommen. Dabei ist auch zu bedenken, dass ggf. wenig für die Verbesserung der Situation der Frauen* getan wird, gerade weil sie mehr Resilienz entwickeln und

Verantwortung übernehmen müssen. Somit ist ihre Resilienz und Anpassungsfähigkeit auf der einen Seite durch Geschlechterungleichheiten eingeschränkt, aber auf der anderen Seite werden ihnen trotzdem bestimmte Rollen und Verantwortungen zugeschrieben.

Trotzdem zeigen diese Ansätze auch, dass Frauen* für Lösungsstrategien viel zu bieten haben und ihre Integration ein wichtiger Teil von Geschlechtergerechtigkeit und damit auch von Klimagerechtigkeit ist (Duncanson et al. 2022: 15). Es muss dabei aufgepasst werden, dass Aufgaben nicht einfach an Frauen* abgegeben werden mit der Begründung, dass sie „die Besten“ für die Aufgaben seien, wenn dies zu Doppelbelastungen für sie führt und nicht mit der Übertragung von gleichen Rechten, Zugängen und gleicher Teilhabe einhergeht. Im National Action Plan 2019-2023 für die Umsetzung der WPS-Agenda in Mali wird, wie in Kapitel 5.2.3 beschrieben, beispielsweise der große Beitrag von Frauen* zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und ihre Fähigkeiten zur nachhaltigen Verwaltung dieser anerkannt (NAP 2019: 35). Damit wird im NAP das Potenzial der Nutzung des Wissens und der Fähigkeiten von Frauen* zwar erkannt, aber nicht eingeordnet, dass Frauen* strukturelle Barrieren im Weg stehen und sie ohne eine gesellschaftliche Geschlechtergleichheit mehr belastet sowie Verantwortung an sie abgeschoben wird.

Es ist in dem Zusammenhang auch als problematisch einzuordnen, dass Frauen* zunehmend „männliche“ Tätigkeiten übernehmen, ohne die gleichen Rechte zu erwerben. Zunächst kann die Möglichkeit, zuvor nur Männern zugeschriebene Tätigkeiten auszuüben, positiv gesehen werden, aber ohne eine gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter, bedeutet dies nur noch mehr Arbeitsaufwand für Frauen*. Daher sind, wie in Kapitel 3 und 5 geschlossen wurde, soziale, politische und gesellschaftliche Veränderungen notwendig, um die Chancen für Frauen* in Klimaanpassung und Konfliktlösung zu nutzen. Wie in Kapitel 5 aufgezeigt, schließt auch das Forschungsteam um Segnon (2024: 2) den Schluss, dass viele der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, welche in lokalen Landwirtschafts- und Ernährungssystemen verankert sind, voraussichtlich bestehen bleiben, wenn sie nicht systematisch mit geschlechtersensiblen Anpassungsmaßnahmen auf allen Ebenen angegangen werden. Insgesamt entscheidet der soziale Kontext, in welchem Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, inwieweit Frauen* teilhaben können und Maßnahmen erfolgreich sind, daher sind die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse und -dynamiken relevant für erfolgreiche Klimaanpassung und Konfliktlösung. Frauen* sind am meisten betroffen von Konflikten und der Klimakrise eben aufgrund ihrer Stellung und Rollen in vielen Gesellschaften, daher muss eine gesellschaftliche

Teilhabe verbessert werden, bevor Anpassungsstrategien wirksam sein können und Frauen* führende Positionen in der Klimaanpassung und Konfliktlösung übernehmen können, ohne dabei Nachteile daraus zu ziehen. Es braucht daher inklusive Entscheidungsverfahren auf allen Ebenen und die Verantwortung für Klimaanpassung und Konfliktlösung darf nicht völlig an die am meisten Betroffenen abgeschoben werden, welche aufgrund von struktureller Benachteiligung über die wenigsten Mittel dafür verfügen und keine Verantwortung für die Ursachen tragen.

Um zu der Forschungsfrage zurückzukehren, kann insgesamt festgehalten werden, dass die Klimakrise, Geschlechterungleichheiten und (Gewalt)-Konflikte in Mali erhebliche Auswirkungen aufeinander haben, wie in dieser Arbeit ausführlich dargestellt wurde, und, dass der *Climate-Gender-Conflict Nexus* in Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsstrategien noch nicht ausreichend beachtet und die drei Dimensionen noch nicht angemessen genug verbunden werden, aber es immer mehr Forschung dazu gibt. Zusammenfassend sind meine Hauptschlussfolgerungen, Empfehlungen und Ausblicke für weitere Forschung aus der Untersuchung der Literatur zum *Climate-Gender-Conflict Nexus* (in Mali) folgende:

- Es gibt einen Zwiespalt bezüglich lokaler Eigenverantwortung für Maßnahmen (ownership) und der Verantwortung von Ländern aus dem globalen Norden aufgrund der überproportionalen Verursachung der Klimakrise, welcher ausbalanciert und durch internationale Zusammenarbeit angegangen werden muss.
- Es fehlt ein Fokus auf strukturelle Probleme, Ursachen und verantwortliche Akteur:innen in Strategien, wodurch Verantwortung zum Teil auf Betroffene abgeschoben wird und der Blick „nur“ auf die Auswirkungen von Konflikten und der Klimakrise, aber nicht auf zugrundeliegenden Problemen, gelenkt wird.
- Für effektive geschlechtergerechte Klimaanpassungs- und Konfliktlösungsmaßnahmen sind inklusive, transparente, friedliche und lokal geführte Entscheidungsprozesse notwendig, wobei möglichst viele Entscheidungskompetenzen an lokale Komitees mit lokaler und kontextspezifischer Expertise gehen sollten, es aber auch Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen und Raum für Dialog braucht.
- Es ist noch mehr Forschung auf der Haushaltsebene und in Kooperation mit Betroffenen notwendig, um Lebensrealitäten und Erfahrungen in Strategien zu berücksichtigen.
- Es braucht dafür eine intersektionale Perspektive, um marginalisierte Gruppen in Strategien miteinzubeziehen, eine Stimme zu geben und den Fokus auf die Erfahrungen von Frauen* und Mädchen* im Alltag zu richten.

- Es gibt einen Zwiespalt bezüglich der Rolle von Frauen* in der Klimaanpassung und Konfliktlösung, aufgrund von möglichen Chancen und Benachteiligungen.
- Die Teilhabe von Frauen* an Klimaanpassung und Konfliktlösung ist eine notwendig, aber nicht ausreichend und an eine breitere gesellschaftliche Teilhabe gebunden.
- Der Fokus in der Friedensförderung sowie in der Klimaanpassung und -resilienz sollte insgesamt noch mehr auf den strukturellen Ursachen, die Ungleichheit schaffen, und den Akteur:innen in Machtpositionen und weniger auf der Essentialisierung und Professionalisierung der Fähigkeiten und Beteiligung von Frauen* liegen, welchen somit die Verantwortung für die Lösung von Problemen, welche sie nicht verursachen, zugeschrieben wird.

7. Literaturverzeichnis

Aggestam, Karin; Eitrem Holmgren, Linda (2022): The gender-resilience nexus in peacebuilding: the quest for sustainable peace. In: *Journal of International Relations and Development*. 25. Springer Nature Limited, 880–901.

Akinyetun, Tope Shola; Fatai-Abatan, Abiodun; Ogunbodede, Nife (2024): Heated Environment, Armed People: Between “Climate Change Conflict” and “Fragility Conflict” in the Sahel. *Journal of Asian and African Studies*. Sage, 1-24.

Ali, Panira (2018): French Colonialism To Neo-Colonialism in Mali: An Analytical Study. In: *Journal of European Studies*. 34/2, 112-129.

Ba, Baba (2023): Conflicts between farmers and herders in Mali. A review of the dynamics and issues in the Mopti Region. International Livestock Research Institute. SPARC. CGIAR Initiative on Fragility, Conflict, and Migration. CGIAR System Organization, 5-37.

Benner, Ann-Kathrin; Brzoska, Michael; Kohler, Christina; Kroll, Stefan; Rothe, Delf; Scheffran, Jürgen; Schetter, Conrad; Schröder, Ursula; Wirkus, Lars (2020): Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels. In: Bonn International Center for Conversion (BICC); Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH); Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Fak. für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (2020): Friedensgutachten 2020 - Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa. transcript Verlag. Bielefeld, 25-41.

Benoît, Michel (1978): Pastoralisme et migration. Les Peul de Barani et de Dokui (Haute-Volta). In: *Études rurales*. N.70, 9-49.

Birkmann, Joern; Liwenga, Emma; Pandey, Rajiv; Boyd, Emily; Djalante, Riyanti; Gemenne, François; Leal Filho, Walter; Pinho, Patricia Fernanda; Stringer, Lindsay; Wrathall, David (2022): Poverty, Livelihoods and Sustainable Development. In: *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth*

Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press. Cambridge, UK. New York, NY, USA, 1171–1274.

Bose, Christine E. (2012): Patricia Hill Collins Symposium. Intersectionality and Global Gender Inequality. In: *Gender & Society*. Vol. 26, No. 1, 67-72.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. oekom Verlag. München.

Brzoska, Michael (2013): Ressourcen als Konfliktursache. Knappheit und Überfluss. In: Schneckener, Ulrich; von Scheliha, Arnulf; Lienkamp, Andreas; Klagge, Britta (Hrsg.) (2013): *Wettstreit um Ressourcen. Konflikte um Klima, Wasser und Boden*. oekom Verlag. München, 31-45.

Calvo, Thomas; Lavallée, Emmanuelle; Razafindrakoto, Mireille; Roubaud, François (2019): *Fear Not For Man?. Armed conflict and soical capital in Mali*. Elsevier. Paris, 1-31.

Cohn, Carol; Duncanson, Claire (2020): *Women, Peace and Security in a changing climate*. In: *International Feminist Journal of Politics*. VOL. 22, NO. 5, 742-762.

de Jorio, Rosa (2019): *Conflict-Related Gender-Based Violence in Mali and the Limits of the Global System of Law*. In: *Mande Studies*. Vol. 21, 33-54.

D’Errico, Marco; Bori, Assad; de la O Campos, Ana Paula (2021): *Resilience and Conflict: Evidence from Mali*. In: *Sustainability 2021/13*. MDPI. Basel, 1-21.

Diirro, Gracious; Petri, Monica; Zemadim, Birhanu; Sinare, Boubacar; Dicko, Mahamadou; Traore, Djelika; Tabo, Ramadjita (2016): *Gendered Analysis of Stakeholder Perceptions of Climate Change, and the Barriers to its Adaptation in Mopti Region in Mali*. Research Report no. 68. ICRISAT Research Program Resilient Dryland System. International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics. Technical Document Produced for the USAID Funded Project on Global Climate Change Program “Disseminating learning agenda on resilient-smart technologies to improve the adaptive capacity of smallholders farmers in Mopti region, Mali”, 1-45.

Djoudi, Houria; Brockhaus, Maria (2016): Unveiling the complexity of gender and adaptation: the “feminization” of forests as a response to drought-induced men’s migration in Mali. In: Colfer, Carol J. Pierce; Basnett, Bimbika Sijapati; Elias, Marlène (2016): GENDER AND FORESTS. Climate change, tenure, value chains and emerging issues. Center for International Forestry Research (CIFOR). London. New York. Routledge Taylor & Francis Group. Earthscan from Routledge, 150-168.

Djoudi, Houria; Brockhaus, Maria (2011): Is adaptation to climate change gender neutral? Lessons from communities dependent on livestock and forests in northern Mali. In: International Forestry Review. Vol.13(2). Center for International Forestry Research, 123-135.

Duncanson, Claire; Bastick, Megan; Funnemark, Anne (2022): International climate justice, conflict and gender – Scoping study. Published by University of Edinburgh on behalf of ClimateXChange Scotland’s centre of expertise connecting climate change research and policy. Edinburgh Climate Change Institute, 1-60.

FATF Report (2013): Terrorist Financing in West Africa. Financial Action Task Force (FATF). Inter Governmental Action Group Against Money Laundering in West Africa (GIABA), 1-46.

Frank, André Gunder (1966): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: (Hg.) Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Mandelbaum Verlag Wien, 170-185.

George, Nicole; Shepherd, Laura J. (2016): Women, Peace and Security: Exploring the implementation and integration of UNSCR 1325. In: International Political Science Review. Vol. 37(3), 297-306.

Gning, Sadio Ba; Dione, Michel; Daba Sene, Marie Therese; Sow, Ahmadou; Fall, Abdou (2024): Gender considerations in innovation platforms in the livestock sector in Mali. In: Innovation and Development. Routledge Taylor & Francis Group, 1-23.

Greene, Hannah (2020): Winning the Peace: Peacebuilding and Climate Change in Mali and Somalia. Bericht im Auftrag von DanChurchAid, Norwegian Church Aid and ACT Alliance, 5-38.

Hein, Wolfgang (2013): Stichwort Dependenz. In: PERIPHERIE. Nr. 130/131. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster, 349-352.

Hill Collins, Patricia (2002): Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment. Second Edition. Routledge, New York and London.

Hill, Margari (2009): The Spread of Islam in West Africa: Containment, Mixing, and Reform from the Eighth to the Twentieth Century. Stanford University. SPICE Stanford Program on International and Cross-Cultural Education.

Hippler, Jochen (2007): Ursachen und Grundstrukturen politischer Gewalt. In: Wissenschaft & Frieden 2007/1.

Hudson, Heidi (2021): It Matters How You ‘Do’ Gender in Peacebuilding: African Approaches and Challenges. In: Insight on Africa. 13(2). African Studies Association of India. Sage Journals, 142–159.

Hurtienne, Thomas (1981): Peripherer Kapitalismus und autorentrierte Entwicklung – Zur Kritik des Erklärungsansatzes von Dieter Senghaas. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 11(44), 105-136.

IOM (2024): Infosheet Human Mobility, Peace, Security and Climate Change. UN Migration, 1-3.

Jakobeit, Cord; Meißner, Hannes (2019): Frieden und Ressourcen. In: Gießmann, Hans J.; Rinke, Bernhard (Hrsg.) (2019): Handbuch Frieden. Springer VS. Wiesbaden, 609-621.

Kangogo, Daniel; Läderach, Peter; Pacillo, Grazia (2021): How does climate exacerbate root causes of conflict in Mali? An econometric analysis. CGIAR FOCUS Climate Security. Factsheet 2021/9. Climate Security Observatory Series, 1-11.

Lenhardt, Amanda (2021): Progress towards meaningful women’s participation in conflict prevention and peacebuilding decision-making. In: Research Insights International. K4D Knowledge, evidence and learning for development Helpdesk Report, 1-13.

Leuprecht, Christian; Roseberry, Philippe (2018): Political Demography of Conflict in Mali. A Stabilizing Mali Project Report. Centre FrancoPaix en resolution des conflits et missions de paix. Montreal, 1-28.

Magassa, Mariame; Partey, Samuel T.; Houessionon, Prosper; Dembele, Siaka; Ouédraogo, Mathieu; Zougmoré, Robert B. (2020): Towards gender-informed adaptation planning in the Sudanian zone of Mali. Analysis of climate change vulnerability. CCAFS Working Paper No. 310. CGIAR Research Program on Climate Change, Agriculture and Food Security (CCAFS). Wageningen, Niederlande, 1-35.

Maiga, Mahamadou; Fall, Ndiack (2023): Perception of Climate Change Impacts on Livelihoods in Central Mali. In: Asian Journal of Agricultural Extension, Economics & Sociology. Volume 41, Issue 1, 1-14.

Mohammed, Umar; Laki, Kiden (2024): Climate change, conflict and gender nexus: evidence from Bor County, South Sudan. In: Management of Environmental Quality: An International Journal. Supported by the International Development Research Centre, 491-509.

National Action Plan 2019-2023: Unofficial translation by Laura J. Shepherd as part of a research project investigating the formation and implementation of the Women, Peace, and Security agenda. Funded by the Australian Research Council Discovery Project Scheme and managed by UNSW Sydney and University of Sydney, 2-40.

Ogwuike, Philomena Chioma; Dossou-Yovo, Elliott Ronald (2024): Gender and Climate change Action Plan for Mali. Annual Report for the AICCRA project. AICCRA. Bamako, Mali, 1-46.

Ortiz, Elena; Ensor, Marisa O. (2023): The WPS Index and the Gender-Climate-Security Nexus. Research Brief 2023. GIWPS Georgetown Institute for Women, Peace and Security, 1-10.

O'Rourke, Catherine; Martin, Ana (2023): Gender, conflict and the environment: Surfacing connections in international humanitarian law. In: International Review of the Red Cross. 105

(924). *Protecting the Environment in Armed Conflict*. Published by Cambridge University Press on behalf of the ICRC, 1600–1622.

Rodenberg, Birte (2009): *Anpassung an den Klimawandel aus Geschlechterperspektive: eine Querschnittsanalyse entwicklungs- und klimapolitischer Instrumente*. DIE-Forschungsprojekt „Klimawandel und Entwicklung“. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Discussion Paper 21/2009. Bonn, 1-60.

Sangaré, Yalla; McSparren, Jason J. (2018): *Acknowledging Conflict across Mali’s Centre: Drivers and History*. In: *AfSol Journal. Journal of African-Centred Solutions in Peace and Security*. Vol. 3. Institute for Peace and Security Studies, 14-38.

Sarzana, C.; Renkamp, T.M.; Cisse, S.R.; Ouedraogo, Y.; Hounnou, F.E.; Meddings, G.; Ramos, C.; Ouedragogo, M.; Laderach, P.; Pacillo, G.; Samaké, O.B.; Wolter, S.; Cissouma, E.; Bamadio, A.K.; Diarra, M.Y.; Sutong-Nooma Tapsoba, A.R.; Traore, A.; Toure, M.; Gnambele, D.; Sissok, M.; Yalcouyé, S.; Togola, M.; Leigh, V.; Doumbia, D.; Yanon, G. (2024): *Towards a Common Vision of Climate, Peace and Security in Mali. A Joint Report to Inform the National Climate Security Strategy for Mali./Vision Partagée de la Sécurité Climatique au Mali. Un rapport conjoint pour informer la stratégie nationale de Sécurité Climatique au Mali*. Dakar, Senegal. CGIAR FCM: Fragilité, Conflit, Migration, 1-52.

Scheffran, Jürgen (2015): *Klimawandel als Sicherheitsrisiko?*. In: Jäger, Thomas (Hrsg.) (2015): *Handbuch Sicherheitsgefahren. Reihe Globale Gesellschaft und internationale Beziehungen*. Verlag für Sozialwissenschaften – Springer Verlag, Wiesbaden. Berlin, 107-124.

Segal Texler, Marcia; Ngan-ling Chow, Esther (2011): *Analyzing Gender, Intersectionality, and Inequality in Global, Transnational and Local Contexts*. *Advances in Gender Research*, Volume 15. Emerald Group Publishing Limited.

Segnon, Alacade C.; Magassa, Mariame; Obossou, Esdras Abréwa Rêmilokoun; Partey, Samuel T.; Houessionon, Prosper; Zougmore, Robert B. (2024): *Gender vulnerability assessment to inform gender-sensitive adaptation action: a case study in semi-arid areas of Mali*. In: *Frontiers in Climate*, 1-11.

Shotton, Anna (2020): UK National Action Plan on Women, Peace and Security 2018–2022: Guidance Note - Implementing Strategic Outcome 2: Peacekeeping. HM Government, 2-27.

Smith, Jessica M.; Olosky, Lauren; Grosman Fernández, Jennifer (2021): The Climate-Gender-Conflict Nexus. Amplifying women's contributions at the grassroots. Georgetown Institute for Women, Peace and Security, 1-34.

United Nations (2023): Progress, good practices and lessons learned in prioritizing and incorporating gender-responsive adaptation action. UNFCCC United Nations Framework Convention on Climate Change, the Kyoto Protocol and the Paris Agreement. Bonn, 1-29.

Ursu, Anca-Elena (2018): Under the gun. Resource conflicts and embattled traditional authorities in Central Mali. CRU Report. Netherlands Institute of International Relations 'Clingendael'. The Hague, 1-73.

Wiemeyer, Joachim (1987): Zum Verhältnis von Dependenztheorie und Befreiungstheologie. In: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften. 28, 253-267.

Wood, Alexa L.; Rivers III, Louie; Sidbé, Amadou; Ligmann-Zielinska, Arika (2021): Decision-making capacity to address climate-induced food insecurity within women-led groups in Southern Mali. In: Climatic Change. 164:30. Springer, 1-18.

Yoshida, Keina; Bond, Hannah; Kezie-Nwoha, Helen; Holvikivi, Aiko; Nkinzi, Suzan; Sabrie, Amal; Tabbasam, Eva (2021): Defending the Future. Gender, Conflict and Environmental Peace. This report is the product of a partnership between the LSE Centre for Women, Peace and Security, Gender Action for Peace and Security (GAPS) and the Women's International Peace Centre (WIPC). London School of Economics and Political Science, 1-47.

Internet Quellen

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250136/umfrage/gesamtbevoelkerung-in-mali/>

Zugriffsdatum: 16.09.2025

<https://www.institutmontaigne.org/en/expressions/operation-barkhane-success-failure-mixed-bag>

Zugriffsdatum: 30.09. 2025

<https://peacekeeping.un.org/en/mission/minusma>

Zugriffsdatum: 30.09. 2025

Niebler, Tamara (2023): Was ist Armut? (Philosophie) – Und warum ist sie ein Problem?

<https://blog.lebensbruecke.de/start/was-ist-armut>

Zugriffsdatum: 06.02.2026

<https://1325naps.peacewomen.org/index.php/mali/>

Zugriffsdatum: 08.02.2026

<https://www.ecowas.int/member-states/>

Zugriffsdatum: 08.02.2026

<https://unwomen.de/die-resolution-1325-mit-der-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit/>

Zugriffsdatum: 08.02.2026

Internet Quellen zu Autor:innen Verortungen

Akinyetun, Tope Shola:

<https://www.ascleiden.nl/content/ASC-community/members/tope-shola-akinyetun>

Zugriffsdatum: 18.02.2026

Bond, Hannah:

<https://wipc.org/focus-on-the-gendered-impact-of-climate-change-and-women-and-girls-right-to-peace/>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Fatai-Abatan, Abiodun:

https://lasu.edu.ng/home/academic-staff/profile/?name=FATAI_ABATAN-ABIODUN

Zugriffsdatum: 18.02.2026

Greene, Hannah:

<https://www.barncat.ie/about>

<https://www.barncat.ie/hannah-greene>

Zugriffsdatum: 18.02.2026

Holvikivi, Aiko:

<https://www.lse.ac.uk/gender/people-profiles/faculty/aiko-holvikivi/Aiko-Holvikivi>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Kezie-Nwoha, Helen:

<https://www.lse.ac.uk/women-peace-security/people/visiting-fellows/Helen-Kezie-Nwoha>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Nkinzi, Suzan:

<https://wipc.org/tag/health/>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Ogunbodede, Nife:

<https://orcid.org/0009-0003-3128-0615>

<https://administrativescience.com/index.php/instadm/article/view/159>

Zugriffsdatum: 18.02.2026

Olosky, Lauren:

<https://berkeleycenter.georgetown.edu/people/lauren-olosky>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Smith, Jessica M.:

<https://giwps.georgetown.edu/jessica-smith/>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Tabbasam, Eva:

<https://gaps-uk.org/staff-member/eva-tabbasam/>

Zugriffsdatum: 07.02.2025

Yoshida, Keina:

<https://www.lse.ac.uk/women-peace-security/people/keina-yoshida>

Zugriffsdatum: 07.02.2025